

Informationen

zur politischen Bildung / izpb

bpb:

322 2/2014

B6897F



Sowjetunion I: 1917-1953

Inhalt



11



24



17



40

Phänomen Sowjetunion	4
<hr/>	
Der Sieg der Bolschewiki	6
Zerfall eines europäischen Imperiums	6
W.I. Lenin und die Bolschewiki als „kämpfende Avantgarde“	11
Der Bürgerkrieg (1917-1922)	17
Die Neue Ökonomische Politik (NÖP) (1921-1927)	24
Die Gründung der Sowjetunion	30
Der Generalsekretär Stalin	34
Anfänge der sowjetischen Diplomatie	39

Stalinismus	40
Der Große Umbruch	40
Der Neue Mensch	52
Die „goldenen dreißiger Jahre“?	56
Der Große Terror (1937/1938)	58
Außenpolitik unter Stalin	64
Der Große Vaterländische Krieg	66
Spätstalinismus	76
Stalins Tod	78

Zeittafel	80
------------------	-----------

Editorial

1917, vor fast 100 Jahren, begann ein „Experiment“, das mit Hoffnungen und Erwartungen, aber auch mit Enttäuschungen und Gewalt verbunden war: Die Bolschewiki übernahmen nach dem kurzen Zwischenspiel einer bürgerlichen Regierung die Macht im russischen Vielvölkerreich und verwandelten es im Zeichen ihrer kommunistischen Ideologie in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Die Folgen dieses Experiments sind bis in die Gegenwart spürbar. Dies haben zuletzt wieder die Ereignisse des Jahres 2014 in der Ukraine gezeigt.

Anlass genug, im Rahmen dieser Heftreihe eine völlig neu bearbeitete Geschichte der Sowjetunion in zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben zu präsentieren. Im ersten Heft beschreibt ein Team von Wissenschaftlerinnen, unter Federführung von Frau Professorin Susanne Schattenberg von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, die Geschehnisse vom Revolutionsjahr 1917 bis zum Tod Stalins 1953.

Darin wird deutlich, wie die Bolschewiki nach der Oktoberrevolution 1917 ihre Macht festigen und beginnen, den Staat nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Die agrarisch orientierte Sowjetunion soll in kürzester Zeit eine moderne Industrienation unter Führung der Arbeiterklasse werden, ihre Bewohner zu „Neuen Menschen“ geformt werden. All denjenigen, die diesem Ideal nicht entsprechen, wird der Kampf angesagt. Unter Stalin, der sich nach Lenins Tod im Politbüro durchsetzt und mit brutalen Methoden seine Macht festigt, artet diese Politik in Gewaltexzesse aus. Erst mit seinem Tod endet das Schreckensregime.

Zahlreiche zeitgenössische Bilder und Plakate lassen den geschilderten Zeitraum auch visuell lebendig werden. Dabei ist zu vergegenwärtigen, dass in der Frühphase der Darstellung Fotografien noch eher selten waren und – wenn sie aufgenommen wurden – häufig einen propagandistischen Zweck verfolgten. So wollten die Bolschewiki ihre Vorstellungen dem Volk und der internationalen Öffentlichkeit nahebringen und für ihre Ideale und Ziele werben. Andere Fotos, offensichtlich nicht zu Propagandazwecken entstanden, konfrontieren den Betrachter aber auch mit harten Realitäten.

Diese werden auch in den Quellentexten deutlich. Hier spiegeln sich die Verordnungen der Politik wider, zeigt sich die Paranoia der Säuberungswellen. Die Berichte der Zeitzeugen vermitteln einen Eindruck vom Alltagsleben in der Sowjetunion und von den Härten, denen die Bevölkerung ausgesetzt war. In diesen Quellentexten haben wir aus Gründen der Werktreue die dort häufig benutzte wissenschaftliche Umschrift belassen, während im Fließtext zur Vereinheitlichung die in der Publizistik gebräuchliche Umschrift gewählt wurde.

Eine Zeittafel bis 1953 und ein Glossar runden die Darstellung ab, ebenso wie die Karten, die eigens für diese Ausgabe gestaltet wurden.

Das zweite Heft, das sich mit der Geschichte der Sowjetunion ab 1953 bis zu ihrem Ende im Dezember 1991 beschäftigt wird, geht auch auf die Haltung der sowjetischen Nachfolgestaaten zu Russland, die Sowjetnostalgie und deren Wirkungsmacht in der Gegenwart ein.

Jutta Klaeren



Glossar	81
Literaturhinweise	82
Internetadressen	82
Die Autorinnen	83
Impressum	83

SUSANNE SCHATTENBERG

Phänomen Sowjetunion

Bis heute bestimmen kontroverse Sichtweisen das Bild der Sowjetunion; sie wird entweder als Zwangsregime verurteilt oder als ehemalige Supermacht nostalgisch verklärt. Auch in der Forschung, speziell zur stalinistischen Gewalt-herrschaft, konkurrieren unterschiedliche Analyseansätze, die seit der Öffnung der Archive ab 1991 neue Impulse erhalten haben.

Wladimir Putin hat am 25. April 2005 in einer landesweit im Fernsehen übertragenen Rede vor der *Duma* den Zerfall der Sowjetunion als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet. Das überrascht, wird doch die siebzehnjährige Herrschaft der *Bolschewiki* (1917-1991) zumindest im Westen gedanklich mit Zwang, Unterdrückung, Stalins Terror, dem GULag und Mangelwirtschaft verknüpft. Dennoch gibt es in Russland und anderen Nachfolgestaaten durchaus eine Art „Ostalgie“, die Sehnsucht nach einer Zeit, in der es klare Normen und Werte gab, in der die Sowjetunion als Supermacht gefürchtet war und in der es das Imperium auch Menschen aus der zentralasiatischen Peripherie ermöglichte, sich als Teil einer bedeutenden Macht zu fühlen, in Moskau zu studieren und sich auf Russisch als *Lingua franca*, als überregionale Verkehrssprache,

zu verständigen. Die Sowjetunion hat nicht nur eine Vielzahl von Staaten hinterlassen, die sich sehr unterschiedlich entwickeln – das Spektrum reicht von Demokratie und EU-Mitgliedschaft (das Baltikum) über einen Schlingerkurs zwischen Westorientierung und Russlandbezug (Ukraine, Georgien) bis zu autoritären Regimen (Weißrussland und die zentralasiatischen Republiken), ganz zu schweigen von Russland als „gelenkter Demokratie“. Der Zerfall des Sowjetreichs hat auch ein Vakuum an Orientierung innerhalb der Gesellschaften entstehen lassen. Die chaotische Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft brachte zusätzliche Irritation und den Zweifel, ob die Rezepte des Westens das Richtige für Russland seien.

Wissenschaftliche Debatten

Wie die Menschen in den ehemaligen Sowjetrepubliken ist auch die Historikerzunft noch weit von einer abschließenden Analyse des Phänomens Sowjetunion entfernt. Zum einen liegt das an der Breite und Tiefe des Gegenstands, zum anderen daran, dass die Archive gerade zur Zeit nach 1953 nur sehr bedingt zugänglich sind. Als am besten erforscht gilt heute die Stalin-Zeit (1928-1953), zu der es auch die ausgeprägtesten Forschungskontroversen gibt. In den 1950-/60er-Jahren waren es vor allem Politologinnen und Politologen, die die Sowjetunion

Die Entstehung der Sowjetunion



mit der Totalitarismus-Theorie erklärten: Staat und Partei hätten die Bevölkerung unterdrückt, die Gesellschaft sei atomisiert, die Kontrolle total gewesen. Dieser Vorstellung von Staat und Gesellschaft widersprachen in den 1970-/80er-Jahren die Sozialhistorikerinnen und -historiker, die die Bevölkerung nicht nur als Opfer, sondern auch als soziale Gruppen mit eigenen Interessen verstanden. Die Bolschewiki seien von den Massen getragen worden, weil die Arbeiter von der sozialen Mobilität profitierten und dem Sowjetregime ihren Aufstieg verdankten. Die bald als „Revisionisten“ bezeichneten Vertreterinnen und Vertreter einer Geschichte „von unten“ sahen selbst in dem Terror nicht nur einen repressiven Zentralstaat am Werk, sondern auch lokale Akteure, die über Denunziation und Verhaftungen Interessenkonflikte austrugen.

Zusammen mit der Öffnung der russischen Archive 1991 trat eine Generation junger Vertreterinnen und Vertreter der neuen Kulturgeschichte an. Im Rückgriff auf Michel Foucault, den französischen Philosophen und Begründer der Diskursanalyse, führten sie den Erfolg der Bolschewiki auf die Macht der Diskurse zurück: Im hermetisch abgeschotteten System der stalinistischen Ideen, Utopien, Normen und Werte hätten den Menschen keine anderen Ausdrucksmöglichkeiten zur Verfügung gestanden, als auch ihre eigenen Erfahrungen und Vorstellungen in „bolschewistische Sprache“ zu fassen. Weder Gewalt „von oben“ noch soziale Interessen „von unten“ seien entscheidend gewesen: Vielmehr habe der „Neue Mensch“ durch das stete Hören, Lesen und Wiederholen die stalinistischen Sprachformeln so verinnerlicht, dass er nicht nur das Feinddenken der Bolschewiki übernahm, sondern auch seinen eigenen Lebenslauf als Aufstieg von der zarischen Finsternis zum bolschewistischen Licht begriff.

Seit 2000 hat die Gewalttheorie Einzug in die Stalinismusforschung gehalten und mit ihr die Frage, ob der Stalinismus überhaupt im Zeichen einer Idee oder Utopie stand oder nicht nur die Möglichkeiten schuf, um Gewalt als Selbstzweck auszuüben. Es wird gestritten, ob Gewalt historisch-kulturell bedingt oder eine anthropologische Konstante ist, also der Menschheit immer und überall zu eigen ist, aber sich nur dort Bahn bricht, wo der Zusammenbruch der Zivilisation den Menschen enthemmt. Anders formuliert: War die Gewalt unter Stalin eine andere als unter Kaiser Caligula oder der Inquisition? Im Rahmen dieser Debatte über die Ursachen des Terrors ist nach den sozialen Interessen und Strukturen, die die „Revisionisten“ diskutierten, und den bolschewistischen Diskursen, die die Kulturhistoriker untersuchten, wieder die Persönlichkeit Stalins in den Vordergrund gerückt: Kann anhand einer einzelnen Person der Mord an Millionen von Menschen erklärt werden?

Weitestgehend einig ist sich die Geschichtswissenschaft hingegen darüber, dass die Sowjetunion in Patron-Klienten-Netzwerken funktionierte. Das bedeutet, dass politische Macht und Entscheidungskompetenzen nicht qua Amt, sondern durch die Nähe zum Parteiführer bestimmt wurden: Er verlangte absolute Loyalität und verlieh dafür Einfluss und Wohlstand. Stalin lebte mit seiner Entourage im Kreml wie mit einem kaukasischen Clan, Chruschtschow stützte seine Macht auf ein Netz von Partei-Gebietssekretären, das Breschnew weiter pflegte und ausbaute. Aber auch in der Wirtschaft, in Wissenschaft und Kultur wurden Stellen, Ressourcen, Aufträge und Güter aller Art in erster Linie in Netzwerken verteilt, sodass heute diskutiert wird, ob die informellen Netze die eigentliche Organisationsform der Sowjetunion waren oder doch in erster Linie als Korruption betrachtet werden müssen.



Lenin, der Führer der Bolschewiki, kehrt im April 1917 aus dem Exil nach St. Petersburg zurück. Gemälde von I.M. Toidse



Auf dem Weg zur erfolgreichen Oktoberrevolution 1917: der Sturm auf das Winterpalais. Gemälde von W.A. Kusnezow



Unter dem Symbol von Hammer und Sichel einen sich die Völker, hier mythisch überhöht in einem Gemälde von S.M. Karpow aus der Gründungszeit der Sowjetunion in den 1920er-Jahren.



„Auch die Trockenheit werden wir besiegen!“ Stalin veranlasst Ende der 1940er-Jahre gigantische Bewässerungsprojekte. Plakat von W.I. Goworkow 1949



Zur Realisierung von Großprojekten wird menschliche Arbeitskraft benötigt. Der Weißmeer-Ostsee-Kanal wird in den 1930er-Jahren allein durch Zwangsarbeiter erbaut.

SUSANNE SCHATTENBERG

Der Sieg der Bolschewiki

Mit der Oktoberrevolution 1917 beendeten die Bolschewiki das demokratische Experiment, um im nachfolgenden Bürgerkrieg ihre Macht zu behaupten. Sie wollen das russische Vielvölkerreich von seiner Rückständigkeit befreien und in eine moderne Industrienation verwandeln. Dabei gilt ihnen die Arbeiterklasse als Trägerin des Fortschritts, während Adel, Bauern, Bourgeoisie und Kirche ein rücksichtsloser Kampf angesagt wird.

Zerfall eines europäischen Imperiums

Es gibt drei konkurrierende Meistererzählungen, also grundlegende Erzählstrukturen, zum Zusammenbruch des Zarenreichs: Erstens, dass es so rückständig war, dass es untergehen musste, zweitens, dass die Großen Reformen der 1860er-Jahre so radikal an den Idealen einer kleinen, westlich geprägten Elite ausgerichtet waren, dass das bäuerliche Russland daran unweigerlich zerbrach, und drittens, dass sich Russland seit Einführung der Duma, des russischen Parlaments, und der Verfassung 1905 sowie weiteren Agrarreformen zwar auf dem richtigen Weg befand, jedoch der Erste Weltkrieg den Reformprozess beendete.

Sozialstruktur

Ganz gleich ob die Geschichte des zarischen Russlands als zwangsläufiger Niedergang, als kultureller Zusammenprall von Elite und Bauernschaft oder als Erfolgsgeschichte mit

Bevölkerungsentwicklung des Reiches bis 1914 Ohne Finnland und Polen* (in Mio. bzw. Prozent)

	1897	1914
Reich insgesamt	116,0	162,8
Europäischer Teil	98,0	134,4
Adel, Geistlichkeit, Armee, Behörden	5,6 (5%)	
Städtische Stände	11,8 (10%)	
Bauern	93,0 (80%)	

* Einschließlich Finnlands und Polens betrug die Bevölkerung des Reiches 1897: 128,0 Mio. und 1914: 178,0 Mio.

Hans-Heinrich Nolte, Kleine Geschichte Russlands, Philipp Reclam jun. GmbH & Co., Stuttgart 2003, S. 513



Extreme Standesunterschiede, hier dargestellt in einem zeitgenössischen Holzschnitt (19. Jh.), und eine nahezu ausschließlich agrarisch orientierte Wirtschaft prägen das Zarenreich. Junge russische Intellektuelle kritisieren die Zustände und sympathisieren mit der Bauernschaft.

akg./North Wind Picture Archives



Im Januar 1905 wendet russisches Militär Gewalt gegen friedliche Demonstranten an, die vor dem Winterpalais des Zaren in St. Petersburg auf die Notlage der Bevölkerung aufmerksam machen wollen. Die Erbitterung über das unverhältnismäßige Vorgehen mündet in eine Revolution, die erste politische Reformen bewirkt. Zeitgenöss. Darstellung

abruptem Ende erzählt wird, ist man sich einig, dass das Zarenreich viele Gegensätze in sich vereinte: Es war ein agrarisch geprägtes Land, dessen Bevölkerung um 1900 zu rund 80 Prozent aus Bauern bestand. Sie waren im Zuge der Großen Reformen 1861 aus der Leibeigenschaft entlassen worden, waren damit aber nicht „frei“, weil das Ackerland, das der Bauer über 49 Jahre hinweg abbezahlen sollte, kollektiv der Gemeinde gehörte und der Bauer seine Steuern in der Gemeinde zahlen musste.

Weil der Zar, wie alle europäischen Regierungen dieser Zeit, Angst vor einem entwurzelten „Lumpenproletariat“ hatte, blieben die Bauern an die Scholle gebunden, bis 1906 Ministerpräsident Pjotr Stolypin (1862-1911) die Ablösezahlungen erließ und den Bauern das Recht gab, ihr Land zu verkaufen und in die Stadt zu ziehen. Die Industrialisierung Russlands war daher vor 1906 stark von Wanderarbeitern geprägt, die zur Feldarbeit in ihr Dorf pendelten und dessen derbe Kultur sie umgekehrt in die Städte trugen. Man geht davon aus, dass 1913 der Anteil der Industriearbeiter an der Gesamtbevölkerung von 181 Millionen 3,3 Prozent (6,1 Millionen) betrug.

Die Großen Reformen brachten nicht nur die „Bauernbefreiung“, sondern mit der Justizreform 1864 auch die Gewaltenteilung nach Russland. Bauern hatten nun ebenfalls die Möglichkeit, ihre Interessen vor Gericht zu erstreiten. Allerdings ist bis heute in der Forschung heftig umstritten, ob die Mehrheit der Bauern davon Gebrauch machte und inwieweit sie das neue Rechtsverfahren überhaupt verstanden und ihr Gewohnheitsrecht dafür aufgaben.

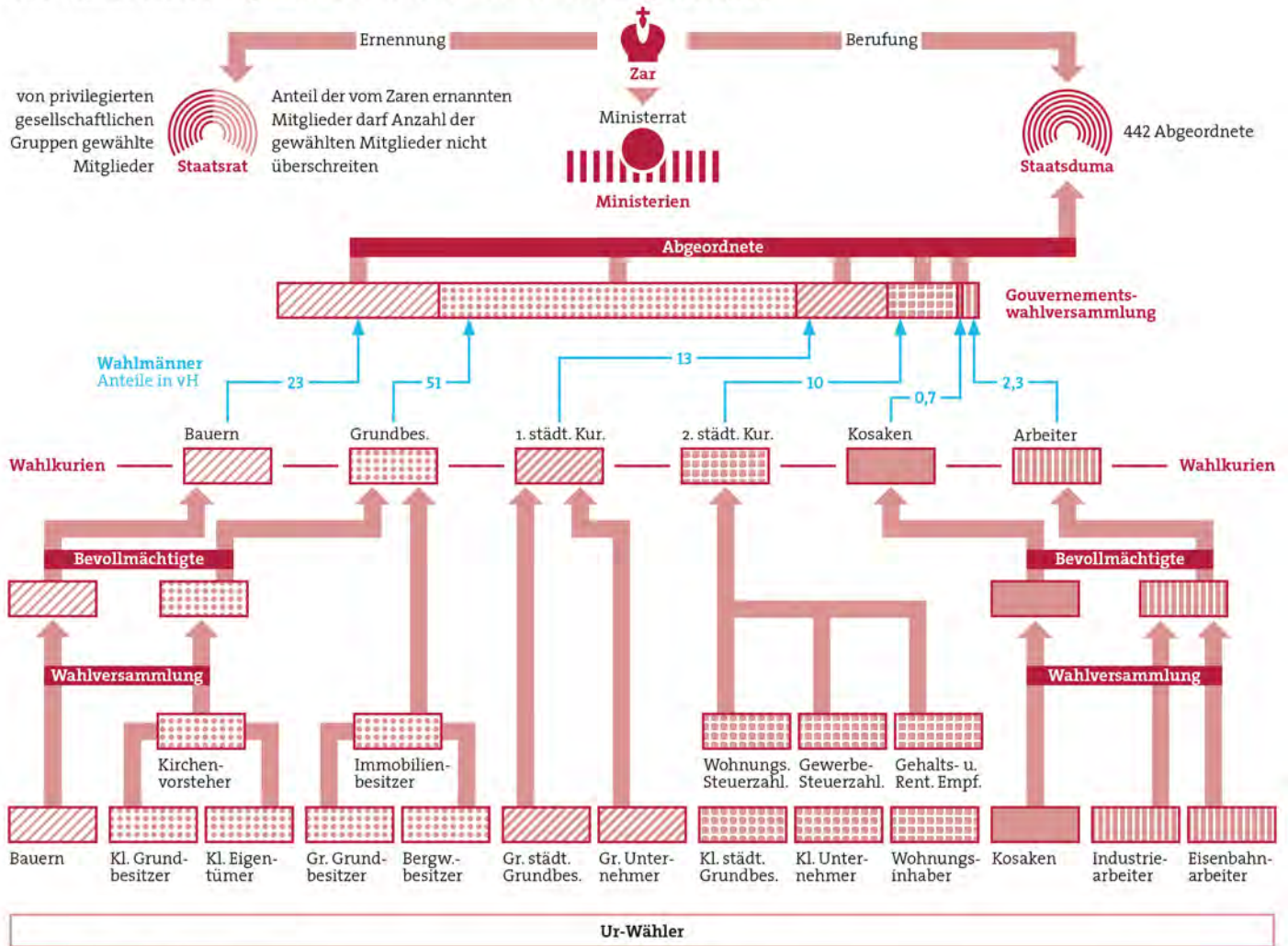
Weitere große Reformen waren die Einführung von Selbstverwaltungsinstitutionen für die Gouvernements (Verwaltungsbezirke) 1864 und für die Städte 1870. Die Entwicklung der russischen Städte war bis dahin anders als in West- und Mitteleuropa verlaufen. Zum einen gab es kein mittelalterliches Stadtrecht, das eine Selbstverwaltung der Bürgerschaft ermöglichte, zum anderen hatten die Moskauer Großfürsten mit der Unterwerfung der russischen Fürstentümer im 15. Jahrhundert dafür gesorgt, dass alle selbstständigen Strukturen zerstört wurden. Daher entwickelten sich neben den

zwei Hauptstädten Moskau und St. Petersburg (Regierungssitz 1710-1918) alle anderen Städte nur in Abhängigkeit vom Hof als Verwaltungs-, Garnisons- oder Handelsplätze. Da es keine freien Städter gab und sich ein Bürgertum erst sehr spät und nur spärlich herausbildete, streiten Historikerinnen und Historiker bis heute, ob von einem „Bürgertum“ als eigener, einflussreicher Gruppe überhaupt die Rede sein kann. Allerdings gab es um 1900 nicht nur in den beiden Metropolen Kaufleute, Unternehmer und Juristen, Ärzte, Professoren und Lehrer, kleine Händler, Angestellte und Handwerker, die sich in Vereinen organisierten, sich um das Arbeiterwohl sorgten, als Mäzene auftraten, Theater und Kaffeehäuser besuchten, Zeitungen lasen und einen Lebensstil pflegten, der sich kaum von dem in London, Paris oder Berlin unterschied.

Anstelle der Bürgerinnen und Bürger trat in Russland eine andere Gruppe: die „Rasnotschinzen“ (russ.; Verschiedenrangige) – meist Söhne von Geistlichen und verarmte Adelige, die in keinen Stand passten und die Grundlage der *Intelligenzija* bildeten. Die Intelligenzija zeichnete – mehr als ihr akademisches Studium – aus, dass sie den Zarismus ablehnte und bekämpfte. Es ist bezeichnend für Russland und das Verhältnis seiner gebildeten Schicht zum Staat, dass erst 1909 einige Intellektuelle mit „*Vechi*“ (russ.; Meilensteine) ein Manifest verfassten, in dem sie die russische Intelligenz zur Kooperation mit der zarischen Regierung und zu patriotischer Aufbauarbeit aufriefen.

Eine politische Betätigung war jedoch allen versagt, bis der Zar in Reaktion auf die blutige Revolution von 1905 mit dem Oktobermanifest (30. Oktober 1905; alter Kalender 17. Oktober, s. a. Glossar) einige Grundrechte, darunter die Gründung von Parteien und die Wahl eines Parlaments, gewährte. Allerdings wurde ein Klassenwahlrecht eingeführt, das dafür sorgen sollte, dass die kleine Gruppe der Gutsbesitzer politisch den größten Einfluss behielt. Die Stimme eines Landbesitzers zählte so viel wie die von 3,5 Städtern, 15 Bauern oder 45 Arbeitern. Zweimal, 1906 und 1907, ließ der Zar die Duma auflösen, weil das Wahlergebnis dennoch zu vielen liberalen Kräften einen Abgeordnetensitz verschafft hatte. Daher wird

Die Volksvertretung nach der russischen Verfassung von 1907



Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 842 510

die Zeit des russischen Parlamentarismus (1905-1917) mitunter auch als „Scheinkonstitutionalismus“ bezeichnet. Auch wenn sich die politische Kultur und die städtische Gesellschaft durch die Staatsgrundgesetze von 1906 veränderten, blieb die zarische Macht doch nahezu unangetastet.

Mit ihrer Zulassung 1905 formierten sich folgende große Parteien: Die „Oktoberisten“, benannt nach dem Oktobermanifest, galten als liberal-konservativ und als Vertretung der zarentreuen Gutsbesitzer. Die „Kadetten“, abgeleitet von der Abkürzung „KD“ für „Konstitutionelle Demokraten“, waren eine linksliberale Kraft, die Demokratie und eine republikanische Verfassung anstrebte. Sie ging aus der Selbstverwaltungs-Bewegung hervor und setzte sich größtenteils aus Akademikern und dem Bürgertum zusammen. Die 1898 im Untergrund gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) konnte seit 1905 legal agieren und Deputierte in die Duma wählen lassen. Sie bestand zum Großteil aus Berufsrevolutionären, die sowohl die Autokratie als auch die Demokratie ablehnten und für eine Diktatur des Proletariats kämpften. Die „Sozialrevolutionäre“ (SR) waren eine Wiederbelebung des „Narodnitschestwo“, der „Freunde des einfachen Volks“. Diese Bewegung hatte in den 1870er-Jahren Furore gemacht, als junge Adlige und Rasnotschiznen begannen, das bäuerliche Volk zu idealisieren und zu missi-

onieren: Von westlichen Einflüssen unbeleckt, unverdorben und rein, sei es die Kraft, an der Russland genesen könne. Nachdem viele „Narodniki“ als Volksaufwiegler verurteilt worden waren, hatte sich die Bewegung 1901 illegal als Partei der „Sozialrevolutionäre“ neu gegründet. Im Unterschied zur SDAPR setzten sie nicht allein auf die „Arbeiteravantgarde“, sondern auf die breiten Volksmassen. Als einzige Partei vertraten sie in ihrem Programm den Terror als legitimes politisches Mittel. Die Terroranschläge sollten helfen, die Massen wachzurütteln und das wahre Antlitz der Regierung zu enthüllen. Tatsächlich war die Zeit nach der Revolution von Repressionsmaßnahmen gegen (vermeintliche) Revolutionsteilnehmer, Arbeiter, Bauern und Studenten, geprägt, die für mehr Rechte protestiert, Blockaden errichtet und Guts-häuser geplündert hatten. Die Kampforganisation der Sozialrevolutionäre antwortete darauf mit Terror, dem bis 1907 rund 9000 Menschen zum Opfer fielen. Ihr prominentestes Opfer war 1911 Ministerpräsident Stolypin.

Zu den politischen Problemen gesellten sich wirtschaftliche: Das Fehlen einer breiten städtischen Schicht vor 1900, die mangelnde unternehmerische Tätigkeit des Adels und das lange Bestehen der Leibeigenschaft werden dafür verantwortlich gemacht, dass sich in Russland die Industrie erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelte. Erste



Premierminister P.A. Stolypin, ein überzeugter Monarchist und Reformers, sucht mit drakonischen Maßnahmen dem Terror Einhalt zu gebieten und eine gewaltsame Revolution zu verhindern. 1906 zerstört ein Bombenattentat sein Haus und verletzt ihn schwer. 1911 erschießt ihn ein Sozialrevolutionär beim Besuch der Kiewer Oper.



Die Partei der Sozialrevolutionäre ist für viele Terroranschläge gegen Repräsentanten und Einrichtungen des Zarenreichs verantwortlich. Dieser Partei gehören auch Frauen an. Maria Spiridonowa (u. li.), nach einem Attentat 1906 zur Verbannung nach Sibirien verurteilt, mit ihren Mitstreiterinnen vor der Abfahrt des Zuges

Manufakturen wurden um 1800 von Leibeigenen gegründet, die sich und ihr Land vom Ertrag freikaufen und wichtige Industriezweige aufbauten. Staatliche Investitionen unter anderem in den Eisenbahnbau sorgten ab 1890 für ein rasantes Wachstum, das bis 1917 anhielt. Da sich aber keine breite Unternehmerschicht herausbildete, befanden sich bis

zum Beginn des Ersten Weltkriegs 50 Prozent der Bergwerke, Ölförderanlagen, Eisenhütten und Industriebetriebe in ausländischer Hand.

Vielvölkerreich

Das Zarenreich war ein Vielvölkerreich, das sich durch Annexion und Kolonisierung vom 16. bis zum 19. Jahrhundert vom Baltikum bis zum Japanischen Meer und von Sibirien bis Zentralasien erstreckte. Teils aus Respekt vor älteren Kulturen, sei es im Baltikum oder an der Seidenstraße in Zentralasien, teils einem vormodernen Herrschaftsverständnis verhaftet, respektierten die zarischen Beamten lange Zeit Traditionen und Sozialstruktur der eroberten Gebiete (z. B. in Sibirien) und begnügten sich mit der Erhebung von Steuern und der Rekrutierung von gebildeten Männern.

Doch mit der Aufklärung erreichte auch Russland die Idee, eine fortschrittliche Zivilisation zu sein, deren Pflicht es sei, anderen Ethnien „Fortschritt und Vernunft“ zu bringen. Die sogenannte Zivilisierungsmission sorgte im Kaukasus für einen blutigen Krieg gegen die Bergvölker, die erst nach rund 50 Jahren (1817-1864) „befriedet“ wurden. Unter dem Einfluss der anderen europäischen Kolonialmächte sann die zarische Elite weiter darauf, sich als überlegene, westliche Zivilisation zu präsentieren, indem sie 1867 mit Turkestan eine Kolonie in Zentralasien schuf, deren Nomaden sie wie „Wilde“ behandelte. Um deren Traditionen und Widerstand zu brechen, ließ die Regierung vor allem ab 1891 russische und ukrainische Bauern ansiedeln, die das fruchtbare Weideland okkupierten.

Für weitere Unruheherde in den Westprovinzen unter Ukrainern, Weißrussen, Polen, Finnen und Balten sorgte seit circa 1859 eine zunehmende, aber sehr unterschiedlich ausgestaltete Russifizierungspolitik. Dabei strebte die zarische Regierung weniger an, aus allen Untertanen Russen zu machen. Vielmehr wollte sie die Bevölkerung in den Grenzregionen durch Sprach- und Schriftpolitik von nationalistischen Einflüssen abschneiden, die aus Österreich-Ungarn, Deutschland oder Skandinavien kamen: Wer die lateinische Schrift nicht mehr lesen konnte und nur noch Russisch sprach, konnte auch keine aufwieglerischen Schriften verstehen. Doch die Nationalbewegungen, die die rigide Sprachpolitik hatte unterdrücken sollen, erfuhren dadurch noch mehr Zulauf.

Eine europäische Macht

Auch wenn das Zarenreich in seiner Wirtschafts- und Sozialstruktur immer wieder als „rückständig“ dargestellt wird, war es eine europäische Macht. So sahen es die Zaren seit Peter I. (1689-1725), und so gestalteten sie auch die Kolonisierungs-, Außen- und Dynastiepolitik. Russland gehörte im 19. Jahrhundert neben Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Österreich-Ungarn zum europäischen „Mächtekonkordat“ der fünf Großen. Die Kriege, die es im 19. Jahrhundert führte, waren typische bewaffnete Auseinandersetzungen einer Kolonialmacht um die Vorherrschaft über dritte Mächte und damit um eine dominante Rolle im Kreis der Fünf (Krimkrieg gegen das Osmanische Reich 1853-1856, dem England und Frankreich zur Hilfe eilten) oder um neue Kolonien (Russisch-Japanischer Krieg 1904/05 um Korea).

Die Zarenfamilie der Romanows war mit den europäischen Königshäusern eng verwandt: Kaiser Wilhelm II. (1859-1941) und Zar Nikolaus II. (1868-1918) waren Enkel der britischen Königin Victoria (1819-1901) und pflegten ihre Korrespondenz auf Englisch mit der Anrede „dearest Nicky“ und „dearest Willy“, Zarin Alexandra Fjodorowna (1872-1918) war eine Prinzessin von Hessen-Darmstadt.

Aber die dynastischen Verbindungen änderten nichts daran, dass die politischen Bündnisse anders geschlossen wurden. Der verbreitete Militarismus, das ungebremsste Aufrüsten in Europa, wurde verschärft durch den Imperialismus, die Konkurrenz um immer neue Kolonien bzw. den Streit um die Vorherrschaft in Asien und Afrika. Dazu garte der Nationalismus: Nicht nur hatte jede europäische Großmacht ein übersteigertes Selbstbild; auch die kleinen Völker, die bislang Untertanen und Teil der Imperien waren, strebten mit teils terroristischer Gewalt ihren eigenen Staat an. Nach der Ermordung des österreich-ungarischen Thronfolgers durch einen serbischen Nationalisten stellte sich Deutschland auf die Seite Österreich-Ungarns und erklärte am 1. August 1914 Russland, das sich hinter Serbien gestellt hatte, den Krieg.



Familienbande: 1894, anlässlich einer Fürstenhochzeit in Coburg, präsentiert sich Queen Victoria von England (u.M.) als Familienoberhaupt. Links neben ihr ihre Enkel, der deutsche Kaiser Wilhelm II. (in Uniform, sitzend) sowie der spätere Zar Nikolaus II. von Russland (mit schwarzer Melone) und seine spätere Frau, Alix von Hessen, mit der er sich bei dieser Feier verlobte.



Erster Weltkrieg: Im Zuge der russischen Generalmobilmachung ab 31. Juli 1914 werden in St. Petersburg wehrfähige Männer zur Kaserne eskortiert.



Russische Feldartillerie und Infanterie auf ihrem Weg an die Front

Erster Weltkrieg

Der anfängliche, auch in Russland durchaus vorhandene Kriegsenthusiasmus wich wie in anderen europäischen Ländern schnell der Ernüchterung und dem Protest gegen die Einberufungen. Entgegen den Erwartungen seiner Verbündeten, Großbritannien und Frankreich, konnte Russland nicht die „Dampfwalze“ aktivieren und aus dem bevölkerungsreichen Land immer neue Rekruten an die Front werfen. Bereits 1916 gab es keine Reservisten mehr, sodass sich die zarische Regierung darauf verlegte, nun auch Muslime aus Zentralasien und dem Kaukasus zum Militärdienst heranzuziehen, was dort zu Aufständen führte, die mit Militärgewalt niedergeschlagen werden mussten und sich teils bis Anfang 1917 hinzogen.

Aber auch an der Westfront gingen russische Militärs mit Gewalt gegen die eigene Bevölkerung vor: 1914 waren zunächst alle der „Kollaboration“ und „Spionage“ „verdächtigen“ Ethnien, also alle Deutschen, Juden und andere, aus der Kriegszone deportiert worden; Schätzungen gehen von 500 000 bis zu einer Millionen Menschen aus. Im Mai 1915 befahl die russische Armeeführung, die gesamte Bevölkerung aus dem Frontgebiet zu evakuieren, was zu unkontrollierten Plünderungen, Brandschatzungen und weiteren 3,3 Millionen sich selbst überlassenen Flüchtlingen führte.

Gleichzeitig verschlechterte sich die Versorgungslage sowohl der Armee als auch der Zivilbevölkerung dramatisch; in den Städten kam es zu neuen Arbeiterstreiks und -protesten oder die Fabriken standen still, weil sie keinen Nachschub mehr bekamen. Immer mehr Soldaten desertierten und zogen als marodierende Banden durchs Land. Der Zar hatte als Oberbefehlshaber der Armee seit 1916 die Hauptstadt verlassen; das politische



Zar Nikolaus nimmt 1915 die Parade einer Kosakeneinheit ab. Kosakenregimenter zählten zu den Elitetruppen des Zarenreiches.



Deutsche Soldaten bewachen bei Lodz russische Kriegsgefangene.

Petersburg machte für die Kriegsmisere die aus Deutschland stammende Zarin und ihren „Berater“, den Wandermönch Rasputin (1869-1916), verantwortlich, der sie als ihr Vertrauter politisch manipulierte. In einer Verzweiflungstat wurde er „zur Rettung Russlands“ im Dezember 1916 ermordet.

W. I. Lenin und die Bolschewiki als „kämpfende Avantgarde“

Die Lehren von Karl Marx (1818-1883) waren 1872 ganz legal nach Russland gelangt, als der erste Band seines Werks „Das Kapital“ in russischer Übersetzung erschien, fünf Jahre nach der deutschen, 15 Jahre vor der englischen Ausgabe. Der zuständige Zensor hatte nach der Lektüre entschieden: „Man kann mit Bestimmtheit sagen, dass das Buch in Russland nur Wenige lesen und noch Wenigere verstehen werden.“ Doch es fand reißenden Absatz bei den verschiedensten Gruppierungen: Die Slawophilen, die an einen eigenen Weg Russlands als slawische Macht glaubten, sahen darin die Übel des Westens angeprangert, die Narodniki fanden darin eine Erklärung, warum sie nicht auf die Bauern, sondern auf das Proletariat setzen mussten, und verschiedenste Revolutionsanhänger schöpften daraus die Hoffnung, dass Russland von der europäischen Entwicklung nicht abgekoppelt, sondern in die erste Phase des „Klassenkampfes“ eingetreten sei.

„Das Kapital“ und andere Schriften westlicher Denker wurden Ende des 19. Jahrhunderts in verschiedensten Studentengrup-

pen diskutiert, in denen auch der junge Lenin verkehrte. Lenin, bürgerlich Wladimir Iljitsch Uljanow (1870-1924), kam aus einer adligen, gut situierten Familie aus Simbirsk (heute Uljanowsk) an der mittleren Wolga. Sein Vater war der typische Liberale, als den ihn sein Sohn später verachten sollte. Er bewunderte die Reformen Alexanders II. (reg. 1856-1881) und war sehr religiös. Sein Sohn Wladimir wurde 1887 jäh aus einem behüteten Leben gerissen, als sein Bruder wegen eines Attentatsversuchs auf den Zaren hingerichtet und ihm selbst daraufhin ein reguläres Studium an der Universität verweigert wurde. Er lebte von Pachtzahlungen und Zinsen, während er sich im Selbststudium mit Jura, aber auch mit Marx und den Narodniki beschäftigte. 1891 legte er sein Jura-Examen ab und zog nach St. Petersburg, um dort die von ihm bewunderten Marxisten zu treffen.

Hier wurde er schnell zu einem der Anführer, der marxistisches Denken mit den Lehren der Narodniki anreicherte: Lenin entwickelte die Idee einer kleinen, kämpfenden Avantgarde, die als Vortruppe mit Gewalt der Revolution den Weg bahnen müsse, weil das bäuerliche Volk zu träge und dumpf sei, um selbst sein Schicksal in die Hand zu nehmen. 1895 wurde er verhaftet und befand sich bei Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands 1898 in Verbannung in Sibirien. Mit der Frage, ob die Sozialdemokraten eine Massenpartei mit gewerkschaftlichen Fürsorgefunktionen oder eine Elitetruppe von Berufsrevolutionären sein sollte, spaltete er 1903 auf dem II. Parteitag, der in Brüssel und London stattfand, die Partei: Nachdem seine Gegner den Kongress aus Protest verlassen hatten, stellte seine Fraktion, die das Elitemodell befürwortete, die Mehrheit (russ.: *bolschinstwo*), während die anderen nun die Minderheit (russ.: *menschinstwo*) bildeten.

Die Bolschewiki standen für eine Mischung aus aufklärerischem Befreiungsprogramm und gewaltsamem Umsturz: Adlige Güter und bürgerliche Betriebe sollten enteignet und an Arbeiter und Bauern verteilt werden, die Hochschulen sollten nur noch Arbeiterkinder ausbilden, die Frauen und die Völker sollten befreit werden. In welcher Form und mit welchen Mitteln das zu geschehen hatte, behielt sich die Partei zu bestimmen vor. Die Bolschewiki standen also für eine gewaltbereite Führerpartei, die für sich in Anspruch nahm, die Dinge besser verstehen und entscheiden zu können als die unmündigen Massen. Lenin, der bis 1917 im ausländischen Exil weilte, schrieb während der Revolution 1905, als er für wenige Monate nach Russland zurückkehrte, an das Petersburger Parteikomitee: „Ich sehe mit Entsetzen, wahrhaft mit Entsetzen, dass man schon länger als ein halbes Jahr von Bomben spricht und noch keine einzige hergestellt hat!“



Lenin 1903 auf dem II. Parteitag, der die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands in Bolschewiki und Menschewiki spaltet. Gemälde von Ju. Winogradow



Szenen der Februarrevolution 1917: Was mit Straßendemonstrationen gegen die katastrophale Versorgungslage beginnt, ...



... eskaliert zum Sturm auf Symbole des verhassten Regimes wie das St. Petersburger Bezirksgericht, das die Aufständischen niederbrennen, ...



... und endet mit dem Verzicht des Zaren auf die Krone. Am 16. (3.) März unterzeichnet er im Salonwagen seines Zuges in Gegenwart hoher Generäle und Dumaabgeordneter eine entsprechende Erklärung.

Die Februarrevolution 1917

Die Februarrevolution war eine echte Volkserhebung. Dagegen stritten „Totalitaristen“ und „Revisionisten“ lange und erbittert, wie die „Oktoberereignisse“ einzuschätzen seien: als weitere Volkserhebung oder als Putsch einer kleinen bewaffneten Bande?

Die Februarrevolution begann in Petrograd (wie St. Petersburg von 1914 bis 1924 hieß) mit dem Internationalen Frauentag, dem 8. März (alt: 23. Februar), als Frauen aus Ärger über die katastrophale Versorgungslage und das lange Anstehen vor den Lebensmittelgeschäften einen Protestzug begannen und sich ihnen die Arbeiter der Putilow-Werke anschlossen. Der Zar, der im Hauptquartier der Armee in Pskow weilte, ordnete an, den Protest der auf 200 000 Menschen angewachsenen Menge niederschließen zu lassen. Doch nach einem ersten Blutbad liefen die Soldaten in der Erkenntnis „Wir schießen auf unsere Mütter und Schwestern“ auf die Seite der Streikenden über. Während die Soldaten der Revolution Organisation und Struktur gaben, stürmten die Massen als Symbol des verhassten Regimes die Peter-Pauls-Festung als russische „Bastille“. Unter dem Eindruck dieser Nachrichten dankte Zar Nikolaus II. am 16. März (alt.: 3. März) ab.

Die Zeit der Doppelherrschaft

Damit begann die Zeit der „Doppelherrschaft“. In Petrograd bildeten sich zwei neue Machtzentren: Im linken Flügel des Taurischen Palais, dem Sitz der Duma, konstituierte sich der Petrograder Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Im rechten tagten die Dumaabgeordneten, die sich über den letzten Befehl des Zaren, die Duma aufzulösen, hinweggesetzt und ein „Provisorisches Komitee“ gegründet hatten. Aus der Zusammenarbeit dieser beiden höchst unterschiedlichen Organisationen – die einen besaßen formal eine Legitimierung, aber keinen Rückhalt in der Bevölkerung, die anderen waren illegal, aber besaßen die Macht der Straße – entstand die Provisorische Regierung. In der Nacht zum 14. März (alt.: 1. März) einigten sich Arbeiterrat und Dumakomitee auf ein Regierungsprogramm, das in erster Linie dafür sorgen sollte, wieder Ruhe und Ordnung herzustellen, Bürgerfreiheiten und Amnestien gewährte, aber vier entscheidende Fragen offen ließ. Diese betrafen die künftige Regierungsform – darüber sollte eine verfassunggebende Versammlung entscheiden –, die Landumverteilung, einen Friedensschluss und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Denn die Februarrevolution war nicht nur eine Erhebung der Arbeiter und Bauern, sondern auch der vielen Ethnien, die einen „Völkerfrühling“ erlebten. Nationale und soziale Probleme gingen dabei oft Hand in Hand: Lettische, estnische, weißrussische und ukrainische Bauern erhoben sich gegen baltendeutsche, polnische und russische Gutsbesitzer; die Nomaden des Ostens forderten ihr Land von russischen Siedlern zurück, sozial mobilisierte Bauern drängten in die Städte, wo sie auf andere ethnische Gruppen trafen, wie Juden oder Armenier, die dort die Mittelschicht stellten. Während die Februarrevolution Finnland und Polen die Autonomie brachte und sich Teile der Westprovinzen unter deutscher Besatzung befanden, während die Ukraine sehr schnell einen Zentralrat (*Rada*) einsetzte und sich in Transkaukasien die gleiche Doppelherrschaft wie in Petrograd bildete, versuchten die sehr unterschiedlichen nationalen Gruppierungen, ihre Aktivitäten zu koordinieren. Neben den kleinen Völkern an der Mittleren Wolga begannen sich auch die Volksgruppen Sibiriens zu organisieren und For-

derungen zu stellen. Die Vertreter der nationalen sozialistischen Parteien trafen sich zu zwei Kongressen der Völker Russlands Ende Mai 1917 in Petrograd und im September in Kiew und sprachen sich für eine föderative Struktur aus. Auch die Muslime Russlands befürworteten im Mai auf einem Kongress in Moskau eine Föderation, beschlossen aber im Juli in Kasan, frustriert vom Festhalten der Provisorischen Regierung am Status quo, die Bildung einer „Nationalversammlung“ der Muslime. Die Vermengung von sozialen mit nationalen Fragen erzeugte ein zunehmend explosives Gemisch, zumal die Arbeiter, Bauern, Soldaten und Ethnien immer ungeduldiger und radikaler auf die Lösung der aktuellen Probleme drängten.

Dazu war die höchst fragile Provisorische Regierung weder willens noch in der Lage. Sie scheiterte immer wieder an politischen Fragen, was bis Oktober 1917 zu zwei Kabinettsumbildungen führte. Aus ideologischen Gründen weigerten sich die Räte anfangs, eigene Regierungsmitglieder zu entsenden. Sie wollten die Phase der „bürgerlichen Revolution“ abwarten, um sie dann in einer weiteren, sozialistischen Revolution zu überwinden. So gehörte der ersten Regierung nur ein Sozialist an, Alexander Kerenski (1881-1970, Partei der Trudowiki, sozial-, linksliberale Gruppierung), der erst Justiz-, dann Kriegsminister und schließlich Ministerpräsident der dritten und letzten Provisorischen Regierung (21.7.-7.11. / alt 8.7.-25.10.) wurde. Der Arbeiter- und Soldatenrat arbeitete tatsächlich gegen die formal von ihm mitgetragene bürgerliche Regierung. Gleichzeitig mit dem Regierungsprogramm erließ der Petrograder Rat (russ.: *sowjet*) den „Befehl Nr. 1“, der verfügte, dass alle Truppenteile Soldatenräte bilden und den Offizieren nur noch dann gehorchen sollten, wenn deren Befehle mit den Beschlüssen des Sowjets übereinstimmten. Die Petrograder Garnison kehrte also nicht in die Kasernen zurück, und der Provisorischen Regierung gelang es nicht, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, zumal die Polizei durch unzuverlässige Milizen ersetzt worden war.

Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm immer radikalere Positionen ein, seitdem Lenin am 16. April (alt.: 3. April) aus dem Exil zurückgekehrt war und einen Tag später seine Aprilthesen (siehe S. 14) verkündet hatte. Mit dem Schlachtruf „Alle Macht den Sowjets“ rief er zum offenen Kampf gegen die Provisorische Regierung auf. Dies widersprach der Position der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die sich am 18. Mai (alt.: 5. Mai) an einer Koalitionsregierung unter dem Fürsten Georgi Lwow (1861-1925), einem Anhänger der konstitutionellen Demokratie, beteiligten. Auch Josef Stalin (1878-1953) und Lew Kamenew (1883-1936), die im März aus dem Exil zurückgekehrt waren, glaubten an eine noch lange währende Kooperation mit den Bürgerlichen in der Provisorischen Regierung. Doch Lenin setzte sich in der Partei durch und organisierte am 1. Juli (alt.: 18. Juni) eine bewaffnete Demonstration von 400 000 Arbeitern und Matrosen, die „alle Macht den Räten“ forderten. Als zwei Tage später Kriegsminister Kerenski den Petrograder Soldaten den Marschbefehl für seine Sommeroffensive erteilte, wertete der Sowjet das als konterrevolutionären Akt. Am 17. Juli (alt.: 4. Juli) marschierten auf seine Veranlassung die Kron-

Befehl Nr. 1 des Petrograder Sowjets

Den 1. (14.) März 1917

An die Garnison des Petrograder Militärbezirks! An alle Soldaten der Garde, der Armee, der Artillerie und der Flotte zur unverzüglichen und genauen Ausführung, an die Arbeiter Petrograds zur Kenntnisnahme!

Der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendelegierten hat beschlossen:

1. In allen Kompanien, Bataillonen, Regimentern, Batterien, Schwadronen, in allen Dienststellen der verschiedenen militärischen Verwaltungen sowie auf den Schiffen der Kriegsmarine sind unverzüglich Komitees aus gewählten Vertretern der Mannschaften der oben aufgezählten Truppenteile zu wählen.

2. Alle Truppeneinheiten, die ihre Vertreter in den Sowjet der Arbeiterdelegierten noch nicht gewählt haben, sollen auf jede Kompanie einen Vertreter wählen. Diese Vertreter haben mit einer schriftlichen Bestätigung am 2. (15.) März, um zehn Uhr morgens, im Dumagebäude zu erscheinen.

3. In allen politischen Angelegenheiten untersteht jeder Truppenteil dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendelegierten und seinen Komitees.

4. Die Befehle der militärischen Kommission der Reichsduma sind nur in den Fällen auszuführen, wenn sie zu den Befehlen und Beschlüssen des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendelegierten nicht in Widerspruch stehen.

5. Alle Arten von Waffen, wie Gewehre, Maschinengewehre, Panzerautos usw., müssen sich in den Händen und unter Kontrolle der Kompanie- und Bataillonskomitees befinden und dürfen unter keinen Umständen den Offizieren ausgeliefert werden, auch wenn sie dies verlangen.

6. Bei Ausübung ihres Dienstes müssen die Soldaten die strengste militärische Disziplin einhalten, aber außerhalb des Dienstes dürfen die Soldaten in ihrem politischen, bürgerlichen und privaten Leben in denjenigen Rechten keineswegs beeinträchtigt werden, die alle übrigen Bürger genießen. Der militärische Gruß außerhalb des Dienstes wird abgeschafft.

7. Ebenso wird das Titulieren der Offiziere: Exzellenz, Wohlgeboren usw. abgeschafft und durch Wendungen wie: Herr General usw. ersetzt. Grobes Verhalten, unter anderem das Duzen gegenüber den Soldaten, wird verboten. Von jeder Übertretung dieser Anordnung sowie über alle Mißverständnisse zwischen Offizieren und Soldaten sind letztere verpflichtet, ihre Kompaniekomitees in Kenntnis zu setzen.

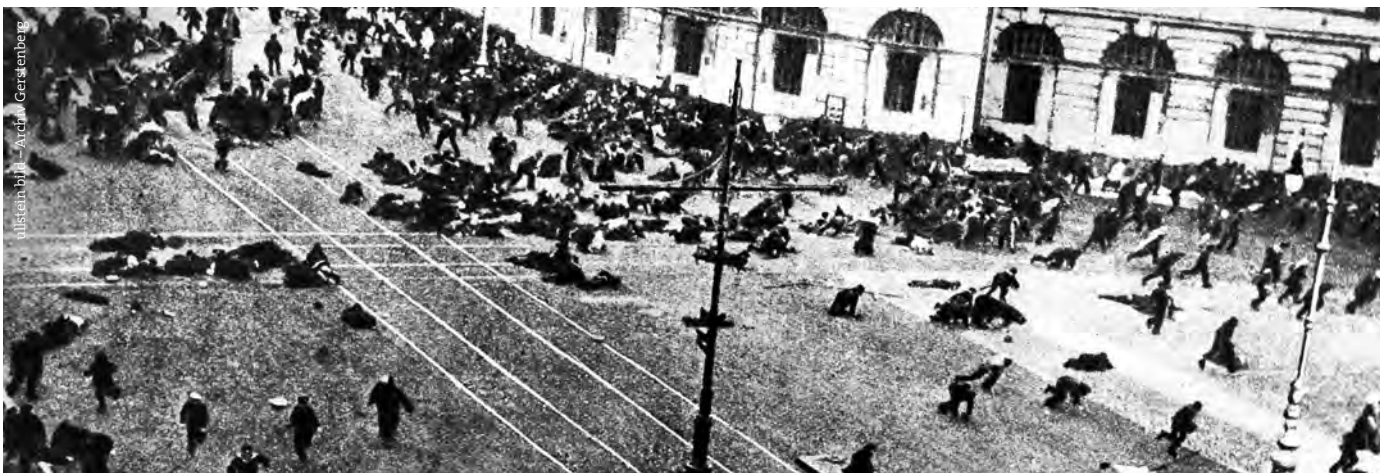
Dieser Befehl ist in allen Kompanien, Bataillonen, Regimentern, Batterien und anderen militärischen Einheiten zu verlesen.

Der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendelegierten

Mit freundlicher Genehmigung des Amalthea Verlags in der F.A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH, München © M. Smilg-Benario, Der Zusammenbruch der Zarenmonarchie, Zürich/Leipzig/Wien: Amalthea Verlag, 1928, S. 218 f.; zit. in: Manfred Hellmann (Hg.), Die russische Revolution 1917, dtv Dokumente, 3. Auflage, München 1964, S. 134



Nach der Abdankung des Zaren folgt eine „Provisorische Regierung“. A. F. Kerenski (hier li. im ehemaligen Arbeitszimmer des Zaren) fungiert im Sommer 1917 als ihr Kriegsminister und späterer Ministerpräsident. Sein Gegenspieler Lenin ruft unter der Parole „Alle Macht den Räten“ zum Kampf gegen die Provisorische Regierung auf.



Als Folge der Agitation Lenins brechen im Juli 1917 in St. Petersburg schwere Unruhen aus, die nur mithilfe regierungstreuer Truppen niedergeschlagen werden können. Auf dem Newski-Prospekt flüchten Menschen vor den heranrückenden Militärs. Lenin flieht erneut ins Exil.

Lenins Aprilthesen

[...] Ich veröffentliche nun diese meine persönlichen Thesen [...].

2. Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland besteht in dem Uebergang von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewußtseins und der mangelhaften Organisiertheit des Proletariats die Bourgeoisie an die Macht brachte, zur zweiten Etappe, die die Macht in die Hände des Proletariats und der armen Schichten der Bauernschaft legen muss. [...]

4. Anerkennung der Tatsache, daß in den meisten Arbeiterdeputiertenräten unsere Partei in der Minderheit ist, vorläufig sogar in einer schwachen Minderheit gegenüber dem Block aller kleinbürgerlichen, opportunistischen, dem Einflusse der Bourgeoisie unterlegenen und diesen Einfluß im Proletariat zur Geltung bringenden Elemente [...]. [...]

5. Nicht parlamentarische Republik – eine Rückkehr von den Arbeiterdeputiertenräten zu dieser wäre ein Schritt rückwärts –, sondern eine Republik von Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputiertenräten im ganzen Lande, von unten bis oben. [...]

6. Im Agrarprogramm Verlegung des Schwergewichts auf die Landarbeiterdeputiertenräte. Enteignung des gesamten adligen Grundbesitzes. Nationalisierung des gesamten Bodens im Lande; über ihn verfügen die örtlichen Landarbeiter- und Bauerndeputiertenräte. Schaffung von besonderen Deputiertenrä-

ten der armen Bauern. Errichtung von Musterwirtschaften aus allen großen Gütern [...] unter Kontrolle des Landarbeiterdeputiertenrates und auf öffentliche Kosten.

7. Sofortige Verschmelzung aller Banken des Landes zu einer Nationalbank, die der Kontrolle des Arbeiterdeputiertenrates untersteht.

8. Nicht „Einführung“ des Sozialismus als unsere unmittelbare Aufgabe, sondern einstweilen nur sofortige Übernahme der Kontrolle der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung der Erzeugnisse durch den Arbeiterdeputiertenrat.

9. Aufgaben der Partei:

- a) Sofortiger Parteitag
- b) Änderung des Parteiprogramms [...]
- c) Änderung des Namens der Partei*.

10. Erneuerung der Internationale. Initiative zur Schaffung einer revolutionären Internationale, einer Internationale gegen die Sozialchauvinisten und gegen das „Zentrum“. [...]

*Statt „Sozialdemokratie“, deren offizielle Führer in der ganzen Welt den Sozialismus verraten haben, indem sie zur Bourgeoisie übergegangen sind [...], müssen wir uns Kommunistische Partei nennen.

W. I. Lenin, „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“, in: Sämtliche Werke. Ins Deutsche übertragen unter Redaktion von N. Borowski, nach der zweiten, ergänzten und revidierten russischen Ausgabe. Bd. XX, Erster Halbband, Verlag für Literatur und Politik Wien/Berlin 1928, S. 114 ff.

städter Soldaten auf das Taurische Palais. Der Juli-Aufstand (16.-19. Juli, alt.: 3.-6. Juli) konnte nur dank regierungstreuer Regimenter niedergeschlagen werden. Die Provisorische Regierung ließ 800 Bolschewiki verhaften, Lenin flüchtete ins finnische Exil, und Fürst Lwow übergab sein Amt an Kerenski. Diesem gelang es in der Folgezeit nicht, die politischen Kräfte zu einen. Auch der Sieg über den Putschversuch des Oberbefehlshabers Lawr Kornilow (1870-1918) am 14. September (alt.: 1. September) verschaffte Kerenski keine neuen Handlungsoptionen. Im Gegenteil schien das Ende seiner politischen Karriere besiegelt, da Kornilow der bürgerlichen Gesellschaft als „weißer Retter“ gegolten hatte.

Die „Oktoberrevolution“

Wie bereits erwähnt, ist in der Forschung lang und heftig gestritten worden, ob die „Oktoberereignisse“ eine Revolution oder ein Putsch waren: Während Sozialhistoriker betonten, dass die Massen die sozialistische Revolution wollten und diese zu Hunderttausenden unterstützten, beharrten konservative Historiker darauf, dass die „Oktoberrevolution“ der Putsch einer „kleinen machthungrigen Clique blutrünstiger Verschwörer“ war. Eine gemäßigte Position dazwischen lautete, dass die Bolschewiki den Massen zumindest am besten suggeriert hätten, die Lösung für deren Probleme zu haben, an denen die Provisorische Regierung gescheitert war: Brot für die Arbeiter, Land für die Bauern, Frieden für die Soldaten, Freiheit für die Völker.

Tatsächlich konnten die Bolschewiki nach dem Kornilow-Putsch bei den Stadtdumawahlen Zugewinne verzeichnen und sowohl die Hauptstadt-Sowjets als auch zunehmend die Räte in den Provinzen unter ihre Kontrolle bringen. Dennoch ist unbestritten, dass es das Zentralkomitee (ZK) der Bolschewiki war, das den Sturz der Provisorischen Regierung in einer konspirativen Nachtsitzung am 23. Oktober (alt.: 10. Oktober), zu der Lenin inkognito aus dem Exil angereist war, mit neun Stimmen gegen den Willen von Kamenew und Grigori Sinowjew (1881-1936) beschloss. Eigentlicher Organisator des Umsturzes aber war Lew Trotzki (1879-1940), der nicht nur seit dem 8. Oktober (alt.: 25. September) dem Petrograder Sowjet vorsah, sondern auch das neu geschaffene „Militärische Revolutionskomitee“ als operative Schaltstelle befahl und dadurch ohne Blutvergießen am 6. November (alt.: 24. Oktober) alle strategisch wichtigen Punkte besetzen konnte. Die Übernahme der Macht am 7. November (alt.: 25. Oktober) verlief daher wesentlich unblutiger als die Februarrevolution. Der berühmte Schuss des Panzerkreuzers „Aurora“ läutete den Sturm auf den Winterpalast ein, wo die Kabinettsmitglieder der Provisorischen Regierung gefangen genommen wurden. Kerenski konnte fliehen.

Die ersten Staatshandlungen

Lenin verkündete sogleich drei Dekrete, die er noch am gleichen Tag vom II. Sowjetkongress, den die gemäßigten Kräfte aus Protest gegen den Putsch verlassen hatten, absegnen ließ: Er verkündete das Ausscheiden Russlands aus dem Krieg und rief alle Kriegsparteien zu Verhandlungen über einen „demokratischen“ Frieden ohne Annexionen auf; er erklärte den Grund und Boden zum Volkseigentum, das beanspruchen dürfe, wer es bearbeite; und er setzte als Regierung einen Rat der Volkskommissare ein, an dessen Spitze er sich selbst stellte. Am 15. November (alt.: 2. November) folgte die Deklaration zu den Rechten der Völker (siehe S. 16), die diesen die Selbstbestimmung bis hin zur Loslösung garantierte. Lenin war nun



Erst mit dem Sturm auf das Winterpalais im Oktober 1917 (hier in einer theatralischen Nachstellung der Ereignisse zum 3. Jahrestag der Oktoberrevolution) können die Bolschewiki die Provisorische Regierung endgültig entmachten. Kerenski flieht, und Lenin setzt sich an die Spitze der neuen Regierung.

Regierungschef und de facto Vorsitzender des ZKs der Bolschewiki. Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung am 8. Dezember (alt.: 25. November) ließ die neue Regierung noch zu. Doch die Bolschewiki erlitten mit 23,8 Prozent eine Wahl-niederlage, während die Sozialrevolutionäre, auch in Folge von Wahlbündnissen mit nationalen Parteien, über 40 Prozent erzielten. Die übrigen russischen Parteien (Menschewiki, Kadetten, Rechte) kamen zusammen auf weniger als zehn Prozent. Dabei fielen die Wahlergebnisse regionsspezifisch sehr unterschiedlich aus. Während die Bolschewiki im nicht deutsch besetzten Livland mit 72 Prozent ihr bestes Ergebnis holten und es in Minsk und Witebsk auf 63 bzw. 51 Prozent brachten, wählten die meisten Nichtrussen ihre nationalen Parteien. Insgesamt machte der Anteil der nationalen Parteien etwa 22 Prozent der Stimmen aus. Als sich die Konstituante, die am 18. Januar (alt.: 5. Januar) zusammentrat, weigerte, ihre Kompetenzen auf die Sowjetmacht zu übertragen, ließ Lenin sie mit Waffengewalt auflösen. Den darauf folgenden massiven Protest zigttausender Demonstranten, die „Alle Macht der Konstituierenden Versammlung“ forderten, ließ die Sowjetregierung mit allen Mitteln unterdrücken. Mit dem Argument, die „Konterrevolution“ zu bekämpfen, wurden noch 1917 die Pressefreiheit eingeschränkt, Arbeitermilizen bewaffnet und die berüchtigte politische Polizei *Tscheka* gegründet.

Deklaration der Rechte der Völker Russlands

Die Oktoberrevolution begann unter dem allgemeinen Banner der Befreiung aus der Knechtschaft. [...]

Alles, was lebt und lebensfähig ist, wird aus den verhaßten Fesseln befreit. Es bleiben nur noch die Völker Rußlands, welche Unterdrückung und Mutwilligkeit erduldet haben und noch erdulden, und deren Entsklavung umgehendst beginnen, deren Befreiung durchgeführt werden muß, entschieden und unwiderruflich.

In der Epoche des Zarismus wurden die Völker systematisch gegeneinander gehetzt. Die Ergebnisse einer solchen Politik sind bekannt: Gemetzel und Pogrome einerseits und Knechtschaft der Völker andererseits. [...]

In der Zeitspanne des Imperialismus, nach der Februarrevolution, als die Macht in die Hände der konstitutionell-demokratischen Bourgeoisien überwechselte, wurde die unverhohlene Hetzpolitik abgelöst durch eine Politik des ängstlichen Mißtrauens gegenüber den Völkern Rußlands, einer Politik der Schikane und Provokation unter dem Deckmantel verbaler Erklärungen der „Freiheit“ und „Gleichheit“ der Völker. Die Auswirkungen einer solchen Politik sind bekannt: Vertiefung nationaler Feindschaft, Untergrabung des gegenseitigen Vertrauens.

Dieser unwürdigen Politik der Lügen und des Mißtrauens, der Schikane und Provokation muß ein Ende gesetzt werden. [...]

Diesen Grundsätzen gemäß, verkündete der erste Sowjetkongreß im Juni dieses Jahres das Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstverwaltung.

Im Oktober dieses Jahres bekräftigte der zweite Sowjetkongreß dieses unveräußerliche Recht der Völker noch entschiedener und konkreter.

Dem Willen dieser Kongresse gemäß hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, folgende Prinzipien zur Grundlage seiner Tätigkeit hinsichtlich der Nationalitäten Rußlands zu machen:

1. Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands.
2. Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung, bis hin zu einer Loslösung und Bildung eines selbständigen Staates.
3. Aufhebung aller und jeglicher nationaler und nationalreligiöser Privilegien und Einschränkungen.
4. Freie Entfaltung nationaler Minderheiten und ethnographischer Gruppen, die das Gebiet Rußlands bewohnen.

Die daraus resultierenden konkreten Dekrete werden unmittelbar nach Bildung einer Kommission für Angelegenheiten der Nationalitäten ausgearbeitet.

Im Namen der Rußländischen Republik

Der Volkskommissar für nationale Angelegenheiten
Iosif Džugašvili – Stalin

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare
V. Ul'janov – Lenin

2. November 1917

Rev. Übersetzung hier nach: Helmut Altrichter (Hg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod. Band 1: Staat und Partei, dtv-Dokumente, München 1985, S. 135 ff.

www.100odokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0002_vol&objec-t=pdf&st=DEKLARATION DER VÖLKER&tl=de © SSB München

Statut der Russischen Kommunistischen Partei der Bolschewiki,

angenommen auf ihrer VIII. Allrussischen Konferenz, 1919 (Auszug)

I. Die Parteimitglieder

1. Als Parteimitglied gilt, wer das Programm der Partei anerkennt, in einer ihrer Organisationen mitarbeitet, sich den Beschlüssen der Partei unterordnet und die Mitgliedsbeiträge entrichtet.

2. Neue Mitglieder werden durch die örtlichen Parteikomitees aus den Reihen der Kandidaten aufgenommen und durch die nächste allgemeine Versammlung der betreffenden Organisation bestätigt. [...]

4. Über die Frage des Parteiausschlusses entscheidet die allgemeine Versammlung der Organisation, deren Mitglied der Betreffende ist. Der Beschluß über den Ausschluß tritt erst nach seiner Bestätigung durch das Gouvernementkomitee in Kraft, wobei der Betreffende bis zur Bestätigung des Ausschlusses aus der Parteiarbeit entfernt wird. Der Ausschluß von Parteimitgliedern wird in der Parteipresse unter Angabe des Grundes des Ausschlusses bekanntgegeben. [...]

III. Der organisatorische Aufbau der Partei

10. Leitendes Prinzip des organisatorischen Aufbaus der Partei ist der demokratische Zentralismus.

11. Die Partei ist auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus nach dem Territorialprinzip aufgebaut; eine Organisation, die einen bestimmten Bereich umfaßt, gilt als höhere gegenüber allen Organisationen, die Teile des betreffenden Bereichs umfassen.

12. Alle Parteiorganisationen sind in der Entscheidung örtlicher Fragen autonom.

13. Höchstes leitendes Organ jeder Organisation ist die allgemeine Versammlung, die Konferenz oder der Kongreß.

14. Die allgemeine Versammlung, die Konferenz oder der Kongreß wählt ein Komitee, das ihr Vollzugsorgan ist und die gesamte laufende Arbeit der örtlichen Organisation leitet. [...]

IV. Die zentralen Parteiinstitutionen

20. Oberstes Parteiorgan ist der Kongreß. Ordentliche Kongresse werden jährlich einberufen. Außerordentliche Kongresse werden vom Zentralkomitee auf eigene Initiative oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel aller Mitglieder einberufen, die auf dem letzten Parteikongreß vertreten waren. [...]

23. Das Zentralkomitee wird in der Zusammensetzung von 19 Mitgliedern (12 Kandidaten) gewählt. [...]

24. [...] Das Zentralkomitee lenkt die Arbeit der zentralen Sowjet- und gesellschaftlichen Organisationen durch die Parteifractionen. [...]

X. Die Parteidisziplin

50. Straffste Parteidisziplin ist die erste Pflicht aller Parteimitglieder und Parteiorganisationen. Die Beschlüsse der zentralen Parteinstanzen müssen schnell und genau ausgeführt werden. [...]

Übersetzt von Johannes Dietrich

Georg Brunner, Das Parteistatut der KPdSU 1903-1961. Dokumente zum Studium des Kommunismus. Hg. vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), Bd. 2, Verlag Wissenschaft und Politik Köln 1965, S. 116 ff

Tscheke – GPU – NKWD – KGB

Der bis heute bekannte KGB (russ. für Komitee für Staatssicherheit) hatte viele Vorläuferorganisationen. Am Anfang stand die Tscheke, russ.: ĀK, Abkürzung für „Allrussische außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution und Sabotage“, die unter ihrem Leiter Felix Dserschinski (1877-1926) alle gegen die Bolschewiki gerichteten Handlungen verfolgte, Gefängnisse und Konzentrationslager organisierte und Erschießungen vornahm. 1922 wurde das Organ des „Roten Terrors“ als „Staatliche Politische Verwaltung“, russisch kurz GPU, zu einer Behörde umorganisiert, die nach Dserschinskis Tod 1926 Wjatscheslaw Menschinski (1874-1934) leitete. Nachdem die GPU während der Industrialisierung und Kollektivierung erneut Hunderttausende „Saboteure“ und „Kulaken“ (Schimpfwort der

Bolschewiki für wohlhabende Bauern) verhaftet, durch ein eigenes Gerichtskollegium abgeurteilt und 1930 die Hauptverwaltung der Lager (GULag) gegründet hatte, wurde sie 1934 in ein neues „Volkskommissariat des Inneren“, russisch kurz NKWD, unter Genrich Jagoda (1891-1936) überführt. 1936 ersetzte Stalin Jagoda durch Nikolai Jeschow (1895-1940), der für ihn den Großen Terror organisierte. 1938 wurde auch er auf Weisung von Stalin durch Lawrenti Berija (1899-1953) abgelöst. Dieser leitete bis 1953 die Staatssicherheit, die mehrfach in dieser Zeit Namen und Organisationsform wechselte: Nach NKGB (Volkskommissariat für Staatssicherheit) 1941 und MGB (Ministerium für Staatssicherheit) 1946 schufen die Nachfolger Stalins nach dessen Tod 1953 und Berijas Hinrichtung 1954 den KGB und unterstellten ihn dem Ministerrat.

Die Verfassung der Russischen Sowjetischen Föderativen Sozialistischen Republik (russ. RSFSR) wurde am 10. Juli 1918 vom V. Sowjetkongress verabschiedet. Sie schrieb als höchste Gewalt den Sowjetkongress fest, der sich aus Räten rekrutierte, die auf allen Verwaltungsebenen gebildet werden sollten. Er sollte anfangs dreimal, seit 1919 nur noch einmal im Jahr tagen. Er wählte das Zentrale Exekutivkomitee (ZEK), das zwischen den Kongressen deren Aufgaben wahrnehmen, die Regierung, den Rat der Volkskommissare, bilden und kontrollieren sollte. 1923/24 übertrug die Verfassung der Sowjetunion diese Institutionen auf die gesamte Union. Tatsächlich lag die größte Macht aber bei der Partei, die sich seit 1918 Russische Kommunistische Partei der Bolschewiki (RKP (b)) bzw. nach Gründung der Sowjetunion seit 1925 Allunions Kommunistische Partei der Bolschewiki (WKP (b)) nannte, bevor sie 1952 in Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) umbenannt wurde. Nach der Kriminalisierung und dem Verbot der anderen Parteien kontrollierte die KPdSU die Aufstellung der Kandidaten und deren Wahlen so wie die Debatten und Maßnahmen der Räte.

Der Bürgerkrieg (1918-1922)

Die Bolschewiki gewannen ihre Macht nicht mit der „Oktoberrevolution“, sondern im folgenden Bürgerkrieg, in dem die „Roten“, also die Bolschewiki, mit den „Weißen“, dem Sammelbecken aller anderen politischen Kräfte, um die Macht kämpften. Aber der Bürgerkrieg war noch viel mehr:

- die Abwehr der gerade unabhängig oder autonom gewordenen Regionen wie der Ukrainischen Volksrepublik, Weißrusslands, des Kaukasus und Mittelasiens gegen die Wiedereingliederung in den bolschewistischen Herrschaftsbereich,
- die Intervention der Entente-Mächte, die den deutschen Einfluss auf die russländischen Provinzen zu begrenzen suchten,
- der Versuch der wiederhergestellten Nation Polen, ihr Territorium auszuweiten,
- der Kampf der „Grünen“, in die Wälder geflohener Bauern, die sich zu Armeen zusammenschlossen, um ihre eigene Vorstellung von einem gerechten Staat zu verteidigen,
- ein Test der Bolschewiki, welche Gewaltmittel sich als Herrschaftspraxis eigneten,

- und schließlich, als die letzten Weißen 1920 bereits geflohen waren, ein Krieg gegen die Bauern, der bis 1922 dauerte.

Im Bürgerkrieg setzte sich fort, was mit dem Weltkrieg begonnen hatte: Verwüstung und Zerstörung des Landes, Entwurzelung, Verarmung und Verrohung der Menschen. (siehe Karte I)

Russland befand sich de facto immer noch im Krieg. Das Deutsche Kaiserreich hatte die Rückkehr Lenins nach Petrograd unterstützt, weil es auf den Zusammenbruch des Zarenreichs und einen schnellen Separatfrieden an der Ostfront setzte. Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk (22.12.1917-10.2.1918, alt.: 9.12.1917-28.1.1918) scheiterten aber zunächst, sodass die deutschen Truppen eine erneute Offensive starteten und nun fast ohne Widerstand weit bis an die Narwa, nach Pskow und Kiew vordrangen. Mit dem von Lenin am 3. März 1918 akzeptierten „Diktatfrieden“ verlor Sowjetrussland fast 30 Prozent seiner Vorkriegsbevölkerung und 18 Gouvernements. In Reaktion auf den deutschen Sieg landeten wenige Tage später englische und US-amerikanische Truppen im Norden Russlands, um eine Ausweitung des deutschen Einflusses zu verhindern und bereits geliefertes Kriegsgerät zu sichern. Angesichts der verlorenen „Randgebiete“ und der Intervention verlegten die Bolschewiki die Hauptstadt am 12. März (s. a. Glossar → Kalender) nach Moskau.



Gleich nach der Machtübernahme hatte Lenin das Ausscheiden Russlands aus dem Krieg angekündigt. Die entsprechenden Verhandlungen mit dem deutschen Kriegsgegner (re. die russische Delegation) enden im März 1918 mit dem „Diktatfrieden“ von Brest-Litowsk, der Russland harte Bedingungen auferlegt.



Während Zar Nikolaus II. zunächst unter Bewachung isoliert bleibt und im Juli 1918 in Jekaterinburg mit seiner Familie von den Revolutionären getötet wird, ...

Gleichzeitig erwuchs auch im Inneren des Landes militärischer Widerstand. 101 vertriebene Delegierte der Konstituante, in erster Linie Sozialrevolutionäre, hatten sich an die Mittlere Wolga nach Samara zurückgezogen, um dort Bataillone zu organisieren und den Sturz der Bolschewiki vorzubereiten. Am 8. Juni 1918 erklärte das „Komitee der Mitglieder der Konstituierenden Versammlung“ die bolschewistische Regierung für abgesetzt. Mithilfe der Tschechoslowakischen Legion, eines Truppenverbands von 30 000 österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen, eroberte das Komitee Simbirsk und Kasan und rief einen Gegenstaat aus. Auch in Reaktion auf das Vorrücken der Sozialrevolutionäre ließ die Sowjetregierung die in Jekaterinburg internierte Zarenfamilie in der Nacht auf den 17. Juli erschießen.

Die Gegner der Bolschewiki versuchten derweil, ihre Kräfte zu bündeln und zu einer Kooperation zu finden. Vom 8. bis 23. September versammelten sich 170 Vertreter der verschiedenen Gruppierungen und Parteien in Ufa unter dem Vorsitz von Admiral Alexander Koltschak (1874-1920) zu einer „All-russischen Staatskonferenz“. Doch noch während die Konferenz tagte, eroberte die Rote Armee die Mittelwolga zurück; am 7. Oktober fiel Samara an die Bolschewiki. Koltschak wurde in Omsk als Befehlshaber von Kosaken- und Freiwilligenverbänden zum „obersten Herrscher“ ausgerufen; damit lag die Opposition in monarchischen Händen, und das letzte demokratische Experiment war gescheitert.

Als Ende 1918 die Mittelmächte aus der Ukraine abzogen, kam es zu jahrelangen Kämpfen zwischen der Roten Armee, den „Weißen“, den Streitkräften der frisch ausgerufenen Ukrainischen Volksrepublik unter dem Kosaken Symon Petljura (1879-1926) und dem Anarchisten Nestor Machno (1888-1934), der bis zu 50 000 Mann anführte, die ihre eigene Vorstellung von der Agrarrevolution mit der Waffe verteidigten: das Land den Bauern, Handelsfreiheit und frei gewählte Sowjets „ohne Moskauer und Juden“. In Zentralrussland griffen im Jahr 1919 die „weißen Truppen“, unterstützt durch Kriegshilfen der Entente-Mächte, an drei Fronten an: Von Osten rückte Koltschak wieder in das Wolgabecken vor; er



... formieren sich im Land die Kontrahenten des Bürgerkriegs. Kommandeure der „Weißen“, des anti-bolschewistischen Lagers (li), darunter Admiral A. W. Koltschak (M), und drei prominente Heerführer der Roten Armee der Bolschewiki (re), die Generäle S.K. Timoschenko, S.M. Budjonny und K.J. Woroschilow (v.li.n.re.), porträtiert um 1920



profitierte davon, dass von März bis August 1919 hier 30 000 Bauernsoldaten ein großes Gebiet unter ihre Kontrolle gebracht hatten, welche die Abschaffung der Beschlagnahmen, freie Sowjetwahlen und das Ende der bolschewistischen „Kommissarokratie“ forderten. Aber Koltschak konnte der Roten Armee nicht standhalten, die seine Verbände an der Transsibirischen Eisenbahnlinie entlang bis Irkutsk verfolgte und aufrieb.

Die größte „weiße“ Streitmacht aus 64 000 Kosaken, den einstigen Elitesoldaten des Zaren, und Freiwilligen stand im Süden, im Gebiet der Donkosaken, wohin sich 1917 Teile des Generalstabs und Anfang 1918 die Kadettenführer geflüchtet hatten. Unter General Anton Denikin (1872-1947) marschierten sie durch die Ukraine und erreichten im Oktober 1919 Orjol. Aber der Vorstoß zu den Truppen Koltschaks an der mittleren Wolga scheiterte, und wegen strategischer Fehler musste die Armee überstürzt den Rückzug antreten. Im Norden des Landes konnten estnische, lettische, litauische und russische Freiheitskämpfer unter General Nikolai Judenitsch (1862-1919) zwar im Oktober 1919 bis in die Vororte Petrograds vorrücken; es gelang ihnen aber nicht, die Stadt einzunehmen.

1920 sah einen Siegeszug der Roten Armee, die bis ans Schwarze Meer vorrückte, den Kaukasus eroberte und sich anschickte, Mittelasien zu überrollen. Im Krieg gegen Polen, das unter Józef Piłsudski Sowjetrussland im April 1920 angegriffen hatte, gelang es der Roten Armee unter General Michail Tuchatschewski (1893-1937) und der Ersten Reiterarmee unter Semjon Budjonny (1883-1973), die polnischen Truppen auf deren eigenes Territorium zurückzuwerfen. Unter General Pjotr Wrangel (1878-1928) unternahmen die „Weißen“ im Sommer 1920 von der Krim aus einen letzten Versuch, Gebiet zu gewinnen, bevor sie sich angesichts der herannahenden „Roten“, die im November die Krim eroberten, von alliierten Schiffen in letzter Minute evakuieren ließen. Im Oktober 1922 gelang es den „Roten“ schließlich, auch die Gebiete in Fernost wiederzugewinnen und die japanischen Interventionstruppen zu vertreiben.

Ein Krieg der Kampfzonen, nicht der Fronten

Der Russische Bürgerkrieg erinnert in vielem an einen vor-modernen Krieg, wurde aber mit modernen Waffen geführt: Maschinengewehre, Schnellfeuerkanonen, Panzerzüge, Panzerwagen, sogar Flugzeuge wurden eingesetzt, auch moderne Kommunikationsmittel wie die Eisenbahn, Telegraf oder Telefon genutzt. Als typisches und charakteristisches Kampfmittel des Bürgerkriegs wird oft der Panzerzug genannt. In der Tat gab es wohl kaum einen Krieg, in dem Panzerzüge eine so große Rolle spielten. Noch typischer aber dürfte hier ein vormodern-moderner Hybrid sein: die mit einem fest montierten Maschinengewehr bewehrten Kaleschen oder Bauernwagen, tačanka genannt. Auch die Rote Armee setzte sie massenhaft ein, sie leisteten weit bessere Dienste als motorisierte Panzerwagen und waren ein beliebtes Fotomotiv. Der Russische Bürgerkrieg war ein Krieg der Bewegung, in dem Pferdekraft von entscheidender Bedeutung war. Es gab kaum so etwas wie Fronten, obwohl von ihnen viel die Rede war, etwa als offizielle Bezeichnung von Heeresgruppen der Roten Armee. Tatsächlich gab es meistens nur Kampfzonen, in denen die Truppen nie sicher sein konnten, den Gegner vor sich und den Rücken frei zu haben. Schaut man sich an, wie dieser Krieg ganz konkret geführt wurde, ist er eher mit dem Dreißigjährigen Krieg als mit dem Weltkrieg oder gar den Kriegen des 19. Jahrhunderts zu vergleichen.

Wenn die tačanka das emblematische Kampfmittel dieses Krieges war, dann war die typische Kampforganisation weniger eine in klare Kommando- und Versorgungsstrukturen integrierte Militäreinheit als vielmehr ein selbständig operierender, mittelgroßer und beweglicher Verband. Mit anderen Worten: Soviel Organisation und Planung es aufseiten der Roten Armee und der verschiedenen Weißen Armeen auch gegeben haben mag – in der Kampfpraxis funktionierten ihre Verbände unter dem Druck der Umstände oftmals eher nach dem Muster paramilitärischer Verbände.

Felix Schnell, Räume des Schreckens. Gewalträume und Gruppenmilitanz in der Ukraine, 1905-1933 (Reihe „Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts“), Hamburger Edition – Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Hamburg 2012, S. 254f.



Symbole von Macht und Gewaltbereitschaft: Stolz zeigen die – zumeist jungen – Teilnehmer des Bürgerkriegs ihre Waffen: Rotgardisten vor dem Abzug an die Front (li.) und Angehörige der „weißen“ Armee während einer Gefechtspause.



Auch die Propaganda soll die Menschen für den Bürgerkrieg mobilisieren. N.M. Kotchergins Plakat (li.), „Wrangel rückt heran! Proletarier zu den Waffen“ (1920) schürt die Angst vor den „weißen“ Truppen General Wrangels. Laut Propaganda nimmt es ein Rotgardist (Poster von W.N. Denisow, 1920) auch mit zwei Gegnern auf: „Hau ab, den (polnischen) Pan verprügeln wir noch stärker!“ (li.) bezieht sich auf den polnisch-sowjetischen Krieg von 1920, „Und den Baron (Wrangel) auch nicht vergessen!“ (re.) auf den Krieg gegen die „Weißen“.

Bürgerkrieg in der Ukraine

Die Schriftstellerin Anna Abramovna Saksaganskaja erlebte die Besetzung Jekaterinoslaws (heute: Dnipropetrowsk, Ukraine – Anm. d. Red.) durch die Machno-Truppen im Jahre 1919 hautnah mit und verarbeitete ihre Erlebnisse in einer autobiografischen Schrift mit dem Titel „Unter schwarzer Flagge“. Im Frühjahr 1919 hütete sie in Jekaterinoslaw das Haus ihrer Schwester. Es war ein großes Haus, in dem mehrere Mietparteien wohnten. Als Hausbesitzer hatten die Schwester und der Schwager bei Machnos erstem Besuch in der Stadt schlechte Erfahrungen gemacht, weswegen sie sich bei seinem erneuten Herannahen am Rande der Stadt selbst zur Miete einquartierten, um nicht erneut als „Besitzer“ bedroht zu sein. Anna Saksaganskaja selbst gab sich als Mieterin im Hause ihrer Schwester aus. Auch sie hatte keine große Wahl gehabt – der Hunger hatte sie aus Petersburg vertrieben und ihre Schwester war die letzte Rettung gewesen. Sie bewohnte mit der Köchin ein paar Zimmer, als Machnos Soldaten in die Stadt einfielen und die Haustür eintraten.

Es war Machnos zweiter Besuch in der Stadt. Beim ersten Mal hatte er mit seiner ihm eigenen List und Tücke ein sehr viel größeres Kontingent von Petljura-Truppen verjagt, konnte sich mit seinen Leuten aber gerade einmal vier Tage halten. Allerdings hatte sich auch diese kurze Zeit angesichts der Grausamkeiten den Einwohnern von Jekaterinoslaw ins Gedächtnis geprägt. Auf der Straße wurde buchstäblich auf alles geschossen, was sich bewegte, danach das Geschäftszentrum der Stadt geplündert und größtenteils in Schutt und Asche gelegt. Inmitten des Tumults stand Machno an einem kleinen Feldgeschütz und ließ auf die höchsten Gebäude feuern. Am Ende lagen mehr als dreihundert Leichen in den Straßen.

Machnos Truppen wurden von einer Abteilung weißer Kavallerie vertrieben, die selbst wiederum nach kurzer Zeit von einer Einheit der Bolschewiki in die Flucht geschlagen wurde. Auch Jekaterinoslaw ging jetzt wie viele Städte von einer Hand in die andere. Anna Saksaganskaja schrieb dazu: „Wir hatten uns schon so an den Krieg gewöhnt, dass uns nicht mehr interessierte, wer gerade in die Stadt einzog, sondern wir nur noch den Wechsel als solchen registrierten: Die Stadt ging wie ein Fußball von der Hand einer kämpfenden Partei in die andere.“ Achtzehnmal ging das

so, bis sich die Rote Armee nach dem Verlust Perekops schließlich nicht mehr halten konnte. Jekaterinoslaw fiel damit im Oktober 1919 wie eine reife Frucht in Machnos Hände. [...]

Bei alledem war die Todesangst allgegenwärtig: Anna Saksaganskaja wusste wie viele andere auch, dass in den sechs Wochen der Besetzung der Stadt täglich am Ufer des Dnjepr Menschen erschossen und ihre Leichen teils in den Fluss geworfen, teils einfach liegen gelassen wurden, Verwesungsgeruch hing in der Luft. Es war nicht schwer, Opfer zu finden, wie sie bemerkte: Die Denunziation blühte, Reiche, Kommunisten, Kritiker Machnos und schließlich Intellektuelle fanden sich leicht. [...]

Opfer des Terrors wurden in erster Linie Weißgardisten und Offiziere oder Personen, die für solche gehalten wurden, aber auch unter der Zivilbevölkerung gab es Tote. Studenten, Kaufleute, Bäcker und eine Gruppe von Juden werden in einem Dokument genannt. [...]

Es waren die Weißen Truppen des Generals Slaščev, die Machno und seine Truppen schließlich aus der Stadt vertrieben. Leichter wurde es für die Einwohner deshalb aber nicht. Die Sieger führten sich nicht wesentlich anders auf als Machnos Truppen. Was jene noch nicht geraubt hatten, nahmen jetzt die Weißgardisten, unter denen viele Inguschen und Tschetschenen gewesen sein sollen. Die verwundeten und kranken Machno-Soldaten, die in den Lazaretten und Krankenhäusern lagen, wurden an den Bäumen der zentralen Alleen erhängt. Damit hatte diese Abteilung der Freiwilligenarmee unter Slaščev allerdings auch ihren letzten Hauch getan. Wie die Armee Denikins im Ganzen, so zerfiel auch diese Einheit, und ihre Reste zogen sich alsbald nach Rostow am Don zurück. Die Bolschewiki konnten die Stadt kurz vor Weihnachten praktisch kampflos einnehmen.

Damit begann dann wiederum der rote Terror in Jekaterinoslaw. Auch die Plünderungen hörten keineswegs auf. Obwohl die Bolschewiki eher daran interessiert waren, dauerhafte Herrschaftsstrukturen aufzubauen, unterschieden sich ihre Maßnahmen und deren Resultate während des Bürgerkriegs nicht wesentlich vom Treiben der Truppen Machnos oder der weißen Einheiten. [...]

Felix Schnell, Räume des Schreckens. Gewaltträume und Gruppenmilitanz in der Ukraine, 1905-1933 (Reihe „Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts“), Hamburger Edition – Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Hamburg 2012, S. 197ff.

Gewalt und Pogrome

Warum siegten die „Roten“, obwohl das Gebiet, das sie kontrollierten, 1918 nur noch auf ein Rumpfrussland zusammengeschrumpft war? Ihr Erfolg hatte weniger mit der Unterstützung durch Arbeiter und Bauern zu tun, wie es propagiert und auch im Westen lange Zeit wiederholt wurde. Der Erfolg lag in der straffen Organisation der Roten Armee unter Trotzki begründet, dem es gelang, viele zarische Generäle wie Tuchatschewski oder Budjonny zu rekrutieren. Sie brachten nicht nur das militärische Wissen mit, das die Bolschewiki brauchten, sondern verwirklichten auch mit den Bolschewiki Pläne, die sie teils bereits unter dem Zaren ausgearbeitet und nach dem Vorbild europäischer Kolonialmächte entwickelt hatten: die Zwangskonfiszierung von Getreide, die Erschießung von Geiseln, Deportationen und die Einrichtung von Konzentrationslagern.

Der Unterschied zwischen Russland und dem restlichen Europa bestand nicht in der Gewalttätigkeit an sich, so die neueste Forschung, sondern darin, dass in Russland derartige Gewalt auch gegen die eigene Bevölkerung angewandt wurde. In der Brutalität, so die jüngste Forschung weiter, hätten sich sämtliche Bürgerkriegsparteien nicht unterschieden; aber entscheidend sei gewesen, dass die Bolschewiki sie konsequenter und systematischer einsetzten. Es gab Gebiete, die bis zu 20-mal zwischen „Roten“ und „Weißen“ hin- und herwechselten, was jedes Mal neue Plünderungen, Vergewaltigungen, Lebensmittelkonfiskationen und die Erschießung von „Kollaborateuren“ mit sich brachte.

Anders als in der Forschung lange Zeit dargestellt, kam es nicht nur unter den „Weißen“, sondern genauso unter den „Roten“ zu Pogromen. Wie zur Zarenzeit, als Wirren, Krisen und Hungersnöte „den Juden“ angelastet wurden, massakrierten Soldaten und Pöbel zwischen 1917 und 1922 an die 200 000 Juden. Pogrome wurden keinesfalls von den Befehlshabern angeordnet, allenfalls toleriert, teils aber auch streng geahndet. Dennoch suchte sich der Mob in den Juden einen Sündenbock, die mal als das „rote Übel“, mal als „bourgeoise Ausbeuter“ geplündert und ermordet wurden.

Kriegskommunismus

Während die Judenfeindlichkeit aus der Zarenzeit stammte, schufen die Bolschewiki ein neues Feindbild: den Bauern. Aber auch hier rührte die Vorstellung Lenins, dass der Bauer dumpf und rückständig sei und zur Revolution nicht taugte, aus der Zarenzeit. Lenin und die Bolschewiki sprachen von der „Diktatur des Proletariats“ – vom „Arbeiter- und Bauernstaat“ war nicht die Rede. 1920 schrieb Lenin: „Die Klasse der Kleinproduzenten und Kleinbauern ist eine reaktionäre Klasse.“ Zu der ideologischen Einstellung kam die Versorgungsnotlage: Mit dem Frieden von Brest-Litowsk war Russland seiner „Korn-

kammer“ in der Ukraine beraubt, und die Truppen Koltshaks schnitten bald den Nachschub aus dem Osten ab.

In der Folge begannen die Bolschewiki, ihre Gesellschafts-utopie mit Gewalt durchzusetzen: Unternehmer wurden enteignet, der Handel verstaatlicht und das Geld durch Naturalien ersetzt. Während die Industrieproduktion zusammenbrach, weil das leitende technische Personal durch Arbeiter ausgetauscht wurde und der private Handel zum Erliegen kam, verfügte die Sowjetregierung am 13. Mai 1918, dass die Bauern alle Ernteüberschüsse zu staatlichen Festpreisen abzuliefern hätten (siehe S. 22). Die Abgabequoten wurden schnell so hoch gesetzt, dass den Bauern weder genug zur eigenen Ernährung noch als Saatgut blieb. Gleichzeitig planten die Bolschewiki, den Klassenkampf in das Dorf zu tragen. ZK-Sekretär Jakow Swerdlow (1885-1919) verkündete am 20. Mai 1918: „Nur wenn es uns gelingt, das Dorf in zwei unversöhnliche feindliche Lager zu spalten, wenn wir in der Lage sind, dort denselben Bürgerkrieg zu entfachen, zu dem es vor nicht allzu langer Zeit in den Städten gekommen ist, [...] erst dann werden wir sagen können, dass wir mit dem Dorf dasselbe machen werden, was uns mit der Stadt gelungen ist.“ Zur Spaltung des Dorfes wurden „Komitees der Dorfarmut“ (russ.: *kombedy*) eingeführt, die die armen gegen die reichen Bauern aufhetzen sollten. Gleichzeitig rekrutierte die Sowjetregierung aus Arbeiteraktivisten „Abteilungen zur Lebensmittelbeschaffung“, bewaffnete Banden, die seit dem Frühjahr 1918 das Land heimsuchten, stahlen, was sie greifen konnten, und sich am konfiszierten Wodka betranken.

Das Dekret zur Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht am 29. Mai, erweitert am 29. Juli 1918, erließen die Bolschewiki weniger wegen der Intervention von außen als wegen der Bauern im Inneren des Landes. Allein der Aufstand der Tschechoslowakischen Legion, die sich im Mai geweigert hatte, der von Trotzki angeordneten Entwaffnung Folge zu leisten, verhinderte, dass die gesamte Rote Armee für den Kampf gegen die Bauern eingesetzt wurde. Die Bauern wehrten sich gegen die Getreidekonfiszierung und die Wehrpflicht mit 140 Aufständen allein im Sommer 1918: Sie marschierten in die ihnen nächstgelegene Stadt, belagerten den örtlichen Sowjet oder legten in ihrer Verzweiflung Feuer, bis sie zusammengeschossen wurden. Am 8. August forderte Lenin, dass „in jedem Getreide produzierenden Distrikt unter den reichsten Einwohnern 25 Geiseln bestimmt werden, die bei Nichteinhaltung des Requisitionsplans mit ihrem Leben büßen sollen“. Diese Maßnahmen und das Festsetzen von „Kulaken, Priestern, den Weißen Garden und anderen zweifelhaften Elementen in einem Konzentrationslager“ rechtfertigte die Sowjetregierung als „Roten Terror“, der offiziell am 3. September als Antwort der Arbeiterklasse auf die Konterrevolution verkündet wurde.

Über die Errichtung der Versorgungsdiktatur

Dekret des Allrußländischen Zentralen Exekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosakendeputierten

Der unheilvolle Zerfallsprozeß in der Versorgung des Landes, eine schwere Folge des vierjährigen Krieges, setzt sich immer weiter fort, weitet sich aus, spitzt sich zu. Zu einer Zeit, da die getreideverbrauchenden Gouvernements hungern, gibt es in den getreideproduzierenden Gouvernements gegenwärtig wie eh und je große Vorräte, sogar an noch nicht gedroschenem Getreide der Ernten 1916 und 1917. Dieses Getreide befindet sich in den Händen der Dorfkulaken und Reichen, in den Händen der Dorfbourgeoisie. Satt und wohlgenährt, mit riesigen Geldmengen, die sie in den Kriegsjahren verdient haben, bleibt die Dorfbourgeoisie vollkommen taub und gleichgültig gegenüber dem Stöhnen der hungernden Arbeiter und der armen Bauern, führt kein Getreide an die Sammelstellen ab, um den Staat zu immer höheren Getreidepreisen zu zwingen, und verkauft zur gleichen Zeit vor Ort Getreide zu Wucherpreisen an Getreidespekulanten und -schieber, die Sackträger.

Der Starrköpfigkeit der habsüchtigen Dorfkulaken und -reichen muß ein Ende gemacht werden. [...]

Das Allrußische Zentrale Exekutivkomitee besprach die entstandene Lage und verordnete, angesichts der Tatsache, daß Rußland nur bei strengster Buchführung und gleichmäßiger Verteilung aller Getreidevorräte einen Ausweg aus der Versorgungskrise findet:

1. Die Unerschütterlichkeit des Getreidemonopols und der Festpreise wird bekräftigt, ebenso die Notwendigkeit eines bedingungslosen Kampfes gegen Spekulantenschieber; gleichzeitig wird jeder Getreidebesitzer verpflichtet, alle Überschüsse – über das hinaus, was für die Aussaat und den persönlichen Konsum entsprechend den festgesetzten Normen bis zur neuen Ernte unverzichtbar ist – innerhalb von Wochenfrist nach Veröffentlichung dieser Verordnung in jedem Amtsbezirk zur Ablieferung zu melden. [...]

2. Alle Werkstätigen und nicht vermögenden Bauern sind aufgerufen, sich rasch zum bedingungslosen Kampf gegen die Kulaken zusammenzuschließen.

3. Alle, die Getreideüberschüsse haben und sie nicht zu den Sammelstellen bringen, sowie diejenigen, die Getreidevorräte für Schwarzbrennereien verschwenden, sind zu Volksfeinden zu erklären, dem revolutionären Gericht zu übergeben und mindestens 10 Jahre ins Gefängnis zu sperren; ihr ganzes Vermögen ist zu konfiszieren, sie sind für immer aus der Dorfgemeinde auszuschließen: [...]. [...]

Das vorliegende Dekret tritt am Tage der Unterschrift in Kraft und wird zur Durchführung per Telegraph verbreitet.

Vorsitzender des Allrußländischen Zentralen Exekutivkomitees
Ja. Sverdlov

Vorsitzender des Rates der Volkskommissare V. Ul'janov (Lenin) Sekretär des Allrußländischen Zentralen Exekutivkomitees Avanesov

13. Mai 1918

Rev. Übersetzung hier nach: Helmut Altrichter / Heiko Haumann (Hg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 2: Wirtschaft und Gesellschaft, dtv Dokumente, München 1987, S. 56 ff.
http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0012_kom&l=de
© BSB München

Erinnerungen an die Zeit des „Kriegskommunismus“

von Victor Serge, ehemaliger bolschewistischer Funktionär (Auszug)

Das Regime dieser Zeit hat man [...] den „Kriegskommunismus“ genannt. Damals nannte man es „Kommunismus“ schlechthin. Und wer, wie ich, sich erlaubte, ihn als provisorisch zu betrachten, zog sich tadelnde Blicke zu. Trotzki hatte soeben geschrieben, dieses Regime werde mehrere Jahrzehnte dauern, um den Übergang zum wahren Sozialismus ohne Zwang sicherzustellen. Bucharin schrieb seinen Traktat über „Die Wirtschaft der Übergangsperiode“, dessen marxistischer Schematismus Lenin empörte. Er betrachtete die gegenwärtige Organisation als endgültig. Dennoch wurde es einfach unmöglich, unter ihr zu leben. Unmöglich natürlich nicht für die Regierenden, sondern für das Gros der Bevölkerung. [...]

Die von den verstaatlichten Kooperativen verteilten Rationen waren winzig: Schwarzbrot (manchmal durch Hafer ersetzt), einige Heringe im Monat, ein winziges bißchen Zucker für die erste Kategorie (Handarbeiter und Soldaten), fast nichts für die dritte (Nicht-Arbeiter). Das Wort des heiligen Paulus, das überall angeschlagen war: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen!“ wurde zur Ironie, denn um sich zu ernähren, mußte man sich ja gerade auf dem Schwarzmarkt umtun statt zu arbeiten. Die Arbeiter brachten in den toten Fabriken ihre Zeit damit hin, daß sie Maschinenteile in Taschenmesser und Transmissionsriemen in Schuhsohlen umarbeiteten, um sie dann auf dem Schwarzmarkt zu tauschen.

Im Ganzen war die Industrieproduktion auf weniger als 30 Prozent der Produktion von 1913 gefallen. Um ein wenig Mehl, Butter oder Fleisch zu bekommen, mußte man Bauern, die dergleichen unerlaubterweise in die Stadt brachten, Textilien oder irgendwelche Gegenstände geben. Glücklicherweise enthielten die Wohnungen der vormaligen Bourgeoisie in den Städten nicht wenig Teppiche, Wandbehänge, Wäsche und Geschirr. Aus dem Leder von Sofas stellte man ganz brauchbare Schuhe her, aus den Wandbehängen Kleider. [...]

Der Winter war für die Bewohner der Stadt eine wahre Qual. Keine Heizung, kein Licht und dazu der nagende Hunger! Schwache Kinder und Greise starben zu Tausenden. Der Typhus, von den Läusen verbreitet, räumte gründlich auf. Das alles habe ich vielfach gesehen und miterlebt. In den großen verlassenen Wohnungen von Petrograd drängten sich die Leute in einem einzigen Zimmer zusammen und lebten dicht gedrängt um einen kleinen Kanonenofen aus Ziegelsteinen, den sie auf dem Parkett aufgestellt hatten und dessen Kaminrohr eine Fensterecke mit Ruß schwärzte. Man speiste ihn mit dem Parkett der Nachbarzimmer, mit den letzten Möbeln, mit Büchern. Ganze Bibliotheken sind auf diese Weise verschwunden. Ich selbst ließ, um eine mir nahestehende Familie zu wärmen, mit echter Genugtuung die Sammlung der „Reichsgesetze“ verbrennen. Man nährte sich von ein bißchen Hafer und halbverfaultem Pferdefleisch, man teilte im Kreis der Familie ein Stück Zucker in winzige Partikeln auf, und jeder Bissen, den einer außer der Reihe ergatterte, beschwor wahre Tragödien herauf. Die Kommune tat viel für die Ernährung der Kinder; aber dieses Viel blieb lächerlich gering. [...]

Victor Serge, Erinnerungen eines Revolutionärs 1901-1941, aus dem Französischen von Cajetan Freund, Edition Nautilus, Hamburg 1991, S. 134 f.



Zwangsrekrutierungen und horrende Getreideforderungen der Roten Armee radikalieren die bäuerliche Gegenwehr: „Die Ermordung der Mitglieder der Dorfkommune durch die aufständischen Bauern“ im Jahre 1921 in einem Wandgemälde aus dem Jahr 2000 von R. Simanow im Heimatmuseum von Ischim, Westsibirien.

Krieg gegen die Bauern

Der Bürgerkrieg war vor allem auch ein Krieg gegen die „Grünen“, gegen die Bauern, die sich vor der Zwangsrekrutierung in die Wälder flüchteten und dort organisierten. Sonderkommandos spürten insgesamt fast 1,2 Millionen Fahnenflüchtige auf; Tausende wurden erschossen, ihre Familien als Geiseln genommen. Neben vielen kleinen spontanen Bauernerhebungen kam es immer wieder zu großen, organisierten Revolten mit regelrechten Armeen von bis zu 10 000 Mann. Als Anfang 1920 die Weiße Armee geschlagen war, standen sich immer noch die bolschewistischen Streitkräfte und die Bauern gegenüber. Im Februar/März 1920 brach eine große Revolte im Gebiet zwischen Wolga und Ural aus, auch „Aufstand der Gabeln“ genannt, da die Bauern teils nur mit Forken bewaffnet waren. Obwohl 50 000 Mann mit der Artillerie zusammengeschossen wurden, sprang der Funke an die Mittlere Wolga über, wo es erneut zu Bauernaufständen kam.

Bis 1922 währte der Widerstand der Bauern in Tambow unter dem Bauernführer Alexander Antonow (1898-1922), einem Sozialrevolutionär. Wegen horrender Getreideableieferquoten hatten im August 1920 mehr als 14 000 fahnenflüchtige, mit Heugabeln und Sensen bewaffnete Männer in Tambow die „Vertreter der Sowjetmacht“ verjagt oder massakriert. Anfang 1921 griffen die Revolten auf das untere Wolgagebiet, Westsibirien, Dagestan und Turkestan über. Um den Widerstand zu brechen, erschoss die Rote Armee nicht nur Geiseln und deportierte Familien, sondern leitete sogar Giftgas in die Wälder, in die sich die Rebellen zurückgezogen hatten.

Es war schließlich eine verheerende Hungersnot, die den Widerstand der Bauern brach. Angesichts einer schlechten Ernte 1920 und der Konfiszierung sämtlichen Getreides hatten viele Bauern Anfang 1921 nichts mehr zu essen. Obwohl ausländi-



Die Beschlagnahmung sämtlichen Getreides und eine Missernte führen 1921/22 zum Hungertod von fünf Millionen Menschen.

sche Hilfe zugelassen wurde, geht man davon aus, dass 1921/22 fünf Millionen Menschen verhungerten. Es kam zu Kannibalismus; die Verhungerten aßen aus Verzweiflung die Toten auf. Angesichts des erbarmungslosen Vorgehens gegen die

Bauern wird in der Forschung auch von einem „Dreißigjährigen Krieg“ der Bolschewiki gegen die Bauern gesprochen, der erst 1953 mit Stalins Tod endete.

Der Kronstädter Aufstand

Die Sowjetregierung ging aber nicht nur mit aller Härte gegen die Bauern, sondern im Zweifelsfall auch gegen ihre eigene Klientel, die Arbeiter und Soldaten, vor. Als im Januar 1921 in den Städten die Brotration um ein Drittel gekürzt wurde, kam es in mehreren Städten zu täglichen Protesten und Streiks. In Petrograd wählten Fabrikarbeiter eine „Versammlung von Arbeiter-Beauftragten“, die die Abschaffung der bolschewistischen Diktatur, freie Sowjetwahlen, Rede-, Vereins- und Pressefreiheit sowie die Freilassung sämtlicher politischer Gefangener forderten. Am 28. Februar schlossen sich die Marinesoldaten in Kronstadt den streikenden Arbeitern an. Am 2. März verbrüdete sich die Hälfte der circa 2000 Kronstädter Bolschewiki mit den Aufständischen und gründete ein provisorisches Revolutionskomitee. Das Politbüro unter Lenin entschied, kurzen Prozess zu machen: In Petrograd verhaftete die Tscheka binnen 48 Stunden mehr als 2000 Arbeiter; in Kronstadt rückte die Rote Armee unter General Tuchatschewski ein; am 18. März war der Kronstädter Aufstand niedergeschlagen. Den Tausenden von Opfern folgten über 2000 Todesurteile und circa 6500 Verurteilungen zu Lagerhaft.

Die Neue Ökonomische Politik (NÖP) (1921-1927)

In Folge der städtischen Hungerproteste und der Verwüstung des Landes durch den Bürgerkrieg entschloss sich die Sowjetregierung am 23. März 1921, den „Kriegskommunis-

mus“ zu beenden. Die Neue Ökonomische Politik (NÖP), die im Ausland als „Ende der Jakobiner-Herrschaft“ gefeiert wurde, war eine Zeit, in welcher der gewaltsame politische Umbruch weitestgehend gestoppt, dafür aber der gesellschaftliche Umbau und die Industrialisierung mit ambitionierten Plänen und unionsweiten Maßnahmen ins Werk gesetzt wurden. Die wenigen Jahre ließen viele Menschen Hoffnung schöpfen, der Bolschewismus sei ein Bildungs- und Modernisierungsprogramm, der Terror sei vorbei. Cafés und Theater öffneten wieder, und ein geschäftiges öffentliches Leben kehrte zumindest in die Städte zurück. Doch die NÖP war, so Trotzki, „nur ein vorübergehender Umweg, ein taktischer Rückzug, eine Bereitung des Bodens für einen neuen und entscheidenden Angriff der Arbeiter gegen die Front des internationalen Kapitalismus“. Trotzdem gab es Proteste von radikalen Bolschewiki gegen den „Verrat an der Revolution“.

Die NÖP bedeutete die Wiederzulassung von Privatwirtschaft, Privathandel und ausländischen Investoren; während der Handel bald zu 80 Prozent wieder in privater Hand war, blieben ausländische Investoren Russland meist fern; die wenigen vergebenen Lizenzen dienten meist der Rohstoffausbeutung wie dem Holzeinschlag. In den Fabriken und Industriebetrieben wurden unter der Aufsicht von „roten Direktoren“, also verdienten Revolutions- oder Bürgerkriegsveteranen, die alten Chefingenieure und das frühere technische Personal wieder eingestellt; 4000 weniger bedeutende Betriebe wurden an ihre ehemaligen Besitzer verpachtet. Lenin erklärte: „Je schneller wir, die Arbeiter und Bauern, uns selbst eine bessere Arbeitsdisziplin und eine höhere Arbeitstechnik aneignen, indem wir für diese Kunst die bürgerlichen Spezialisten ausnutzen, desto eher werden wir uns von jedem Tribut an diese Spezialisten befreien.“

Die Produktion lief wieder an, Handwerker und Ladeninhaber gingen aufs Neue ihren Geschäften nach, und jeder trieb



Um die darrende Bevölkerung zu befrieden und die Wirtschaft wieder anzukurbeln, werden ab 1921 Privatwirtschaft und Privathandel zugelassen. Auch die Bauern kommen in die Städte, um ihre Waren anzubieten. Ein Bauernmarkt, der sogenannte Smolensker Markt, auf dem Arbat in Moskau



Die Frauen sollen in den Arbeitsprozess eingegliedert werden. Ein Plakat von 1933 wirbt dafür mit der Aufschrift: „Beim Studium, an der Werkbank, im gesellschaftlichen Leben“ – „Ein Netz aus Kindergärten und gemeinschaftlichen Kantinen werfen wir weit aus – machen Millionen Frauen frei für den sozialistischen Aufbau“.

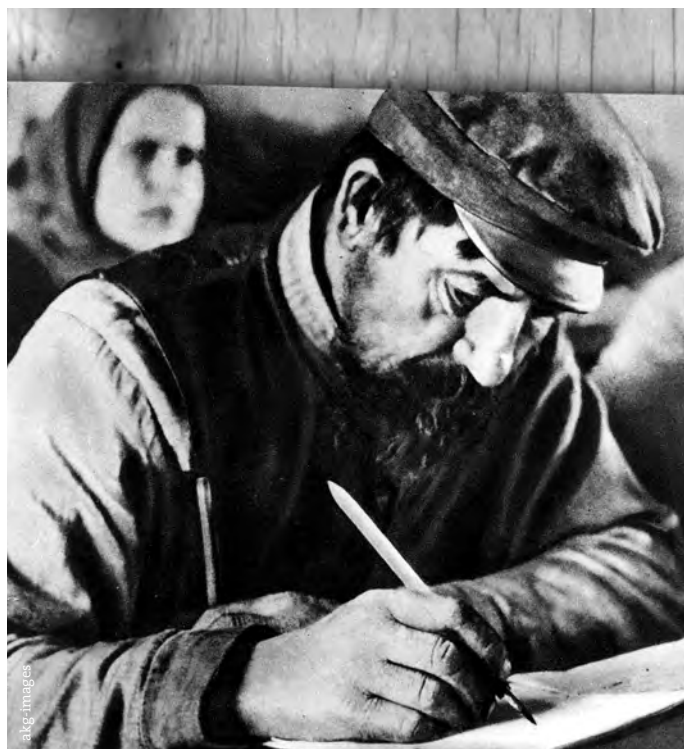
Handel: Arbeiter, Intellektuelle, demobilisierte Soldaten, frühere Kaufleute, Invaliden, Bauern und Hausfrauen. Aber erst 1925 war wieder das Konsumniveau von 1914 hergestellt, gab es also neben Kartoffeln und dunklem Brot auch ausreichend Fleisch, Zucker und Obst zu kaufen. Die Jahre der NÖP waren wie im Deutschland der Weimarer Zeit eine schnelllebige und unsichere Zeit. Wer Geld hatte, gab es sofort aus. Für die Gewinner der Handelsfreigabe, die in Restaurants schlemmten und teure Pelze zur Schau stellten, ersannen die Bolschewiki das Schimpfwort „nep-men“ (NÖP-Mann) und geißelten so die Ausschweifungen des Kapitalismus.

Sozialprogramme

Die NÖP brachte eine Reihe von Sozialprogrammen, mit denen die Sowjetregierung die Vorstellung eines aufgeklärten, modernen Landes in die Tat umsetzen wollte. Der Volkskommissar für Volksaufklärung Anatoli Lunatscharki (1875-1933) startete eine unionsweite Kampagne gegen den Analphabetismus (russ.: *likbez*, 1919-1940er). Gleichzeitig wurden Arbeiterfakultäten (russ.: *rabfak*) gegründet. Sie sollten die Arbeiter, die oft nur eine vierjährige Dorfschule besucht hatten, in zwei Jahren auf ein Hochschulstudium vorbereiten. Die erste und einzige Volkskommissarin Alexandra Kollontaj (1872-1952) initiierte nicht nur ein Mutterschutzprogramm, sondern auch Frauenabteilungen (russ.: *schenotdely*), die zwischen 1919 und 1930 im ganzen Land die Frauen über ihre neuen Rechte aufklärten und versuchten, sie für den sozialistischen Aufbau zu gewinnen.



Begeisterung für Technik und ein Bemühen um Bildung für breite Bevölkerungskreise: In einer Moskauer Schule lassen sich Mädchen ein Filmvorführgerät erklären, ...



... und im Rahmen einer Alphabetisierungskampagne lernt ein Bauer schreiben.

Die Kunst der Avantgarde

Gleichzeitig waren die 1920er-Jahre eine kulturelle Hochphase, die an die Blüte des „Silbernen Zeitalters“ der ersten zwei Dekaden des Jahrhunderts anschloss und als sowjetische Avantgarde das Theater und die Dichtung, den Film und die Fotografie, die bildende Kunst und die Architektur in der ganzen Welt beeinflusste. Die Gewalt des revolutionären Umsturzes wurde von den Künstlern in eine eigene, neue Ästhetik überführt, die jenseits von politischen Aussagen der Faszination für den radi-

kalen Um- und Aufbruch eine eigene Sprache verlieh. In dieser Zeit drehte Sergei Eisenstein (1898-1948) seine berühmten Filme wie „Panzerkreuzer Potjomkin“ (1925 zum Jubiläum der Revolution von 1905), schrieb Wladimir Majakowski (1893-1930) seine revolutionären Gedichte, entwickelte Alexander Rodtschenko (1891-1956) seine Fotografie und Wsewolod Meyerhold (1874-1940) sein neues Theater, malte Alexander Dejnika (1899-1969) seine aufwühlenden Werke wie „Die Verteidigung Petrograds“ (1928), entstand eine ganz neue Plakatkunst.



Mit dem Slogan „Wir bauen den Sozialismus“ ist dieses Bild von G.I. Pimenow von 1927 überschrieben. Deutlich wird der zeitgenössische Kult um den (männlichen) Körper, der insbesondere die Arbeiterdarstellungen beeinflusst.



Auch die Künstler der Avantgarde engagieren sich in den politischen Konflikten. Das Agitationsplakat mit dem Titel „Mit rotem Keil schlagen die Weißen“ von El Lissitzky, 1920, ist in seiner Abstraktion im Stil des Konstruktivismus aber eher ungewöhnlich.

Neuer Mensch und Kunst

[...] Für die Bolschewiki war, was Proletariat genannt wurde, ein höherer Bewußtseinszustand, eine Attitüde dem Leben gegenüber, die der barbarische russische Mensch nicht aus sich hervorbringen konnte. Zum Proletarier wurde, wer die Last der Vergangenheit von sich warf, aus sich heraustat und wahres Wissen über sich und die Welt erlangte, aus der er kam. Der Proletarier war einer, der sich im Stadium des Selbstbewußtseins befand, um es mit den Worten Hegels zu sagen. Nur so wird verständlich, daß die Bolschewiki von der Züchtung des neuen Menschen überhaupt sprechen konnten, eines Menschen, der aus dem Laboratorium der Revolution hervorging.

Nun stand dieses Denken in einer aufgeklärten Tradition, die sich nicht auf den Marxismus beschränkte. Es war der romantische Antikapitalismus der Avantgarde und des Expressionismus, der sich hier ebenso zeigte wie der revolutionäre Furor der Bolschewiki. Arbeiter und Unterschichten waren Projektionen des idealen Intellektuellen, Rebellen, die die verlorene Einheit der Menschheit wiederherstellten, indem sie der falschen Welt, die der Kapitalismus repräsentierte, die Maske herunterrissen. Bereits vor der Revolution phantasierten Avantgardenkünstler und Wissenschaftler von der Synchronisierung Rußlands mit dem europäischen Westen durch Architektur, Wissenschaft und Theater. [...]

[N]ach der Revolution des Jahres 1917 kamen die Konzepte der Avantgardenkünstler und der Bolschewiki zusammen: in der Revolutionierung der Ausdrucksformen und der praktischen Instrumentalisierung des Theaters. Die Bolschewiki entdeckten die revolutionäre Kraft, die vom Theater in einer Gesellschaft von Analphabeten ausgehen konnte. Das Theater berührte die menschliche Seele, es konnte Menschen, wenn es sie ergriff, in religiöse Verzückung versetzen. Aufklärung und Beseelung – das war es, was die Bolschewiki und die Avantgardenkünstler miteinander verband.

In den Massenaufführungen des Jahres 1920, als (der russische Regisseur und Dramaturg Nikolai – Anm.d.Red.) Evreinov den „Sturm auf den Winterpalast“ in Petrograd unter freiem Himmel aufführen ließ und dabei die Stadt in eine Bühne verwandelte mit Tausenden von Schauspielern und 100 000 Zuschauern, kamen die ästhetischen Vorstellungen der Avantgarde, der Wunsch der Intellektuellen, sich mit dem Volk zu verschmelzen und die Aufklärungs- und Beseelungsphantasien der Bolschewiki zusammen. Die frühen sowjetischen Experimente in Theater und Film setzten sich zum Ziel, Emotionen zu „konstruieren“, Bewegungen und Effekte zu kontrollieren, um auf diese Weise nicht nur die Schauspieler abzurichten, sondern auch die Zuschauer in einer Weise zu manipulieren, daß sie für das Projekt des neuen Menschen ansprechbar wurden.

Jörg Baberowski, Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus. (c) 2005 Deutsche Verlags-Anstalt in der Verlagsgruppe Random House, München, S.95 f. Alle Rechte vorbehalten S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main



Die Elektrifizierung ganz Russlands soll den Fortschritt durch den Kommunismus untermauern und wird propagandistisch in Szene gesetzt. Arbeiter bei der Verlegung einer elektrischen Leitung für ein Bauernhaus 1927



Aus Lenins Sicht soll das elektrische Licht – von den Bauern auch „Iljitsch-Glühbirne“ genannt – vor allem die ländliche Bevölkerung aus Finsternis und Armut hinausführen.

Elektrifizierung des ganzen Landes

Mit der NÖP setzte die Sowjetregierung einen Plan ins Werk, der nicht nur aus dem rückständigen Russland eine moderne Industrienation machen sollte, sondern auch propagandistischen Wert hatte, weil er Kommunismus mit Fortschritt gleichsetzte. „Sowjetmacht plus Elektrifizierung gleich Kommunismus“ gab Lenin als Losung aus. Seit 1918 arbeitete eine Gruppe von „Spezialisten“, also Ingenieuren und Wissenschaftlern, am Elektrifizierungsplan für ganz Russland, das durch ein System von Wasser- und Heizkraftwerken in nur zehn Jahren komplett elektrifiziert werden sollte. Ende 1920 wurde der „Staatsplan zur Elektrifizierung Russlands“ (russ.: GoElRo) vom VIII. Rätekongress beschlossen. Kurz darauf stimmten 1921 rund 1500 zarische Ingenieure auf dem VIII. Elektrotechnischen Kongress diesem Plan zu und schlossen damit de facto einen Pakt mit den Bolschewiki zum Aufbau des Landes. Lenin und die Bolschewiki warben

erfolgreich um die „technische Intelligenz“, indem sie zwischen 1918 und 1920, als das Land im Chaos des Bürgerkriegs versank, 117 neue wissenschaftliche Einrichtungen gründeten. Nicht nur in der Wissenschaft und Technik, auch in den Volkskommissariaten fanden vorrevolutionäre Experten Anstellung und konnten dort ihr Wissen in den Aufbau des neuen Staates einfließen lassen.

Vor diesem Hintergrund, dem Beginn der NÖP und dem Scheitern der Weißen, begannen sogar Intellektuelle in der Emigration, sich den Bolschewiki zuzuwenden. 1921 verfassten sie in Anlehnung an die „*Vechi*“ von 1909 das Manifest „*Smena vech*“ (russ.; Wechsel der Meilensteine), in dem sie, wie damals die Intelligenz, zur Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern aufriefen. Zum einen konnten sie sich mit der Vision von einem modernen, elektrifizierten Russland identifizieren, zum anderen glaubten sie, dass mit dem Bürgerkrieg die Schrecken des Terrors ein für alle Mal vorbei seien.



Picture-alliance / akg-images / RIA Novosti

„Helden der Arbeit“: In der Sowjetunion genießt die Arbeit höchste gesellschaftliche Wertschätzung. Während der Bürgerkriegsjahre ist sie sogar Voraussetzung für den Bezug einer Lebensmittelkarte. Komsomolzen-Baubrigade des Stahlwerks Magnitogorsk im Juli 1931

Der Kult um den Arbeiter und die Arbeiterin

ALEXANDRA OBERLÄNDER

Die Oktoberrevolution fand im Namen der Arbeiterklasse statt. Diese galt als die Trägerin des Fortschritts, als die Produzentin des Reichtums. Die Bolschewiki verstanden sich als die „Avantgarde“ der Arbeiterschaft, die die Arbeiterklasse in die

lichte Zukunft führen würde. Urbanisierung und Industrialisierung waren im Denken der Bolschewiki weniger mit Armut und beengtem Wohnen assoziiert als vielmehr mit Aufklärung und radikalen Utopien. Als Anhänger der Moderne begrüßten sie den Fortschritt, wie ihn beispielsweise die Fließbandarbeit mit sich brachte. Die US-Amerikaner Frederick Taylor (1856-

Mensch und Maschine

[...] Die Visionen der Bolschewiki vom „neuen Menschen“ sind Teil eines internationalen Diskurses, der schon um die Jahrhundertwende eingesetzt hatte, in den Kontext der Suche nach Antworten auf das Maschinenzeitalter gehört und die modernen totalitären Systeme insgesamt kennzeichnete. [...]

Aleksandr Bogdanov hatte bereits 1907 in seinem utopischen Roman „Der Rote Stern“ den „neuen Menschen“ anschaulich beschrieben: Kinder würden nicht von den Eltern, sondern im Kollektiv erzogen; die biologischen Unterschiede zwischen den Geschlechtern hätten sich angeglichen: Frauen hätten breite Schultern und seien muskulöser, weil ihre körperliche Entwicklung nicht durch die häusliche Sklaverei beeinträchtigt werde; Arbeiter seien in einen total automatisierten Ablauf eingebunden, empfänden sich als Teil ihrer Maschinen und wollten mit dem Arbeiten gar nicht aufhören. Überhaupt lief Bogdanovs Beschreibung des „neuen Menschen“ darauf hinaus, dass dieser einer rational funktionierenden Maschine immer ähnlicher werde.

In Bogdanovs Utopie findet sich bereits das Paradigma von der Mechanisierung und damit auch körperlichen Neugestaltung des Menschen, das in den 1920er-Jahren auf geradezu absurde Weise perfektioniert wurde. Der Dichter und Wissenschaftler Aleksej Gastev gründete 1920 das Zentralinstitut für Arbeit und führte dort Bewegungsstudien und Experimente zur rationalen Organisation industrieller Arbeitsplätze durch. Inspiriert war Gastevs Ansatz von der in den USA entwickelten „wissenschaftlichen Arbeitsorganisation“ (scientific management), einer logischen Weiterentwicklung der Fließbandarbeit, die in der Sowjetunion begeistert rezipiert wurde. Es ging darum, die Arbeit großindustriell zu organisieren und alle Arbeits- und Bewegungsabläufe so zu optimieren, dass die menschliche Arbeitskraft bestmöglich ausgenutzt werden könne.

Bei Gastev mündeten diese Vorstellungen in ein bizarres Konzept vom Maschinen-Menschen, der als „Nerven-Muskel-Automat“ optimal auf die zu bedienende Maschine abgestimmt war.

In eine andere Richtung wiesen die utopischen Konzepte, die Trockij entwarf: Er ging davon aus, dass die politisch-ökonomische Weiterentwicklung auch eine biologische Evolution zur Folge haben werde. Als neuer Menschentyp werde sich der sozialistische Übermensch herausbilden: „Der Mensch wird unvergleichlich viel stärker, klüger und feiner; sein Körper wird harmonischer, seine Bewegungen werden rhythmischer und seine Stimme wird musikalischer werden. [...] Der durchschnittliche Menschentyp wird sich bis zum Niveau des Aristoteles, Goethe und Marx erheben. Und über dieser Bergkette werden neue Gipfel aufragen.“ Trockij Reflexionen über den „neuen Menschen“ standen auch unter dem Einfluss des amerikanischen Fordismus. Trockij benutzte 1926 das Bild des Fließbandes als Metapher für die Transformation des Menschen im Sozialismus: Das Fließband bestimmt den Rhythmus des Lebens, die Bewegungen der Hände, die Gedanken. Der Sozialismus müsse den Fordismus sozialisieren und von seinen schädlichen Elementen säubern, so Trockij Schlussfolgerung.

Trockij Spielart des „neuen Menschen“ als einer biologischen Weiterentwicklung der menschlichen Spezies verband sich eine Zeitlang auch mit ernstzunehmenden naturwissenschaftlichen und medizinischen Forschungen. So kam es, dass der Mediziner Ivan Pavlov trotz seiner bürgerlichen Herkunft und zur Schau gestellten Autonomie offiziell gefördert wurde, denn seine Forschungen über Reflexe und die Konditionierung des Verhaltens schienen einen wissenschaftlichen Weg zur Formung des „neuen Menschen“ zu weisen. [...]

Dietmar Neutatz, Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert, Verlag C. H. Beck München 2013, S. 175 ff.

1915) und Henry Ford (1863-1947) galten ihnen nicht per se als kapitalistische Ausbeuter, sondern auch als moderne Vertreter rationalisierter Arbeitsabläufe. Die Heroisierung der Arbeit und ihrer Produktivität ging einher mit dem Kult der Maschine und der Fabrik. Eine erste Konferenz über Taylorismus 1921 endete in der Gründung der „Wissenschaftlichen Organisation der Arbeit“ (russ.: NOT), die die effektive Nutzung von Arbeit und Zeit erforschte.

Lenin erklärte, ohne Maschinen und ohne Disziplin könne eine moderne Gesellschaft nicht existieren. Entsprechend gestaltete sich das Verhältnis der neuen Macht zu denen, die ihnen die Macht doch angeblich erst verschafften: den Arbeitern und Arbeiterinnen. 1918 formulierte Lenin, dass es die vorrangige Aufgabe der sowjetischen Regierung sei, den Arbeitenden das Arbeiten beizubringen. Im Oktober 1918 verkündeten die Bolschewiki die Pflicht zur Arbeit. Wer arbeitsfähig war, also gesund und zwischen 16 bis 50 Jahren alt, musste arbeiten gehen. Das Diktum „Wer nicht arbeitet, der soll nicht essen“ nahmen die Bolschewiki so ernst, dass sie mitten in der Lebensmittelkrise der Bürgerkriegsjahre Lebensmittelkarten nur an diejenigen austeilten, die einer Arbeit nachgingen.

Die bolschewistische Wertschätzung der Arbeit verwandelte sich in eine Anforderung an die Arbeitenden, die in erster Linie funktionieren sollten. Das Stücklohnsystem galt als motivierend und Output steigernd. Konkurrenz wurde nicht abgeschafft, sondern ihr produktives Potenzial wurde für den Aufbau des Sozialismus genutzt. Innerhalb der Arbeiterschaft wurde die Konkurrenz organisiert, indem die Sowjetregierung 1928 den Titel „Held der Arbeit“ einführte und seit 1929 Stoßarbeiterbrigaden organisierte. Diejenigen, die sich im sozialistischen Wettbewerb als Beste hervortaten, wurden als solche geehrt und erhielten materielle Vergütungen wie bessere Wohnungen oder Reisegutscheine.

Die NÖP und die Bauern

In der neueren Forschung gibt es die These, dass die NÖP nie auf dem Land angekommen sei, also keine wirkliche Erleichterung für die Bauern brachte. Tatsächlich stand nicht die Sorge um das Wohl der verhungerten Bauern im Vordergrund der Politik der Bolschewiki, sondern die Überlegung, dass die Bauern freiwillig mehr Getreide abliefern würden als die Rote Armee ihnen mit Gewalt abnehmen konnte. Mit der Einführung der NÖP im März 1921 legte die Sowjetregierung eine relativ moderate Naturalsteuer für die Bauern fest und hoffte, sie würden ihr verbleibendes Getreide gegen Industriewaren an den Staat tauschen. Aber erst nach Überwindung der Hungersnot 1922/1923 begannen die Bauern langsam, brachliegendes Ackerland wieder zu bestellen. Die Überschüsse trugen sie jedoch auf die freien Märkte, zumal der Staat gar nicht genügend Gebrauchsgüter im Tausch anbieten konnte und die Bauern selbst herstellten, was sie zum Leben brauchten. Diese sogenannte Scherenkrise, das Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage an Industriewaren, erreichte im Oktober 1923 ihren Höhepunkt. Während es in den Städten durchaus Arbeiter gab, die sich für die Bolschewiki und ihre Programme begeisterten, blieben die Bauern in ihrer Mehrheit gegenüber der bolschewistischen Propaganda immun. Konnten Arbeiter tatsächlich in den Genuss von Posten in Partei und Gewerkschaft oder von Studienplätzen kommen, hatten die Bolschewiki den Bauern nichts zu bieten. Im Gegenteil forderten sie, das gerade erhaltene Land zugunsten von Kollektivwirtschaften aufzugeben und die Erträge abzuliefern.

Die „richtige“ Politik gegenüber den Bauern blieb ein heiß umstrittenes Politikum unter den Bolschewiki. Als der Parteitheoretiker und Ökonom Nikolai Bucharin (1888-1938) 1925 die Parole „Dem Dorfe zugewandt“ ausgab und die Bauern aufforderte: „Bereichert euch, akkumuliert, entwickelt eure Wirtschaft“, verhöhnten die orthodoxen Leninisten seine Lösung als „Wende zum Kulaken“. Die Vorschläge der NÖP-Befürworter Bucharin, Alexei Rykow (1881-1938) und Michail Tomski (1880-1936), auf dem Land die Räte wiederzubeleben, parteilose Bauern in Ämter wählen zu lassen, Waldstücke an Bauern zu übergeben, die Steuern zu senken, Traktoren bereitzustellen, Krippen, Schulen und andere Einrichtungen auf dem Land zu bauen, wurden von Stalin zusammen mit der NÖP 1927 endgültig begraben.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche im atheistischen Staat

ULRIKE HUHN

Die orthodoxe Kirche hatte im Zarenreich als eine der Stützen der Autokratie gegolten und dafür einerseits viele Privilegien genossen, andererseits aber auch permanente Eingriffe in ihre innere Autonomie hinnehmen müssen. Den Sturz des Zaren erlebten vor allem die liberalen Kräfte in der Kirche daher als Befreiung. Das Landeskonzil im April 1917 nutzten sie, um aufgestaute Reformfragen zu klären und den Heiligen Synod, die staatliche Aufsichtsbehörde, durch einen Patriarchen zu ersetzen. In dieses Amt wurde am 18. November (alt.: 5. November) 1917 Tichon (Bellawin, 1865-1925) gewählt.



Um die Kirche als machtpolitischen Gegner und ideologischen Feind zu schwächen, beschlagnahmen und zerstören die Bolschewiki ab 1918 vermehrt Kirchengut. Soldaten der Roten Armee Anfang der 1930er-Jahre beim Leerräumen des Simonow-Klosters in Moskau

Die Bolschewiki sahen dennoch in der Kirche sowohl einen machtpolitischen Gegner, der die alte Ordnung wiederherstellen wollte, als auch einen ideologischen Feind, der die Arbeiter und Bauern mit seinen Vertröstungen auf das Himmelreich angeblich von ihren eigentlichen Interessen ablenkte. Das am 5. Februar (alt.: 23. Januar) 1918 erlassene Dekret „Über die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche“ galt als Signal, Geistliche als mutmaßliche oder tatsächliche Stützen des alten Regimes zu verfolgen; die Beschlagnahmung von Kirchengut ging oft mit Gewalt und Todesopfern einher. Einen neuen Höhepunkt erreichten diese Übergriffe während der Hungersnot in der Wolga-Region 1921/22, die die bolschewistische Führung dazu nutzte, kirchliche Wertgegenstände und kostbares liturgisches Gerät als Hilfe für die Hungernden zu beschlagnahmen. Ein 1925 gegründeter „Verband der Gottlosen“ (seit 1929 der „kämpferischen Gottlosen“) sollte außerdem mit inszenierten antireligiösen Festen die Abkehr von der Religion beschleunigen.

Parallel förderte die Staats- und Parteiführung die sogenannte Erneuererbewegung, die ihre Wurzeln in der innerkirchlichen Reformbewegung hatte und liberal, teils auch sozialistisch eingestellt war. Diese sollte als innerkirchliche Opposition die Handlungsfähigkeit des Moskauer Patriarchats schwächen und führte zu einer Spaltung der Kirchenleitung. Doch wurden die „Erneuerer“ vom Kirchenvolk abgelehnt und von den Bolschewiki bald wieder fallen gelassen.

In Kirchenkreisen heftig umstritten war auch ein als „Loyalitätserklärung“ bezeichnetes Rundschreiben des nach dem Tod von Patriarch Tichon ranghöchsten Metropoliten Sergi (Stragorodski, 1867-1944) vom Juli 1927. Erstens war Sergis rechtliche Position als Stellvertreter des 1925 verstorbenen Patriarchen unklar; zweitens werteten viele Geistliche und Gläubige sein Bekenntnis zur Sowjetunion als devote Unterwerfungsgeste. Viele Bischöfe und ihre Anhänger verweigerten Sergi darauf die kanonische Anerkennung. Die Staatsmacht reagierte mit immer neuen Wellen von Verhaftungen und Prozessen, die im Laufe der 1930er-Jahre

schließlich nicht nur Priester, sondern auch aktive kirchliche Laien erfassten. Zwanzig Jahre nach dem Aufbruch der Russisch-Orthodoxen Kirche in eine neue Zeit konnten orthodoxe Christen ihre Religiosität an vielen Orten in der Sowjetunion nur noch unter größter Gefährdung im Untergrund und ohne kirchliche Vermittlung leben.

Die Gründung der Sowjetunion

MAIKE LEHMANN

Die Bolschewiki erbten ein Vielvölkerreich. Und obwohl Lenin das Zarenreich als „Völkergefängnis“ bezeichnete und den Sozialismus als Ideologie der Völkerbefreiung propagierte, wollten die Bolschewiki dieses Imperium erhalten. Doch zunächst erklärten im Zuge von Revolution und Bürgerkrieg nationalistische, menschenwistische und muslimisch-pantürkistische Gruppen viele Gebiete im Kaukasus, im Baltikum und in Zentralasien als unabhängig von Russland. Die ersten Erfahrungen dieser jungen Republiken mit parlamentarischen Regierungsformen waren konfliktreich und meist von bürgerkriegsähnlichen Zuständen geprägt. Dem setzte schließlich die gewaltsame Sowjetisierung dieser Republiken ab 1919/20 ein Ende; nur die baltischen Republiken, Polen und Finnland blieben unabhängig. Auf dem I. Sowjetkongress im Dezember 1922 wurde schließlich die Sowjetunion als Föderation von formal unabhängigen, nationalen Sowjetrepubliken gegründet. Die deklarierten Ziele dieser Union waren der koordinierte Wiederaufbau der Republiken und der gemeinsame Kampf gegen die „kapitalistische Umzingelung“. Vorangegangen war ein Streit darüber, ob die Republiken der RSFSR mit einem Autonomiestatus beitreten sollten – wie es etwa Stalin als Kommissar für Nationalitätenfragen favorisierte – oder den Status als Republiken behalten sollten. Letzteres konnten die Republikführungen mit Beistand Lenins schließlich durchsetzen. Da sie aber zugleich dem zentralistisch geführten Parteiapparat



Die Gründung der Sowjetunion am 30. Dezember 1922 soll der „kapitalistischen Umzingelung“ ein riesiges sozialistisches Vielvölkerreich entgegensetzen. Gründungsurkunde mit den Unterschriften der Repräsentanten der vier Sowjetrepubliken Russland, Ukraine, Weißrussland und Transkaukasien

Gründungsvertrag der UdSSR

Die Rußländische [Rossijskaja] Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR), die Ukrainische [Ukrainskaja] Sozialistische Sowjetrepublik (USSR), die Weißrussische [Belorusskaja] Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR) und die Transkaukasische [Zakavkazskaja] Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (ZSFSR: die Sozialistische Sowjetrepublik Aserbajdschan [Azerbajdžan], die Sozialistische Sowjetrepublik Georgien [Gruzija] und die Sozialistische Sowjetrepublik Armenien [Armenija]), schließen sich in einem Bundesstaat – der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ – zusammen.

1. Kapitel

Über die Obliegenheiten der obersten Machtorgane der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

1. Den obersten Organen der UdSSR obliegt:

- a) die Vertretung des Bundes in internationalen Beziehungen, die Führung aller diplomatischen Beziehungen, der Abschluß politischer und anderer Verträge mit anderen Staaten;
- b) die Änderung der Unionsgrenzen und auch die Regelung der Fragen über Grenzveränderungen zwischen den einzelnen Unionsrepubliken;
- c) Abschluß von Verträgen über die Aufnahme neuer Republiken in die Union;
- d) Kriegserklärungen und Friedensschlüsse; [...]
- f) Ratifizierung internationaler Verträge;
- g) die Führung des Außenhandels und die Bestimmung des Systems des Innenhandels;
- h) Bestimmung der Grundlagen und des allgemeinen Planes der gesamten Volkswirtschaft der Union, [...];
- i) die Führung des Transport-, Post- und Telegraphenwesens;
- k) die Organisation und die Führung der bewaffneten Kräfte der Union; [...]
- m) die Festsetzung des einheitlichen Geld- und Kreditsystems;
- n) die Bestimmung der allgemeinen Prinzipien der Bodenbestellung und der Bodenbenutzung, ferner der Benutzung

der Bodenschätze, Wälder und Gewässer auf dem ganzen Gebiete der Union; [...]

- p) die Bestimmung der Grundlagen des Gerichtswesens und der Prozeßordnung, ferner der bürgerlichen und Strafgesetzgebung der Union;
- q) die Bestimmung der wichtigsten Arbeitsgesetze;
- r) die Bestimmung der allgemeinen Grundlagen der Volksbildung;
- s) die Bestimmung der allgemeinen Maßnahmen auf dem Gebiete des Schutzes der Volksgesundheit; [...]

2. Kapitel.

Über die Souveränen Rechte der Unionsrepubliken und über die Unionsstaatsbürgerschaft.

3. Die Souveränität der Unionsrepubliken ist nur innerhalb der durch diese Verfassung bestimmten Grenzen beschränkt und nur bezüglich jener Kompetenzen, für die die Union zuständig ist. Innerhalb dieser Grenzen gebraucht jede Republik ihre Staatsmacht selbständig; die UdSSR schützt die Souveränitätsrechte der einzelnen Republiken.
4. Jeder Unionsrepublik bleibt das Recht des freien Austrittes aus dem Bunde vorbehalten.
5. Die Unionsrepubliken ändern ihre Verfassungen aufgrund dieser Verfassung.
6. Das Gebiet der Unionsrepubliken kann nicht ohne ihre Zustimmung geändert werden, ebenso ist zur Änderung, Einschränkung oder Aufhebung des Punktes 4 die Zustimmung aller Mitgliederrepubliken der UdSSR notwendig.
7. Für die Bürger der Unionsrepubliken wird eine einheitliche Unionsstaatsbürgerschaft festgesetzt. [...]

31. Januar 1924

Rev. Übersetzung hier nach: Helmut Altrichter (Hg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 1: Staat und Partei, dtv Dokumente, München 1985, S. 163 ff. www.1000dokumente.de/pdf/dok_0019_ver_de.pdf © BSB München

in Moskau unterstanden, war in der Praxis die Eigenständigkeit der Republiken vor allem unter Stalin weitgehend eingeschränkt.

Die Sowjetunion bestand zunächst aus vier Unionsrepubliken mit eigenen Verfassungen, die ihnen zumindest auf dem Papier das Recht auf Sezession zusprachen, eigenen Volkskommissariaten und nationalen Parteiorganisationen: der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR), der Ukrainischen, der Weißrussischen und der Föderativen Transkaukasischen Republik; letztere wurde 1936 in die Georgische, die Armenische und die Aserbajdschaniische Unionsrepublik aufgeteilt. 1924 kamen die zentralasiatischen Republiken hinzu, nach dem Hitler-Stalin-Pakt bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich auch die baltischen Republiken und Moldawien. Den Unionsrepubliken unterstanden außerdem die sogenannten Autonomen Sowjetrepubliken, Autonomen Gebiete und Autonomen Kreise, in denen den namengebenden nationalen Minderheiten besondere Rechte eingeräumt wurden. Deren Auslegung hing in der Praxis allerdings stark von der Politik der Republikhauptstädte ab – zumal die Parteiführungen in den Republiken auch die Sicht Moskaus auf diese autonomen Gebiete oft stark bestimmte. (siehe a. S. 4 und Karte I)



Sitz des Präsidiums des Obersten Sowjets im Moskauer Kreml

Bevölkerung der UdSSR und ihrer Republiken

In den jeweils geltenden, d. h. für die westlichen Republiken insbesondere 1939/40 veränderten Grenzen (in Millionen)

	1926	1940	1959	1970	1979	1989
UdSSR	167,7	194,0	208,8	241,7	262,0	285,7
RSFSR	100,1	110,1	117,5	130,1	137,4	145,1
Estland	–	1,1	1,2	1,3	1,5	1,6
Lettland	–	1,9	2,1	2,4	2,5	2,7
Litauen	–	2,9	2,7	3,1	3,4	3,7
Weißrussland	5,0	9,0	8,1	9,0	9,6	10,2
Ukraine	29,0	41,3	41,9	47,1	49,6	51,7
Moldawien	–*	2,4	2,9	3,6	4,0	4,3
Georgien	2,7	3,6	4,0	4,7	5,0	5,4
Armenien	0,9	1,3	1,8	2,5	3,0	3,3
Aserbaidshan	2,3	3,3	3,7	5,1	6,0	7,0
Kasachstan	6,5	6,0	9,1	13,0	14,7	16,5
Usbekistan	5,2	6,4	6,6	11,8	15,4	19,9
Kirgisistan	1,0	1,5	2,1	2,9	3,5	4,3
Turkmenistan	1,0	1,3	1,5	2,2	2,8	3,5
Tadschikistan	0,8	1,5	2,0	2,9	3,8	5,1

*Die linksufrige Moldauische ASSR im Bestand der Ukraine veränderte in der Folge der Annexion Bessarabiens vollständig ihr Territorium, sodass ein Zahlenvergleich hier irreführend wäre. Kern der heutigen Republik ist das Land rechts des Dnjestr.

Hans-Heinrich Nolte, Kleine Geschichte Russlands, Philipp Reclam jun. GmbH & Co., Stuttgart 2003, S. 518



Allen Volksgruppen des neu geschaffenen sozialistischen Vielvölkerstaats soll der Fortschritt im Sinne der Bolschewiki nahe gebracht werden. So versuchen sie u. a. Noma-denvölker – zum Teil unter Zwang – sesshaft zu machen und zu einer „Nation“ zu formen. Traditionelle Jurten tadschikischer Nomaden 1927

Die Utopie vom Vielvölkerstaat

MAIKE LEHMANN

Diese föderale Struktur der Sowjetunion repräsentierte für die Bolschewiki den Unterschied zwischen ihrem sozialistischen Vielvölkerstaat und dem Russischen Imperium, von dessen Russifizierungspolitik sie sich mit allen Mitteln zu distanzieren suchten. Auf diese Weise wollten sie Völker jenseits der sowjetischen Grenzen vom Sozialismus überzeugen und die Stabilität ihres multiethnischen Staates sichern. Gleichzeitig wollten sie die verschiedenen Völker aus der „Rückständigkeit“ in die „Moderne“ katapultieren. Dies war keine rein ökonomische Frage. Vielmehr sahen die Bolschewiki die Entwicklungsstufe der nationalen Gemeinschaft als Voraussetzung dafür, den Sozialismus aufzubauen und zum Kommunismus gelangen zu können. In der Zukunft würden, so die Theorie, dann alle Nationen schließlich miteinander „verschmelzen“.

Dazu musste ein Teil der Bevölkerung auf dem Territorium der Sowjetunion erst zu Nationen gemacht werden, etwa Nomadenvölker, die weder über eine Schriftsprache verfügten, noch ein fest abgegrenztes Territorium bewohnten oder auch nur eine Vorstellung von der „Nation“ hatten. Deshalb suchten die Bolschewiki die Entwicklung sowjetischer Nationen und Nationalitäten zu fördern. Mithilfe von Wissenschaftlern zogen sie territoriale Grenzen und ordneten Menschen insgesamt 127 verschiedenen nationalen Gruppen zu – beides hatte oft wenig mit dem lokalen Verständnis dieser Dinge zu tun und bildete angesichts der ethnisch oft sehr

heterogenen Besiedlung eine Grundlage für wiederkehrende Konflikte. Im Zeichen der „leninistischen Nationalitätenpolitik“ wurden Schriftsprachen kreiert, nationale Sprachen als Unterrichtssprache in der Schule eingeführt, nationale Literatur gefördert, Theater und Zeitungen gegründet. Zugleich wurde bis in die 1930er-Jahre eine umfassende Alphabetisierungskampagne durchgeführt. Vertreter nicht-russischer Gruppen wurden vor allem in den 1920er-Jahren im Zeichen einer gezielten Indigenisierungspolitik (russ.: *korenisatsija*, dt.: Einwurzelung = die Förderung heimischer Eliten in Staat und Partei, aber auch in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur) bei der Besetzung von Posten bevorzugt, um so den lokalen Gruppen vor Ort den Sozialismus als ihr eigenes Projekt schmackhaft zu machen.

Mit ihrer Modernisierungspolitik gewannen die Bolschewiki aber nicht nur Unterstützer. Gerade die Zwangsansiedlung von Nomaden oder die Angriffe auf Religion und traditionelle Lebensweisen, wie etwa die auf die etablierte Geschlechtertrennung abzielende Entschleierungskampagne in Zentralasien, führten zu heftigem Widerstand. Nicht nur Nomaden flohen über die Grenze nach China oder machten als Guerilla den Behörden zu schaffen; auch andere Gruppen, etwa meist gut ausgebildete Juden oder Deutsche, zeigten Emigrationsbestrebungen. Dies ließ sie der Parteiführung wiederum als „feindliche, rückständige Elemente“ oder als Agenten des kapitalistischen Auslands erscheinen. Entsprechend wurden seit den 1930er-Jahren zunehmend alle Anzeichen von Unabhängigkeitsbestrebungen, Kontakte ins Ausland oder Interpretationen nationaler Geschichte, die den Sozialismus oder die Partei in Frage zu stellen schienen, als „bürgerlich-chauvinistischer Nationalismus“ verfolgt. Auch nur vermutete Illoyalität gegenüber dem sowjetischen Projekt führte zu Massendeportationen etwa von Polen, Deutschen, Griechen, Chinesen und Rumänen.

Aufgrund dieser Deportationen betrachteten Forscher die Sowjetunion wiederum lange als „Völkergefängnis“. Doch trotz des Misstrauens gegenüber bestimmten Gruppen und seinen oft verheerenden Folgen für die Betroffenen hielt die Sowjetführung durchgängig an der Förderung nationaler Kultur fest. Das angestrebte Verhältnis von Sozialismus und nationaler Identität definierte Stalin 1934 mit dem Ausspruch, dass Kultur „national in der Form, sozialistisch im Inhalt“ zu sein habe. 1935 prägte er mit dem Begriff der „Völkerfreundschaft“ eine zentrale Parole für das Zusammenleben in der Sowjetunion. Damit anerkannte er diese „Völker“ als feststehende Gemeinschaften, deren gemeinsame Sprache allerdings das Russische sein sollte. (siehe Karte II)



ulstein bild - Archiv Gerstenberg

Teil dieser Modernisierungspolitik ist auch die Entschleierungskampagne in Zentralasien, wie hier auf einem Propagandabild in einem usbekischen Frauenclub von 1931/32.

Der Generalsekretär Stalin

Lenins Vermächtnis

Am 21. Januar 1924 starb Lenin. Krankheitsbedingt und durch insgesamt vier Schlaganfälle körperlich stark beeinträchtigt, war er bereits seit 1922 nicht mehr öffentlich aufgetreten und hatte sich aus dem politischen Geschäft zurückgezogen. Da er kein Mitglied des Politbüros für geeignet hielt, baute er keinen Nachfolger auf, versuchte aber, die Partei in einem Brief, seinem sogenannten Testament, vor Stalin zu warnen. Nachdem der 13. Parteitag 1924 Stalins Rücktritt abgelehnt hatte, ließ Stalin das Dokument verschließen, das erst Nikita Chruschtschow (1894-1971) in seiner Geheimrede 1956 zitieren sollte.

Stalin war 1922 Generalsekretär der Partei geworden und bekleidete damit ein Amt, das für rein organisatorische Zwecke eingerichtet worden war. Er aber baute es zum wichtigsten Posten in Partei – und Staat – aus. Der Generalsekretär entwickelte sich

Lenins „politisches Testament“ – Briefe an den Parteitag

[...] Gen. Stalin hat, nachdem er Generalsekretär geworden ist, eine unermeßliche Macht in seinen Händen konzentriert, und ich bin nicht überzeugt, daß er es immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig genug Gebrauch zu machen. Andererseits zeichnet sich Gen. Trotzki, wie schon sein Kampf gegen das ZK in der Frage des Volkskommissariats für Verkehrswesen bewiesen hat, nicht nur durch hervorragende Fähigkeiten aus. Persönlich ist er wohl der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK, aber auch ein Mensch, der ein Übermaß von Selbstbewußtsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat.

Diese zwei Eigenschaften zweier hervorragender Führer des gegenwärtigen ZK können unbeabsichtigt zu einer Spaltung führen, und wenn unsere Partei nicht Maßnahmen ergreift, um das zu verhindern, so kann die Spaltung überraschend kommen. [...]

25. Dezember 1922

Lenin

Ergänzung zum Brief vom 24. Dezember 1922

Stalin ist zu grob, und dieser Mangel, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen uns Kommunisten durchaus erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, und jemand anderen an diese Stelle zu setzen, der sich in jeder Hinsicht von Gen. Stalin nur durch einen Vorzug unterscheidet, nämlich dadurch, daß er toleranter, loyaler, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer, weniger launenhaft usw. ist. Es könnte so scheinen, als sei dieser Umstand eine winzige Kleinigkeit. Ich glaube jedoch, unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung einer Spaltung und unter dem Gesichtspunkt der von mir oben geschilderten Beziehungen zwischen Stalin und Trotzki ist das keine Kleinigkeit, oder eine solche Kleinigkeit, die entscheidende Bedeutung erlangen kann.

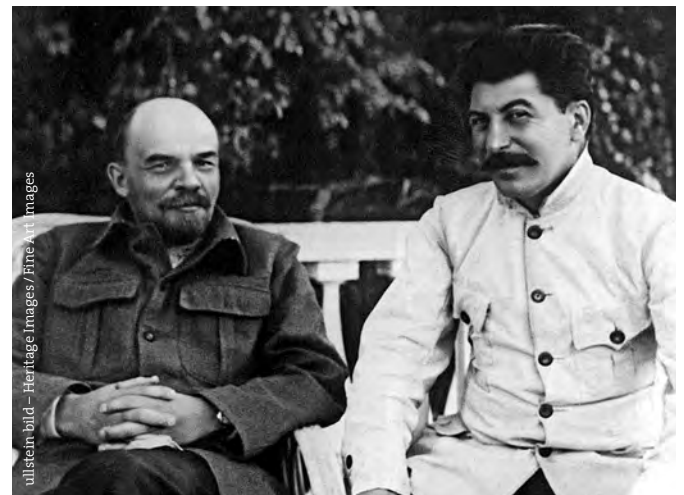
4. Januar 1923

Lenin

W.I. Lenin: Werke. Ins Deutsche übertragen nach der 4. russischen Ausgabe, besorgt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 36, 1900-1923, Berlin (Ost) 1962, S. 579 f.

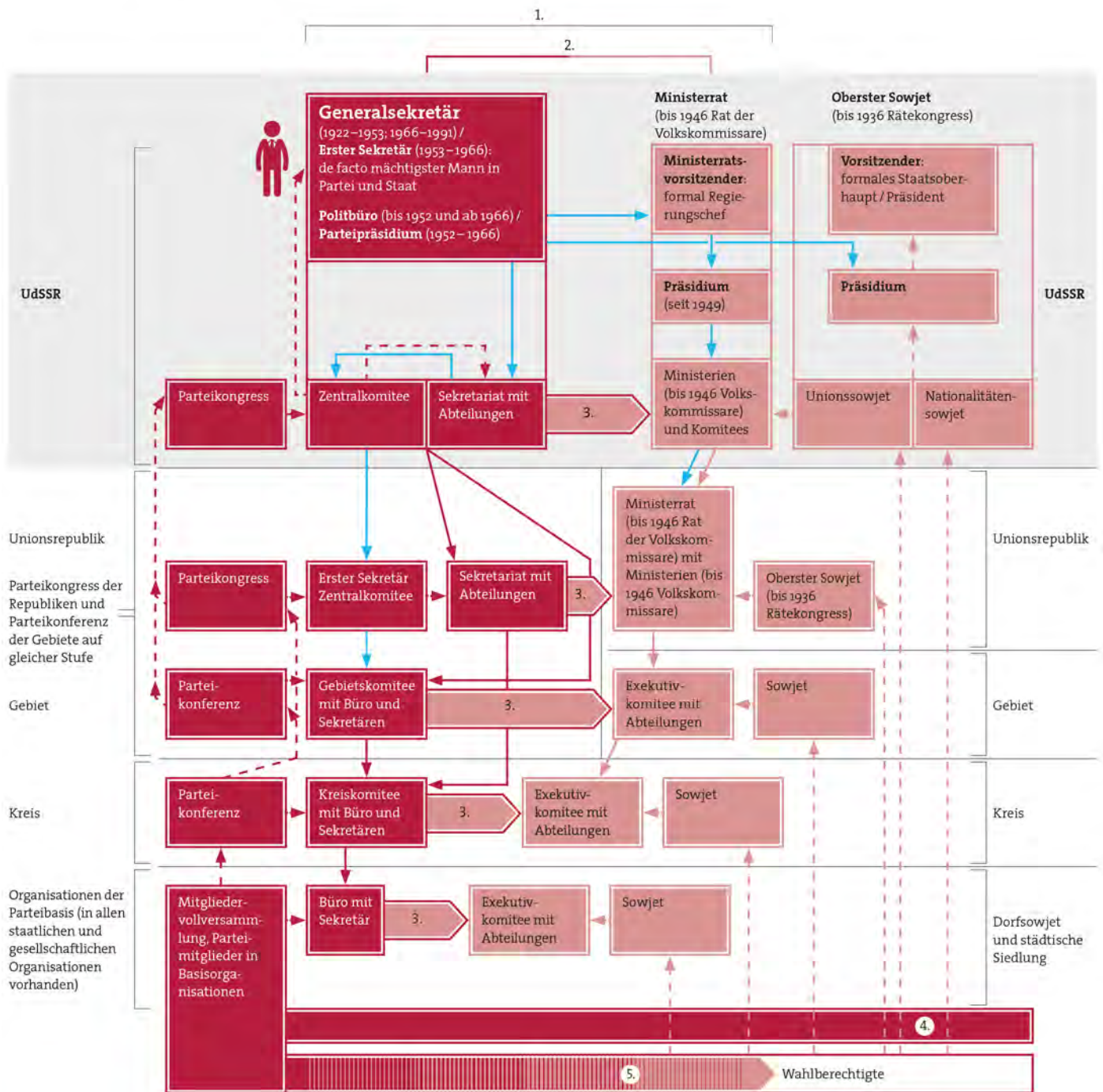
in den 1920er-Jahren zum Vorsitzenden des Politbüros, das das Zentralkomitee steuerte, welches die Parteitage ausrichtete. Formal sahen die Statuten es andersherum vor: Die Parteitage sollten das Zentralkomitee wählen, aus dessen Reihen das Politbüro bestimmt wurde, das dann den Generalsekretär einsetzte. Nach Lenins Tod 1924 herrschte zunächst eine Troika aus Stalin, Sinowjew und Kamenew, die unter sich die wichtigsten Ämter in der Partei aufteilten; Trotzki, der Organisator der Revolution, Sieger des Bürgerkriegs und Volkskommissar für das Kriegswesen, war isoliert und wurde als arrogant und selbstverliebt gemieden.

Obwohl sich Lenin selbst ein einfaches Erdbegräbnis gewünscht hatte, beschloss das Politbüro, ihn für die Ewigkeit einbalsamieren zu lassen. Noch 1924 wurde Petrograd in Leningrad umbenannt; das berühmte Mausoleum auf dem Roten Platz des Architekten Alexei Schtschusew (1873-1949) wurde 1930 fertig gestellt. Damit wurde Lenin bildlich zum Fundament von Staat und Partei erklärt: Alle seine Nachfolger, von Stalin bis Gorbatschow, leiteten ihre Legitimation daraus ab, dass sie Lenins Lehren pflegten und umsetzten. Die Bolschewiki verwerteten Lenins Tod zudem propagandistisch als Opfertod und gaben die Parole aus: „Lenin lebt in Dir! In jedem Kommunisten lebt die Flamme Lenins; ohne die Leiden, die Du für uns auf Dich genommen hast, würdest Du noch leben.“



Manipulation der Bilder, Beispiel 1: Im August 1922 besucht Stalin den schwer erkrankten Lenin in dessen Wohnhaus in Gorki bei Moskau. Lenins Schwester fotografiert eine Gartenszene, in der beide gleichrangig im Bild zu sehen sind. Jahre später erscheint eine zu Stalins Gunsten manipulierte Fotomontage. Gemeinsam ist beiden Aufnahmen die Absicht, das freundschaftliche Verhältnis der beiden zu betonen.

Verflechtung von Partei und Staat in der Sowjetunion



Weisungsrecht
 Weisungsrecht
 Vorschlagsrecht
 Wahl
 Parteiorganisation
 staatliche Organisation
 Parteibasis oder Parteimitglieder in der staatlichen Organisation

1. Staats- und Parteiämter auf Unionsebene in Personalunion
2. Zusammenwirken von Partei und Staat bei der Gesetzgebung (gemeinsame Verordnungen des Ministerrates und des ZK/Präsidioms)
3. Weisungsrecht der Parteiorgane an Staatsorgane auf der gleichen Stufe
4. Nominierung der Kandidaten durch die Partei
5. Organisation der Bevölkerung in Parteizellen und Massenorganisationen (Gewerkschaften, Komsomol, u.a.)

Dieses Schaubild beruht auf der Verfassung von 1936, als der Rätekongress durch den Obersten Sowjet abgelöst wurde, und nach 1952, als das Politbüro in Präsidium umbenannt wurde.

Die Ausschaltung der „Opposition“

In den Jahren 1924 bis 1927 gelang es Stalin mit geschicktem Taktieren, seine Rivalen zu entmachten. Er nutzte ideologische und programmatische Streitpunkte, um seine Meinung als die wahre Parteilinie darzustellen und die seiner Gegner als Abweichung zu brandmarken. Dabei half ihm das Parteistatut, das seit 1921 Fraktionen verbot und damit jede andere Meinung kriminalisierte. Stalin setzte eine Praxis durch, auf die er in den 1930er-Jahren seine Macht stützte: Wer nicht für ihn und die Parteilinie war, war gegen ihn und wurde als Feind behandelt. Hauptstreitpunkte in den 1920er-Jahren waren das Schicksal der Weltrevolution, die Bauern und die NÖP. Mit der pragmatischen Haltung, der „Sozialismus in einem Lande“ sei möglich, manövrierte Stalin Trotzki ins Abseits, der an der Vorstellung einer Weltrevolution festhielt. 1925 verlor Trotzki sein Amt als Volkskommissar für Verteidigung, 1927 ließ ihn Stalin

aus der Partei ausschließen, 1929 aus der Sowjetunion ausweisen und 1940 in Mexiko ermorden. Sinowjew und Kamenew, die Stalin bei der Entmachtung Trotzki geholfen hatten, griff Stalin seit 1925 als „linke Opposition“ an, die die neue, moderate Position gegenüber den Bauern, „dem Dorfe zugewandt“, nicht mittrügen. 1926 konnte er beide aus dem Politbüro, 1927 auch aus der Partei ausschließen. Kaum war dies erreicht, änderte Stalin seine Politik gegenüber den Bauern, erklärte die NÖP für beendet und griff nun jene als „rechte Opposition“ an, die vorher mit ihm die „Linken“ angegriffen und für eine Fortsetzung der NÖP plädiert hatten: 1929/30 verloren auch Bucharin, Tomski und Rykow alle Parteiämter. Alle fünf ließ Stalin im Rahmen von Schauprozessen 1936 bis 1938 anklagen und erschießen. Am 21. Dezember 1929 feierte Stalin seinen 50. Geburtstag (seit 1922 führte er ein anderes Geburtsdatum) und seinen Sieg über seine „Opponenten“.



Manipulation der Bilder, Beispiel 2: Im Mai 1920 findet auf dem Swerdlow-Platz vor dem Bolschoi-Theater in Moskau eine politische Kundgebung statt, um die Bevölkerung und versammelte Einheiten der Roten Armee für die Sache der Revolution und den Einsatz im Krieg gegen Polen zu gewinnen. Die prominentesten Führer der Bolschewiki sollen zur Menge sprechen, so neben Lenin auch L.D. Trotzki, damals einflussreicher Volkskommissar für das Kriegswesen. Eine berühmte gewordene Fotografie zeigt Lenin auf der Rednertribüne. Auf der Treppe rechts von ihm steht Trotzki (M.), hinter diesem L.B. Kamenew. Sie blicken zur Menschenmenge auf der rechten Bildseite. In einer späteren Bildversion sind beide Personen wegetuschert, da sie inzwischen in Ungnade gefallen waren. Kamenew wurde 1936 hingerichtet, Trotzki wurde 1940 ermordet.

Resolution des X. Parteitags der Russischen Kommunistischen Partei über die Einheit der Partei vom 8.-16. März 1921

[...]

2. [...] Es ist notwendig, daß alle klassenbewußten Arbeiter sich des Schadens und der Unzulässigkeit jeder wie immer gearteten Fraktionsbildung klar bewußt werden, die, selbst wenn Vertreter der einzelnen Gruppen den besten Willen haben, die Parteieinheit zu wahren, in der Praxis unweigerlich dazu führt, daß die einmütige Arbeit geschwächt wird und daß die Feinde, die sich an die Regierungspartei heranmachen, erneut verstärkte Versuche unternehmen, die Zerklüftung zu vertiefen und sie für die Zwecke der Konterrevolution auszunutzen. [...]

3. Die Propaganda in dieser Frage muß bestehen: einerseits in einer eingehenden Aufklärung über den Schaden und die Gefährlichkeit der Fraktionsbildung vom Gesichtspunkt der Einheit der Partei und der Verwirklichung der Willenseinheit der Avantgarde des Proletariats als der Grundbedingung für den Erfolg der Diktatur des Proletariats, andererseits in der Erläuterung der Eigenart der neuesten taktischen Methoden der Feinde der Sowjetmacht. Diese Feinde, die sich davon überzeugt haben, daß die Konterrevolution unter offen weißgardistischer Flagge hoffnungslos ist, verwenden jetzt alle Anstrengungen darauf, unter Ausnutzung der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Kommunistischen Partei Rußlands die Konterrevolution auf diese oder jene Weise zu fördern [...]. [...]

4. Im praktischen Kampf gegen die Fraktionsbildung ist es notwendig, daß jede Parteiorganisation aufs strengste darüber wache, daß keinerlei fraktionelle Handlungen zugelassen werden. Die unbedingt notwendige Kritik an den Mängeln der Partei muß so gehandhabt werden, daß jeder praktische Vorschlag in möglichst präziser Form unverzüglich, ohne jegliche Verschleppung, an die örtlichen leitenden Organe und an das leitende Zentralorgan der

Partei zur Erörterung und Entscheidung weitergeleitet wird. Jeder, der Kritik übt, hat außerdem der Form der Kritik nach Rücksicht zu nehmen auf die Lage der Partei, die von Feinden umgeben ist, und muß in bezug auf den Inhalt der Kritik durch seine eigene unmittelbare Teilnahme an der Sowjet- und Parteiarbeit die Korrigierung der Fehler der Partei oder einzelner ihrer Mitglieder in der Praxis erproben. Irgendeine Analyse der allgemeinen Linie der Partei oder die Auswertung ihrer praktischen Erfahrung, die Kontrolle der Durchführung ihrer Beschlüsse, das Studium der Methoden zur Berichtigung von Fehlern usw. [...] ist ausschließlich und unmittelbar zur Behandlung durch alle Parteimitglieder vorzulegen. [...]

5. Indem der Parteitag die Abweichung in der Richtung zum Syndikalismus und Anarchismus, die in einer besonderen Resolution analysiert wird, prinzipiell ablehnt und das Zentralkomitee beauftragt, jegliche Fraktionsbildung völlig auszumerzen, erklärt er gleichzeitig, daß [...] alle sachlichen Vorschläge mit der größten Aufmerksamkeit geprüft und in der praktischen Arbeit erprobt werden müssen. Die Partei muß wissen, daß wir in diesen Fragen nicht alle notwendigen Maßnahmen durchführen, weil wir auf eine ganze Reihe verschiedenartiger Hindernisse stoßen, und daß die Partei, bei rücksichtsloser Zurückweisung unsachlicher und fraktioneller Scheinkritik, nach wie vor unermüdlich, unter Erprobung neuer Methoden, mit allen Mitteln gegen den Bürokratismus, für die Erweiterung des Demokratismus und der Initiative, für die Aufdeckung, Entlarvung und Vertreibung der Leute, die sich an die Partei angebidert haben, usw. kämpft.

6. Der Parteitag erklärt daher ausnahmslos alle Gruppen, die sich auf der einen oder anderen Plattform gebildet haben, für aufgelöst bzw. ordnet ihre sofortige Auflösung an. Die Nichterfüllung dieses Parteitagsbeschlusses zieht den unbedingten und sofortigen Ausschluß aus der Partei nach sich.

William Henry Chamberlin, Die Russische Revolution 1917-1921, Zweiter Band, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1958, S. 476 ff.



Aus Mitstreitern werden Konkurrenten: Eine Aufnahme aus den 1920er-Jahren zeigt Stalin in Begleitung seiner Kollegen A.I. Rykow, L.B. Kamenev und G.J. Sinowjew, die er in den 1930er-Jahren entmachten und nach Schauprozessen hinrichten lassen wird.



Vertraute Gefolgsleute: Mit A.I. Mikojan (li.), G.K. Ordshonikidse (re.) und anderen, die wie Stalin (M.) aus dem Kaukasus stammen, schafft er im Politbüro eine neue Clan-Struktur.

Stalin und der „kaukasische Clan“

Anstelle von Lenins Mitstreitern zogen nun Stalins Gefolgsleute, die wie er aus dem Kaukasus stammten, dort im Bürgerkrieg gekämpft oder die dortigen Sowjetrepubliken mitgegründet hatten, in das Politbüro ein: Sergei Kirow (1886-1934), Anastas Mikojan (1895-1978), Grigori Ordshonikidse (1886-1937) und Lasar Kaganowitsch (1893-1991). In der jüngsten Zeit wird in der Forschung lebhaft debattiert, welchen Einfluss die kaukasische Herkunft auf Stalin und seine Herrschaft hatte. Dabei geht es keineswegs um ethnische Stereotypen, sondern um eine spezifische Kultur, die von der Clan-Struktur und den Blutfehden der Bergvölker geprägt war. Aufgewachsen in einer stark patriarchalischen Gesellschaft, die familiäre Bindungen über staatliche Strukturen stellte und Konflikte mit Gewalt löste – musste Stalin da nicht zu einem gewalttätigen Despoten werden? Einerseits, so argumentieren Anhänger dieser These, verabscheute er das dreckige, ärmliche, rückständige Dorfleben, dem er entkommen wollte, andererseits „lernte“ er als Mittel nur Gewalt und Totschlag kennen, um Fortschritt und Moderne durchzusetzen. Älter, aber aktuell wieder diskutiert, ist die These, dass Stalin ein Psychopath war bzw. durch seinen alkoholabhängigen, gewalttätigen Vater, einen Schuster in der Stadt Gori, zu einem solchen wurde. Je nachdem, ob man nach kulturellen Praktiken sucht, die sich Stalin aneignete, oder nach Charaktereigenschaften, die ihm angeboren waren, wird seine Lebensstation im Priesterseminar 1894 bis 1899 als Zeit gedeutet, in der er lernte, wie man durch peinliche Verhöre den Gegner demütigte und besiegte, oder als

Phase, in der der Drill der Mönche in ihm weitere Gewaltbereitschaft weckte. Im Unterschied zu Lenins meisten Weggefährten war Stalins Leben vor 1917 nicht das eines Intellektuellen im Exil gewesen, sondern geprägt durch die rauen Sitten im Untergrund, romantische Vorstellungen vom Brigantentum und Banküberfälle. Siebenmal wurde Stalin, der 1899 der Partei beigetreten war, verhaftet, sechsmal gelang ihm die Flucht. Im Bürgerkrieg bewies Stalin, der eng mit den Kommandeuren Kliment Woroschilow (1881-1969) und Budjonny befreundet war, große Härte, als er 1918 in Zaryzin alle „Weißen“ erschießen ließ. Vor Lenin empfahl er sich mit den Worten: „Sei versichert, dass meine Hand nicht zittern wird.“ Vertreter der Kulturgeschichte meinen, dass Stalin im Bürgerkrieg einen Lernprozess abschloss; Anhänger einer anthropologisch-psychologischen Erklärung sprechen davon, dass in dieser Phase seine Gewalttätigkeit vollends ausreifte. Für diese Zeit wird ihm das folgende Zitat zugeschrieben: „Der Tod löst alle Probleme. Kein Mensch, kein Problem.“

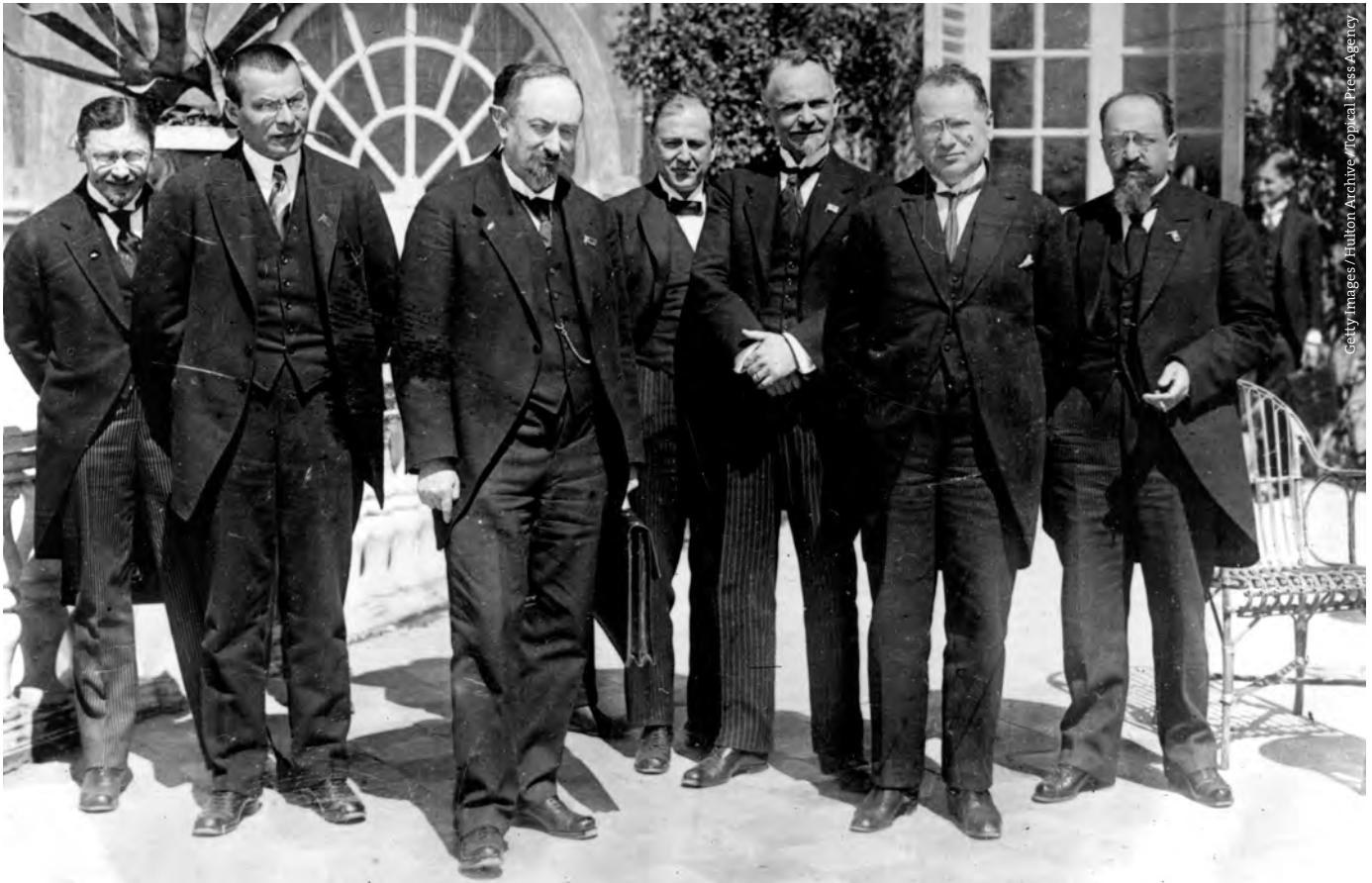
Seit der Oktoberrevolution war Stalin Volkskommissar für Nationalitätenfragen (1917-1923) und damit zuständig für jene Ethnien, deren „Rückständigkeit“ ihm so verhasst war.

Schließlich bestimmte die kaukasische Herkunft neben Politik und Herrschaftsstil auch Stalins Lebensweise. Die Familien der Politbüromitglieder lebten in den 1920er-Jahren zusammen im Kreml Tür an Tür, die Kinder spielten gemeinsam im Hof. Die Trennung zwischen „dienstlich“ und „privat“ verschwand: Abends bei Tisch diskutierte Stalin mit seinen Mitstreitern politische Fragen weiter.

Anfänge der sowjetischen Diplomatie

Die Bolschewiki waren Revolutionäre – und keine Außenpolitiker. Sie hatten sich nicht darauf eingestellt, einen Staat nach außen vertreten zu müssen, weil die Idee der Weltrevolution besagte, dass alle kapitalistischen Regierungen fallen und man nur noch von Proletariat zu Proletariat sprechen würde. Als Trotzki 1917 Volkskommissar für Außenangelegenheiten wurde, sagte er: „Was für diplomatische Arbeit werden wir denn haben? Ich werde einige revolutionäre Proklamationen an die Völker erlassen und dann die Bude schließen.“ Vor diesem Hintergrund gibt es die These, dass die Bolschewiki eine „Neo-Diplomatie“ einführten, die bewusst mit den alten Formen des höflichen Verhandels brach: Revolutionäre statt Diplomaten, brüllen statt parlieren, als Ziel nicht der Kompromiss, sondern die Niederlage des Gegners. Westliche Diplomaten waren der Meinung, die Parteiführer um Lenin und Stalin hätten den berühmten Ausspruch des preußischen Generals und Heeresreformers Carl Philipp Gottfried von Clausewitz, „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, umgekehrt: Diplomatische Verhandlungen waren für sie die Verlängerung des Krieges in Friedenszeiten. Entsprechend verhielt sich Trotzki bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk Anfang 1918: Er nutzte die Gespräche als politische Bühne zur Agitation und brach die Verhandlungen

schließlich mit dem Ausspruch „Nicht Krieg, nicht Frieden“ am 10. Februar (alt.: 28. Januar) ab. Doch der Propagandasieg endete mit dem Vormarsch der Mittelmächte in einer geostrategischen und ökonomischen Katastrophe. Das bewog Lenin, der ohnehin Trotzki's Linie nicht getragen hatte, dazu, Georgi Tschitscherin (1872-1936) zum Außenminister zu machen, der als Abkömmling des Hochadels seine perfekten Umgangsformen auf dem diplomatischen Parkett mit dem Inhalt seiner revolutionären Ansichten kombinierte. Die sowjetische Außenpolitik war mit diesem Kompromiss „aristokratisch in der Form, revolutionär im Inhalt“ in den 1920er-Jahren sehr erfolgreich. Tschitscherins Bildung und Liebe zur klassischen Musik waren mit dafür verantwortlich, dass der sowjetischen Delegation 1922 in Rapallo ein Separatabkommen mit Deutschland gelang, das die UdSSR aus der diplomatischen Isolierung herausholte und wichtige Wirtschaftsverträge sicherte. Die Außenpolitik orientierte sich also pragmatisch an traditionellen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen anstatt das Außenkommissariat als Außenposten und Propagandainstrument der Revolution zu benutzen. Dafür gab es schließlich die Dritte Kommunistische Internationale (Komintern), die sich 1919 in Moskau neu gegründet hatte, aber 1924 auch Stalins These von der „Revolution in einem Lande“ übernahm und in die gleichen Auseinandersetzungen und Intrigen um „rechte“ und „linke“ Abweichung involviert war.



Ende der diplomatischen Isoliation: Sowjetische Delegierte, unter ihnen G. W. Tschitscherin (3. v. li.), L. B. Krassin (3. v. re.) und M. M. Litwinow, (2. v. re.) verhandeln 1922 auf der Konferenz in Genua mit Deutschland über ein Separatabkommen.

SUSANNE SCHATTENBERG

Stalinismus

Gewalt und Terror, aber auch Visionen von Moderne und Fortschritt prägten die Herrschaftszeit Josef Stalins. Unter dem Slogan vom „Großen Umbruch“ setzte Stalin die Kollektivierung der Landwirtschaft, die forcierte Industrialisierung und erste Schauprozesse gegen vermeintliche Saboteure durch. Mit der massenhaften Ausbildung von Ingenieuren sollte zudem die ideale Biografie des „Neuen Menschen“ vollendet werden.

„Was war der Stalinismus?“ Das ist eine in der Forschung immer noch heiß debattierte Frage. Weitestgehend Einigkeit besteht darüber, dass der Stalinismus maßgeblich von der Gewalt und dem Terror geprägt wurde, die mit Stalins Tod endeten. Gestritten wird über den Zweck der Gewalt: Diente sie der Erschaffung der perfekten industrialisierten und modernen Gesellschaft, in der alle, die nicht dem Ideal des „Neuen Menschen“ entsprachen, liquidiert werden mussten? Oder diente sie der Feindvernichtung, dessen Allgegenwärtigkeit im In- wie Ausland permanent beschworen wurde? Oder hatte der Terror gar keinen Zweck, wie neuerdings durchaus seriöse Wissenschaftler meinen, sondern erschöpfte sich in einer einzigen Gewaltorgie?

Zweifellos bedienten sich Stalin und seine Mitstreiter der Utopien und Visionen, die seit der Aufklärung Menschen begeisterten und auch in den 1930er-Jahren trotz Terror und Gewalt Arbeiter wie Intellektuelle aus der ganzen Welt in ihren Bann schlugen: Bekämpfung allen Aberglaubens und



„Der Kapitän der Länder der Sowjets steuert uns von Sieg zu Sieg“ – Ab 1928 nimmt Stalin mehrere große Vorhaben in Angriff. Propagandaplakat von 1933

aller Rückständigkeit, Bildung und Kultur für alle, Moderne und Fortschritt in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Während die westliche kapitalistische Welt seit dem Zusammenbruch der Börsen 1929 in Arbeitslosigkeit, Rezession und Chaos versank, schien die Sowjetunion auf dem richtigen Weg zu sein.

Der Stalinismus begann 1928 mit mehreren sich gegenseitig bedingenden Aktionen, die in der Sowjetunion als der „Große Umbruch“, im Westen als Stalins „Revolution von oben“ oder „Kulturrevolution“ bezeichnet wurden: Kollektivierung der Landwirtschaft, forcierte Industrialisierung, erste Schauprozesse gegen die alte technische Intelligenz und Austausch alter, zarischer Wissenschaftler und Experten in den Volkskommissariaten, Behörden und Kulturbetrieben durch junge Kader mit Parteibuch.

Der Große Umbruch

Kollektivierung und Entkulakisierung

Die NÖP endete mit einem rigorosen Wechsel in der Politik gegenüber den Bauern. Da diese sich nicht davon hatten überzeugen lassen, freiwillig Kollektivwirtschaften zu bilden, sollte dies nun unter Zwang geschehen. Zum einen kam hier die Utopie der Bolschewiki von der industriellen Landwirtschaft zum Tragen: Bäuerin und Bauer als ausgebildete Landarbeiter, die mit Hilfe von Traktoren sowie anderen Maschinen Rekord-



Zu diesen Vorhaben zählt auch die Kollektivierung der Landwirtschaft. Nach und nach werden nahezu alle Bauernhöfe in Kollektivwirtschaften umgewandelt. Bauern der Kolchose „Leninsky Put“ (Lenins Weg) in der Ukraine auf einer Agitationsversammlung 1933

ernten erzielten und das rückständige Land in die Moderne katapultierten. Zum anderen wirkte das Feindbild des lethargischen, dumpfen Bauern fort, der aus reiner Sturheit und Verschlagenheit seine Ernte nicht abliefern und die Sowjetregierung boykottieren wollte. Schließlich sollte die Kollektivierung direkt der Industrialisierung dienen: Das Getreide, das die Kollektivwirtschaften abzuliefern hatten, sollte exportiert und mit den Erlösen die Industrialisierung finanziert werden.

Als es 1927 und 1928 zu Missernten kam, erkannte Stalin darin nicht die Folgen einer immer noch restriktiven Politik gegenüber den Bauern, sondern nahm dies als Beweis, dass die Bolschewiki zu nachgiebig gegenüber den Bauern gewesen seien. Hatte der stellvertretende Volkskommissar für Landwirtschaft Alexei Swiderski (1878-1933) 1924 erklärt: „Es gibt keine Kulaken im Dorf, die kann man nur in den Beschlüssen des XIII. Parteitags finden“, glaubte Stalin bei einer Reise nach Sibirien Anfang 1928 überall nur reiche Kulaken zu erkennen. Er ordnete an, alle „Spekulanten“, „Kulaken“ und „Desorganisatoren des Marktes“ zu verhaften. Pro Dorf sollten vier bis zehn Kulaken wegen Spekulation verurteilt werden. So kam es bis April 1928 zu 6000 Verhaftungen.

Ein Regierungsdekret vom Juni 1929 legalisierte die Praxis, Bauern nach Artikel 61 („Nichtbegleichen von Steuerschulden“) zu verurteilen und ihnen als Strafe das Fünffache der Steuerlast abzuverlangen. Im Dezember 1929 erklärte Stalin die „Liquidierung der Kulaken“ zum Programm: „Heute verfügen wir über eine ausreichende materielle Basis, um den Schlag gegen das Kulakentum zu führen, seinen Widerstand

zu brechen, es als Klasse zu liquidieren und seine Produktion durch die Produktion der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu ersetzen.“ Zwar gab es Vorgaben, wie viel Besitz ein Bauer haben musste, um als „Kulak“ zu gelten (z. B. 1600 Rubel Produktionsmittel, was zehn Pferden oder 13 Kühen entsprach), aber letztlich konnte jeder als „Kulak“ bezeichnet werden, der sich den Bolschewiki widersetzte.

Die Kulaken wurden in drei Kategorien unterteilt: 60 000 „Konterrevolutionäre“, die sofort in Konzentrationslager verbracht und bei Widerstand exekutiert werden sollten; 150 000 „Kulaken-Aktivisten“, die mit ihren Familien in unwirtliche, entlegene Gegenden zu deportieren waren; die dritte Gruppe sollte nur teilweise enteignet und in ihren Heimatdörfern als Arbeiter eingesetzt werden. Das Politbüro veranschlagte, circa drei bis fünf Prozent aller Bauernwirtschaften oder eine Million Höfe mit circa fünf bis sechs Millionen Menschen zu enteignen.

Nachdem der ursprüngliche Plan vorgesehen hatte, bis 1934 nur 15 Prozent der Bauernhöfe in Kollektivwirtschaften zu überführen, beschloss das Novemberplenium des ZK 1929, zu einer totalen Kollektivierung überzugehen und mindestens 80 Prozent aller Bauernhaushalte zu kollektivieren. Die Hauptanbauggebiete für Getreide sollten bis Herbst 1930 kollektiviert sein, alle anderen Regionen bis Frühjahr 1932 folgen. Allerdings gab es keine Anweisungen, wie die Kollektivierung vollzogen werden sollte. Auch blieb unklar, was der Unterschied zwischen einer Kollektivwirtschaft (*Kolchose*) und einem Staatsbetrieb (*Sowchose*) sein sollte.

Kontroverse um Landwirtschaft und Industrie

Stalin über die „innere Lage der Sowjetunion“. Aus dem Tätigkeitsbericht des ZK für den XIV. Parteitag, 18.-31.12.1925

[...] Es gibt zwei Generallinien: Die eine geht davon aus, daß unser Land noch lange ein Agrarland bleiben müsse, daß es landwirtschaftliche Erzeugnisse ausführen und Maschinen einführen, daß es dabei bleiben und sich auch in Zukunft in der gleichen Bahn weiterentwickeln müsse. Diese Linie fordert im Grunde genommen den Abbau unserer Industrie. [...] Diese Linie würde dazu führen [...], daß sich unser Land aus einer wirtschaftlich selbständigen Einheit, die sich auf den inneren Markt stützt, objektiv in ein Anhängsel des kapitalistischen Gesamtsystems verwandeln müßte. Diese Linie bedeutet eine Abkehr von den Aufgaben unseres Aufbaus. Das ist nicht unsere Linie.

Es gibt eine andere Generallinie, die davon ausgeht, daß wir alle Kräfte aufbieten müssen, um unser Land zu einem wirtschaftlich selbständigen, unabhängigen, auf dem inneren Markt basierenden Land zu machen, zu einem Land, das als ein Anziehungsfeld für alle anderen Länder dient, die nach und nach vom Kapitalismus abfallen und in die Bahnen der sozialistischen Wirtschaft einlenken werden. Diese Linie erfordert maximale Entfaltung unserer Industrie [...]. Sie lehnt die Politik der Verwandlung unseres Landes in ein Anhängsel des kapitalistischen Weltsystems entschieden ab. Das ist unsere Aufbau- linie, die die Partei einhält und die sie auch künftig einhalten wird. Diese Linie ist unerläßlich, solange es eine kapitalistische Umkreisung gibt. [...]

J. W. Stalin, Werke, Band 7, 1925. Die deutsche Ausgabe besorgt vom Marx-Engels-Lenin- Institut beim ZK der SED, Dietz Verlag Berlin 1952, S. 259 f.

N.I. Bucharin zur Notwendigkeit eines „dynamischen wirtschaftlichen Gleichgewichts“ zwischen Landwirtschaft und Industrie, Herbst 1928

[...] Wenn die Trotzisten nicht begreifen, daß die Entwicklung der Industrie von der Entwicklung der Landwirtschaft abhängt, so begreifen die Ideologen des kleinbürgerlichen Konservatismus nicht, daß die Entwicklung der Landwirtschaft von der Industrie abhängt, das heißt, daß die Landwirtschaft ohne Traktoren, ohne chemische Düngemittel, ohne Elektrifizierung zur Stagnation verurteilt ist. Sie begreifen nicht, daß gerade die Industrie der Hebel der radikalen Umgestaltung der Landwirtschaft ist, und daß es ohne die Hegemonie der Industrie unmöglich ist, die Rückständigkeit, die Barbarei und das Elend des Dorfes zu beseitigen. [...]

N.I. Bucharin, Vor dem elften Jahrestag der Oktoberrevolution. Zum Beginn des neuen Wirtschaftsjahres in der Sowjetunion. Bemerkungen eines Ökonomen. In: Internationale Presse-Korrespondenz 8 (1928), 2. HJ., Nr. 117-119, zit. n. Helmut Altrichter / Heiko Haumann (Hg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod. Bd. 2: Wirtschaft und Gesellschaft, dtv-Dokumente, München 1987, S. 225 f.

Stalin zur Lösung der Agrarkrise vor Studenten der Swerdlow- Universität, 28. Mai 1928

[...] Während wir in der Industrie dem kleinen Kapitalisten in der Stadt die sozialistische Großindustrie entgegensetzen können, die neun Zehntel der gesamten Masse der Industriewaren liefert, können wir der kulakischen Großproduktion im Dorfe

[...] nur die noch nicht erstarkten Kollektiv- und Sowjetwirtschaften entgegensetzen, die bloß den achten Teil des Getreides produzieren, das die Kulakenwirtschaften erzeugen. [...]

Der Ausweg besteht vor allem darin, von den kleinen, rückständigen, zersplitterten Bauernschaften zu vereinigten, großen, gesellschaftlichen Wirtschaften überzugehen, die mit Maschinen versehen, mit den Errungenschaften der Wissenschaft ausgerüstet und imstande sind, ein Maximum an Warengetreide zu produzieren. Der Ausweg besteht im Übergang von der individuellen Bauernwirtschaft zum kollektiven [...] Betrieb in der Landwirtschaft. [...]

J. W. Stalin, Werke, Band 11, 1928-März 1929. Die deutsche Ausgabe besorgt vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED, Dietz Verlag Berlin 1954, S. 78 f.

Die Kollektivierung ist in eine neue Phase eingetreten. Resolution des ZK-Plenums vom 17. November 1929

[...] Die breite Entfaltung der Kolchosbewegung verläuft unter den Umständen einer Verschärfung des Klassenkampfes im Dorf sowie einer Änderung ihrer Formen und Methoden. Gleichzeitig mit einer Verstärkung des direkten und offenen Kampfes der Kulakenschaft gegen die Kollektivierung, der bis zum direkten Terror geht (Morde, Brandstiftungen, schädliche Tätigkeit), greifen die Kulaken immer häufiger zu getarnten und heimlichen Formen des Kampfes und der Ausbeutung, dringen in die Kolchosen und sogar in die Leitungsorgane der Kolchosen ein, um sie von innen zu zersetzen und zu sprengen. [...] Trotz [...] der panischen Forderungen rechter Opportunisten, [...] das Tempo von Industrialisierung und Vergesellschaftung der Landwirtschaft zu senken, führt die Partei den Kurs auf einen entschiedenen Kampf gegen den Kulaken, auf ein Ausroden der Wurzeln des Kapitalismus in der Landwirtschaft, auf die schnellste Vereinigung der individuellen klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften in große Kollektivwirtschaften, auf die Vorbereitung der Bedingungen für eine Entwicklung des planmäßigen Produktaustausches zwischen Stadt und Land durch und wird ihn weiter durchführen. [...]

Helmut Altrichter / Heiko Haumann (Hg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod. Band 2: Wirtschaft und Gesellschaft, dtv-Dokumente, München 1987, S. 273

Resümee

Die von Stalin auch als „rechte Opposition“ bezeichnete Gruppe um Bucharin bestimmte die Wirtschaftspolitik in Übereinstimmung mit der Stalin-Gruppe bis Spätherbst 1928. Auf Sitzungen hoher Parteigremien im Februar 1929 entmachtete Stalin die „rechte Opposition“. Die Industrialisierungspolitik Stalins wurde im April 1929 gebilligt. Bucharin verlor seinen Sitz im Politbüro und wurde – wie auch die übrigen Führer der „rechten Opposition“ Rykow und Tomskij – anderer wichtiger Funktionen enthoben. Am 25.11.1929 unterwarfen sich diese drei Politiker Stalins „Generallinie“ in einem öffentlichen Schuldbekennnis. [...] Bucharin und Rykow wurden nach dem 3. Moskauer Schauprozess hingerichtet.

Wolf D. Behschnitt, Die Russische Revolution 1917-1929. Quellen und Darstellungen. Sozialwissenschaftliche Materialien, Ernst Klett Verlage GmbH, Stuttgart 1987, S. 56



ullstein bild - Heritage Images / Fine Art Images

Erneuter Bürgerkrieg

Bereits 1929 war ein extrem gewalttätiges Jahr. Fast der gesamte ländliche Raum des Sowjetreichs befand sich erneut im Bürgerkrieg: Die aus den Städten rekrutierten 25 000 Arbeiteraktivisten zwangen Bauern mit vorgehaltener Waffe, ihre „Getreideverstecke“ zu zeigen, führten standrechtliche Erschießungen durch und sorgten für die Deportation der Bauern in Viehwaggons.

Erneut zogen sich Bauern in die Wälder zurück und schlossen sich zu Banden zusammen, die 1929 384 Morde an „Konfiskatoren“ begingen und Aktivisten überfielen. Bauern schlachteten ihr Vieh, um es nicht an die Kolchose abgeben zu müssen; mit Äxten, Forken und Mistgabeln bewaffnete Bäuerinnen griffen die Kollektivbauern an. Ende 1929 / Anfang 1930 flohen 250 000 „Kulakenfamilien“ aus ihren Heimatdörfern, um der „Dekulakisierung“ zu entgehen. Um den Widerstand der Bauern zu brechen, wurden Kirchen geschlossen, Glocken eingeschmolzen und Ikonen verbrannt.

Als Stalin Berichte der GPU erreichten, dass die Lage auf dem Land außer Kontrolle zu geraten drohe, rief er am 2. März 1930 unter dem Titel „Vor Erfolg vom Schwindel befallen“ in der *Prawda*, der zentralen Parteizeitung, die Aktivisten zur Mäßigung auf. Allerdings war dies eine zynische Propagandamaßnahme, denn das Politbüro hatte den Kampf im Dorf entfachen wollen und die GPU hatte klare Anweisungen bekommen, wie viele Bauern zu deportieren waren. Entkulakisierung und Kollektivierung wurden demgemäß rücksichtslos fortgeführt, und die bürgerkriegsartigen Zustände hielten an.

Unter der Flagge des Kampfs gegen das Kulakentum wurden auch ethnische Konflikte gewaltsam ausgetragen: An der Mittleren Wolga wurde das russische Dorf Molozino für sechs Wochen von einer tatarischen Gruppe von Getreideeintreibern

Ab 1929 wird die Abgabe der Getreideernten radikal und gewaltsam kontrolliert. „Kolchosnik, schütze deine Felder gegen die Klassenfeinde!“ – so der Titel eines Propagandaplakats von V.I. Goworkow von 1933, das den Klassenfeind entmenschlicht.



Auch die Enteignungskampagne gegen als „Kulaken“ bezeichnete wohlhabende Bauern wird rücksichtslos durchgesetzt. Eine Bauernfamilie muss im Dezember 1930 in Malchewitsy (Ukraine) ihren Hof räumen.

Getreiderequirierung

[...] Man traf sich [...] im Haus eines Bauern, der sein Getreide-Ablieferungsoll nicht erfüllt hatte. Die Dorfsowjet-Diensthabenden trieben alle hin, die den Ablieferungsplan nicht erfüllt hatten, und achteten darauf, daß niemand ohne besondere Erlaubnis die Versammlung verließ. Gewöhnlich hielt Waschtschenko [der Vorsitzende des Dorfsowjets] die Eröffnungsrede. Er berichtete, wieviel Getreide schon vom Dorf abgeliefert worden sei und wieviel noch fehlte. Er zählte die bösatigen Nichtablieferer auf und gab ausführlich bekannt, wo und bei wem verstecktes Getreide gefunden worden sei. [...] Waschtschenko appellierte immer und immer wieder: „Wer tritt vor und erklärt freiwillig, daß er seine Ablieferungspflicht erfüllt? Manchmal hob sich eine Hand. [...]

Gewöhnlich aber begann Waschtschenko nach einigen verblichenen Appellen, die Säumigen einen nach dem andern namentlich an den Tisch zu rufen. [...] „Schlagt mir den Kopf ab! [...] Ich habe nicht ein Pfund! Kein einziges Körnchen.“ Diese Worte waren bei den abendlichen Versammlungen am häufigsten zu hören [...]. Man rief sie finster oder in hellem Zorn, unter Tränen, schluchzend, manche wie schon verurteilt, andere müde, abgestumpft, gleichgültig. [...] So ging es Nacht für Nacht. Manche Versammlungen zogen sich ununterbrochen zwei, drei Tage hin. [...]

Die rückständigen Einzelbauern wurden auf verschiedene Art bedrängt. In ihren Häusern fanden die nächtlichen Versammlungen statt, bei ihnen wurden Bevollmächtigte [...] einquartiert. Die Kolchosbauern [...] waren [...] von Einquartierungen und anderen Verpflichtungen befreit. Die Einzelbauern aber wurden täglich gezwungen, ihre mageren Pferde anzuspinnen, um Brennholz für den Dorfsowjet oder die Schule zu fahren, um Abkommandierte in Nachbarkolchosen [...] zu bringen oder um stundenlang beim Dorfsowjet „Dienst zu tun“ [...].

Als äußerste Maßnahme gegen böswillige Nichtablieferer war den dörflichen Machthabern die „bedingungslose Requirierung“ gestattet: Eine Brigade von mehreren jungen Kolchosbauern und Angehörigen des Dorfsowjets, fast immer unter Leitung von Waschtschenko, durchsuchte Haus, Scheune und Hof und beschlagnahmte alle der Ablieferung unterliegenden Körnerfrüchte, führte Kuh, Pferd und Schweine fort, nahm auch das Viehfutter mit.

Manchmal ließen sie aus Mitleid Kartoffeln, Erbsen und Mais da, damit die Familie zu essen hatte. Strengere Brigaden nahmen alles fort, hinterließen den Hof wie gefegt. In besonders schweren Fällen wurden auch „alle Wertsachen und überschüssige Kleidung“ beschlagnahmt: Ikonen mit silbernen Beschlä-

gen, Samoware, kleine Bildteppiche, selbst metallenes Geschirr – es konnte ja aus Silber sein! –, außerdem in Verstecken aufgefundenes Geld. Eine besondere Anweisung schrieb vor, daß Gold, Silber und ausländisches Geld zu beschlagnahmen seien. Hie und da wurden tatsächlich versteckte Goldmünzen aus der Zarenzeit gefunden – Fünf- und Zehnrubelstücke. Meist aber erwiesen sich die Schätze als Papier: alte großformatige Noten mit den Bildern Peters des Großen oder Katharinas II., oder die unscheinbaren der Kerenskij-Regierung, auch Notgeld aus der Bürgerkriegszeit, [...] manchmal waren es auch sogenannte „Limonen“ – Millionen-, oder „Limonarden“, Milliarden-Noten aus der sowjetischen Frühzeit. Silberrubel fanden sich, 50-Kopeken-Stücke, auch kupferne Fünfer. Man erklärte uns: „Das Metallgeld von ‚vor den Kolchosen‘ ist mehr wert.“

Wolodja und ich waren mehrmals bei solchen Raubüberfällen dabei, nahmen sogar daran teil: Wir hatten an Ort und Stelle eine Liste des Beschlagnahmten aufzustellen. [...] Ich hörte, wie die Frauen verzweifelt schrien und sich an die Säcke klammerten: „Ach, das ist das letzte! Für die Kinder zum Brei! Um Gottes willen – die Kinder werden verhungern!“ Und laut heulend warfen sie sich auf ihre Truhen: „Oj, nein, nicht, das ist meine Mitgift, Erinnerung an die selige Mutter! Laßt mir das, liebe Leute, das ist mein Heiratsgut, noch nie angezogene Sachen!“

Ich hörte, wie die Kinder schrien, sich dabei verschluckten, kreischten. Ich sah die Blicke der Männer: eingeschüchterte, flehende, haßerfüllte, stumpf ergebene, verzweifelte oder in halbirrter böser Wut blitzende. „Nehmt doch, nehmt alles! Da – im Ofen steht noch ein Topf Borschtsch. Ist bloß kein Fleisch dran. Aber sonst alles: rote Rüben, Kartoffeln, Weißkohl. Und tüchtig gesalzen! Nehmt, Genossen Bürger! Wartet ab, ich zieh' mir die Stiefel aus [...]. Sind zwar geflickt und löchrig, aber vielleicht kann sie das Proletariat noch brauchen, die geliebte Sowjetmacht [...].“

Es war quälend und bedrückend, all dies zu sehen und zu hören, und noch bedrückender war es, selbst dabei mitzumachen. Nein, falsch: Untätig zuzusehen, wäre noch schwerer gewesen als mitzumachen, zu versuchen, andere zu überzeugen, ihnen zu erklären und dabei sich selbst zu überreden. Denn ich wagte nicht, schwach zu werden und Mitleid zu empfinden. Wir vollbrachten doch eine historisch notwendige Tat. Wir erfüllten eine revolutionäre Pflicht. Wir versorgten das sozialistische Vaterland mit Brot. Wir erfüllten den Fünfjahrplan. [...]

Lew Kopelew, Und schuf mir einen Götzen. Lehrjahre eines Kommunisten, © Steidl Verlag, Göttingen 2003, S. 294 ff.

regulrecht „besetzt“ und von der Außenwelt abgeriegelt, die Einwohner verhaftet, gefoltert und vergewaltigt. In Kasachstan war die Kollektivierungskampagne ein Todesurteil für die Lebensart der Nomaden: Sie mussten ihr Vieh verkaufen, um davon Getreide zu erwerben, das sie dem Staat ablieferten. Angesichts des Kampfes um Leben und Tod machten sesshafte Bauern Jagd auf Kasachen, die sie systematisch ermordeten. Kasachische Stämme wiederum schlossen sich zu Kampfverbänden zusammen, denen sich bald auch turkmenische Clans anschlossen. Gemeinsam erhoben sie sich gegen die Sowjetmacht in Kasachstan und Turkmenistan. 1930 erreichte ein Bericht Moskau: „In weiten Gebieten [...] gibt es keine Sowjetmacht und keine Parteiorganisation“ mehr.

Hungersnot (1932/33)

Direkte Folge der Kollektivierungs- und Entkulakisierungskampagne war eine Hungersnot, der im Jahr 1932/33 je nach Schätzung zwischen fünf und zehn Millionen Menschen zum Opfer fielen. Besonders betroffen war die Kornkammer der Sowjetunion, die Ukraine, in der es allein circa fünf Millionen Hungertote gab. Wie 1921/22 kam es zu Fällen von Kannibalismus, aber diesmal wurde die Hungersnot verschwiegen und ausländische Hilfe nicht zugelassen. Die Menschen fielen einfach auf den Straßen um und blieben dort liegen; die Städte wurden abgeriegelt, um sie vom Elend der Bauern freizuhalten. Stalin sprach ab 1932 von der „Waffe des Hungers“, die die Partei gezielt gegen ihre Feinde einsetzen müsse. Die These,

dass es sich um einen gezielten Genozid (ukrainisch: *Holodomor*) an den Ukrainern handelte, ist indes nicht zu halten, da das Politbüro die Kampagne und Gewalt gegen alle Bauern gleichermaßen richtete, russische Bauern genauso betroffen waren und prozentual die Verluste unter den Kasachen noch größer waren. Während das Gedenken an den Holodomor und

die Gräueltaten von Entkulakisierung und Kollektivierung bis zum Ende der Sowjetunion verboten blieb, gibt es heute in der Ukraine eine ausgeprägte Erinnerungskultur sowie aktive politische Bemühungen, den Holodomor international als Genozid anerkennen zu lassen und damit implizit Russland die Täterschaft anzulasten.

Hungersnot in Kasachstan

Zwischen 1930 und 1934 kam mindestens ein Viertel der Bevölkerung Kasachstans ums Leben. Mehr als 1,5 Millionen Menschen verhungerten oder gingen an Krankheiten und Seuchen zugrunde. [...] Überall das gleiche Bild des Elends: Ausgemergelte Kinder an den Bahnstationen, unbestattete Leichen am Wegesrand, blutige Auseinandersetzungen um einen Kanten Brot, zerfallende Familien, Kannibalismus. [...]

[B]ei den Rettungsversuchen der Bolschewiki ging es nicht primär um Hilfe für die hungernde Bevölkerung, sondern darum, die kollabierende Ökonomie zu stützen und die soziale Kontrolle nicht zu verlieren. [...] Die Erfüllung von Ablieferungsplänen und Kollektivierungsvorgaben hatte nach wie vor Vorrang und war der alleinige Maßstab für Erfolg oder Misserfolg von Funktionären und Staatsbediensteten. Die Versorgung der Hungernden, zumal, wenn dazu Reserven angezapft werden mussten, die bereits für andere Zwecke vorgesehen waren, trat dahinter zurück. [...]

1932 kam es zum völligen Zusammenbruch. Die Landwirtschaft kollabierte. Die letzten Reserven waren aufgezehrt, die Ernte fiel noch schlechter aus als im Vorjahr, und noch immer zogen die Bolschewiki Getreide und Vieh aus den Regionen ab. Praktisch alle Regionen Kasachstans waren nun von der Not betroffen. Überall flohen die Menschen vor dem drohenden Hungertod. [...]

Die Hungersnot zerstörte die Gesellschaft – in den eigentlichen Hungergebieten und darüber hinaus. Denn niemand konnte sich der Katastrophe und ihren Folgen entziehen. Zwar waren die Hungernden jene, die „verwilderten“, doch auch die Menschen in ihrer Umgebung wurden von den Dynamiken der entstehenden Hungergesellschaft unweigerlich erfasst. [...]

Die Hungernden begannen, alle Arten von Gräsern und Pflanzen als Ersatznahrung zu sich zu nehmen. Sie aßen Hunde, Katzen, Vögel, Mäuse, was immer sich [...] einfangen ließ. [...] Danach blieb den Menschen keine andere Wahl, als ihre Heimat-

regionen zu verlassen. Sie schleppten sich in größere Orte, zu Bahnstationen, Sovchosen und Großbaustellen [...]. [...]

[Wenn] auch die letzten Vorräte aufgebraucht waren und keine Aussicht auf Hilfe mehr bestand, wurden die Hilflosen, Schwachen und Kranken zurückgelassen [...]. [...] Die Kernfamilie blieb vielfach auch unter schwersten Bedingungen zusammen und versuchte, die Krise gemeinsam zu bewältigen. [...] Manche hofften, bessergestellte Menschen würden sich ihrer Kinder annehmen. Sie legten Säuglinge vor Sowjetgebäuden ab oder drückten ihre kleinen Kinder vorüberfahrenden Fremden in die Arme. [...]

Wo alle Reserven verbraucht waren, verletzten manche Hungernde auch die letzten Tabus und begannen, Menschenfleisch zu verzehren. Nachrichten über solche Vorfälle verbreiteten sich rasch unter der Bevölkerung und versetzten die Menschen in Angst und Schrecken. [...]

Die Steppe war jetzt eine gigantische Todeszone. Vielerorts waren die Behörden weder in der Lage, die Lebenden zu versorgen, noch vermochten sie, die Toten auch nur notdürftig zu verscharren. Niemand machte sich noch die Mühe, Gräber für die Leichen auszuheben, die in Straßengräben und Erdlöchern abgelegt wurden. [...]

Unbestattete Leichen wurden in den größeren Orten zu einem normalen Bestandteil des Straßenbildes. [...] Niemand wollte mit den Hungernden zu tun haben. [...] Oft genug schlug die Ablehnung der Hungernden in offene Gewalt um. [...] Die Hungernden wurden zum Bodensatz der Gesellschaft. Sie wurden vertrieben, bedroht und oftmals auch umgebracht. Sie waren Fremde und Bettler: Die Flüchtlinge wurden Teil einer undifferenzierten, grauen Masse, für die es keine Zukunft gab und deren Vergangenheit niemanden interessierte. [...]

Robert Kindler, *Stalins Nomaden. Herrschaft und Hunger in Kasachstan* (Reihe „Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts“), Hamburger Edition – Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Hamburg 2014, S. 232 ff.



Eine vertriebene Bauernfamilie beim Betteln in Kiew 1932. Während der Hungersnot 1932/33 sterben schätzungsweise fünf bis zehn Millionen Menschen. Auch zwingt der Hunger viele zur Flucht in die vermeintlich besser versorgten Städte. Aber auch dort gehören Hunger und Tod in dieser Zeit zum Alltagsbild. Die Leichen verhungelter Menschen bleiben oft einfach am Straßenrand liegen.



Forcierte Industrialisierung und Großbaustellen des ersten Fünfjahrplans

Stalin setzte auch die forcierte Schwerindustrialisierung gegen seine Rivalen Bucharin, Rykow und Tomski sowie die alte technische Intelligenz durch, die behutsamer erst die Leichtindustrie entwickeln und mit den Erlösen aus dem Export von Gebrauchsgütern die Schwerindustrie aufbauen wollten. Auch hier spielte die Utopie von einem hochindustrialisierten Land eine große Rolle, das Kohle, Stahl und schwere Maschinen herstellte, die Wüste belebte, das Wasser bändigte und das bäuerliche Russland in eine Landschaft rauchender Schloten verwandelte.

Auf der Parteikonferenz im April 1929 verkündete das Politbüro die Einführung des Ersten Fünfjahrplans, der auf 1928 vordatiert und vom V. Sowjetkongress im Mai 1929 beschlossen wurde. Er sah die Mobilisierung der gesamten Bevölkerung, enormer Ressourcen, Propagandakampagnen, vor allem aber den Bau von Wasserkraftwerken, Stahlwerken und Maschinenfabriken in nie gesehenem Maßstab vor.

Vorbildcharakter für die gesamte Industrialisierung wurde dem Bau des Staudamms am Dnjepr (DneproGES, 1927-1932) sowie der Stahlwerke in Magnitogorsk und im Kusbass (*Magnitostroj* und *Kuznetskstroj*, beide 1929-1932) zugeschrie-



Um den Fünfjahrplan zu erfüllen, werden die Arbeiter zum Wettstreit angestachelt. Mit diesem Propagandaplakat (1930) fordern Leningrads Arbeiter die Arbeiter anderer Städte zur Nachahmung heraus.



picture-alliance/akg-images/RIA Nowosti/Alpert



picture-alliance/akg-images/RIA Nowosti/Schagin

Ebenfalls Teil des Fünfjahrplans ist der Bau von Stahl- und Wasserkraftwerken. Bauarbeiter beim Ausschachten einer Grube für das Fundament eines Hochofens der Eisen- und Stahlwerke in Magnitogorsk 1930 (li.) und Herstellung einer Turbine in den Elektrosila-Werken in Leningrad für ein Wasserkraftwerk am Dnjepr, 1932

ben, die beide in sagenhaften 1000 Tagen fertiggestellt werden sollten. Unter der Parole „Amerika einholen und überholen“ wollte die Sowjetunion das neue Land der unbegrenzten Möglichkeiten sein, in dem die leistungsstärksten Hochöfen, die längsten Staudämme und die größten Kraftwerke geschaffen wurden. Der Anspruch, binnen weniger Jahre ein „rückständiges“, agrarisch geprägtes Land in die industrielle Moderne zu katapultieren, faszinierte viele Menschen im In- und Ausland. Zu den neuen Methoden des sozialistischen Arbeitens gehörte der sozialistische Wettbewerb, bei dem verschiedene Brigaden, Bauabschnitte oder wie am Dnjepr die beiden Ufer um die schnellere Fertigstellung wetteiferten; mehr noch wurde verlangt, den Plan überzuerfüllen oder einen „Gegenplan“ aufzustellen, mit dem sich die Arbeiterinnen und Arbeiter verpflichteten, ihr Soll schneller zu erfüllen als geplant. Obwohl enorme Summen ausgegeben wurden, um aus dem Ausland Fachkräfte und Maschinen einzukaufen, gab es auf den Baustellen Planungschaos, viel Improvisation und Pfusch. In Magnitogorsk wurde der Bau

der Fabrik ohne bestätigten Plan begonnen und dann an anderer Stelle neu begonnen; der erste Hochofen musste kurz nach Inbetriebnahme wieder abgerissen werden, weil der Beton bröckelte.

Die Eile und der Enthusiasmus waren Teil des Programms. Stalin sagte in einer berühmten Rede vor den Wirtschaftsführern des Landes im Februar 1931, Russland müsse seinen Rückstand von 300 Jahren in zehn Jahren aufholen. Die Industrialisierung wurde daher als Kampf ums Überleben, als Wettlauf gegen die Zeit und als Krieg gegen die Natur dargestellt. So heroisch der Industrialisierungskampf in Zeitungen, Spielfilmen und Romanen dargestellt wurde, so elend lebten Tausende von Arbeiterinnen und Arbeitern und teils auch Ingenieurinnen und Ingenieure, für die es oft keine Unterkunft gab, sodass sie in Zelten und Erdhöhlen hausen mussten. Dennoch verkündeten viele von ihnen diese Jahre zu einer heroischen Aufbauzeit, in der sie gern für den Fortschritt Opfer erbrachten und mit viel Enthusiasmus und bloßen Händen den Sozialismus aufbauten.

Über die Aufgaben der Wirtschaftler

Rede Stalins auf der ersten Unionskonferenz der Funktionäre der sozialistischen Industrie, 4. Februar 1931, veröffentlicht in der „Prawda“, Nr. 35, am 5. Februar 1931

[...] Wir selbst müssen zu Spezialisten, zu Meistern unseres Fachs werden, wir müssen uns dem technischen Wissen zuwenden – diesen Weg hat uns das praktische Leben gewiesen. [...]

Es ist dies natürlich keine leichte Aufgabe, aber sie ist durchaus zu bewältigen. Wissenschaftliche Kenntnisse, technische Erfahrungen, Wissen – all dies kann man erwerben. Heute hat man sie nicht, morgen wird man sie haben. Die Hauptsache ist hier das leidenschaftliche bolschewistische Verlangen nach der Meisterung der Technik, nach der Meisterung der Wissenschaft von der Produktion. Bei leidenschaftlichem Verlangen kann man alles erreichen, alles überwinden.

Zuweilen wird die Frage gestellt, ob man nicht das Tempo etwas verlangsamen, die Bewegung zurückhalten könnte. Nein, das kann man nicht, Genossen! Das Tempo darf nicht herabgesetzt werden! Im Gegenteil, es muß nach Kräften und Möglichkeiten gesteigert werden. Das fordern von uns unsere Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern und Bauern der UdSSR. Das fordern von uns unsere Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Das Tempo verlangsamen, das bedeutet zurückbleiben. Und Rückständige werden geschlagen. [...] Die Geschichte des alten Rußlands bestand unter anderem darin, daß es wegen seiner Rückständigkeit fortwährend geschlagen wurde. Es wurde geschlagen von den mongolischen Khans. Es wurde geschlagen von den türkischen Begs. Es wurde geschlagen von den schwedischen Feudalen. Es wurde geschlagen von den polnisch-litauischen Pans. Es wurde geschlagen von den englisch-französischen Kapitalisten. Es wurde geschlagen von den japanischen Baronen. Es wurde von allen geschlagen wegen seiner Rückständigkeit. Wegen seiner militärischen Rückständigkeit, seiner kulturellen Rückständigkeit, seiner staatlichen Rückständigkeit, seiner industriellen Rückständigkeit, seiner landwirtschaftlichen Rückständigkeit. Es wurde

geschlagen, weil das einträglich war und ungestraft blieb. [...] Das ist nun einmal das Gesetz der Ausbeuter – die Rückständigen und Schwachen werden geschlagen. Das ist das Wolfsgesetz des Kapitalismus. Du bist rückständig, du bist schwach – also bist du im Unrecht, also kann man dich schlagen und unterjochen. Du bist mächtig – also hast du recht, also muß man sich vor dir hüten.

[...] Wollen Sie, daß unser sozialistisches Vaterland geschlagen wird und seine Unabhängigkeit verliert? Wenn Sie das nicht wollen, dann müssen Sie in kürzester Frist seine Rückständigkeit beseitigen und ein wirkliches bolschewistisches Tempo im Aufbau seiner sozialistischen Wirtschaft entwickeln. Andere Wege gibt es nicht. Darum sagte Lenin am Vorabend des Oktober: „Entweder Tod oder die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder einholen und überholen.“

Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen. Entweder bringen wir das zuwege, oder wir werden zermalmt. [...]

Wir müssen so vorwärtsschreiten, daß die Arbeiterklasse der ganzen Welt, auf uns blickend, sagen kann: Hier ist sie, meine Vorhut, hier ist sie, meine Stoßbrigade, hier ist sie, meine Arbeitermacht, hier ist es, mein Vaterland – sie machen ihr Werk, *unser* Werk, gut, unterstützen wir sie gegen die Kapitalisten und entfachen wir die Sache der Weltrevolution. [...]

Ich sage nicht, daß in bezug auf die Leitung der Wirtschaft bei uns in den letzten Jahren nichts geleistet wurde. Es ist gewiß etwas geleistet worden, und sogar sehr viel. Wir haben die Industrieproduktion im Vergleich zur Vorkriegszeit verdoppelt. Wir haben eine Landwirtschaft geschaffen, die die größten Betriebe der Welt hat. Wir hätten aber noch mehr leisten können, wenn wir uns in dieser Zeit bemüht hätten, die Produktion, ihre Technik, ihre finanzielle und ökonomische Seite wirklich zu meistern. [...] Und wir werden es leisten, wenn wir es nur wirklich wollen!

J.W. Stalin, Werke, Band 13, Juli 1930 - Januar 1934. Die deutsche Ausgabe besorgt vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED, Dietz Verlag Berlin, 1955, S. 34 ff.



Mit der Industrialisierung beginnt auch die Diffamierung der alten technischen Intelligenz, die sich gegen den forcierten Ausbau der Schwerindustrie ausgesprochen hatte. 1928 werden im Schachty-Prozess 53 Bergbauingenieure wegen Sabotage angeklagt, elf von ihnen erhalten die Todesstrafe.



Im zweiten Prozess Ende 1930 sind Fachkräfte aus dem Obersten Volkswirtschaftsrat und der Staatlichen Planungsbehörde Gosplan angeklagt. In der Propaganda werden sie als „Nattergezücht“ diffamiert, das es zu zertreten gilt.

Die ersten Schauprozesse (1928-1930)

Gleichzeitig mit der Industrialisierung begann die Verfolgung der alten technischen Intelligenz, die sich mehrheitlich gegen den Fünfjahrplan und gegen eine forcierte Schwerindustrialisierung ausgesprochen hatte. Anstatt auf das Erfahrungswissen der alten Experten zu setzen, startete Stalin eine Diffamierungskampagne gegen die „Schädlinge“ und „Spione“. Im ersten Schauprozess, der von März bis Juli 1928 die Presse beherrschte, wurden von 53 der Sabotage beschuldigten Bergbauingenieuren

aus dem Ort Schachty 38 zu Gefängnisstrafen und elf zum Tode verurteilt. Im zweiten Prozess Ende 1930 ließ Stalin die herausragenden Fachkräfte aus dem Obersten Volkswirtschaftsrat und der Staatlichen Planungsbehörde Gosplan anklagen, sie hätten eine „Industriepartei“ gegründet, um Kontakte zu ehemaligen Fabrikbesitzern herzustellen und eine Invasion Frankreichs vorzubereiten. Von den acht angeklagten Ingenieuren wurden sechs zum Tode verurteilt, aber die Strafe wurde nicht in allen Fällen vollstreckt. Die beiden Prozesse steckten aber nur den Rahmen für viele weitere Entlassungen und Verhaftungen in Fabriken, Behörden und Universitäten. Ingenieure sahen sich dem Generalverdacht ausgesetzt, Sabotage zu betreiben.

Das Lagersystem GULag – Strafvollzug und Zwangsarbeit

MANUELA PUTZ

Im Stalinismus war das System der Arbeitsbesserungslager integrativer Bestandteil des sowjetischen Gesellschaftsprojekts. Dabei gingen Zwangsarbeit, Ausbeutung und Unterdrückung mit Kulturarbeit, Umerziehungs- und Reintegrationsbemühungen einher; Massenmord und Massenamnestien standen nebeneinander. Bereits unter Lenin waren 1923 die Solowezker Lager für besondere Bestimmung (SLON) in einer Klosteranlage im Weißen Meer (Randmeer des Arktischen Ozeans im Norden des europäischen Teils Russlands) südlich der Halbinsel Kola eingerichtet worden. Stalins Wirtschafts- und Sozialpolitik, also auch die von ihm angeordneten repressiven Maßnahmen und massenhaften Verhaftungen vermeintlicher „Volksfeinde“, legten den Grundstein für die Ausdehnung des sowjetischen Lagersystems zu Beginn der 1930er-Jahre. Im Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals kulminierten 1931 seine Vorstellungen über die Schaffung einer modernen Gesellschaft. Hier wurden viele der verhafteten Ingenieure eingesetzt und „umerzogen“. Die Umsetzung des ambitionierten Bauvorhabens, das 227 Kilometer Wasserstraße, 49 Dämme und 19 Schleusen um-

Der Gulag entsteht

Die Einrichtung von Haftlagern geht auf ein Telegramm Lenins, des Führers der russischen Revolution, zurück, der am 9. August 1918 einer örtlichen Sowjetinstanz befahl, sogenannte Verdächtige in ein – so wörtlich – „Konzentrationslager“ zu sperren. Im Erlass „Über den Roten Terror“ ermächtigte die sowjetrussische Regierung am 5. September 1918 ihre Geheimpolizei, „die Sowjetrepublik vor ihren Klassenfeinden zu schützen, indem diese in Konzentrationslagern isoliert werden“ sollten. [...]

Das Solowezki-Besserungsarbeitslager ließ die sowjetische Regierung 1923 auf einer Inselgruppe im Weißen Meer, ca. 150 km südlich des Polarkreises, einrichten. Die auf mehreren Inseln verteilten Gebäude eines jahrhundertealten Klosters, das nach der Errichtung der Sowjetmacht aufgelöst wurde, dienten als Haftort für das erste und bedeutendste Lager sowjetischer Prägung.

Die ersten 150 Gefangenen trafen im Juli 1923 [...] ein [...]. Mitglieder der verschiedensten Oppositionsparteien, Offiziere der zaristischen Armee, Angehörige des bürgerlichen Parlaments, Kaufleute, Unternehmer, Aristokraten und Geistliche aller Konfessionen – kurzum ein Spiegelbild der vorsowjetischen Gesellschaft – bildeten die Masse der Inhaftierten. Hinzu kamen schon bald die ersten Sympathisanten der Sowjetmacht, die sich enttäuscht von der russischen Revolution abwandten und in die politische Opposition gingen. Später deportierte man auch Kriminelle nach Solowezki. Ende 1923 waren bereits mehr als 3000 Gefangene auf der Inselgruppe [...] interniert. Wenn sie durch das Lagertor auf der Hauptinsel marschierten, konnten sie den Spruch lesen: „Lasst uns mit eiserner Hand die Menschheit ihrem Glück entgegentreiben.“ Zum 1. Januar 1931 zählte das Lager annähernd 72 000 Häftlinge.

Um Lager- und Wachpersonal einzusparen, entwickelte man das Prinzip der sogenannten Häftlingsselbstverwaltung, in der zahlreiche, vor allem untere Positionen und Funktionen von Gefangenen ausgeübt wurden. Im Laufe der Zeit übergab man mehr und mehr Positionen an Kriminelle, die die politischen Häftlinge zusätzlich verhöhnten und malträtierten. Das Machtmonopol gab die Lagerführung freilich nicht aus der Hand. Überliefert sind Erzählungen über brutale Torturen und Misshandlungen: „Der ‚steinerne Sack‘, bei dem man in Nischen eingesperrt wurde, Sitzen auf Stangen, das für den Herunterfallenden tödlich sein konnte, nackt im Sommer den Mücken oder im Winter im Schnee ausgesetzt zu werden. Von Sekimaja Gora, dem Axtberg, wurden Häftlinge, an Baumstämme gefesselt, die Seiltreppe hinabgestürzt.“ Immer wieder kam es zur Erschießung von missliebigen Gefangenen. Die Haftbedingungen, insbesondere Unterkünfte, Verpflegung, Bekleidung sowie die medizinische Versorgung, waren völlig unzureichend.

Der Arbeitseinsatz der Gefangenen war noch nicht einem von oben vorgegebenen Wirtschaftsplan unterworfen, sondern diente fast ausschließlich der Lagerinfrastruktur und -selbstversorgung, gelegentlich als Bestrafung oder Willkürmaßnahme. Dies änderte sich jedoch seit Mitte der 1920er-Jahre. Der Großteil der Häftlinge wurde immer systematischer zur Zwangsarbeit, insbesondere zu Holzfällerarbeiten und zum Straßenbau eingesetzt. Eine täglich zu leistende, persönliche Arbeitsnorm wurde eingeführt, von deren Erfüllung man die Höhe der Verpflegungsration abhängig machte. Das Solowezki-Lager war in den 1920er-Jahren der wichtigste und größte Haftort der UdSSR [...] [,] die menschliche Versuchsstation, für den sich wenige Jahre später über die ganze Sowjetunion ausbreitenden Archipel Gulag.

Am 7. April 1930 erließ die Sowjetregierung das Statut über die „Besserungsarbeitslager“. Die offizielle Bezeichnung der Haftorte verdeutlichte unmissverständlich die gewandelte Haftintention,

die nunmehr „Besserung durch Arbeit“ lautete. Die Erfahrungen des Solowezki-Lagers nutzten die verantwortlichen Sowjetkader zunächst beim Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals, der ersten und größten in den Volkswirtschaftsplan der UdSSR integrierten Baustelle. Zum ersten Mal basierte eine „Großbaustelle des Kommunismus“ nicht nur völlig auf Häftlingszwangsarbeit, vielmehr hatte die Regierung die alleinige Verantwortung für die Realisierung des Projektes den Sicherheitsorganen übertragen. Der 227 km lange Kanal mit 19 Schleusen sollte innerhalb von nur 20 Monaten, von September 1931 bis April 1933, errichtet werden. Entlang der künstlichen Flussstraße entstanden zahlreiche Lager, die einen bestimmten Abschnitt des Kanals zu errichten hatten und der Verwaltung des Weißmeer-Ostsee-Kanal-Lagers, russ. Belomorsko-Baltiski-Kanal-Lag, unterstanden.

Das Produktionsreservoir bildeten mehrere Hunderttausend Häftlinge, die mit ihrer Muskelkraft, mit Spaten und Tragebrettern Abermillionen Kubikmeter Erde bewegten. In drei Schichten mussten die „Kanalarmisten“, wie die Gefangenen bald bezeichnet wurden, rund um die Uhr auf ihrem „Kampfabschnitt“ schuften. Die Höhe der Essenration war wie im Solowezki-Lager an die Erfüllung der täglichen Arbeitsvorgabe gekoppelt. Die technischen und sanitären Zustände in den meist improvisierten Massenlagern waren katastrophal, Krankheiten, vor allem Typhus und Skorbut, die Folge. Schätzungen über die Anzahl der Toten schwanken zwischen 50 000 und 250 000.

Am 1. Mai 1933 wurde der Kanal termingerecht übergeben. Die Sicherheitsorgane hatten bewiesen, dass auch mit gut organisierter Zwangsarbeit ein Beitrag zur von Stalin 1929 geforderten „forcierten Industrialisierung“ zu leisten möglich war. Ein Teil der Häftlinge wurde daraufhin amnestiert, die große Mehrheit jedoch zu anderen Großbaustellen der Industrialisierung transportiert, etwa dem Bau des Moskau-Wolga-Kanals oder der Baikal-Amur-Eisenbahnmagistrale.

© Meinhard Stark, *Frauen im Gulag. Alltag und Überleben 1936 bis 1956*, Carl Hanser Verlag, München/Wien 2003, S. 28 ff.

Ein Häftling berichtet

Wir alle waren das Barackenessen leid, wo wir jedes Mal hätten weinen können angesichts der an Stöcken in die Baracke getragenen Suppenbehälter. Wir hätten weinen können aus Furcht, daß die Suppe zu dünn sein würde. Und wenn ein Wunder geschah und die Suppe war dick, dann glaubten wir es nicht und aßen sie vor Freude ganz, ganz langsam. Doch auch nach einer dicken Suppe blieb im angewärmten Magen ein nagender Schmerz – wir hungerten schon lange. Alle menschlichen Gefühle und Regungen – Liebe, Freundschaft, Neid, Menschenfreundlichkeit, Barmherzigkeit, Ruhmsucht, Ehrlichkeit – hatten uns verlassen mit dem Fleisch, das wir während unseres anhaltenden Hungerns verloren hatten. In der geringen Muskelschicht, die wir noch auf den Knochen hatten, die uns noch erlaubte, zu essen, uns zu bewegen, zu atmen und sogar Stämme zu zersägen, Gestein und Sand in die Schubkarren zu schaufeln und sogar die Schubkarren über den endlosen hölzernen Steg in der Goldgrube, auf dem schmalen Holzweg zur Waschorrichtung zu schieben, in dieser Muskelschicht hatte nur Erbitterung Platz – das langlebigste menschliche Gefühl.

Warlam Schalamow, *Durch den Schnee*, in: *Werke in Einzelbänden / Warlam Schalamow Erzählungen aus Kolyma / aus dem Russ. von Gabriele Leupold. Hg. und mit einem Nachw. von Franziska Thun-Hohenstein*, 3. Auflage, © MSB Matthes & Seitz Berlin Verlagsgesellschaft mbH 2007, S. 53 f.



Anfang der 1930er-Jahre werden immer mehr Arbeitsbesserungs- und Straflager eingerichtet, um vermeintliche „Volksfeinde“ durch Zwangsarbeit, Ausbeutung und Unterdrückung umzuerziehen. Strafgefangene bei der Arbeit (um 1932)

fasste, erforderte nicht nur Ingenieurwissen, sondern auch Arbeitskräfte. Rund 170 000 Gefangene erbauten mit einfachsten technischen Mitteln den prestigeträchtigen Kanal. Doch ist die Ausdehnung des sowjetischen Lagersystems mit allein wirtschaftlichen Überlegungen nicht zu erklären. Die Abkehr von Gefängnissen als Haftorten und der Einsatz von Zwangsarbeit als Resozialisierungsmaßnahme im Strafvollzug galten den Bolschewiki als fortschrittlich. Der Errichtung des Kanals wurde von bekannten sowjetischen Schriftstellern und Künstlern wie Maxim Gorki (1868-1936) oder Alexander Rodtschenko propagandistisch in Szene gesetzt und dokumentiert: Schlagworte wie Erziehung und „Umschmiedung“ (russ.: *perekovka*) waren Ausdruck des Diskurses um die Schaffung des „Neuen Menschen“.

Schon 1934 war die Zahl der Gefangenen auf eine halbe Million angewachsen. Mit dem immer größer werdenden Aufgebot an Arbeitskräften, über das die Hauptverwaltung der Lager (GULag) verfügte, wuchs die Behörde mit ihren Dutzenden Lagerkomplexen zu einem dem NKWD unterstehenden „Staat im Staate“ heran, der zunehmend nach seinen eigenen Regeln funktionierte. Seine größte Ausdehnung erreichte der GULag in den Nachkriegsjahren mit rund 2,5 Millionen Gefangenen, die in einem über die gesamte Sowjetunion verzweigten Netz von Lagerpunkten interniert waren. (siehe Karte III) Die Haftbedingungen für die Gefangenen variierten in den einzelnen Lagerkomplexen und waren abhängig von vielen Faktoren: von ihrer Häftlingskategorie (d. h. dem Strafparagrafen, nach dem sie verurteilt worden

waren), von Zeitpunkt und Dauer der Haftstrafe, dem geografischen Standort des Haftortes, aber auch den dort vorherrschenden Spezifika, die aus der Zusammensetzung des Lagerpersonals und des Häftlingskontingents erwachsen. Insbesondere in den Lagerpunkten Workuta, Norilsk oder Kolyma an den nördlichen Rändern der Sowjetunion waren die Bedingungen äußerst lebensfeindlich. Mangelernährung, hygienische Missstände, schwerste körperliche Arbeit im Bergbau oder zur Holzgewinnung unter schwierigen Witterungsverhältnissen, aber auch die Willkür der Lagerverwaltungen und Wachmannschaften, verbunden mit der von den berufskriminellen Häftlingen ausgehenden Gewaltkultur, wirkten sich auf die individuellen Überlebenschancen der Gefangenen aus.

Die räumliche Distanz zwischen Moskau und den Haftorten (im Falle der Kolyma mehr als zehntausend Kilometer), also auch die Kluft zwischen dem, was vom Zentrum angeordnet war, und dem, was sich vor Ort tatsächlich abspielte, war zum Teil groß. Gefälschte Planvorgaben, fiktive Buchführung, Arbeitsverweigerung, aber auch sadistische Lagerleiter oder kriminelle Bandenoberhäupter, die sich zu Herren über Leben und Tod erhoben, gehörten zum Lageralltag. Das sowjetische Strafvollzugssystem war auf allen Ebenen von einer Kultur des „So-tun-als-ob“ durchdrungen. Der Lebensraum Lager war weniger streng reglementiert, dafür waren die Hierarchie- und Machtverhältnisse vielschichtiger und komplizierter als es von Historikern und vor allem den Anhängern der Totalitarismustheorie lange Zeit angenommen wurde.



akg-images / RIA Nowosti - © VC Bild-Kunst, Bonn 2014

Gemäß der urbanen Utopie der Bolschewiki sollen sich Städte wie Moskau in den 1930er-Jahren in moderne Metropolen verwandeln. Die Fortbewegung mit dem eigenen PKW und die Frau am Steuer symbolisieren die Moderne. Gemälde „Das neue Moskau“ von G.I. Pimenow, 1937



James Hill / laif

Die Metrostationen werden kunstvoll als Tempel des Fortschritts gestaltet.

Urbanisierung und Landflucht

Vor Entkulakisierung und Hungertod flüchteten sich zwischen 1929 und 1935 circa 17 Millionen Bauern in die Städte, an deren Rändern sich große Elendsviertel bildeten. Um der Landflucht Herr zu werden, führte die Sowjetregierung im Dezember 1932 ein Passsystem ein, das den Städtern ihr Aufenthaltsrecht dokumentierte, die Bauern aber zu Menschen zweiter Klasse machte: Sie bekamen keine Pässe und durften daher die Städte nicht betreten. Auch der Bezug von Lebensmittelkarten, die es von 1929 bis 1935 gab, wurde darüber geregelt. Das konnte die Landflucht aber nicht stoppen: Viele lebten in der Illegalität mit falscher Identität unter Verheimlichung der „Kulakenherkunft“ in den Städten, um dort durch die Annahme einer körperlichen Arbeit zum „Proletarier“ aufzusteigen, dem eine Parteikarriere oder ein Studium offenstanden. Auch wenn die Wohnungslage katastrophal war, wurden die Städte doch wesentlich besser mit Lebensmitteln versorgt als das Land, und die rasant wachsende Industrie brauchte dringend immer neue Arbeitskräfte. Die rigorose Passpolitik wurde erst 1974 wieder aufgehoben, aber Moskau und Leningrad blieben bis zum Ende der Sowjetunion Städte mit Zuzugssperre.

Nicht nur in Reaktion auf die „Verbäuerlichung“ und Verslumung der Städte, sondern auch vor dem Hintergrund einer urbanen Utopie der Bolschewiki begann in den 1930er-Jahren ein regelrechter Kult um die Städte im Allgemeinen und Moskau im Besonderen, das die architektonische Verkörperung der sowjetischen Moderne werden sollte. 1932 gründete

sich der Verband der Architekten, die dem Rationalismus und Konstruktivismus der 1920er-Jahre abschworen. Stattdessen bevorzugten sie die Übernahme verschiedener Stilrichtungen (Stileklektizismus), die sowohl nüchtern-sachlich als auch pompös-schwülstig sein konnten. Der Generalplan zur Rekonstruktion Moskaus wurde 1935 beschlossen. Er sollte die Stadt der Goldenen Kuppeln, die für das religiös geprägte, alte Russland stand, in eine moderne Metropole mit breiten Magistralen, strukturiert von einigen Monumentalbauten, verwandeln, in der sich die Menschen mit Autos fortbewegten und in großen Wohnblöcken mit mindestens sechs Stockwerken lebten. Der Abriss des zarischen und Bau des sowjetischen Moskaus begann bereits Anfang der 1930er-Jahre. Symbolisch steht dafür die Sprengung der Christ-Erlöser-Kirche 1931, an deren Stelle ein gigantischer Palast der Sowjets errichtet werden sollte, der aber nie realisiert wurde. Stattdessen eröffnete 1958 dort ein Freibad. Zur Neugestaltung Moskaus gehörte die 1935 eröffnete Metro genauso wie die Einrichtung des Gorki-Kultur- und Erholungsparks. Die Metrostationen huldigten als Tempel der Werktätigen der Geschwindigkeit der Zeit; der Gorki-Park sollte unter der Losung „Im Akkord arbeiten, sich kultiviert erholen“ der Erziehung des Neuen Menschen dienen. Nach dem Muster des Generalplans wurden auch nach 1945 viele andere Städte nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den annektierten osteuropäischen Staaten umgestaltet.



1931 wird die Christ-Erlöser-Kirche in Moskau gesprengt, ...



... um einem Palast der Sowjets Platz zu machen. Preisgekrönter Entwurf des sowjetischen Architekten B.M. Iofan, der allerdings nie verwirklicht wird. Die Bauarbeiten werden Ende der 1950er-Jahre eingestellt.

Der Neue Mensch

Gleichzeitig mit der Hetzkampagne gegen die alte Intelligenzija starteten die Bolschewiki ein Programm zur massenhaften Ausbildung von neuen Ingenieuren und führten an den Hochschulen Arbeiterquoten ein: 1928 sollten 65 Prozent, 1929 70 Prozent aller Studienanfänger aus der Arbeiterschaft stammen; Parteimitglieder wurden bevorzugt aufgenommen. *Wydwischenie* (russ.; Beförderung) wurde die Abordnung junger, kommunistischer Menschen aus der Arbeiterschaft zum Studium genannt. Unter der Losung „Die Technik entscheidet alles“ legten Partei und Gewerkschaften Sonderprogramme auf, mit denen sie jährlich tausend junge Menschen als „Partei-“ oder „Gewerkschaftstausender“ zum Studium schickten.

Zu den Auserwählten sollten ausdrücklich auch Frauen gehören. Am 22. Februar 1929 führte das ZK eine Frauenquote von 20 Prozent für die Neuaufnahmen an den Technischen Hochschulen, von 25 Prozent an Hochschulen für Chemie und Textilindustrie, Technika und Arbeiterfakultäten sowie von 35 Prozent an Hochschulen in Textilregionen ein. Das Ingenieurstudium wurde auf drei, maximal vier Jahre verkürzt und die Theorie durch Marxismus-Leninismus ersetzt. Allerdings hatten die Absolventinnen und Absolventen 1931 so wenig technisches Fachwissen, dass diese Reform rückgängig gemacht wurde.

Mit der Ausbildung zum Ingenieur bekam der Neue Mensch seinen letzten Schliff. Die ideale Biografie des Sowjetmenschen, die in Zeitungen, Spielfilmen und Romanen gepriesen wurde, war die eines Arbeiters, der mit der Revolution zu den Bolschewiki fand, im Bürgerkrieg gegen die Weißen kämpfte, in den 1920er-Jahren Aufbauarbeit in Partei oder Gewerkschaft leistete und im ersten Fünfjahrplan zum Studium abgeordnet wurde, um danach auf einer der Großbaustellen zu arbeiten. Die Propaganda führte dabei gern Frauen als Beispiele an, weil sie sich aus der doppelten Unterdrückung von Zarenreich und Patriarchat befreit hatten: „Die Biographie der Ljubow Wiktorowna – das ist die Biographie unseres Landes, unserer Partei, widergespiegelt im Objektiv eines menschlichen Lebens. Wo es heute für die Partei, für die Arbeiterklasse am wichtigsten ist, dorthin geht Jablonskaja. Deshalb machte sie sich an die Front auf, nachdem sie als junges Mädchen 1919 in die Partei eingetreten war. In Gefangenschaft der Weißen geraten und von



Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten als Anreiz auch bei der Vergabe von Wohnungen Privilegien: Arbeiterfamilie in ihrer neubezogenen Wohnung in einer Moskauer Arbeitersiedlung (ca. 1930)

dort geflohen, stürzte sie sich erneut mit Feuereifer in die Partearbeit und Verteidigung des Landes. Das Ende des Bürgerkrieges kam, und die Partei reorganisierte ihre Reihen für die Arbeit an der Wirtschaftsfront. Jablonskaja arbeitet im Sowjet für Arbeit und Verteidigung. Die Partei schickt die besten Kommunisten zum Studieren – Jablonskaja geht zum Studium an die Moskauer Technische Universität und verlässt sie 1926

Bolschewistische Lebensart

[...] [D]as Bild vom „neuen Menschen“ war ein überwiegend männliches. Gleichberechtigung der Frau hieß Erwerbstätigkeit und Vermännlichung der Frau. Propagandaplakate der 1920er Jahre zeigen muskulöse Arbeiterinnen mit harten Gesichtern und schwach ausgeprägten weiblichen Attributen. Die Dominanz der männlichen Leitbilder resultierte aus der fortdauernden Einschätzung, dass Frauen rückständig seien und sich an die männlich definierten Erfordernisse anzugleichen hätten.

Die Forderung nach der Befreiung der Frauen von der Hausarbeit und „Vergesellschaftung der Lebensweise“ mündete in Visionen von völlig neuen Wohnformen. Gemeinsamer Nenner dieser Vorschläge war die Formel „Kommunehaus“. Seit Mitte der 1920er Jahre wurden in der Sowjetunion Entwürfe von Kommunehäusern diskutiert. Grundidee war die Vereinigung von individuell und von kollektiv genutzten Räumen innerhalb eines Gebäudes. Das Kommunehaus sollte helfen, die bürgerliche Lebensweise zu überwinden, sich von traditionellen Familienstrukturen zu emanzipieren sowie Hausarbeit und Kinderbetreuung als gesellschaftliche Dienstleistung zu organisieren. Architekten und Stadtplaner machten sich in den 1920er Jahren intensiv Gedanken über die geeigneten baulichen Rahmenbedingungen für eine neue Lebensweise und die Lenkung sozialer Prozesse im Sinne der Erziehung des „neuen Menschen“.

Unabhängig von der Art seiner Behausung sollte sich der „neue Mensch“ in seiner Lebensweise vom bisherigen Typus abheben. Es galt für Kommunisten als unschicklich, eine schöne Wohnung und überhaupt materiellen Besitz anzustreben. Vielmehr war ein spartanischer Lebensstil angesagt, Minimalismus und Funktionalität waren das Ideal. Die Wohnung beziehungsweise das Zimmer eines Bolschewiken sollte frei von Nippes, Blumentöpfen, Häkeldeckchen und anderen Zeichen „kleinbürgerlicher“ Häuslichkeit sein. Das Gleiche galt für die äußere Erscheinung der Menschen: Verpönt waren alle Attribute des Individualismus wie modische Kleidung, auffällige Frisuren, Schmuck oder Kosmetika. [...]

Dietmar Neutatz, *Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert*, Verlag C. H. Beck München 2013, S. 178 f.

Tagebuch aus Moskau

[7. Juni 1932] [...] Ich sehe ja, dass ich mich häufig falsch verhalte, aber ich kann nicht anders, es geht nicht! Es geht einfach nicht! Nochmal: ich kann nicht. Meine Psychologie ist halt so. [...] Womit soll das bloß enden? Ach! Wie widerlich ist das alles, es kostet mich eine große Willensanstrengung, das alles zu schreiben. Ich kann absolut nicht schreiben. Meine Stimmung ist idiotisch, gar nicht „politisch“, was sehr schlecht ist, ich weiß. Erstaunlich, selbst die Zeitung lese ich mit Widerwillen. [...]

[25.9.34] In mir sind zwei Menschen. Der eine ist ein staatlicher Mensch, der täglich fordert: Sieh dich vor, beachte die Vorschriften, sei vorsichtig, red keinen unnützen Blödsinn daher, gib acht auf dich und auf das, was du sagst. Die ganze Zeit gibt er mir Anweisungen. Dieser Mensch lebt die meiste Zeit in mir. Der andere, das

als Ingenieur.“ (zitiert nach Zeitschrift „*Inshenernyj trud*“ – Ingenieursarbeit, Nr. 3, 1934, S. 74)

Während im Westen der Jurist als allseits einsatzfähiger Beruf galt, der in Unternehmen, Behörden und Regierung gebraucht wurde, war in der technikbegeisterten Sowjetunion dem Ingenieur diese Rolle zugeordnet. Die *Prawda* schwärmte 1934: „Die historische Rolle unserer sowjetischen Ingenieure

ist ein Mensch, der in meiner Seele allen Schmutz aufsammelt, den übriggebliebenen Abfall. Und er sucht immer den geeigneten Zeitpunkt, diesen stinkenden Unrat irgendjemandem über den Kopf zu schütten und sich dadurch von der Last des Abfalls zu befreien. Jener Mensch ist seltener in mir, aber es gibt ihn. [...]

Jochen Hellbeck (Hg.), *Tagebuch aus Moskau 1931-1939*, dtv dokumente, München 1996, S. 83; S. 165

Ausbildung einer neuen privilegierten Klasse

Aus den Erinnerungen des österreichischen Physikers Alexander Weißberg-Cybulski, seit 1931 Hochschullehrer in Charkow:

Die hohen Parteileute in Moskau, die ich im Jahre 1931 kennengelernt habe, lebten vorbildlich bescheiden. Aber ein Jahr später begann schon die Privilegierung gewisser Schichten. Früher gab es ein Höchstgehalt für alle Parteimitglieder. [...] Die Parteimitgliedschaft sollte keinerlei materielle Vorteile bringen. Die Mitglieder der Regierung sollten nicht besser bezahlt werden als qualifizierte Arbeiter.

Die Zerstörung der Landwirtschaft im Zuge der Kollektivierung brachte in den Jahren 1930 bis 1933 [...] eine Situation im Dorf, die die Sicherheit des Systems gefährdete. Ohne einen straff disziplinierten Apparat der Gewalt hätte Stalin diese Krise nicht überwinden können. [...] Man mußte deshalb die Tschechisten privilegieren, sie durften nicht ebenso hungern wie die übrige Bevölkerung, sonst hätten sie sich vielleicht den Volksmassen angeschlossen, und die Diktatur wäre gestürzt worden. Im Kampf um die Erhaltung seiner Macht war Stalin gezwungen, diesen Teil der Bürokratie durch außerordentliche materielle Zuwendungen zu bestechen.

Aber Stalin verwendete dieses Mittel auch auf anderen Gebieten. Er brauchte Ingenieure und Techniker, um die Pläne der Industrialisierung zu erfüllen. Auch diese Schicht wurde privilegiert, wenn auch nicht in dem Ausmaße wie die Tschechisten.

An der ideologischen Front waren es Schriftsteller und Journalisten, die die Vorteile ihrer Stellung genossen. Sie hatten das Lob der Diktatur zu singen. Es war eine mörderisch langweilige, entehrende, aber gut bezahlte Arbeit. Hier war es aber persönliche Eitelkeit und nicht die Notwendigkeit der Erhaltung seiner Macht, die Stalin zu großer Freigebigkeit verführte.

Aber die besten Brocken erhielten die führenden Administratoren, die Männer, die den Partei- und Staatsapparat leiteten. Von ihnen hing die Sicherheit des Diktators ab, eine Verschwörung unter ihnen konnte zu einer siegreichen Palastrevolution führen. Sie erhielten Privilegien, die weit über das Ausmaß dessen hinausgingen, was man erwarten konnte. [...] Und dabei war das Land so arm. [...] Sie erhielten Dienstautos, sie erhielten Freiplätze in den Sanatorien des Kaukasus, sie aßen in besonderen Restaurants zu Spottpreisen und so weiter. Aber das waren damals alles noch Kleinigkeiten im Vergleich zu dem, was in den späteren Jahren an der Spitze vor sich ging.

Alexander Weißberg-Cybulski, *Hexensabbat. Rußland im Schmelztiegel der Säuberungen*, Verlag der Frankfurter Hefte, Frankfurt / M., 1951, S. 674 f.

Denunziation

[...] [G]egen Ende der zwanziger Jahre [...] erhob [das Regime][...] den Anspruch, das Freizeitverhalten der Untertanen zentraler Leitung und Kontrolle zu unterwerfen. [...] Doch nicht überall, wo es die Bevölkerung entmündigte, übte es auch wirklich Macht aus. Wo Kontaktzonen aufgehoben und Begegnungen zwischen Bolschewiki und Arbeitern nur noch in standardisierter Form, in Clubs, Parteizellen, auf Fabrikversammlungen und während der Aufmärsche anlässlich der Staatsfeste, stattfanden, konnte sich das Regime auf seine Kommunikationskanäle schon nicht mehr verlassen.

Denn die Untertanen, die mit der inszenierten Lüge leben mußten, logen zurück, wenn die Machthaber sie zum öffentlichen Sprechen aufforderten. Die Bolschewiki konnten die Kommunikationsbedingungen nach Belieben verändern, sie monopolisierten die Medien und wachten darüber, daß die jeweils ausgegebenen Sprachregelungen und Lebenshaltungen eingehalten wurden. So aber beraubte sich die Macht ihrer Wirkungen, weil sie in den öffentlichen Räumen Auftrittsverbote verhängte und weil sie den Untertanen abverlangte zu preisen, was nicht existierte.

Die Bolschewiki herrschten über die Räume der Lüge, im privaten Raum, in der Küche, aber geboten ihnen die Untertanen Schweigen. Hier regierten der Spott und der Alkohol.

[...] Von Anbeginn versuchten [...] [die Bolschewiki] deshalb, auch den Wohnraum der Untertanen zu verstaatlichen, Wohnungen in Orte des sozialistischen Kollektivs zu verwandeln.

Seit den frühen zwanziger Jahren entstanden in allen großen Städten der Sowjetunion Kommunalwohnungen, in denen gewöhnlich mehrere Familien untergebracht wurden. Die „kommunalka“ war eine Sowjetunion en miniature, in ihr zeigten sich alle Leiden der stalinistischen Gesellschaftsordnung. Sie war ein Ort der Destruktivität: sie zwang Fremde, miteinander zu leben, Toilette, Küche und Bad gemeinsam zu nutzen. In der Kommunalka gediehen Mißtrauen, Furcht und Haß.

Ende 1927, als der Zuwanderungsdruck auf die großen Städte zunahm, begann das Regime mit der Ausquartierung von Menschen aus ihren Wohnungen. Niemand durfte jetzt noch

mehr als acht Quadratmeter Wohnraum beanspruchen. Es waren die Vorsitzenden der Hauskomitees, die den Rayon-Sowjets mitteilten, welcher Wohnraum noch zu vergeben war. Mit dieser Funktion fiel den Vorsitzenden der Hauskomitees auch die Kontrolle über das Privatleben der Bewohner zu. Sie überprüften den Wohnraum in den Häusern, kontrollierten, wer sich illegal in der Stadt aufhielt, und denunzierten, wer keine Erlaubnis besaß, sich in der Stadt niederzulassen. Die Vorsitzenden der Hauskomitees waren der verlängerte Arm des stalinistischen Terrorapparates. Das zeigte sich bereits im April 1929, als die Regierung eine Verordnung erließ, die die lokalen Sowjets anwies, alle ehemaligen Hausbesitzer aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Die Vorsitzenden der Hauskomitees sollten den Geächteten die Nachricht überbringen und den frei werdenden Wohnraum an Arbeiter vergeben. Zu Beginn der dreißiger Jahre wurden allein in Leningrad Tausende von „sozial fremden Elementen“ aus ihren Wohnungen vertrieben.

Furcht und Mißtrauen zogen in die Kommunalwohnungen ein, der geringste Anlaß konnte zu einer Denunziation und Vertreibung führen. In den Jahren des Großen Terrors entglitten die Denunziationen jeglicher Kontrolle.

Der Exzeß brachte sich nicht zuletzt aus der kollektiven Solidarhaftung hervor, die das Regime unter den Bewohnern der Kommunalwohnungen einführte. Die Bewohner einer Kommunalka mußten einen „Bevollmächtigten“ und einen „Volksrichter“ wählen, die im Auftrag des Regimes Ordnung in den Wohnungen herstellten und die Bewohner eiserner Disziplin unterwarfen. Vandalismus, staatsfeindliche Äußerungen und asoziales Sozialverhalten sollten angezeigt und mit der Entfernung des Beschuldigten aus der Wohnung geahndet werden. Nun gelang dem Regime eine solche Disziplinierung nur ausnahmsweise. Aber es veränderte den Alltag der Untertanen, es säte Furcht und Mißtrauen, es erzeugte ein System des ständigen Verdachts, des Hasses und der Fremdenfurcht. [...]

Jörg Baberowski, *Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus*.
© 2005 Deutsche Verlags-Anstalt, in der Verlagsgruppe Random House, München, S.103 ff.
Alle Rechte vorbehalten S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main

ist einmalig. Alle wirklich technischen und wissenschaftlichen Probleme, die Epoche machen werden, entscheiden in Zukunft die Ingenieure unseres Landes.“ Tagebücher und Memoiren zeigen, dass viele junge Leute den Traum vom Neuen Menschen und vom Aufbau des Sozialismus träumten. Für sie waren der Enthusiasmus und die Vision einer lichten Zukunft real.

Kritik und Selbstkritik

Auch „Kritik und Selbstkritik“ war eine Technik, um den Neuen Menschen zu formen. Einerseits entsprang diese Praxis der marxistischen Dialektik, nach der sich die Welt in Gegensätzen entwickelt, die überwunden werden müssen. Kritik und Selbstkritik dienten also der kritischen Begleitung sowohl der sozioökonomischen als auch der eigenen individuellen Entwicklung, um Probleme zu erkennen und zu bekämpfen. Sie war ein Instrument der Diagnose und Nachsteuerung.

Andererseits wurde sie unter Stalin immer wieder als Mittel zur „Anklage und Selbstanklage“ missbraucht. Mit Beginn des Großen Umbruchs wurde es eine weitverbreitete Praxis, Partei-, Gewerkschafts- oder Betriebsangehörige vor die Parteiversammlung zu zitieren, wo sie sich der Fehler schuldig bekennen muss-

ten, derer sie vorher bezichtigt worden waren. Je nach Schwere des Vergehens und in Abhängigkeit von den jeweiligen Kampagnen gegen „Schädlinge“ oder „Volksfeinde“ konnte ein solches Ritual mit einem Tadel oder aber mit Parteiausschluss, gefolgt von Entlassung, Verhaftung, Lager oder Erschießung, enden.

Schriftsteller als Seeleningenieur

In der Sowjetunion sollte die Kunst kein Amusement oder eine Ablenkung von harter Arbeit sein, sondern sie hatte den Staatsauftrag, bei der Formung des Neuen Menschen und beim Aufbau des Sozialismus zu helfen. „Die Kunst ist kein Selbstzweck, sie spielt eine kolossale Rolle in der Umerziehung, in der Umarbeitung der Menschen“, verkündete die Propaganda und forderte die Schriftsteller auf: „Seid echte ‚Seeleningenieur‘! Seid unsere Lehrer des neuen Lebens!“ Der 1932 gegründete Schriftstellerverband schwor auf dem ersten Kongress 1934 die Schriftsteller auf den „Sozialistischen Realismus“ (kurz: Sozialrealismus) als einzigen Schreibstil ein. Wer publizieren wollte, musste Mitglied des Verbandes sein und sich an den neuen Stil halten, der das Werden des Neuen Menschen als dialektischen Bildungsprozess vorführte. Die ausgebeutete Kreatur lehnt sich spontan gegen das Unrecht



akg-images / RIA Novosti / Schagin

Kunst im Auftrag des Staates: Auf dem ersten Schriftstellerkongress 1934 werden die Schriftsteller auf den „Sozialistischen Realismus“ eingeschworen. Als „Seeleningenieure“ sollen sie zur Formung des Neuen Menschen beitragen.

auf, kämpft für Gerechtigkeit, überwindet Zweifel und Hindernisse, um am Ende als gebildeter Bolschewik sein Glück im Kollektiv zu finden: „Unser positiver Held kämpft für das Glück. Aber er kämpft für das Glück aller Arbeitnehmer, sein persönliches Glück sieht er in dem Glück aller, seinen Nutzen sieht er genau darin, das Leben des gesamten Kollektivs zu verbessern. Unser Held steht für persönlichen Mut, Entschlusskraft, Initiative [...], aber er steht nicht über der ‚Masse‘, und sein Heldentum ist genau deshalb wunderbar, weil es einen massenhaften Charakter hat.“ (zitiert nach „*Front nauki i tehniki*“ – Front der Wissenschaft und Technik, Nr. 5-6, 1934, S. 3). Aber nicht nur die Schriftsteller, sondern jeder Sowjetbürger sollte am Schreib- und Bildungsprozess beteiligt werden. Arbeiter und Ingenieure wurden angeleitet, ihre Biografie als Aufstieg aus der zarischen Finsternis zum bolschewistischen Licht zu schreiben. Unter dem Schriftsteller Maxim Gorki wurde die „Geschichte der Fabriken und Werke“ (1931-1938) als Publikationsreihe gegründet, in der Arbeiter ihre Erfahrung während der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus als ihre sowjetische Geschichte niederschrieben.

Auch der Spielfilm diente der Formung des Neuen Menschen. Lenin schätzte den Film als die „wichtigste aller Künste“. Auf ihrem XIII. Kongress im Mai 1924 hatte die Partei beschlossen, dass der Film bei der Erziehung, Ausbildung und Agitation der Massen eine zentrale Rolle einnehmen sollte. Um die Filmindustrie besser zu kontrollieren, wurde 1930 der Verband „Sowkino“ in „Sojus kino“ umorganisiert. Stalin machte sich selbst zum Chefsensor. Kein Film kam in die Kinos, den er nicht in seinem privaten Vorführraum im Kreml begutachtet hatte. Im Rahmen des Erziehungsauftrags entstanden in den 1930er-Jahren auch viele Kinokomödien und Musicalfilme, die sich an Hollywood orientierten und so ein Massenpublikum gewannen.



SZ Photo / Scherl

Auch der Spielfilm soll für die Erziehung, Ausbildung und Agitation der Massen eingesetzt werden. Zu den bekanntesten Regisseuren dieser Zeit zählt S.M. Eisenstein (M.), hier bei Dreharbeiten 1933.

Die „goldenen dreißiger Jahre“?

Die Jahre 1934 bis 1936 werden bisweilen als „goldene Jahre“ bezeichnet: Der Schrecken der Kulturrevolution und Kollektivierung schien vorbei, die GPU hatte der NKWD ersetzt, der XVII. Parteitag 1934 wurde als „Parteitag der Sieger“ gefeiert, und im Herbst 1935 wurden auch die Lebensmittelkarten abgeschafft. Im Unterschied zum ersten Fünfjahrplan sah der zweite (1933-1937) wesentlich geringere Kennzahlen und eine Konzentrierung auf die Leichtindustrie vor. Konsum war nicht mehr verpönt, sondern galt als Zeichen des Erfolgs; die verdiente Arbeiterin oder der erfolgreiche Ingenieur sollten eine neue Wohnung beziehen, ein schickes Kostüm respektive einen gut sitzenden Anzug tragen und ein Auto fahren. Der Bauleiter von Magnitostroj Jakow Gugel (1895-1937) erklärte: „Wenn wir den Hochofen gebaut haben, dann vernichten wir die Wanzen, dann werden wir uns waschen und rasieren. Erst der Hochofen, dann die Wanzen.“ Am 4. Mai 1935 erklärte Stalin, die alte Losung „Die Technik entscheidet alles“ müsse durch die neue Losung „Die Kader entscheiden alles“ ersetzt werden: „Ohne Menschen, die die Technik beherrschen, ist die Technik tot. [...] Deshalb müssen die Menschen, die Kader, die Arbeiter, die die Technik beherrschen, jetzt besonders hervorgehoben werden.“ Schon 1931 waren alte Ingenieure rehabilitiert worden; im August 1935 folgte eine Amnestie für Bauern, die zu weniger als fünf Jahren Haft verurteilt worden waren; im Dezember 1935 erklärte Stalin: „Der Sohn ist für seinen Vater nicht verantwortlich.“ Die Kinder von „Kulaken“ sollten daher die gleichen Chancen wie Arbeiterkinder haben.

Die Stalinsche Verfassung von 1936

Begünstigt wurde diese Vorstellung von den „goldenen Jahren“ von der Propaganda, die die neue Verfassung 1936 begleitete: „Das Leben ist besser, das Leben ist lustiger geworden.“ Die Verfassung versprach den Menschen Grundrechte wie freie Meinungsäußerung, Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, allerdings nur „in Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zum Zwecke

der Festigung des sozialistischen Systems“. Das bedeutete letztlich nichts anderes als die Festschreibung der Parteilinie und die Kriminalisierung jeglicher Abweichung. Die Verfassung von 1936 ersetzte die formal noch bestehende Räterepublik durch den Parteienstaat: Während die Rätekongresse abgeschafft und durch den Obersten Sowjet ersetzt wurden, schrieb Artikel Nr. 126 die führende Rolle der Partei fest, die als „Vortrupp der Werktätigen [...] den führenden Kern aller Organisationen der Werktätigen, der gesellschaftlichen wie der staatlichen“, bilde.

„Hausfrauenbewegung“

Die Verfassung war begleitet von Maßnahmen, die die zuvor propagierte Emanzipation der Frau in Teilen zurücknahmen. Die Institution der Familie wurde 1936 in der Verfassung festgeschrieben, die Scheidung mit hohen Gebühren belegt und gleichzeitig ein Familienschutzgesetz erlassen, das Abtreibungen erneut verbot. Bereits 1935 hatte die Regierung die Bewegung der „Gesellschaftsarbeiterinnen“, zu deutsch auch „Hausfrauenbewegung“, initiiert, die die nicht werktätigen Ehefrauen von Ingenieuren, Wirtschaftsführern und Offizieren dazu aufrief, dem Mann sein Heim und seinen Arbeitsplatz zu verschönern. Der männlichen Führungselite wurde damit das Recht zugesprochen, ihre Frau von der Erwerbstätigkeit fernzuhalten. Statt der Ingenieurin wurde nun die Ingenieursehefrau propagiert. Zum einen trug die Partei damit einem konservativen Familienbild Rechnung, zum anderen sollte die „Hausfrauenbewegung“ diejenigen Frauen erreichen, die bisher von Staat und Partei unkontrolliert zu Hause blieben. Nadeschda Krupskaja (1869-1939), die Witwe Lenins, erklärte, wie die Frauen für eine bessere Produktivität ihrer Männer sorgen könnten: „Wenn er die Fürsorge um ihn, das Interesse an seiner Arbeit spürt, wenn er in seiner Ehefrau einen Gesenen und Freund sieht, dann stellt sich bei ihm gute Laune ein, dann wird ihm leichter, und er wird fröhlicher arbeiten. Wenn der Mann ein Blaumacher ist, dann soll sich seine Ehefrau fragen, ob das nicht auch ihre Schuld ist.“



Am 5. Dezember 1936 nimmt der VIII. außerordentliche Sowjetkongress der UdSSR eine neue Verfassung an, die von Stalin verkündet wird. Sie ist formell demokratisch, garantiert Menschenrechte sowie allgemeine und geheime Wahlen. Hier wird sie 2003 in einer Ausstellung im Staatlichen Archiv der Russländischen Föderation in Moskau präsentiert.



„Sitzung des Politbüros des ZK der KP“, Gemälde von Fjodor Modorow, 1939. In den 1930er-Jahren entmachtete Stalin das Politbüro, Sitzungen finden nur noch selten statt, ...



... wichtige Entscheidungen werden auf seiner Datscha getroffen. Lawrenti Berija 1935 mit Stalins Tochter Swetlana in Kunzewo, einem Vorort von Moskau

Die Marginalisierung des Politbüros in den 1930er-Jahren

Obwohl seit 1930 das Politbüro ausschließlich aus Stalins Gefolgsleuten bestand und er 1930 auch den Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare Rykow durch seinen engen Vertrauten Wjatscheslaw Molotow (1890-1986) ersetzt hatte, entmachtete Stalin auch diesen Kreis vollkommen. Er unterwarf sich das Politbüro, indem er Partei und Staat miteinander verschmolz. Er verlagerte sämtliche wichtigen Entscheidungen auf das Politbüro, dessen Sitzungen er aber so reduzierte, dass schließlich alle Entscheidungen nur noch im Umlaufverfahren oder während der Zusammenkünfte auf seiner *Datscha* (russ. für Wochenendhaus, Sommerhaus) in Kunzewo (Vorort von Moskau) getroffen wurden. Tage das Politbüro anfangs noch sechsmal im Monat, reduzierte Stalin Ende 1932 die Treffen auf zweimal im Monat; 1935 rief er das Politbüro nicht einmal mehr jeden Monat zusammen. Aus formalen Regierungsgeschäften waren also formale Parteibeschlüsse und daraus informelle Treffen auf der Datscha geworden. Druckmittel, die den Politbüromitgliedern zuvor noch zur Verfügung gestanden hatten, wie Rücktrittserklärungen, Ablehnungen oder Ultimaten, waren wirkungslos.

Fortan war man von Stalins Gunst abhängig, der entschied, wen er auf die Datscha lud und wen nicht. Zudem war es schwierig, in Kunzewo nüchtern zu bleiben. Chruschtschow berichtete: „Übermäßig getrunken wurde an Stalins Tisch schon seit der Zeit vor dem Kriege. [...] A. S. Schtscherbakow trank sich schließlich zu Tode, und er trank nicht deswegen so viel, weil er vom Alkohol nicht lassen konnte, sondern einfach deshalb, weil es Stalin gefiel, wenn sich die Leute, die ihn umgaben, unter den Tisch tranken. Allgemeiner gesagt, Stalin fand es unterhaltsam zu beobachten, wenn die Leute in seiner Umgebung sich in peinliche oder gar entwürdigende Situationen brachten. Aus irgendeinem Grunde fand er die Erniedrigung anderer sehr amüsant.“

Die Stachanowkampagne

Im Kontrast zur propagierten Hinwendung zum Menschen stand die Stachanowkampagne. Alexei Stachanow (1906-1977) war ein Grubenarbeiter im Donbass, der in der Nachtschicht zum 31. August 1935 1457 Prozent seiner Norm erfüllte. Das war der Startschuss für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, ebenfalls ihre Normen systematisch überzuerfüllen. Die Stachanowbewegung war nicht nur ein „verschärfendes Element“ der Stalinisierung der Gesellschaft allgemein, sondern beschwor wie zur Zeit der Kulturrevolution den „Klassenkampf“ zwischen Arbeitern und Ingenieuren herauf. Die Presse postulierte, dass Ingenieure nicht mehr Leiter und Planer, sondern Handlanger der Stachanowisten seien. Ihre Aufgabe bestünde darin, die Maschinen umzustellen und Hilfsvorrichtungen anzubringen; nur wer selbst ein Stachanowist sei, könne von den Arbeitern Respekt verlangen. Die Hysterie der Stachanowbewegung dauerte bis 1938. Während die Presse Arbeitererfolge ausschaltete und Ingenieure diffamierte, führte die systematische Überlastung von Maschinen zu deren Ruin, das Ignorieren von Sicherheitsvorschriften zu schweren Arbeitsunfällen und das übersteigerte Arbeitstempo zu einem hohen Prozentsatz an Ausschussware.



Alexei Stachanow übertrifft seine Arbeitsnorm um ein Vielfaches, alle Arbeiterinnen und Arbeiter sollen es ihm nachtun. Die Partei nutzt ihn auch, um den „Klassenkampf“ zwischen Ingenieuren und Arbeitern zu befördern.

Protokoll Nr. 112 der Präsidiumssitzung des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR

Angenommen durch die Befragung der Mitglieder des Präsidiums des ZEK der UdSSR am 1. Dezember 1934

1. Über die Ordnung des Gerichtsverfahrens in Fällen der Vorbereitung bzw. Verübung von Terrorakten.

[...]

Akte Nr. 532/10

1. Den Untersuchungsbehörden ist vorzuschlagen, die Fälle von Personen, die der Vorbereitung bzw. der Verübung von Terrorakten beschuldigt werden, im Schnellverfahren abzuwickeln.
2. Den Gerichtsorganen ist vorzuschlagen, die Vollstreckung der Urteile zur Höchststrafe in Anbetracht von Gnadengesuchen der Verbrecher dieser Kategorie nicht hinauszuschieben [...].
3. Den Organen des NKVD der Union der SSR ist vorzuschlagen, die Verurteilung zur Höchststrafe bei Verbrechen der genannten Kategorien sofort nach der Urteilsverkündung zu vollstrecken.

2. Über Veränderungen in den geltenden Strafprozeßbüchern der Unionsrepubliken.

[...] Das Zentrale Exekutivkomitee der UdSSR verordnet:

Folgende Änderungen, die die Untersuchung und Überprüfung von Fällen terroristischer Organisationen und terroristischer Akte gegen Funktionäre der Sowjetmacht betreffen, sind in die geltenden Strafprozeßbücher der Unionsrepubliken einzutragen:

1. Das Untersuchungsverfahren ist in diesen Sachen innerhalb eines Zeitraums von nicht mehr als zehn Tagen abzuschließen.
2. Den Angeklagten ist die Anklageformel 24 Stunden vor der Gerichtsverhandlung auszuhändigen.
3. Die Verhandlung ist ohne Beteiligung der Parteien zu führen.
4. Kassationseinsprüche gegen das Urteil sowie die Einreichung von Gnadengesuchen sind nicht zuzulassen.
5. Die Verurteilung zur Höchststrafe ist sofort nach Fällung des Urteils zu vollstrecken.

[...]

Sekretär des CIK [ZEK] der UdSSR

(A. Enukidze) A. Enukidze

[Siegel: „Zentrales Exekutivkomitee. Union Sozialistischer Sowjetrepubliken“]

Rev. Übersetzung hier nach: Helmut Altrichter (Hg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 1: Staat und Partei, München 1985, S. 196
www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0019_str&l=de

Der Große Terror (1937/1938)

Lange Zeit herrschte in der westlichen Forschung Einigkeit darüber, dass der Große Terror 1934 mit der Ermordung des Leningrader Parteiführers Sergei Kirow (1886-1934) begann. Der Ermordung folgte die Verhaftung von Sinowjew und Kamenew sowie von Hunderten von Parteimitgliedern und eine Parteisäuberung, die direkt zu den Schauprozessen von 1936 bis 1938 führten. Während der Westen sein Wissen über die

„Säuberung“ lange Zeit aus der Geheimrede Chruschtschows von 1956 bezog, in der von der Ermordung der Parteispitze, der Wirtschaftsführer und der Militärführung die Rede war, ist seit Öffnung der Archive bekannt, dass der Terror sich auch gegen die Volksmassen und keineswegs nur gegen die Eliten richtete. Der „Große Terror“ bezeichnet daher heute nur die zwei Jahre des massenhaften Terrors 1937 und 1938, begleitet von den Schauprozessen 1936 bis 1938.

Unabhängig davon, ob man davon ausgeht, dass der Große Terror eine reine Gewaltorgie war, die einzig dem Zweck diene, „Mordlust“ auszuleben und die Herrschaft durch Angst zu festigen, oder ob man meint, das Morden diene der Schaffung einer neuen Gesellschaft und der Vernichtung des Feindes, der „fünften Kolonne“, in den eigenen Reihen, war die Volkszählung 1937 für die Entfesselung des Terrors entscheidend. Die Volkszähler, die alle ermordet wurden, fanden heraus, dass die „neue sozialistische Gesellschaft“, die Stalin 1936 mit seiner Verfassung ausgerufen hatte, gar nicht existierte. Die nie veröffentlichten Ergebnisse belegten, dass es noch unzählige Menschen gab, die dem Zaren gedient, der falschen Partei angehört und im Bürgerkrieg auf der Seite der „Weißen“ gekämpft hatten. Die Hälfte der Bevölkerung erklärte, an Gott zu glauben.

Obwohl der stellvertretende, ab 1936 erste NKWD-Vorsitzende Jeschow kein Politbüromitglied war, lud Stalin ihn stets zu den Sitzungen ein und unterwarf schließlich das Politbüro dem NKWD. Stalin machte die Mitarbeiter seines engen Kreises zuletzt auch dadurch gefügig, dass er deren nahe Verwandte verhaften ließ: die Brüder von Ordschonikidse und Kaganowitsch, die Söhne Mikojans, die Schwiegertochter Chruschtschows, die Ehefrau seines Sekretärs Alexander Poskrjobjeschew (1891-1965) und viele mehr.

Die Moskauer Schauprozesse (1936-1938)

Mit den Schauprozessen wurden die alten Bolschewiki und Wegbegleiter Lenins angeklagt und hingerichtet. Sie dienten aber nicht nur der Beseitigung all jener, die Stalin einmal widersprochen hatten, sondern auch der Verbreitung einer Hysterie, die überall, selbst in den Führungsgremien der Bolschewiki, den Feind vermutete und so den Massenterror vorbereitete. Daher waren die Schauprozesse öffentlich, auch wenn das Publikum aus ausgewählten Claqueuren bestand. Die Gerichtsstenogramme wurden vollständig in der Prawda abgedruckt, damit jeder lesen konnte, was der Staatsanwalt Andrei Wyschinski (1883-1954) der ehemaligen Führungsriege vorzuwerfen hatte. Entscheidend war dabei auch, dass er eine Sprache benutzte, mit der er die Angeklagten unflätig beschimpfte und entwürdigte: „Erschießt sie wie die räudigen Hunde!“

Die Anschuldigungen waren groteske Konstrukte: Sie hätten im Auftrag von Trotzki, der Gestapo und ausländischer Geheimdienste geplant, Stalin und das Politbüro zu töten, nachdem sie bereits Kirow hätten ermorden lassen. Dem Prozess gegen Sinowjew, Kamenew und andere im August 1936 folgte im Februar 1937 die Anklage gegen Georgi Pjatakow (1890-1937), ZK-Mitglied und Erster Stellvertreter Ordschonikidses, und bedeutende Wirtschaftsführer, denen in erster Linie Sabotage und Schädigung der Volkswirtschaft vorgeworfen wurden. Der Volkskommissar für Schwerindustrie Ordschonikidse, von dem Stalin verlangt hatte, Anklagepunkte gegen seine Fachleute zu liefern, erschoss sich im Vorfeld. Im dritten Schauprozess im März 1938 wurden der „Parteiliebhaber“ Bucharin, Rykow und andere zum Tode ver-

Schauprozess 1936 – „Die tollwütigen Hunde müssen allesamt erschossen werden“

Genossen Richter, ich komme zum Schluß. Es kommt die letzte Stunde, die Stunde der Sühne dieser Leute für die schweren Verbrechen, die sie an unserem großen Lande begangen haben. Die letzte Stunde der Sühne dieser Leute, die die Waffen gegen das Teuerste und Geliebteste, was wir haben, erhoben, gegen die geliebten Führer unserer Partei und unserer Heimat [...].

Ein trauriges und schmachvolles Ende erwartet diese Leute, die einst in unseren Reihen standen, obwohl sie sich weder durch Standhaftigkeit, noch durch Ergebenheit gegenüber der Sache des Sozialismus ausgezeichnet haben. [...]

Vor uns sind Verbrecher, gefährliche, verstockte, grausame, schonungslos unserem Volke gegenüber, unseren Idealen gegenüber, den Führern unseres Kampfes gegenüber – den Führern des Sowjetlandes, den Führern der Werktätigen der ganzen Welt!

Der Feind ist heimtückisch. Ein heimtückischer Feind darf nicht geschont werden. Das ganze Volk kam in Bewegung bei der ersten Nachricht von dieser ungeheuerlichen Freveltat. Das ganze Volk bebte und ist entrüstet. Und ich, der Vertreter der Staatsanklage, vereinige meine entrüstete, empörte Stimme des staatlichen Anklägers mit den brausenden Stimmen von Millionen!

Genossen Richter, ich will schließen und Sie an das erinnern, was in Sachen der schwersten Staatsverbrechen das Gesetz fordert. Ich gestatte mir, Sie an Ihre Pflicht zu erinnern, diese Leute, alle sechzehn, als Staatsverbrecher schuldig zu erkennen und gegen sie in vollem Umfange jene Artikel des Gesetzes anzuwenden, deren Anwendung die Anklage fordert.

Ich fordere, daß diese tollwütigen Hunde allesamt erschossen werden!

Das Militärgericht des Obersten Gerichtshofs der UdSSR verurteilte alle Angeklagten zum höchsten Strafmaß, zum Tode durch Erschießen unter gleichzeitiger Konfiskation ihres gesamten Privateigentums. Das Gnadengesuch der Verurteilten wurde vom Präsidium des Zentralen Vollzugsausschusses der UdSSR abgelehnt. Am 25. August 1936 wurde das Urteil vollstreckt.

A. J. Wyschinski, Gerichtsreden, Dietz Verlag Berlin 1952, S. 542 f. (Prozess gegen Sinowjew, Kamenew, u. a.)

A. J. Wyschinski – ein Lebenslauf

„Verhaften, prozessieren, erschießen!“ war das Credo von Stalins Chefankläger Andrei Januarjewitsch Wyschinski. Dass er selbst den Terror überlebt hat, grenzt angesichts seiner Vergangenheit an ein Wunder: Sein Vater entstammte einem alten polnischen Adelsgeschlecht und diente als hoher Beamter unter dem Zaren. Wyschinski studierte Rechtswissenschaften in Kiew und schloss sich später den Menschewiki an. Für seine politische Tätigkeit wurde er in Baku ein Jahr ins Gefängnis gesteckt, wo er Josef Stalin kennenlernte. Nach der Februarrevolution betätigte sich der Jurist einige Monate lang als Milizionär der provisorischen Regierung und stellte in dieser Funktion prompt einen Haftbefehl für einen gewissen Lenin aus – wegen Spionagetätigkeit für Deutschland.

Allein eine einzige dieser Stationen hätte ihn während der späteren Verfolgungswellen den Kopf kosten können. Die Nähe zu Stalin allein kann nicht genügend Schutz gewesen sein, denn auch engste Vertraute waren nicht sicher. Das zeigt das Beispiel von Nikolai Jeschow, der als Chef der Geheimpolizei dem Terror einen Namen gab, um dann 1938 selbst als Verschwörer verhaftet und hingerichtet zu werden.

Wyschinski aber wurde erst Dozent, dann Rektor der Moskauer Universität. Später führte er als Generalstaatsanwalt die Moskauer Prozesse. Sein Buch zur „Theorie der Beweisführung bei Gericht im sowjetischen Recht“ wurde als theoretische Basis für die Repressionen verstanden.

Nach der Kapitulation Deutschlands hatte er als Abgesandter der UdSSR bei den Nürnberger Prozessen unter anderem dafür Sorge zu tragen, dass der Molotow-Ribbentrop-Pakt 1939 und die Ermordung polnischer Offiziere in Katyn 1941 ausgeklammert wurden. 1946 folgte Wyschinski dann als Außenminister auf Wjatscheslaw Molotow. Am Ende überlebte er sogar Stalin um ein Jahr – auf dem Posten des ständigen Vertreters der Sowjetunion bei den Vereinten Nationen in New York. Dort starb der Jäger der „Verräter“ 1954 – auf Feindesland.

ANH, „Der Theoretiker der Repression“, in: Süddeutsche Zeitung vom 10./11. November 2012



Andrei Wyschinski führt als Generalstaatsanwalt die Moskauer Schauprozesse. Als enger Vertrauter Stalins übersteht er selbst alle „Säuberungen“.

Schauprozesse 1937

Was sich in den letzten Tagen des Januars 1937 im Oktobersaal des Moskauer Gewerkschaftshauses abspielte, wirkt in der Beschreibung der *Iswestija* zunächst wie ein großes Fest: „Die besten Vertreter der sowjetischen Gesellschaft füllen den Gerichtssaal“, schreibt das Regierungsorgan am 24. Januar. „Orden funkeln an der Brust von Stoßarbeitern, Piloten und Wissenschaftlern. Unter den Anwesenden sind die Schriftsteller Alexei Tolstoi, Lion Feuchtwanger, Alexander Fadejew und andere.“ Doch in diese nette Ouvertüre kracht im nächsten Satz ein Paukenschlag, der Schlimmes ahnen lässt: „Grenzenloser Hass, abgrundtiefe Verachtung, unsäglicher Ekel sprechen aus ihren Blicken, während sie die Angeklagten anstarren.“ Es ist ein Schlachtfest, das hier vorbereitet wird und das ganze Land in einen Blutausch versetzt, aus dem es erst allmählich wieder zu sich kommen wird.

Der „Prozess gegen das sowjetfeindliche trotzkistische Zentrum“ gibt den Auftakt zum Terror-Jahr 1937, in dem die „Große Säuberung“ ihren Höhepunkt erreicht: Nach vorsichtigen Schätzungen verhaftet die sowjetische Geheimpolizei NKWD zwischen Herbst 1936 und Winter 1938 mehr als anderthalb Millionen Menschen, etwa 700 000 werden erschossen. [...]

Dieser besinnungslose Amoklauf gegen das eigene Volk und die eigenen Parteigenossen wäre nicht zu erklären ohne die drei sorgsam inszenierten Verfahren, mit denen das Regime seine Feinde markierte und seine Untertanen auf die Verfolgungen einstimmte. Die Moskauer Prozesse in den Jahren 1936, 1937 und 1938 impfen der Gesellschaft das Misstrauen und den Verschwörungswahn ein, die den Diktator Josef Stalin selbst auszeichneten. Zugleich sollen sie der Weltöffentlichkeit den Anschein vermitteln, dass sich die Führung des Sowjetstaates mit Recht gegen ihre Feinde wehrt. Beobachter aus dem Ausland werden bewusst einbezogen.

Die *Iswestija* berichtet weiter: „Mehr als 40 Korrespondenten der wichtigsten Presseagenturen und Zeitungen aus der ganzen Welt haben lange vor Beginn des Prozesses ihre Plätze eingenommen. Zahlreiche Vertreter des diplomatischen Corps sind anwesend, darunter der amerikanische Botschafter Davis, der französische Botschafter Coulongre und andere.“ Der Oktobersaal des Gewerkschaftshauses ist in eine Weltbühne verwandelt. Was hier gespielt wird, gilt heute noch – 75 Jahre später – als das Musterbeispiel eines Schauprozesses. [...]

Die Ermordung des Leningrader Parteichefs Sergej Kirow im Dezember 1934 unter bis heute nicht geklärten Umständen diente Stalin als Anknüpfungspunkt für ein komplexes Netz von Verschwörungstheorien, die zum einen dazu dienten, sich alter Gegenspieler in der Partei zu entledigen, und zum anderen im Volk ein Klima der Angst zu schüren, weil jeder unter Verdacht stand, ein Saboteur oder Spion zu sein. Auch wenn die Vorwürfe im Einzelnen variierten, folgten sie alle einer Grundlinie: Beteiligung am Kirow-Mord, Verschwörung gegen Stalin und weitere Führer, Kontakte zum im Exil lebenden Stalin-Gegenspieler Leo Trotzki, Verrat und Spionage für Deutschland und Japan. Je phantastischer die Anschuldigungen waren, desto wirkungsvoller: Wenn selbst altgediente Bolschewiken, die Veteranen der Revolution, daran gearbeitet haben sollen, das Land zu schwächen und seine Führer zu stürzen, musste man von nun an überall Feinde vermuten.

Sie zu entlarven war die Kunst des Generalstaatsanwalts Andrej Wyschinski – und der Folter-Spezialisten des NKWD. Beweise brauchte das Gericht nicht, es urteilte auf Grund der Aussagen der Angeklagten, die sich gegenseitig belasteten und phantastische Geständnisse ablegten. Die Fragen Wyschinskis wirkten „wie ein Skalpell, das diese wandelnde Leiche sezziert“, schrieb die *Iswesti-*

ja anerkennend. Dennoch waren die Mittel der Logik allein nicht seine wichtigste Waffe. Wyschinski beschimpfte die Angeklagten als „Doppelzüngler“, „Natterngezücht“ und „menschlichen Abfall“ und peitschte damit die Emotionen der Zuhörer auf. „Ich fordere, dass diese toll gewordenen Hunde allesamt erschossen werden!“, schloss er eine Rede im ersten Prozess. Seit nach dem Ende der Sowjetunion die Archive geöffnet wurden, ist belegt, dass Stalin sich persönlich im Detail um die Inszenierung der Prozesse kümmerte. Seinem Geheimdienstchef Nikolai Jeschow gab er Anregungen für Verschwörungstheorien. Er redigierte Anklageschriften, fügte willkürlich Namen hinzu und lies sich die Beschuldigten nach dem Verhör in seinem Dienstzimmer im Kreml vorführen.

Der Prozess als scripted reality war derweil keine Neuheit in der sowjetischen Kultur. Bereits in den 20er-Jahren wurden Agitationsgerichte (Agitsudy) als Lehrstücke aufgeführt. Um den Bauern, die oft nicht einmal lesen konnten, die neue Gesellschaftsordnung nach der Revolution und die Moralvorstellungen des Sozialismus zu vermitteln, wurden in einer Form von Wandertheater moralische Vergehen symbolisch vor Gericht gestellt und verhandelt. Nun wurden solche Lehrstücke mit echten Menschen aufgeführt – und mit echten Todesurteilen.

Einen ersten Praxistest bestand die Methode 1928 in der Region Schachty im Donbas. Die Industrialisierung des Landes erlebte immer wieder Rückschläge; Arbeiter kamen bei Unfällen ums Leben, Züge entgleisten, neue Maschinen gingen kaputt, weil niemand gelernt hatte, sie zu bedienen. In keinem Fall durfte die politische Führung für die Niederlagen verantwortlich gemacht werden. Im Schachty-Prozess wurden 53 „bürgerliche Spezialisten“ angeklagt, im Auftrag ausländischer Mächte die sowjetische Industrie sabotiert zu haben. „Es kam darauf an, eine Öffentlichkeit zu erzeugen, die sich im Gerichtssaal zu einem mächtigen Anklagechor erhob“, schreibt [der Berliner Stalinismus-Forscher Jörg] Baberowski. „Die Geheimpolizei gab die Eintrittsbilletts aus und sorgte dafür, dass das Publikum nach jedem Verhandlungstag ausgetauscht wurde. Auf diese Weise konnten mehr als 100 000 Besucher das Geschehen im Gerichtssaal miterleben.“ Zeitungsberichte und ein Kinofilm über den Prozess vervielfachten die Wirkung, der Prozess wurde in Schulen, Fabriken und Arbeiterclubs diskutiert. Eine hysterische Angst vor Saboteuren brach aus.

Welche Wirkung das Spektakel des zweiten Moskauer Prozesses auf die Zuschauer hatte, zeigt diese Reaktion eines Kolchos-Arbeiters, die die *Iswestija* am 26. Januar 1937 veröffentlichte: „Für mich, einen einfachen Kolchos-Bauern, ist es schwer, die richtigen Worte zu finden, um auszudrücken, was mir hier im Gerichtssaal durch den Kopf geht. Aber eines kann ich sagen: Es wäre mir nie in den Sinn gekommen, nicht einmal im Traum, dass die Erde solche Schurken hervorbringen kann. Was sie getan haben und was sie geplant haben, geht mir durch Mark und Bein, und ich möchte aus vollem Hals schreien: ‚Tod euch, ihr verdammten Schlächter!‘“

Selbst viele Beobachter aus dem Ausland waren beeindruckt. Der deutsche Schriftsteller Lion Feuchtwanger notierte in seinem als Buch veröffentlichten Bericht „Moskau 1937“, durch seine Anwesenheit im zweiten Schauprozess hätten sich seine Bedenken aufgelöst, „wie sich Salz in Wasser auflöst. Wenn das gelogen war oder arrangiert, dann weiß ich nicht, was Wahrheit ist.“ [...]

[1937] wurden die Todesurteile gegen die „Verschwörer des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums“ unmittelbar nach der Verkündigung vollstreckt. Und vor der NKWD-Zentrale gegen die Urteile zu demonstrieren, wäre damals niemandem in den Sinn gekommen. [...]

Julian Hans, „1937 lässt grüßen!“, in: Süddeutsche Zeitung vom 10./11. November 2012

urteilt. Die Urteile wurden sofort nach Verkündung vollstreckt, die Familien der Verurteilten inhaftiert oder ebenfalls ermordet. Da fast alle Angeklagten geständig waren, glaubte teilweise sogar die Presse im Ausland an die Schuld

der Verurteilten. Dass die Angeklagten geschlagen, gefoltert oder mit der Geiselnahme ihrer Familien zu den Geständnissen gezwungen wurden, konnte sich damals selbst im Ausland kaum jemand vorstellen.

Schauprozess 1938

Auszüge aus dem Prozeßbericht, 2.-13. März 1938

Vormittagssitzung vom 2. März 1938

Gerichtskommandant: Das Gericht erscheint, bitte sich von den Plätzen zu erheben.

Vorsitzender: Bitte sich zu setzen. Ich erkläre die Sitzung des Militärkollegiums des Obersten Gerichtshofes der Union der SSR für eröffnet.

Zur Verhandlung steht die Strafsache von Bucharin Nikolai Iwanowitsch, Rykow Alexei Iwanowitsch [es folgen die Namen der 19 weiteren Angeklagten], angeklagt des Vaterlandsverrats, der Spionage, der Diversion, des Terrors, der Schädlingarbeit, der Untergrabung der Militärmacht der UdSSR, der Provozierung eines militärischen Überfalls auswärtiger Staaten auf die UdSSR, das heißt wegen Verbrechen, die unter die §§ 58-1-a, 58-2, 58-7, 58-8, 58-9, 58-11 des Strafgesetzbuches der RSFSR fallen.

Vorsitzender: Angeklagter Bucharin, Nikolai Iwanowitsch, haben Sie die Anklageschrift erhalten?

Bucharin: Ja, ich habe sie erhalten.

Vorsitzender: Angeklagter Rykow, Alexei Iwanowitsch, haben Sie die Anklageschrift erhalten?

Rykow: Ja. [...]

Vorsitzender [...]: Ich wiederhole die Frage bezüglich der Verteidigung: Angeklagter Bucharin, wünschen Sie einen Verteidiger?

Bucharin: Nein.

Vorsitzender: Angeklagter Rykow, wünschen Sie einen Verteidiger?

Rykow: Nein. [...]

Vorsitzender: Angeklagter Bucharin, bekennen Sie sich der gegen Sie erhobenen Anklagen schuldig?

Bucharin: Ja, ich bekenne mich der gegen mich erhobenen Anklagen schuldig.

Vorsitzender: Angeklagter Rykow, bekennen Sie sich der gegen Sie erhobenen Anklagen schuldig?

Rykow: Ja, ich bekenne mich schuldig. [...]

[Mit einer Ausnahme erklären sich alle Angeklagten schuldig.]

Abendsitzung vom 12. März 1938

Gerichtskommandant: Das Gericht erscheint, bitte sich von den Plätzen zu erheben.

Vorsitzender: Bitte sich zu setzen.

Angeklagter Bucharin, es wird Ihnen das letzte Wort erteilt.

Bucharin: Bürger Vorsitzender und Bürger Richter, ich bin mit dem Bürger Staatsanwalt vollständig einverstanden bezüglich der Bedeutung des Prozesses, auf dem unsere ruchlosen Verbrechen aufgedeckt wurden, die der „Block der Rechten und Trotzlisten“ verübte, einer dessen Führer ich war und für dessen ganze Tätigkeit ich die Verantwortung trage.

Dieser Prozeß, der in der Serie der anderen Prozesse den Abschluß bildet, deckt alle Verbrechen, deckt die verräterische Tätigkeit auf, den historischen Sinn und die Wurzel unseres Kampfes gegen die Partei und die Sowjetregierung. [...]

Vor Gericht bekannte ich mich und bekenne ich mich der Verbrechen schuldig, die ich begangen habe und die mir vom Bürger Staatlichen Ankläger am Ende der gerichtlichen Untersuchung und auf Grund des dem Staatsanwalt vorliegenden Untersuchungsmaterials zur Last gelegt wurden. Vor Gericht erklärte ich auch und unterstreiche und wiederhole es jetzt, daß ich mich politisch für die ganze Gesamtheit der vom „Block der Rechten und Trotzlisten“ verübten Verbrechen schuldig bekenne. Ich unterliege dem strengsten Strafmaß, und ich bin mit dem Bürger Staatsanwalt einverstanden, der einige Male wiederholte, daß ich an der Schwelle meiner Todesstunde stehe. [...]

[18 der 21 Angeklagten wurden zur Erschießung verurteilt, und die Beschlagnahme ihres ganzen persönlichen Eigentums wurde angeordnet.]

Theo Pirker (Hg.), Die Moskauer Schauprozesse 1936-1938, dtv Dokumente, © 1963, Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München, S. 202 ff.



Sowjetischen Soldaten wird am 15. März 1938 ein Zeitungsbericht vorgelesen, in dem 21 in einem Schauprozess angeklagte und verurteilte „antisowjetische Rechte und Trotzlisten“ angeprangert werden. Zu den zwei Tage zuvor zum Tode Verurteilten gehören auch die ehemals engen Stalin-Vertrauten N.I. Bucharin, A.I. Rykow und N.N. Krestinski.

Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler

Referat und Schlusswort des Genossen Stalin auf dem Plenum des ZK der KPdSU(B), 3. und 5. März 1937

Genossen!

Aus den auf dem Plenum erstatteten Berichten und aus den Diskussionsreden ist ersichtlich, daß wir es hier mit folgenden drei grundlegenden Tatsachen zu tun haben.

Erstens, die Schädlings-, Diversions- und Spionagetätigkeit von Agenten ausländischer Staaten, unter denen die Trotzkisten eine ziemlich aktive Rolle spielten, hat [...] alle beziehungsweise fast alle unsere Organisationen in Mitleidenschaft gezogen, sowohl die Wirtschaftsorganisationen als auch die Verwaltungs- und Parteiorganisationen.

Zweitens, Agenten ausländischer Staaten, darunter Trotzkisten, sind nicht nur in die unteren Organisationen eingedrungen, sondern sind auch auf einige verantwortliche Posten gelangt.

Drittens, einige unserer führenden Genossen sowohl im Zentrum als auch im Lande haben nicht nur das wahre Gesicht dieser Schädlinge, Diversanten, Spione und Mörder nicht zu erkennen vermocht, sondern sich derart sorglos, vertrauensselig und naiv gezeigt, daß sie nicht selten selbst dazu beigetragen haben, daß Agenten ausländischer Staaten auf diese oder jene verantwortlichen Posten gelangten.

Das sind die drei unbestreitbaren Tatsachen, die sich zwangsläufig aus den Berichten und den Diskussionsreden ergeben. [...]

Der ruchlose Mord am Genossen Kirow war die erste ernste Warnung, die davon zeugte, daß die Feinde des Volkes Doppelzünglerei betreiben und sich bei ihrem doppelzünglerischen Treiben als Bolschewiki, als Parteimitglieder maskieren werden, um sich Vertrauen zu erschleichen und sich den Zutritt zu unseren Organisationen zu erschließen.

Der Prozess gegen das „Leningrader Zentrum“, ebenso wie der „Sinowjew-Kamenew“-Prozeß, bekräftigten erneut die Lehren, die sich aus dem ruchlosen Mord am Genossen Kirow ergaben. [...]

Es hat also Signale und Warnungen gegeben.

Was bedeuteten diese Signale und Warnungen?

Sie bedeuteten eine Aufforderung, die Schwäche in der Organisationsarbeit der Partei zu liquidieren und die Partei zu einer uneinnehmbaren Festung zu machen, in die kein einziger Doppelzüngler einzudringen vermag.

Sie bedeuteten eine Aufforderung, Schluß zu machen mit der Unterschätzung der politischen Arbeit der Partei und eine entschiedene Wendung zu vollziehen, in Richtung auf eine größtmögliche Verstärkung dieser Arbeit, in Richtung auf eine Verstärkung der politischen Wachsamkeit. [...]

Woraus ist zu erklären, daß diese Warnungen und Signale nicht die gebührende Wirkung hatten? [...]

Es liegt daran, daß unsere Parteigenossen, beschäftigt mit den Wirtschaftskampagnen und hingerissen von den kolossalen Erfolgen an der Front des Wirtschaftsaufbaus, einige sehr wichtige Tatsachen einfach vergessen haben, die zu vergessen Bolschewiki nicht das Recht haben. Sie haben eine grundlegende Tatsache aus dem Gebiet der internationalen Lage der UdSSR vergessen und haben zwei sehr wichtige Tatsachen nicht bemerkt, die unmittelbar Bezug auf die heutigen Schädlinge, Spione, Diversanten und Mörder haben, welche sich hinter

dem Parteimitgliedsbuch verbergen und sich als Bolschewiki maskieren. [...]

Was sind das für Tatsachen, die unsere Parteigenossen vergessen oder die sie einfach nicht bemerkt haben?

Sie haben vergessen, daß die Sowjetmacht nur auf einem Sechstel der Erde gesiegt hat, daß fünf Sechstel der Erde von kapitalistischen Staaten beherrscht werden. Sie haben vergessen, daß sich die Sowjetunion in kapitalistischer Umkreisung befindet. [...]

Weiter. In ihrem Kampf gegen die trotzkistischen Agenten haben unsere Parteigenossen nicht bemerkt, [...] daß der Trotzkismus sich aus einer politischen Strömung in der Arbeiterklasse, die er vor 7-8 Jahren war, in eine hemmungslose und prinzipienlose Bande von Schädlingen, Diversanten, Spionen und Mördern verwandelt hat, die im Auftrage von Spionageorganen ausländischer Staaten handeln. [...]

Es muß klargelegt werden, daß im Kampf gegen den gegenwärtigen Trotzkismus jetzt nicht die alten Methoden, nicht die Methoden der Diskussion, sondern neue Methoden, die Methoden der Ausrottung und der Zerschmetterung nötig sind.

J. W. STALIN, Werke. Band 14: Februar 1934- April 1945. Diese Ausgabe erscheint auf Beschluss des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten, Verlag Roter Morgen, Dortmund 1976, S. 119 ff.

Verhaftungen in der Zeit des Großen Terrors

[...] Die Verhaftungen nahm das NKWD/MWD meist nachts vor. Wenn es an der Tür der kommunalen Gemeinschaftswohnung läutete oder an die Hütte klopfte, hielten sich alle Bewohner ruhig. Niemand wollte auffallen. Nach bangen Minuten traten mindestens zwei bewaffnete Sicherheitsbeamte, meist uniformiert, in den Raum und legten einen Haftbefehl vor. [...] Eine Untersuchung folgte, deren Augenmerk auf möglichen Beweisen lag: fremdsprachige Bücher und Briefe, „konterrevolutionäre“ Symbole, Fotoapparate, Ausweise und Geld. Ein Protokoll verzeichnete jeden konfiszierten Gegenstand. Wer Glück hatte, erhielt von den Uniformierten Ratschläge, was vorsichtshalber in den mitzunehmenden Koffer oder das Bündel hinein sollte: warme Sachen und Schuhe etwa [...]. Selten verließ ein Nachbar oder eine Nachbarin in dieser Stunde den eigenen Raum, um der Arretierten beizustehen oder sich von ihr zu verabschieden. [...]

„Konterrevolutionäre Tätigkeit“, „Antisowjetische Agitation und Propaganda“, „Spionage“ oder „Verrat der Heimat“ waren die wichtigsten Tatbestände des berüchtigten Paragraphen 58 des Strafgesetzbuches, nach denen politische Gefangene verurteilt wurden. Ehefrauen von inhaftierten „Volksfeinden“ konnten einem Beschluss des Politbüros der KPdSU vom 5. Juli 1937 zufolge einfach in Sippenhaft genommen werden.

Traumatisch wirkte bei den Müttern der Abschied bzw. die gewaltsame Trennung von ihren Kindern. [...] Die Tochter von Käte L. war noch keine zwei Jahre alt: „Ich dachte doch nicht, dass die mich mit dem Kind verhaften würden. [...] Dann haben die mir gesagt, ich soll das Kind abgeben. Da habe ich gesagt, ich habe nichts getan, und ich gebe mein Kind nicht weg, ich geb das nicht her. Ich hab's festgehalten. Und da war dann so ein Weibsbild, die war wahrscheinlich aus einem Kinderheim, und da haben zwei Soldaten mich festgehalten, einer hat mir das Kind vom Arm gerissen und hat's der gegeben und weg war das Kind. [...]“

© Meinhard Stark, Frauen im Gulag. Alltag und Überleben 1936 bis 1956, Carl Hanser Verlag, München/Wien 2003, S. 38f.

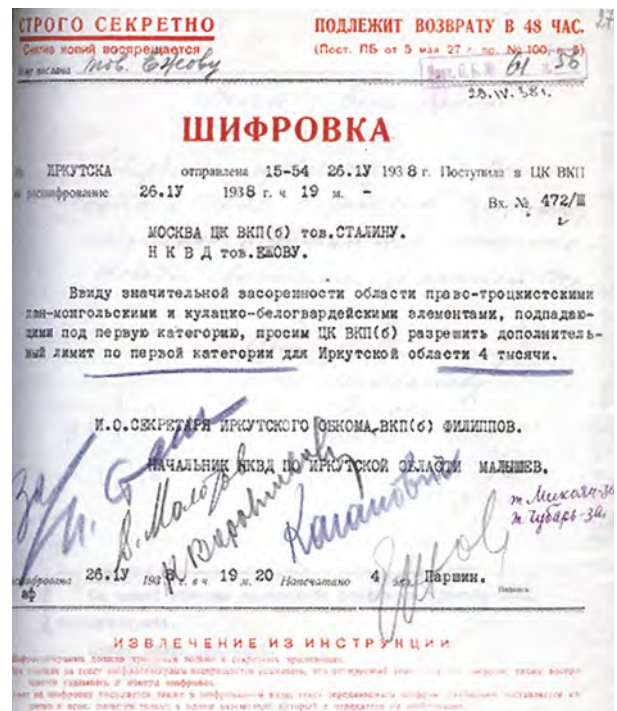
Der NKWD-Befehl 00447

Der Augustprozess 1936 und der Februarprozess 1937 waren der Auftakt und die Einstimmung zu einer Kampagne viel größeren Ausmaßes. Auf dem Februar/März-Plenum des ZK 1937 entwarfen Stalin, Georgi Malenkov (1901-1988), Molotow, Kaganowitsch und Jeschow ein Szenario, nach dem die ganze Sowjetunion von ausländischen Spionen, Schädlingen, Saboteuren und ehemaligen Kulaken durchsetzt war. Unmittelbar danach begann Stalin im ganzen Land, die Kader der Partei- und Sowjetorganisationen, die Wirtschaftsführer und das leitende technische Personal sowie die gesamte Führungsspitze der Roten Armee zu verhaften. Die Erschießung des Marschalls Tuchatschewski erfolgte am 12. Juni still und heimlich ohne Schauprozess wie auch die Exekution von rund 10 000 weiteren Offizieren. Die Verhaftungen geschahen meist nachts, und die Menschen zitterten, wenn sie ein als „Brotlieferwagen“ getarntes Fahrzeug des NKWD vorfahren hörten, das im Volksmund „schwarze Krähe“ hieß. Im Juni 1937 ging Stalin dazu über, sich von Jeschow Listen mit Namen der Funktionäre aus Staat, Partei und Verwaltung, die als „Volksfeinde“ verdächtig waren, vorlegen zu lassen, deren Erschießung er mit seiner Unterschrift besiegelte.

Schließlich begann Stalin, ganze Kontingente der zu erschießenden und der zu Lagerhaft zu verurteilenden „Schädlinge“ festzulegen. Der NKWD-Befehl vom 30. Juli 1937 mit der Nr. 00447 „Über die Operation zur Repression ehemaliger Kulaken, Krimineller und anderer antisowjetischer Elemente“ rückte die breite Bevölkerung ins Visier des Terrors. Grundlage dafür waren Listen, die Stalin zuvor im ganzen Land von den örtlichen Parteisekretären und NKWD-Vorsitzenden angefordert hatte, auf denen die zurückgekehrten „Kulaken“, Mitglieder zerschlagener Parteien sowie ehemalige Häftlinge und Kriminelle systematisch erfasst waren. Der Befehl 00447 legte zwei Kategorien von Strafmaß fest: „Der ersten Kategorie sind alle äußerst feindlich Gesinnten der oben aufgeführten Elemente zuzuordnen. Sie sind sofort zu verhaften und nach der Behandlung ihres Falles durch die *Troikas* zu erschießen. Der zweiten Kategorie sind alle übrigen, weniger aktiven, aber dennoch feindlichen Elemente zuzuordnen. Sie sind zu verhaften und für acht bis zehn Jahre in Lager einzuweisen.“ „Troikas“ waren Schnellgerichte, die aus örtlichem NKWD-Vorsitzendem, Staatsanwalt und Parteivorsitzendem bestanden. Die Aktion sah vor, in vier Monaten 260 000 Personen zu verhaften und davon rund 73 000 zu erschießen. Doch schon bald meldeten die örtlichen NKWD-Stellen, die Kontingente seien erschöpft, und fragten an, ob man sie ausweiten dürfte. Stalin unterschrieb auch diese Listen.

Terror gegen „feindliche“ Ethnien

Neben dem Befehl 00447, der breite Bevölkerungskreise ins Visier nahm, gab es weitere Operationen gegen ganze, als „feindlich“ eingestufte ethnische Gruppen. Der Befehl 00439 vom 25. Juli 1937 richtete sich gegen alle deutschen oder ehemaligen deutschen Staatsbürger, die pauschal der Spionage und Sabotage (im kommunistischen Sprachgebrauch: Diversion) bzw. der Kooperation mit dem deutschen Generalstab und der Gestapo verdächtig wurden. 42 000 Menschen kamen im Zuge der „deutschen Operation“ ums Leben. Ein ähnliches Schicksal erlitten alle polnischen Angehörigen mit dem NKWD-Befehl vom 9. August „Über die Liquidierung der polnischen Diversion- und Spionagegruppen“. 140 000 Menschen wurden allein in diesem Zusammenhang verhaftet. Weiter gab es eine „Operation zur Zerschlagung der Spionage- und Diversiongruppen von Polen,



Bitte von Funktionären aus Irkutsk an das ZK in Moskau, die Quoten für die Personen, die nach Kategorie 1 des NKWD-Befehls 00447 zu verhaften und zu erschießen sind, um 4000 zu erhöhen, links Stalins Unterschrift.

Letten, Deutschen, Esten, Finnen, Griechen, Iranern, Charbinern, Chinesen und Rumänen.“ Hier ließ Stalin dem NKWD freie Hand, alle zu verhaften, die dieser als Angehörige einer solchen Gruppe identifiziert. Die größten Aussiedlungen erfolgten in den Grenzregionen. Als im August 1937 die japanische Armee in den Norden Chinas einmarschierte, ließ Stalin die gesamte koreanische Volksgruppe als potenzielle Kollaborateure der Japaner nach Kasachstan und Usbekistan deportieren.

Das Ende des Massenterrors

Es ist unklar, was genau das Ende des Terrors herbeiführte:

- die Vorstellung, der Feind sei besiegt, die Gesellschaft „gereinigt“?
- erste Anzeichen für Unruhen und Auflehnung gegen den Massenterror? So sollen Frauen vor den NKWD-Gefängnissen die Freilassung ihrer Männer verlangt haben;
- der drohende Kollaps der Wirtschaft, weil es nirgends mehr technisches Personal, Fabrikleiter und Kader in den Volkskommissariaten gab?
- weil Jeschow, wie verbürgt ist, in Stalins Augen gefährlich und zu unabhängig wurde? Stalin wurde berichtet, Jeschow habe geprahlt, er habe alle und jeden in der Hand und könne die Führer der Sowjetunion nach Belieben verhaften lassen. Zudem war Stalin der Lebensstil Jeschows verhasst, der exzessiv trank, dem Luxus frönte und ein unverhohlener Vergewaltiger war. Stalin ließ Jeschow im November 1938 durch Berija ersetzen und damit den Terror beenden. Der Verhaftung Jeschows im April 1939 folgte im Februar 1940 die Exekution.

Die genaue Zahl der Opfer des Großen Terrors ist unbekannt. Die unter Chruschtschow eingesetzte Pospelow-Kommission ermittelte 1,5 Millionen Verhaftungen und 682 000 Erschießungen. Als gesichert gelten heute diese Zahl an Exekutionen sowie mindestens 3,14 Millionen Verhaftungen.



Amtswechsel im Auswärtigen Amt: Stalin ersetzt 1930 den seit 1918 amtierenden Außenminister Georgi Tschitscherin (li.) durch Maxim Litwinow, seit 1918 Vertreter Russlands in London und mit einer Engländerin verheiratet.



Mit dem Amtswechsel erfolgt auch ein Politikwechsel, die Annäherung an den Westen – dokumentiert durch die Aufnahme Russlands in den Völkerbund am 19. September 1934. Litwinow bei seiner Antrittsrede vor der Völkerbundversammlung

Außenpolitik unter Stalin

Mit dem Großen Umbruch begann auch eine „Stalinisierung“ der Außenpolitik, was bedeutete, dass absolute Loyalität zu Stalin nun mehr als Auslandserfahrung zählte; die diplomatische Etikette wich einem Kommunikationsstil, der von Abblocken und Drohen geprägt war. Personell vollzog sich der Wandel in zwei Schritten: Stalin ersetzte den Außenminister Tschitscherin 1930 durch Maxim Litwinow (1876-1951), der als Revolutionär seit 1918 das bolschewistische Russland in London vertreten hatte. Obwohl er als weniger umgänglich galt, respektierten ihn seine internationalen Gesprächspartner als Kenner des Westens. Litwinow vertrat die sowjetische Politik einer Annäherung an den Westen, namentlich an England und Frankreich, die durch einen Nichtangriffspakt mit Frankreich 1932 und die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund 1934 gekrönt wurde. Hatte Tschitscherin in den 1920er-Jahren um die Anerkennung der Sowjetunion kämpfen müssen, folgte Litwinow in den 1930er-Jahren einem Defensivkurs, um die Existenz der Sowjetunion durch möglichst viele Nichtangriffsverträge abzusichern. Diesen Kurs der „kollektiven Sicherheit“ beschloss das ZK angesichts der Gefahr, von Deutschland im Westen und Japan im Osten angegriffen zu werden. Doch offenbar vor dem Hintergrund des Münchner Abkommens 1938, das Stalin vor Augen führte, dass der Westen weder seine Verpflichtungen einhalten noch die Sow-

jetunion an Verhandlungen beteiligen würde, änderte er den außenpolitischen Kurs radikal. Am 3. Mai 1939 tauschte Stalin den anglophilen, jüdischen Litwinow gegen seinen engsten Gefolgsmann, Regierungschef Molotow, aus und nahm Kurs auf ein Bündnis mit Deutschland.

Obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits viele Diplomaten im Zuge des Großen Terrors verhaftet und viele Botschaften verwaist waren, richtete Molotow als erstes eine Säuberungskommission im Außenamt ein, die sämtliche Abteilungsleiter verhaften ließ. Litwinow selbst entging dem Terror und wurde 1941 als Botschafter in die USA geschickt. Auch die Komintern unterlag nun Terrormaßnahmen, die sie erheblich dezimierten. Der damals im Moskauer Exil lebende Wolfgang Leonhard (*1921), dessen Mutter 1936 verhaftet worden war, berichtete später: „In wenigen Monaten wurden mehr Funktionäre des Kominternapparates verhaftet, als vorher in zwanzig Jahren von allen bürgerlichen Regierungen zusammengenommen.“

Der Hitler-Stalin-Pakt

Der Hitler-Stalin-Pakt war ein Schock für die Weltöffentlichkeit, die nach Moskau geflohenen Deutschen und die sowjetische Öffentlichkeit, die am Vortag noch gelesen hatten, dass alle Feinde, Spione und Diversanten im Auftrag Deutschlands handelten. Auch die Forscherinnen und Forscher sind immer wieder von diesem Coup erstaunt, der angesichts der weltanschaulichen Gegensätze unmöglich schien. Während kein Zweifel daran besteht, dass Hitler diesen Pakt forcierte, um seine Kriegspläne durchzusetzen und einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden, wird bis heute über Stalins Motive gestritten: Spielte auch er auf Zeit? Glaubte er ernsthaft, sich die Weltherrschaft mit dem deutschen Diktator dauerhaft teilen zu können? Oder schlug er nur ein, weil er von den Verhandlungen über ein Beistandsabkommen mit Großbritannien und Frankreich frustriert war?

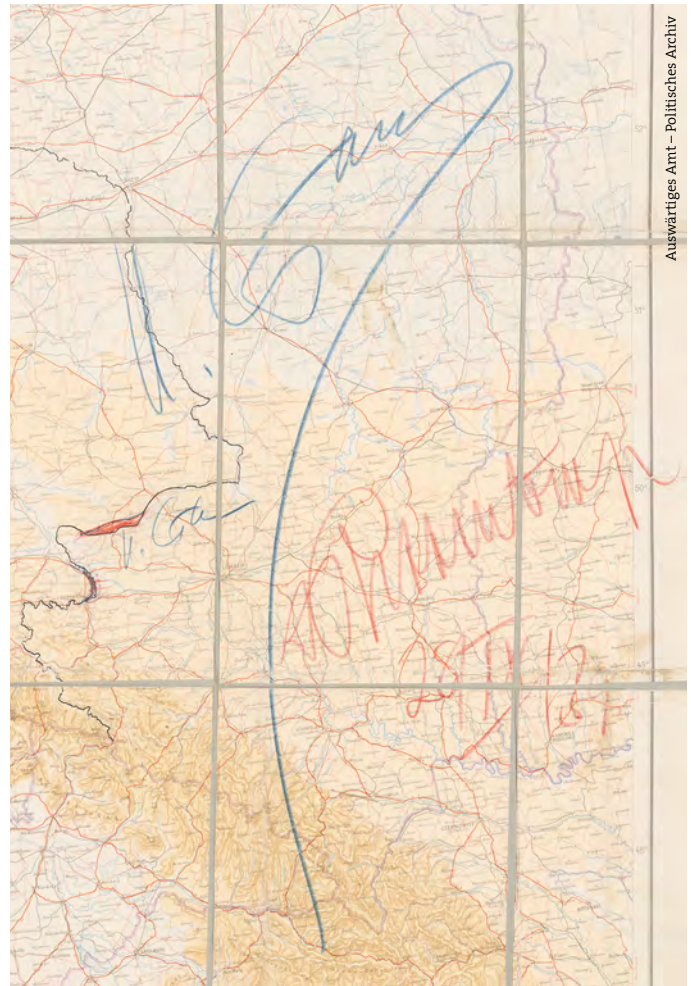
Jüngste Forschungen zeigen, dass sich Stalin weniger um die Weltanschauung Hitlers scherte, sondern vielmehr davon beeindruckt war, wie dieser mit harter Hand und ohne Zögern seine Macht ausbaute; die deutsche Schule der Gewalt imponierte ihm. Hitler und Stalin verband zudem ihre Verachtung für die professionelle Diplomatie. Wie Stalin war Hitler bemüht, das Außenamt seinem Politikstil anzupassen, und hatte dafür 1938 seinen treuen Gefolgsmann Joachim von Ribbentrop (1893-1946) zum Außenminister bestellt.

Am 23. August unterschrieb dieser in Moskau zusammen mit dem sowjetischen Außenminister Molotow in Anwesenheit Stalins einen Nichtangriffspakt. Dessen Brisanz lag in einem geheimen Zusatzprotokoll, mit dem Deutschland und die Sowjetunion Polen unter sich aufteilten und der Sowjetunion die Besetzung des Baltikums und von Teilen Rumäniens zugestanden wurde. „Anschließend wurde im selben Raum, es war das Arbeitszimmer Molotows, ein kleines einfaches Abendessen zu viert serviert. Gleich zu Anfang gab es eine kleine Überraschung: Stalin stand auf und hielt eine kurze Ansprache, in der er von Adolf Hitler als dem Manne sprach, den er schon immer außerordentlich verehrt habe“, berichtet Ribbentrop.

Am 1. September überfiel Deutschland Polen, am 17. September marschierte die Rote Armee von Osten nach Polen ein – unter dem Vorwand, das Land schützen zu wollen. Stalin zwang den drei baltischen Republiken einen Beistandspakt auf und besetzte sie und Bessarabien (Rumänien) im Juni 1940. Das sich dem „Beistand“ widersetzennde Finnland wurde im Winterkrieg 1939/40 bezwungen. Im Baltikum, in



ulstein Bild



Auswärtiges Amt – Politisches Archiv

1939 schließen das Deutsche Reich und die Sowjetunion den Hitler-Stalin-Pakt, bestehend aus dem Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakt (23.8.) und dem Deutsch-Sowjetischen Freundschafts- und Grenzvertrag Ende September nach dem deutschen Einmarsch in Polen. Molotow im Beisein Stalins bei der Unterzeichnung des letzteren (li.). Auf der einem geheimen Zusatzprotokoll beiliegenden Karte zum zweiten Vertrag (re.) besiegeln Stalin und von Ribbentrop die Grenzlinie zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion.



SZ Photo / Scherl

Der Fluss Bug bildet die Grenze zwischen den beiden Gebieten. Ein deutscher und ein russischer Posten begrüßen sich am 25. Januar 1940 an der Demarkationslinie.

Ostpolen, das der Ukraine und Weißrussland einverleibt wurde, und in Bessarabien begannen 1940 Deportationen und Massenerschießungen der bürgerlichen Eliten. Im April/Mai 1940 ließ das Moskauer Politbüro im Wald von Katyn rund 20 000 polnische Offiziere und Intellektuelle erschießen.

Da im Krieg das deutsche Exemplar des Zusatzprotokolls vernichtet wurde und die sowjetische Seite ihres unter Verschluss hielt, konnte letztere lange Zeit dessen Existenz bestreiten. Ebenfalls unter Verheimlichung der Aktenlage versuchten die sowjetischen Ankläger in den Nürnberger Kriegsprozessen 1945/46, die deutsche Seite für die Morde von Katyn verantwortlich zu machen – allerdings ohne Erfolg. Erst 1989 bekannte Michail Gorbatschow (*1931) sowohl die Schuld der Sowjetunion am Massaker von Katyn als auch die Existenz des Hitler-Stalin-Pakts. Bis dahin war der Mythos, die Rote Armee habe Polen, das Baltikum und Bessarabien vor NS-Deutschland geschützt, ein wichtiger Baustein zur Legitimation der UdSSR.



SZ Photo / Scherl

Das neue Bündnis hält nicht lange. Am 22. Juni 1941 greift die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion an. Bei Brest-Litowsk setzen deutsche Truppen über den Fluss.

Der Große Vaterländische Krieg

Am 22. Juni 1941 überfiel die Wehrmacht die Sowjetunion. Stalin hatte zuvor Warnungen seiner Militärs als „Provokation“ abgetan und eine Mobilmachung untersagt. Die deutschen Truppen überrannten daher die Rote Armee, die gerade in den Anfangstagen große Verluste erlitt, und erreichten bereits im September Leningrad; im Dezember standen sie vor Moskau. Stalin und sein engster Kreis reagierten nach innen mit einer Doppelstrategie: Einerseits zwangen sie die Bevölkerung auch mit Gewalt zum Kriegsdienst, ließen Verweigerer und „Versager“ verhaften oder erschießen; andererseits riefen sie das ganze Volk als „Brüder und Schwestern“ zur Verteidigung ihrer Heimat und zum „Großen Vaterländischen Krieg“ auf. Nachdem Stalin im Mai 1941 von Molotow den Vorsitz des Rats der Volkskommissare übernommen hatte, setzte er jetzt den Stabschef und den Volkskommissar für Verteidigung „wegen Unfähigkeit“ ab und übernahm selbst deren Ämter. Stalin zog sich nicht in den Regierungsbunker an der Wolga zurück, sondern nahm auch am 7. November 1941 demonstrativ die Parade auf dem Roten Platz ab. Er nutzte den Krieg, um die Bevölkerung zu einer Leidensgemeinschaft zusammenzuschmieden und sich selbst als „genialen Feldherren“ zu inszenieren, der 1945 den Titel „Generalissimus“ erhielt.

Während viele Menschen den Krieg als „freiere Zeit“ beschrieben, Schriftsteller, deren Werke zuvor nicht mehr gedruckt worden waren, wieder publizieren konnten und seit 1943 sogar die orthodoxe Kirche wieder zugelassen wurde, um unter dem neugewählten Patriarchen für den Sieg und den obersten Feldherren zu beten, setzte Stalin auch während der Kriegsjahre auf Terror: Den schnellen Vormarsch der Wehrmacht lastete er seinen Kommandeuren an, die er reihenweise verhaften und erschießen ließ. Aus den Arbeitslagern wurden „Himmelfahrtskommandos“ aus Häftlingen rekrutiert, die der NKWD mit vorgehaltener Waffe zum Kämpfen zwang. In den Landesteilen, die die Sowjetmacht beim Rückzug aufgeben musste, wurden rund 150 000 Gefangene erschossen. Allgemein wurde jeder Fehler am Arbeitsplatz als politisches Verbrechen gewertet; das Verlassen des Arbeitsplatzes galt als Fahnenflucht. 1941 wurden in der Sowjetunion 1,4 Millionen Menschen wegen „Bummelei“ am Arbeitsplatz zu Haftstra-

РОДИНА-МАТЬ ЗОВЕТ!

Russian Picture Service / rkg



„Mutter Heimat ruft!“ daraufhin die Bevölkerung zur Verteidigung des Landes auf. Plakat von I. M. Toidse 1941

fen verurteilt. Auch ließ Stalin wie schon zur Zeit des Großen Terrors all jene ethnischen Gruppen deportieren, denen er eine Kollaboration mit dem Feind unterstellte: 1941 wurden 450 000 Wolgadeutsche nach Kasachstan zwangsumgesiedelt; 1944 folgten die nordkaukasischen Völker, die Stalin für „Banditen“ hielt. Von den zwei Millionen Menschen überlebten die Umsiedlung nur zwei Drittel.



Sowohl Männer wie Frauen kämpfen in der sowjetischen Armee. Sanitäterinnen und Angehörige einer Infanteriekompanie auf dem Marsch, Leningrader Front 1944

Radioansprache Stalins am 3. Juli 1941

Genossen! Bürger! Brüder und Schwestern!
Kämpfer unserer Armee und Flotte!
An Euch wende ich mich, meine Freunde!

Der von Hitlerdeutschland am 22. Juni wortbrüchig begonnene militärische Überfall auf unsere Heimat dauert an. Trotz des heldenhaften Widerstands der Roten Armee und ungeachtet dessen, daß die besten Divisionen des Feindes und die besten Einheiten seiner Luftwaffe schon zerschmettert sind und auf den Schlachtfeldern ihr Grab gefunden haben, setzt der Feind, der neue Kräfte an die Front wirft, sein Vordringen weiter fort. [...] Über unsere Heimat ist eine ernste Gefahr heraufgezogen.

[...] Mit dem uns aufgezwungenen Krieg hat unser Land den Kampf auf Leben und Tod gegen seinen schlimmsten und heimtückischsten Feind, den deutschen Faschismus, aufgenommen. [...] Die Rote Armee und die Rote Flotte kämpfen aufopferungsvoll [...] um jeden Fußbreit Sowjetbodens. [...] Die Tapferkeit der Kämpfer der Roten Armee ist beispiellos. [...] Zusammen mit der Roten Armee erhebt sich das ganze Sowjetvolk zur Verteidigung seiner Heimat.

Was ist erforderlich, um die Gefahr, die über unsere Heimat heraufgezogen ist, zu beseitigen, und welche Maßnahmen müssen getroffen werden, um den Feind zu zerschmettern?

Vor allem ist es notwendig, daß unsere Sowjetmenschen, die Männer und Frauen des Sowjetlandes, die ganze Größe der Gefahr begreifen, die unserem Lande droht [...]. [...]

Es ist ferner notwendig, daß in unseren Reihen kein Platz für Miesmacher und Feiglinge, für Panikmacher und Deserteure ist, daß die Menschen unseres Landes keine Furcht im Kampf kennen und opferwillig in unseren Vaterländischen Befreiungskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker ziehen. [...]

Die Rote Armee, die Rote Flotte und alle Bürger der Sowjetunion müssen jeden Fußbreit Sowjetbodens verteidigen, müssen bis zum letzten Blutstropfen um unsere Städte und Dörfer kämpfen, müssen die Kühnheit, Initiative und Findigkeit an den Tag legen, die unserem Volk eigen sind. [...]

Wir müssen einen schonungslosen Kampf gegen alle Desorganisatoren des Hinterlands, gegen Deserteure, Panikmacher,

Verbreiter von Gerüchten organisieren, wir müssen Spione, Diversanten und feindliche Fallschirmjäger vernichten [...]. [...] Alle, die durch ihre Panikmacherei und Feigheit die Landesverteidigung behindern, müssen ohne Ansehen der Person sofort dem Kriegsgericht übergeben werden. [...]

Den Krieg gegen das faschistische Deutschland darf man nicht als gewöhnlichen Krieg betrachten. Er ist nicht nur ein Krieg zwischen zwei Armeen. [...] Dieser Vaterländische Volkskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker hat nicht nur das Ziel, die über unser Land heraufgezogene Gefahr zu beseitigen, sondern auch allen Völkern Europas zu helfen, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen. In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht allein dastehen. In diesem großen Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern versklavt ist. Unser Krieg für die Freiheit unseres Vaterlandes wird verschmelzen mit dem Kampf der Völker Europas und Amerikas für ihre Unabhängigkeit, für die demokratischen Freiheiten. Das wird die Einheitsfront der Völker sein, die für die Freiheit, gegen die Versklavung und die drohende Unterjochung durch die faschistischen Armeen Hitlers eintreten. [...]

Genossen! Unsere Kräfte sind unermesslich. Der frech gewordene Feind wird sich bald davon überzeugen müssen. Zusammen mit der Roten Armee erheben sich Tausende und Abertausende der Arbeiter, Kollektivbauern und der Intelligenz zum Krieg gegen den Feind, der uns überfallen hat. Erheben werden sich die Millionenmassen unseres Volkes. [...] In jeder Stadt, der die Gefahr eines feindlichen Überfalls droht, müssen wir eine [...] Volkswehr schaffen, müssen wir alle Werkstätigen zum Kampf mobilisieren, um in unserem Vaterländischen Krieg gegen den deutschen Faschismus unsere Freiheit, unsere Ehre, unsere Heimat unter Einsatz unseres Lebens zu verteidigen. [...]

Alle unsere Kräfte – für die Unterstützung unserer heldenhaften Roten Armee, unserer ruhmvollen Roten Flotte!

Alle Kräfte des Volkes – für die Zerschmetterung des Feindes!
Vorwärts zu unserem Sieg!

J. W. Stalin, Werke, Band 14: Februar 1934 - April 1945. Diese Ausgabe erscheint auf Beschluss des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten, Verlag Roter Morgen, Dortmund 1976, S. 236 ff.

Nach einer zweiten Offensive der Wehrmacht 1942, bei der deutsche Truppen bis zum Elbrus im Kaukasus vorstießen, kam die Wende mit der Einkesselung der 6. Armee bei Stalingrad im Herbst 1942. Nachdem sich die von Hunger und Kälte gezeichneten deutschen Soldaten dort bis Anfang Februar 1943 ergeben hatten, rückte die Rote Armee seit 1943 nahezu unaufhaltsam vor. Am 27. Januar 1944 wurde Leningrad befreit, Mitte 1944 war der Feind außer Landes getrieben; Anfang 1945 standen sowjetische Truppen an der Demarkationslinie des Hitler-Stalin-Pakts. Unter großen Verlusten eroberten sie bis Anfang Mai 1945 die deutsche Hauptstadt. (siehe Karte IV)

Deutsche Besatzung

Die Menschen in der Sowjetunion waren durch die deutschlandfreundliche Propaganda der vorangegangenen zwei Jahre und das Vorenthalten jeder Information über den Frontverlauf vollkommen unvorbereitet. Im Baltikum, in der Ukraine und in Weißrussland wurden die deutschen Truppenverbände anfangs als „Befreier“ begrüßt. Dass Hitler diesen Krieg zu einem Kampf um „Lebensraum im Osten“ gegen slawische „Untermenschen“ erklärt hatte, erfuhr die sowjetische Bevölkerung erst im Kontakt mit den Deutschen. Statt eine Selbstverwaltung zu ermöglichen und die Kollektivwirtschaft abzuschaffen, verlangten die Besatzer Getreide sowie die Auslieferung von Juden und Bolschewiki, nahmen Verhaftungen und Erschießungen vor, plünderten, vergewaltigten und transportierten Menschen zur Zwangsarbeit nach Deutschland ab. Leningrad sollte auf Hitlers Weisung ausgehungert werden. Während der 900-tägigen Blockade starb von den drei Millionen Einwohnern eine Million an Unterernährung. Auch in der Sowjetunion war es eines der erklärten Ziele der Besatzer, dort ansässige Juden zu ermorden. Allein in der Schlucht von Babi Jar nahe Kiew erschossen deutsche Polizeibataillone bei einem der ersten großen Massaker am 29./30. September 1941 mehr als 33 000 Juden. Insgesamt ermordeten deutsche Einsatzkräfte und ihre einheimischen Handlanger nahezu 2,5 Millionen sowjetische Juden.



In den besetzten sowjetischen Gebieten ermorden deutsche Einsatzgruppen mehr als zwei Millionen Juden. Das Foto aus dem Album eines deutschen Soldaten, mit der Bemerkung „Der letzte Jude in Winnitsa“ auf der Rückseite, dokumentiert den Endpunkt der Ermordung von mehr als 20 000 Juden durch die Einsatzgruppe D in der ukrainischen Stadt im September 1941.



Die deutschen Besatzer gehen nicht nur gegen Juden, sondern gegen die gesamte Bevölkerung mit großer Härte vor. Einheiten des deutschen Sicherheitsdienstes durchsuchen 1943 ein Dorf nach Angehörigen von Partisanen, denen bei Entdeckung die sofortige Hinrichtung droht.

Belagerung Leningrads

Jura Rjabinkin, 16 Jahre alt

6., 7. November [1941]. Über die Lage an den Fronten ist mir nichts bekannt. Stalin soll eine Rede gehalten und darin die Ursachen unseres Rückzugs erläutert und die USA und England auffallend scharf angegriffen haben, weil ihre Unterstützung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig effektiv sei und wir praktisch allein gegen Deutschland kämpften. [...]

Wir haben keinen Reis für Brei mehr. Demnach werde ich drei Tage hungern müssen. [...] Mutter ist krank geworden. Es muß ernst sein, da sie keinen Hehl daraus macht. Husten, Schnupfen mit Brechreiz, Heiserkeit, Fieber und Kopfschmerzen. [...]

Ich kann den Unterrichtsstoff jetzt einfach nicht mehr aufnehmen und habe gar keine Lust zum Lernen. Ich denke immer nur ans Essen, an die Bombenangriffe und Geschosse. [...]

9. und 10. November. Wenn ich einschlafe, träume ich jedes Mal von Brot, Butter, Piroggen und Kartoffeln. Außerdem denke ich vor dem Schlafen stets daran, daß die Nacht in zwölf Stunden vorüber ist und ich dann ein Stück Brot essen kann. [...]

In der letzten Dekade mußten wir 400 g Graupen, 615 g Butter, 100 g Mehl verfallen lassen Diese Dinge waren nirgends zu haben. Wo sie trotzdem verkauft wurden, bildeten sich sofort riesige Schlangen. Hunderte und aber Hunderte standen bei bitterer Kälte auf der Straße, dabei reichte die Lieferung allenfalls für 80 bis 100 Menschen. Die Leute aber blieben, froren und gingen mit leeren Händen weg. Um 4 Uhr morgens standen sie auf, warteten bis 21 Uhr vor den Verkaufsstellen und kriegten doch nichts. [...] Und das wochenlang. Danach hat man keine Wünsche mehr. Es bleibt nur stumpfe kalte

Gleichgültigkeit gegenüber allem, was vor sich geht. Du ißt Dich nicht satt, schläfst nicht genug, frierst und sollst zu alledem noch lernen. [...]

Ich sitze und weine. Ich bin doch erst sechzehn! Die Hunde, die diesen Krieg vom Zaun gebrochen haben!

Lidija Ochapkina, 28 Jahre

[...] In der Wohnung war es schrecklich kalt, die Wände waren bereift [...]. Mußte ich Ninotschka trocken legen, dann kroch ich zu ihr unter die Decke und schob die trockene Windel unter sie, damit sie sich nicht erkältete, die andere warf ich auf den Fußboden, und sie gefror im Nu [...].

Ich war schon so abgemagert, daß meine Beine eigentlich keinen Körper mehr zu tragen hatten. Meine Brust war wie bei einem Mann, nur Warzen. Die Haut spannte sich über meinen Backenknochen, die Augen waren eingefallen. Die Kinder waren gleichfalls sehr mager, mir blieb das Herz stehen, wenn ich ihre dünnen Beinchen und Ärmchen und die kleinen, durchsichtigen Gesichter mit den großen Augen sah. Brennholz hatten wir überhaupt keins. So konnten wir auch kein Wasser heiß machen oder etwas kochen. [...] Wasser kam auch nicht mehr aus der Leitung, wir mußten es aus der Newa holen. Ich fuhr immer mit einem Kinderschleppwagen hin, mit einem Eimer und einer Kasserolle darauf. Wir brauchten viel Wasser, nicht nur fürs Essen. Schließlich mußte ich noch Windeln waschen. [...]

Ales Adamowitsch, Daniil Granin, Das Blockadebuch. Zweiter Teil. Aus dem Russischen von Ruprecht Willnow, 2. Aufl., Verlag Volk und Wissen, Berlin 1987, S. 155f., 167f., 191
© Cornelsen Schulbuchverlage Berlin 2014



Leningrad soll auf Befehl Hitlers ausgehungert werden. 900 Tage wird es durch deutsche Truppen belagert, eine Million Einwohner sterben in dieser Zeit. Brennende Trümmer nach einem Angriff im Winter 1941

Deportation im Nordkaukasus – und ihre Folgen

[...] Am 31. Januar 1944 ordnete das Staatskomitee für Verteidigung der Sowjetunion die Auflösung der Tschetscheno-Inguschischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (TschI-ASSR) und die Verbringung aller ihrer tschetschenischen und inguschischen Einwohner nach Zentralasien an. [...]

Am frühen Morgen des 23. Februar 1944 trat die Operation „Tschetschewiza“ (Linse) in die entscheidende Phase. Die zentrale Rolle spielte das von Josef Stalins Vertrautem Lawrentij Berija geführte Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (NKWD). [...] Im Juli 1944 meldete Berija [...] in einem Bericht an Stalin, im Februar und März seien 496460 Tschetschenen und Inguschen deportiert worden. Dazu setzte man etwa 180 Züge mit je 65 Güterwaggons ein. 411000 Personen brachte man nach Kasachstan, 85500 nach Kirgistan. Dort wurden die „Spezialumsiedler“ genannten Deportierten bereits von einem ganzen Netz an „Spezialkommandanturen“ des NKWD erwartet, das bis 1955 eine totale Kontrolle über sie ausübte. Für nicht genehmigtes Verlassen des Verbannungsorts war eine Strafe von 20 Jahren Zwangsarbeit festgelegt. [...]

Die auffindbaren Daten über die Zahl der Todesopfer während der Deportation und in der ersten Zeit des Zwangsaufenthalts in Zentralasien schwanken erheblich, doch ist die Annahme realistisch, dass durch Hunger, Kälte, Krankheiten sowie Misshandlungen von Seiten sowjetischer Aufsichtsorgane mindestens ein Drittel der Tschetschenen und Inguschen umkam – ein enormer Aderlass für die ohnedies kleinen Völker. [...]

Nicht ganz vier Jahre nach [...] [Stalins] Tod, im Januar 1957, wurde die Tschetscheno-Inguschische Republik vom Obersten Sowjet wiedererrichtet. Die beiden Völker konnten in ihre Heimat zurückkehren. Das Trauma der Deportation nahmen sie mit sich – und es blieb auch im kollektiven Gedächtnis der folgenden Generationen.

Apologeten der Deportation in der Sowjetunion und im heutigen Russland behaupten, Tschetschenen und Inguschen hätten während des Kriegs im Hinterland der sowjetischen Front Aufstände und Anschläge unternommen. Sie hätten der Roten Armee schaden und damit den Vormarsch der Wehrmacht beschleunigen wollen, die indes nur einen kleinen Teil ihres Siedlungsgebiets besetzt hatte. [...] Immer wieder verwiesen wird in diesem Kontext auf die Tschetschenen Majrbek Scheripow und Hassan Israilow (getötet 1942 beziehungsweise 1944), die das – völlig unrealistische – Ziel einer Abspaltung des ganzen Nordkaukasus von der Sowjetunion verfolgt hatten. Es dürfte sich heute aber kaum noch wirklich feststellen lassen, wie umfassend ihr „Aufstand“ wirklich war. [...]

Der inguschische Politologe Jakub Patijew meinte, dass der Grund der Deportation seines Volkes nicht eine Kollaboration mit der Wehrmacht war, sondern „die geographische Lage des Ethnos und das Bemühen des Zentrums, den Lebensraum für andere auszuweiten“. Diese „anderen“ waren die besonders „prussischen“ und „prosowjetischen“ Osseten, die offenkundig von der Deportation der Inguschen und der Auflösung ihrer Republik profitierten. [...]

Der amerikanische Historiker Norman M. Naimark sah einen Grund für die Deportation der Tschetschenen und Inguschen in dem Umstand, dass sie einer „Verschmelzung von russischem und Sowjetpatriotismus im Weg“ gestanden seien. Zudem verwies er auf die kulturelle und religiöse Autonomie der beiden Völker (die mit dem sowjetischen Anspruch

auf allumfassende Kontrolle unvereinbar war), ihren Widerstand gegen die „Modernisierung“ in ihrer sowjetischen Variante sowie auf ihren aktiven und passiven Widerstand gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft Anfang der dreißiger Jahre, die ihre traditionelle Lebensweise weitgehend zerstörte.

Im de facto unabhängigen Tschetschenien der Jahre 1991 bis 1994 und 1996 bis 1999 waren beständige Hinweise auf die Schrecken der Kriege im Nordkaukasus des 19. Jahrhunderts, die mit der Unterwerfung der Tschetschenen durch das Zarenreich endeten, sowie der Deportation von 1944 ein wichtiger Teil der Rechtfertigung der Abspaltung von Russland. [...]

Zahllose – mitunter von russischen Behörden herausgegebene oder finanzierte – Bücher, Broschüren, Artikel sowie Materialien für Fernsehen und Internet bemühten sich, die postsowjetische, russische (und, wenn möglich, auch die internationale) Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass Tschetschenen und Inguschen „schon immer Banditen“ und geradezu „genetisch“ fanatisch, unzivilisiert, ungezügelt und gewaltbereit gewesen seien. Deshalb dürften sie sich weder über die Deportation von 1944 noch über das Vorgehen der russischen Streitkräfte 1994 und 1999 wundern.

Diese Darstellung beeinflusst die in der mehrheitlich slawischen Gesellschaft, Öffentlichkeit und politischen Elite gepflegten Feindbilder. Nordkaukasier (also nicht nur Tschetschenen und Inguschen) werden oft als Verbrecher und Terroristen kollektiv verunglimpft oder rassistisch als „Schwarze“ beschimpft. So finden Forderungen wie „Schluss mit dem Füttern des Kaukasus!“ nach einer Meinungsumfrage des angesehenen und unabhängigen Moskauer Lewada-Zentrums vom Oktober 2013 über 70 Prozent Zustimmung. [...]

Die Deportation hat bis heute auch großen Einfluss auf das Verhältnis der nordkaukasischen Völker untereinander. [...] Ein Grund für die inguschisch-ossetische Feindschaft ist eine Folge der Deportation – der Streit über den Prigorodnyj-Bezirk, den die Inguschen für ihre historische Wiege halten. [...] 1957, bei der Wiedererrichtung der Tschetscheno-Inguschischen Republik, verblieb ein Großteil des Prigorodnyj-Bezirks bei Nordossetien, was ein schwerer Schlag für die eng mit diesem Landstrich verbundene nationale Identität der Inguschen war. Sie kehrten nach 1957 aus der Verbannung jedoch ungeachtet aller Behinderungen durch die Unionsbehörden in Moskau wie der nordossetischen Führung auch in den Prigorodnyj-Bezirk zurück. [...]

Im Frühjahr 1990 begannen in Nordossetien die Vorbereitungen zur Bildung einer „Bürgerwehr“. Ab Mitte 1991 wurden – in offenkundiger Verletzung russischer Gesetze – diese „Bürgerwehr“ sowie eine „Republikanische Garde“ aufgestellt. [...] In der Nacht vom 30. auf den 31. Oktober 1992 kam es im Prigorodnyj-Bezirk zu ersten großen Zusammenstößen zwischen inguschischen Paramilitärs einerseits und der Miliz (Polizei), der Sonderpolizei OMON, der „Bürgerwehr“ und der „Republikanischen Garde“ Nordossetiens andererseits. Am 2. November 1992 begannen 68000 Soldaten der russischen Armee und Paramilitärs aus Nord- und Südossetien eine Großoffensive gegen inguschische Dörfer im Prigorodnyj-Bezirk und vertrieben innerhalb weniger Tage die meisten Bewohner. Viele Inguschen betrachten diese „ethnische Säuberung“ bis heute als eine Art Fortsetzung der Deportation von 1944. [...]

Martin Malek, „Deportierte Völker“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Februar 2014

Bürgerkrieg

Während die Wehrmacht die sowjetische Bevölkerung ermutigte, Jagd auf Juden, Kommunisten und fliehende Rotarmisten zu machen, sollten die versprengten sowjettreuen Truppen, die sich nicht rechtzeitig hatten zurückziehen können, auf Stalins Weisung Partisanengruppen bilden. Viele von ihnen verselbstständigten sich mit eigenen Aktionen und politischen Programmen. Estnische antisowjetische Widerstandsgruppen verübten Sabotage gegen die Rote Armee und riefen eine „Partisanen-Republik“ aus. Nach Weißrussland und in die Ukraine kehrten politische Emigranten und zarische Offiziere zurück; bevor die deutschen Besatzer die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) entwaffnen konnten, zogen sich die 3000 Mann in die Wälder zurück und kämpften sowohl gegen die Deutschen als auch gegen die Sowjetarmee. In Weißrussland befanden sich im Jahr 1943 verschiedenste bewaffnete Gruppen: Rotarmisten, die noch gegen die Deutschen Widerstand leisteten, Banden von Deserteuren und die Polnische Heimatarmee „*Armja Krajowa*“. In den ukrainisch-polnischen Gebieten in Wolhynien und Cholm begann im Frühjahr 1943 ein blutiger ethnischer Krieg, der seinen Höhepunkt im Winter 1944 erreichte, als die UPA sämtliche Polen aus dem Gebiet vertrieb oder ermordete. In Reaktion darauf massakrierte die *Armja Krajowa* die ukrainische Bevölkerung.

Zum Höhepunkt der deutschen Besatzung Ende 1943 lebten 70 Millionen Sowjetbürger unter deutscher Herrschaft. Schätzungen gehen davon aus, dass davon rund eine Million Menschen aktiv in den Bürgerkrieg involviert waren. Als 1943 die Wehrmacht mit dem Rückzug begann, lösten sich die antikommunistischen Truppen zusehends auf oder flohen mit der Wehrmacht; die nationalen Gruppen zogen sich in ihre Heimatgebiete im Baltikum sowie in der Westukraine zurück und kämpften verbissen auch über das Ende des Weltkriegs hinaus weiter.

Da mit den fliehenden deutschen Truppen auch die meisten der Krimtataren flohen, ordnete Stalin an, 180 000 Krimtataren als „Vaterlandsverräter“ deportieren zu lassen. Um einem möglichen pantürkischen Einfluss auf die muslimischen Georgier entgegenzuwirken, ließ er an die 100 000 meschetische Türken, die Kalmücken und die turksprachige Bevölkerung Südgeorgiens zwangsweise umsiedeln. In der Ukraine waren im Januar 1946 noch 20 000 NKWD-Soldaten, 10 000 reguläre Soldaten und 26 000 Milizionäre im Kampf gegen die Rebellen im Einsatz; in Moldawien, dem annektierten Bessarabien, kämpfte die Sowjetmacht noch 1950 gegen bewaffnete Widerstandsgruppen.

Opferzahlen

Obwohl Historikerinnen und Historiker heute von 25 bis 30 Millionen sowjetischen Kriegstoten ausgehen, sprach Stalin 1945 nur von sieben Millionen Opfern. Er stilisierte sich und das Sowjetvolk zu strahlenden Siegern, was sich nicht mit den realen Verlustzahlen vertrug. Erst Chruschtschow nannte 1956 die Zahl von 20 Millionen Kriegstoten. Von insgesamt 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen hatten 1,8 Millionen überlebt. Rund 235 000 von ihnen wurden anschließend zu Lagerhaft wegen „Kollaboration mit dem Feind“ verurteilt. Auch die 2,75 Millionen nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter blieben ihr Leben lang als Kollaborateure stigmatisiert.

Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener

Die sowjetischen Kriegsgefangenen waren neben den Juden diejenige Opfergruppe, die im Zweiten Weltkrieg das schlimmste Schicksal erlitt. Zwischen dem 22. Juni 1941 und Kriegsende gerieten etwa 5,7 Millionen Rotarmisten in deutsche Hand. Im Januar 1945 zählte man in deutschen Lagern noch 930 000. Maximal eine Million waren entlassen worden, die meisten als sogenannte „Hilfswillige“ für – oft erzwungene – Hilfsdienste in der Wehrmacht. Weitere 500 000 waren nach Schätzung des Oberkommandos des Heeres (OKH) geflohen oder befreit worden. Die restlichen 330 000 (57,5 % der Gesamtzahl) waren umgekommen. [...]

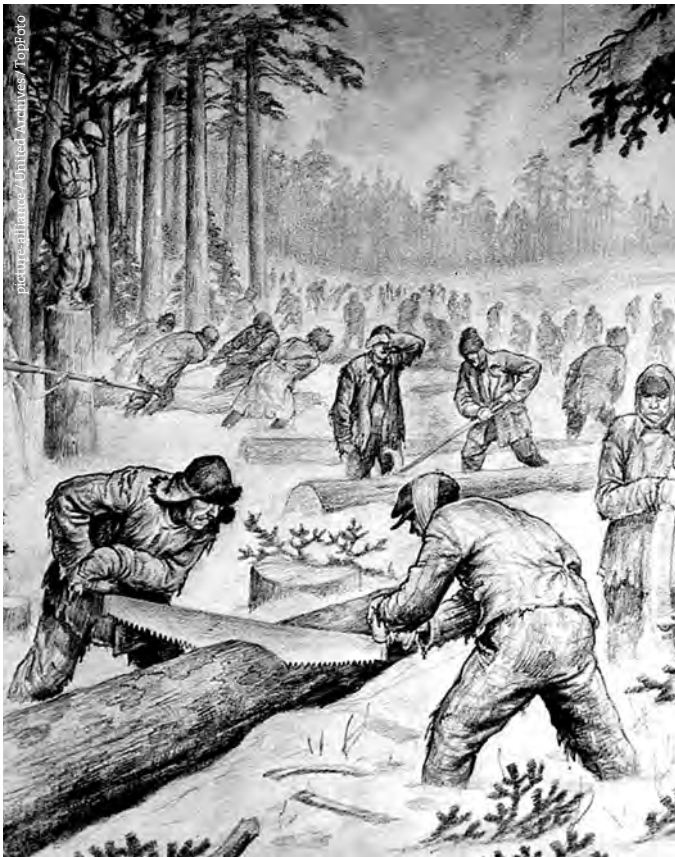
Schon im August 1941 brachen in Lagern im Osten Seuchen wie Ruhr und Typhus aus [...]. In den Lagern im besetzten Polen wurden bis zum 20. Oktober 1941 bereits 54 000 Tote gezählt. Allein in den folgenden zehn Tagen verzeichnete man weitere 45 690 Todesfälle, täglich fast 4600. Im November erreichte die Sterberate 38 Prozent, im Dezember 46 Prozent. [...] Insgesamt kamen bis zum Februar 1942 etwa zwei Millionen der 3,5 Millionen Gefangenen des Jahres 1941 um. [...]

Die Heeresführung nahm das Hungersterben der sowjetischen Gefangenen ganz bewusst als Faktum hin. Als der Generalquartiermeister im November 1941 von den Stabschefs der Ostarmeen darauf angesprochen wurde, dass die Armen die sowjetischen Gefangenen als Arbeitskräfte brauchten, diese aber in den Lagern verhungerten, stellte er lapidar fest: „Nichtarbeitende Kriegsgefangene [...] haben zu verhungern. Arbeitende Kriegsgefangene können im Einzelfalle auch aus Heeresbeständen ernährt werden.“ [...]

Christian Streit, „Keine Kameraden“, in: „Ich werde es nie vergessen“. Briefe sowjetischer Kriegsgefangener 2004-2006. Hg. vom Verein „KONTAKTE-KOHTAKTy“ e. V., Verein für Kontakte zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion in Kooperation mit dem Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst, Ch. Links Verlag – LinksDruck GmbH, Berlin 2007, S.11 ff., www.freitagsbriefe.de



Weniger als die Hälfte der sechs Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen überleben die deutsche Gefangenschaft. Im Durchgangslager Porchow nahe der nordwestrussischen Stadt Pskow warten Soldaten auf ihren Transport in ein Kriegsgefangenenlager.



Nach ihrer Rückkehr in die Sowjetunion sehen sich Kriegsgefangene und ehemalige Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen Repressionen ausgesetzt. Viele von ihnen werden in Arbeitslager gebracht und müssen dort Schwerarbeit leisten: Waldrodung in Sibirien (li.), Verlegung von Eisenbahnschienen (re.); nach Zeichnungen eines ehemaligen politischen Häftlings.

Aus den Erinnerungen von Fjodor Michajlowitsch Solowjow

[...] Als der Krieg begann, wurde unsere Kampfeinheit nach Belarus verlegt. 1941 wurde ich verwundet. Ich musste zur Behandlung im Dorf Sadnjaja Grjada bleiben und wurde dort von deutschen Soldaten gefangen genommen. Wir Gefangenen wurden nach Minsk gebracht. Von Minsk gingen wir zu Fuß zu einem Waldlager, etwa 7 Kilometer von der Stadt entfernt. Ich war verletzt. Meine Wunden bluteten. Die Kameraden halfen mir zu gehen. Diejenigen, die sich nicht fortbewegen konnten, wurden auf der Stelle erschossen. [...] Im Lager waren Hunderte, Tausende von Gefangenen. Die Lebensbedingungen waren schrecklich: Krankheiten wie Typhus und Ungeziefer. Die Offiziere haben aus Spaß Gefangene erschossen. Wir wurden einmal täglich gepflegt. Nicht alle bekamen das Essen: es gab wenig Geschirr. Manche hatten das Essen in den Feldmützen oder einfach in den Händen. Die Leichen wurden massenhaft in einem Gemeinschaftsgrab außerhalb des Lagers bestattet. Es verging der Winter. Im Frühjahr 1942 wurden die am Leben Gebliebenen wie Vieh in Waggons getrieben und nach Deutschland abtransportiert.

In Deutschland mussten wir die schwersten Arbeiten leisten: Transportarbeit bei der Eisenbahn und später in einer Flugzeugfabrik. 1943-1945 arbeitete ich im Bergwerk in der Stadt Wanne-Eickel im Ruhrgebiet, ein hungriger und entrechteter Sklave unter der Nummer 2633. Die Nahrung reichte gerade zum Überleben. Mir haben allerdings die deutschen Steiger geholfen. Sie gingen ein großes Risiko ein: Wegen Hilfe für die Kriegsgefangenen hätten sie ins Visier der Gestapo geraten können.

Im Mai 1945 haben uns die Alliierten befreit. [...] Dann kamen die sowjetischen Sicherheitsoffiziere. Sie haben uns unser Weiterleben nach der Rückkehr in die UdSSR mit schönen Worten beschrieben. [...] Wir hatten keine Ahnung, was die Sowjetmacht für uns vorbereitet hatte. Das erste, was wir hörten, waren die Worte: „Na, ihr Herrschaften, Verräter und Polizisten, seid ihr angekommen?“ Wir haben begriffen, dass wir aus einer Hölle in eine andere geraten waren. Wir wurden zunächst auf die Insel Rügen in der Ostsee verbracht. [...] Es begannen Verhöre. Mir wurde freiwillige Arbeit bei den Deutschen zur Last gelegt. Ich sollte [...] der Sowjetmacht geschadet haben. Ich sei ein Verräter und Feind des sowjetischen Volkes. Es gab Nachtverhöre. Ich wurde nicht nur einmal zusammengeslagen. In der Zelle durfte ich nicht schlafen. Es wurde Wasser reingegossen. Es kam ständig ein Wächter mit einem Hund. Ich wurde sowohl physisch als auch moralisch unterdrückt. Nach dem Abschluss dieser „Ermittlung“ wurde ich nach dem § 58 Abs. 1b des Strafgesetzbuches zu 15-jährigem Freiheitsentzug sowie zu fünfjährigem Entzug der Bürgerrechte verurteilt. [...] Im Dezember 1945 wurden wir in Frankfurt/Oder in Viehwaggons getrieben und nach Workuta gebracht. [...] Auf unseren Waggon wurde geschrieben: „Verräter und Volksfeinde!“ Das war unser Motto bei der Rückkehr nach Hause. [...]

Ich werde es nie vergessen“. Briefe sowjetischer Kriegsgefangener 2004-2006. Hg. vom „Verein „KONTAKTE-KOHTAKTbi“ e. V., Verein für Kontakte zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion in Kooperation mit dem Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst, Ch. Links Verlag – LinksDruck GmbH, Berlin 2007, S.90 ff., www.freitagsbriefe.de

Kooperation und Konfrontation mit den West-Alliierten

Im Rahmen der seit 1941 bestehenden „Anti-Hitler-Koalition“ mit Großbritannien und den USA erhielt die Sowjetunion seit 1942 erhebliche Lieferungen an Kriegsmaterial, das bis 1945 den Gegenwert von elf Milliarden Dollar erreichte. Gleichzeitig forderte Stalin von seinen Verbündeten die Eröffnung einer zweiten Front, um die Kriegslast der Sowjetunion auf mehrere Schultern zu verteilen. Auf den Konferenzen der „großen Drei“, in Teheran 1943 sowie Jalta und Potsdam 1945, inszenierte er sich als charmanter und entgegenkommender Verhandlungspartner, der allerdings durch die Beschlüsse seines „Parlaments“, des Obersten Sowjets, gebunden sei. Zuweilen ließ Stalin seinen Außenminister Molotow den „Buhmann“ spielen, der die aggressive Aufteilung Europas und die Einverleibung Ostmitteleuropas bis zur Elbe unter den Einfluss der Sowjetunion zu vertreten hatte, während er selbst den Nachgiebigen mimte. Der britische Premierminister Winston Churchill (1874-1965) war anfangs so beeindruckt, dass er Stalin für sich liebevoll „Uncle Joe“ nannte.

Während Stalin 1943 den Alliierten gern den Gefallen tat, die Komintern als Kampfzentrale für den internationalen Kommunismus aufzulösen, schuf er gleichzeitig die Voraussetzungen für die Sowjetisierung halb Europas. Der Übergang von einer Sicherheitspolitik, die einen erneuten Angriff auf die Sowjetunion verhindern sollte, zur Umgestaltung einer „Pufferzone“ nach stalinistischem Vorbild war dabei fließend. Dass Stalin eine demokratische Selbstbestimmung der durch die Rote Armee besetzten Gebiete nicht zulassen würde, of-

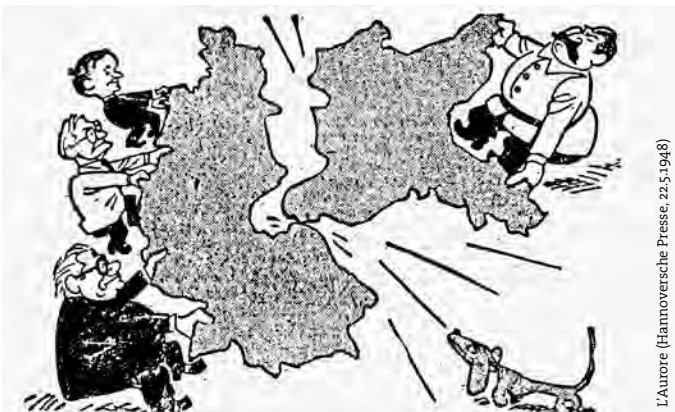
fenbarte sich auf dem letzten Treffen im Juli/August 1945 in Potsdam, als die Alliierten die Nachkriegsordnung Europas, die Grenzverschiebungen und den „Bevölkerungsaustausch“ festschrieben.

Das Hauptanliegen der Konferenzteilnehmer war die Neutralisierung eines aggressiven Deutschlands, das nicht nur seine Gebiete östlich von Oder und Neiße an Polen abtreten musste, sondern unter den vier Siegermächten aufgeteilt wurde. Deren Unvermögen, sich auf eine Zukunft für Deutschland zu einigen, führte 1949 zur Gründung zweier deutscher Staaten. Anfangen von der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands über Polen 1945 bis zur Tschechoslowakei 1948 installierte Stalin mit Hilfe der Staatssicherheit unter dem Schutz der Roten Armee in den ostmitteleuropäischen Ländern nationale Regierungen und Parteien, die vom Politbüro in Moskau gesteuert wurden. Oppositionelle Politiker, bürgerliche Eliten und Andersdenkende wurden deportiert, verhaftet, in Schauprozessen angeklagt oder ermordet, wenn sie nicht fliehen konnten. Staats- und Parteistrukturen wurden nach dem Vorbild Moskaus geschaffen, die Landwirtschaft kollektiviert, die Wirtschaft verstaatlicht, Wissenschaft und Kunst der Ideologie unterworfen. Einzig Jugoslawien, in dem kaum sowjetische Truppen standen, ging unter Josip Broz Tito (1882-1980), der 1948 mit Stalin brach, seinen eigenen, nicht weniger gewalttätigen Weg.

Die Absicht wechselseitiger Unterstützung besiegelten die nunmehr sozialistischen Länder durch die Gründung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) 1949 und den Abschluss eines Verteidigungsbündnisses, des „Warschauer Pakts“, 1955.



„Anti-Hitler-Koalition“: Churchill, Roosevelt und Stalin (v. li. n. re.) verhandeln 1945 in Jalta über die künftige Gestaltung des besiegten Deutschlands.



Lange hält die Einigkeit aber nicht. Die vier alliierten Mächte streiten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs über die politische Ausrichtung des besetzten Deutschlands. Karikatur in der Hannoverschen Presse am 22. Mai 1948



Am 1. Juli 1948 erklärt der sowjetische Vertreter auf einer Sitzung der Alliierten Kommandantur das Ende der Viermächteverwaltung Berlins. Als Symbol dafür wird die sowjetische Fahne vor dem Gebäude eingeholt.



In den ostmitteleuropäischen Ländern installiert Stalin nach Kriegsende nationale Regierungen und Parteien, die vom Politbüro in Moskau gesteuert werden. Albanien, Bulgarien, die DDR, Polen, Rumänien, die UdSSR, die CSSR und Ungarn schließen ein Verteidigungsbündnis, den Warschauer Pakt. Gründungsversammlung im Mai 1955

Der Beginn des Kalten Krieges

Der Konflikt der Alliierten um die künftige Weltordnung bekam mit dem Abwurf der ersten US-Atombombe über Hiroshima am 6. August 1945 eine neue Qualität. Stalin kommentierte: „Hiroshima hat die ganze Welt erschüttert. Das Gleichgewicht ist zerstört.“ Zwei Lager, die sich feindlich gegenüberstanden, hatten nun auch die Möglichkeit, einander zu vernichten. In der Wissenschaft wurde daher die Ost-West-Konfrontation auch auf die Formel: Ideologie + Bombe = Kalter Krieg gebracht. Allerdings gibt es durchaus kontroverse Thesen zu den Ursachen des Kalten Krieges. Während die einen der Aggressivität der Sowjetunion mit ihrem Anspruch auf die Weltrevolution die Schuld geben, sehen andere die USA in der Verantwortung: Sie habe mit der Atombombe die nach dem Krieg vollkommen ausgeblutete Sowjetunion, die erst 1949 ihre eigene erste Atombombe erfolgreich testete, in die Enge getrieben. Dritte wiederum machen Missverständnisse und Kommunikationsprobleme zwischen den beiden Welten für das Misstrauen und Hochrüstungen verantwortlich. Zumindest bis zu Stalins Tod gab es keine um Verständnis bemühte Kommunikation mehr. Im März 1947 erläuterte der US-Präsident Harry S. Truman (1884-1972), was die beiden Lager trennte: „Die eine Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit von politischer Unterdrückung aus. Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der persönlichen Freiheiten sind ihre Kennzeichen.“ Auf sowjetischer Seite antwortete Andrei Schdanow im September 1947: „[...] solange der Krieg andauerte, wagten die reaktionären Kreise Englands und der USA nicht, der Sowjetunion und den demokratischen Ländern mit offenem Visier entgegenzutreten, weil sie sich wohl bewusst waren, dass die Sympathien der Volksmassen in der ganzen Welt ungeteilt auf der Seite der Sowjetunion und der demokratischen Länder waren“.



Nach dem Abwurf der ersten Atombombe durch die USA zünden die Sowjets ihre erste Atombombe am 29. August 1949 in der Kasachischen SSR.



Harry S. Truman, US-Präsident 1945-1953, begründet in der sogenannten Truman-Doktrin am 12. März 1947 die Aufteilung der Welt in zwei ideologische Blöcke.



Der Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU Andrei Schdanow teilt im September 1947 seine Sicht der Zwei-Lager-Theorie mit.

Die Zwei-Lager-Theorie

Rede des Sekretärs des ZK der KPdSU, Schdanow, bei der Gründung der Kominform, September 1947

Die als Folge des Krieges eingetretenen grundlegenden Änderungen in der internationalen Lage und in der Lage der einzelnen Länder haben das gesamte politische Weltbild verändert. Es entstand eine neue Gruppierung der politischen Kräfte. Je größer die Periode ist, die uns vom Kriegsende trennt, desto krasser treten zwei Hauptrichtungen in der internationalen Nachkriegspolitik hervor, die der Teilung der in der Weltarena wirkenden politischen Kräfte in zwei Hauptlager entsprechen: das imperialistische und antidemokratische Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische Lager andererseits. Die führende Hauptkraft des imperialistischen Lagers stellen die USA dar. [...]

Das Hauptziel des imperialistischen Lagers stellt die Festigung des Imperialismus dar, die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges, der Kampf gegen Sozialismus und Demokratie sowie die Unterstützung reaktionärer und antidemokratischer profaschistischer Regimes und Bewegungen. [...]

Die antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte stellen das andere Lager dar. Die Grundlage dieses Lagers bilden die UdSSR und die Länder der neuen Demokratie. [...]

Das antiimperialistische Lager stützt sich auf die Arbeiterbewegung und auf die demokratische Bewegung in allen Ländern, auf die brüderlichen kommunistischen Parteien in allen Ländern, auf die Kämpfer der nationalen Befreiungsbewegung in den kolonialen und den abhängigen Ländern sowie auf die Hilfe aller fortschrittlichen demokratischen Kräfte, die in je-

dem Lande vorhanden sind. Das Ziel dieses Lagers ist der Kampf gegen die Gefahr neuer Kriege und gegen die imperialistische Expansion, die Festigung der Demokratie sowie die Ausrottung der Überbleibsel des Faschismus. [...]

Bei der Lösung dieser Hauptaufgabe der Nachkriegsperiode fällt der Sowjetunion und ihrer Außenpolitik die führende Rolle zu. Das ergibt sich aus dem Wesen des sozialistischen Sowjetstaates, dem alle aggressiven Ausbeuterregungen zutiefst fremd sind und der daran interessiert ist, möglichst günstige Voraussetzungen zur Durchführung des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft zu schaffen. Eine dieser Voraussetzungen ist der äußere Frieden. [...]

Die sowjetische Außenpolitik geht von der Tatsache aus, dass zwei Systeme – der Kapitalismus und der Sozialismus – für eine längere Periode nebeneinander bestehen. [...]

Der Übergang des amerikanischen Imperialismus zu einem aggressiven, unverhüllt expansionistischen Kurs nach Beendigung des zweiten Weltkrieges fand seinen Ausdruck sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik der USA. [...]

Konkrete Ausdrucksformen der expansionistischen Bestrebungen in den USA stellen gegenwärtig die „Truman-Doktrin“ und der „Marshall-Plan“ dar. Diese beiden Dokumente sind im Grunde genommen der Ausdruck der gleichen Politik, obwohl sie sich in der Form unterscheiden, in der in beiden Dokumenten ein und derselbe amerikanische Anspruch auf die Versklavung Europas serviert wird. [...]

www.cvce.eu/obj/der_shdanow_bericht_22_september_1947-de-914edbc9-abdf-48a6-9c4a-02f3d6627a24.html



Nach dem Zweiten Weltkrieg werden in Moskau repräsentative Monumentalbauten errichtet. Blick auf das Wohnhaus an der Moskwa, ein Gebäude der sogenannten sieben Schwestern, sieben Hochhäuser, die zwischen 1947 und 1957 im sogenannten Zuckerbäckerstil entstehen. In einem dieser Gebäude ist die Lomonossow-Universität beheimatet.

Spätstalinismus

Die Jahre 1945 bis 1953 galten lange als graue und trostlose Zeit, da dem erneuten Terror nicht einmal mehr der zur Schau gestellte Enthusiasmus der 1930er-Jahre gegenüberstand. Dennoch lassen sich für Neuerungen erste Aufbrüche und Anzeichen entdecken. Entgegen vieler Voraussagen aus Wissenschaft und Politik war die Sowjetunion im Krieg nicht zusammengebrochen, sondern im Gegenteil gestärkt und mit neuem Selbstbewusstsein aus ihm hervorgegangen. Das betraf nicht nur die Partei- und Staatsführung. Auch die Soldatinnen und Soldaten meinten, ihr Anteil am Sieg müsse sich nun in der Mitgestaltung der Friedenszeit niederschlagen. Auf ihrem Weg nach Westen hatten sie Wohlstand gesehen und hofften nun selbst darauf. Angesichts der religiösen und literarischen Freiheiten, die ihnen während des Krieges gewährt worden waren, glaubten viele Menschen, die Nachkriegszeit werde weitere Reformen bringen. Alle drei Hoffnungen wurden allerdings bald enttäuscht.

Hungers- und Wohnungsnot

Die Nachkriegszeit war in erster Linie von Mangel, Not und Zerstörung geprägt. Die abrückende Wehrmacht hatte nicht nur die Städte, sondern auch die Dörfer und Felder niedergebrannt. Die Lage spitzte sich 1946/47 in Folge einer globalen Dürre zu, die in der Sowjetunion zu der dritten großen Hungersnot nach 1921/22 und 1932/33 führte. Doch während im Westen die Regierungen einiges unternahmen, um die Not ihrer Bevölkerung zu lindern, verheimlichte Stalin auch diese Hungerkatastrophe und tat sie als Werk des „Feindes“ ab. Chruschtschow, der um Hilfe für die besonders betroffenen Ukrainer bat, herrschte er an: „Sie sind ein Waschlapfen! Die lügen Ihnen die Hucke voll, um an Ihre Sentimentalität zu appellieren. Die wollen Sie mit solchen Berichten doch nur dazu zwingen, die Vorratsreserven verteilen zu lassen.“ Schätzungen gehen davon aus, dass 1946/47 100 Millionen Menschen an Mangelernährung litten und in den Jahren 1946/47 an die zwei Millionen an Hunger starben. 1947 stabilisierte sich die

Lebensmittelversorgung auf niedrigem Niveau, und die Lebensmittelkarten wurden wieder abgeschafft. Die Nahrungsmittelmenge, die 1953 ein durchschnittlicher Sowjetbürger täglich zu sich nahm, bestand aus 500 Gramm Mehl, Graupen und Nudeln, ungefähr genauso viel Kartoffeln und circa 400 Gramm Milchprodukten. Damit aß ein Sowjetmensch nicht mehr, als einem Gulag-Häftling zustand. Fleisch war Mangelware und wurde fast ausschließlich an die Großstädte Moskau und Leningrad geliefert.

Das Politbüro hielt auch nach dem Krieg und der Hungersnot an der Kollektivierung fest. Auch in den zuvor von den Deutschen besetzten Gebieten bzw. in den neuen Republiken wurde sie durchgeführt. Um den Widerstand der Bauern zu brechen, deportierte der NKWD bis 1950 rund 200 000 Ukrainer, 140 000 Litauer, 42 000 Letten, 20 000 Esten und 36 000 Moldawier, von denen viele noch beim Transport oder am Bestimmungsort in Sibirien oder Kasachstan umkamen.

Die Lebensbedingungen waren allgemein ärmlich, beengt und entbehrungsreich. In Moskau lebten die Menschen bis in die 1950er-Jahre hinein auf weniger als vier Quadratmetern pro Person; selten hatte eine vier- und mehrköpfige Familie mehr als ein Zimmer zur Verfügung. Außerhalb Moskaus gab es nicht einmal Kanalisation, Wasserleitungen oder Zentralheizung. Dennoch konzentrierte sich die Baupolitik weiterhin auf repräsentative Monumentalbauten. Im Rahmen des 1947 revidierten Generalplans entstanden bis 1957 in Moskau sieben Hochhäuser im „Zuckerbäckerstil“ (abwertende Bezeichnung für die als übertrieben monumental und verzierungsreich empfundene Architektur des sowjetischen Klassizismus). Im neoklassizistisch-stalinistischen Baustil wurden auch in anderen sowjetischen Städten repräsentative Wohnblöcke errichtet, die die neuangelegten Prachtstraßen säumten, aber die Wohnungsnot kaum linderten.

Großprojekte zur Umgestaltung der Natur

Der Glaube an den Fortschritt und an die Allmacht der Technik war in der Sowjetunion wie auch in der westlichen Welt ungebrochen. Im Wettlauf mit dem Westen suchten Staat und Partei,

Wiederaufbau

Aus den Erinnerungen des späteren Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breshnew

[...] Es war der heiße Sommer 1946. In jenem Jahr schickte mich die Partei nach Sapaorshje. [...] Der Eindruck war, man muss schon sagen, ziemlich trostlos. Die Faschisten hatten in der Stadt sämtliche 70 Betriebe gesprengt. Als im Werk „Saporshstal“ mit dem Wiederaufbau der Blechstraße begonnen wurde, entdeckten wir an allen Pfeilern der mittleren Reihe den mit roter Farbe aufgemalten Buchstaben „F“ (Feuer). Rote Pfeile wiesen auf die Stelle, wo Sprengstoff anzubringen war.

Zudem lag die ganze Stadt in Trümmern. Die Staatliche Kommission hatte berechnet: In Sapaorshje waren mehr als 1000 große Wohnblocks, 24 Krankenhäuser, 74 Schulen, 2 Hochschulen, 5 Lichtspielhäuser, 239 Läden zerstört worden. Die Stadt war ohne Wasser, ohne Heizung, ohne Strom. Immenser Schaden war auch der Landwirtschaft rings um Sapaorshje zugefügt worden. [...]

[D]ie Menschen arbeiteten Tag und Nacht, doch insgesamt hat sich mir diese Zeit als etwas Leuchtendes und Freudiges eingepreßt. In Sapaorshje traf der erste Zug mit Erz aus Kriwoi

Rog ein – das war ein Triumph. Der Trocknungsprozess des Hochofens begann – welch eine Freude. Es begann die Erprobung des Windgebläses des Wärmekraftwerks, über den Schrägaufzug krochen die ersten Kippkübel mit der Begichtung aufwärts – das waren wiederum Ereignisse, die für jeden Teilnehmer am Wiederaufbau besondere Bedeutung hatten. [...]

Schließlich brach der lang erwartete, denkwürdige Tag an. Zum letzten Male wurde die Bereitschaft überprüft. Dann erging die Anweisung: „Hochofen anblasen!“ Ein Arbeiter drehte den Heißwindschieber, der Obermeister rannte mit brennender Fackel zum gusseisernen Stichloch, im Ofen setzte ein Dröhnen ein, und im gleichen Augenblick heulte am Hauptgebäude des Wärmekraftwerks mit voller Lautstärke die Sirene los und verkündete die zweite Geburt von „Sapaorshje“. Auf dieses Signal hin rannten in der Stadt alle auf die Straße. Unbekannte umarmten sich, weinten vor Freude. Und einen Tag später, am 30. Juni 1947, floss das erste uns allen so kostbare Saporshje-Roheisen. [...]

L. I. Breshnew, Wiedergeburt. In: ders., Auf dem Wege Lenins. Reden und Aufsätze. Bd. 7, Jan. 1978-März 1979, Dietz Verlag Berlin 1980, S. 67-69, 102 f.

die Überlegenheit des Sozialismus durch Erfolge in der Technik zu beweisen. Das Politbüro unter Stalin sorgte nicht nur dafür, dass ausgewählte Wissenschaftler seit 1946 in „geschlossenen“, geheimen Städten ideale Arbeitsbedingungen erhielten, um die Atombombe und Raketentechnik zu entwickeln.

Auch Natur und Land sollten umgestaltet und die Überlegenheit des Menschen über die Natur bewiesen werden. Aber auch die Dürre von 1946 spielte eine Rolle für die Verabschiedung des „Stalin-Plans zur Umgestaltung der Natur“ im Oktober 1948. Er sah vor, binnen 15 Jahren riesige Waldgürtel entlang der Flüsse im Süden der Sowjetunion anzupflanzen, um das Klima abzukühlen und der Bodenerosion vorzubeugen.

Der 1950 beschlossene Plan der „Stalinschen Großbauten des Kommunismus“ fasste fünf Kanal-, Wasserkraft- und Staudammbauprojekte zusammen, die wie in den 1930er-Jahren in nie dagewesenen Dimensionen die Wüste bewässern und Sibirien elektrifizieren sollten. Im globalen Machbarkeitsgeist der 1950er-Jahre entwickelten sowjetische Wissenschaftler auch den Plan, die sibirischen Flüsse umzuleiten, um die Steppen in Zentralasien zu begrünen. Während diese Idee auf dem Papier blieb, realisierten sowjetische Ingenieurinnen und Ingenieure, Arbeiterinnen und Arbeiter Großteile der anderen beiden Pläne bis in die 1960er-Jahre hinein und bauten damit, nicht ohne Stolz, ihr Land auf.



„Unter der Führung des großen Stalins – vorwärts zum Kommunismus.“ Das Poster (1951) zeigt die zentralen Kanal- und Dammbauprojekte, die sowjetische Völkergemeinschaft und den Personenkult um Stalin.

Stiljagi und Schdanowschtschina

Nicht nur Kriegsbeute wie ein Fahrrad oder eine Nähmaschine brachte Kunde vom Westen. Das Politbüro beschloss 1948 selbst, Filme aus dem Westen zu zeigen, da die eigene Filmindustrie im Krieg zum Erliegen gekommen war. So wurde „Tarzan“ in der Sowjetunion bekannt und Johnny Weissmüller zu einem Star. Auch die BBC und *Voice of America* strahlten seit 1947 Sendungen in russischer Sprache aus. Westliche Musik und Tänze erlebten einen Boom, und ein kleiner Teil der städtischen Jugend begann, sich nach westlichem Stil zu kleiden. Die „Stiljagi“ trugen enge Hosen, bunte Krawatten und Tarzan-Frisuren. Sie benannten die Moskauer Flaniermeile Gorki-Straße in „Broadway“ um und trafen sich in Szenecafés zum Cocktailtrinken. Dies war weder eine Massenbewegung noch politischer Protest, aber eine bewusste Provokation in dem Anspruch, ein anderes, nicht den Normen entsprechendes Leben zu führen.

Während die Stiljagi nur Hohn und Spott zu ertragen hatten, ergriff das Politbüro rigide Maßnahmen, bekannt als *Schdanowschtschina* nach dem Chefideologen Andrei Schdanow (1896-1948), um vermeintliche westliche Einflüsse zu unterbinden. Die Zeitschriften „Swesda“ und „Leningrad“ wurden 1946 wegen ideologischer Abweichungen verboten. Die Werke der Dichterin Anna Achmatowa (1889-1966) und des Humoristen Michail Soschtschenko (1895-1958) schmähte Schdanow als „vulgär, trivial und kleinbürgerlich“, als „antisowjetisches Gift“ und „politischen Hooliganismus“. Die neue Hysterie richtete sich gegen „Kosmopolitismus“, der als „unrussisch“ und „unpatriotisch“ angegriffen wurde. Es war eine Zeit, in der die Propaganda behauptete, alle entscheidenden Erfindungen der Welt, wie beispielsweise die Glühbirne oder der Dieselmotor, seien einst in Russland gemacht, aber dann vom Ausland gestohlen worden. Slogans wie „Schwatze nicht, der Feind hört mit“ suggerierten, dass die Sowjetunion nach wie vor von Spionen durchsetzt sei.

Antisemitismus

Die antiwestliche Kampagne schlug langsam in eine antisemitische Kampagne um. Teils griff das Politbüro auf alte jüdenfeindliche Stereotypen zurück, teils sah Stalin eine Bedrohung in der Gründung Israels 1948, dessen Botschafterin, Golda Meir (1898-1978), in Moskau von sowjetischen Juden frenetisch gefeiert wurde. Das Jüdische Antifaschistische Komitee, das während des Kriegs wichtige Propagandaarbeit für den sowjetischen Staat geleistet hatte, wurde 1948 aufgelöst und seine Mitglieder Anfang 1949 verhaftet. Seinen Vorsitzenden Solomon Michoëls (1890-1948) ermordete der NKWD 1948 bei einem „Autounfall“.

Am 28. Januar 1949 meldete die Prawda die Entlarvung einer „Antipatriotischen Gruppe“ von Theaterkritikern. Spätestens jetzt offenbarte sich, obwohl es nie offen ausgesprochen wurde, dass mit „Kosmopoliten“ Juden gemeint waren, denn alle Angeklagten waren Juden. Insgesamt wurden 217 Schriftsteller, 108 Schauspieler, 87 Maler und 19 Musiker verhaftet und nach einem Prozess 1952 13 von ihnen hingerichtet.

Offiziell stellte sich die Sowjetunion immer noch als Land der Emanzipation der Juden dar. Tatsächlich war die gesamte Nachkriegszeit von einem latenten Antisemitismus geprägt: 1949 wurden Juden beispielsweise in der gesamten Sowjetunion aus führenden Positionen entlassen. Sie bekamen keine Studienplätze und nur schlechte Arbeitsstellen. Der Höhepunkt dieser antijüdischen Kampagne war die Verhaftung von jüdischen Ärzten. Am 13. Januar 1953 meldete die Prawda,

ein Komplott von Ärzten, die Schuld am Tod von Schdanow und anderen Politbürogrößen trügen, sei aufgedeckt worden. Dieser Auftakt zu einer dritten großen Terrorwelle, die wohl ausschließlich Juden getroffen hätte, fand durch Stalins Tod ein jähes Ende; die Ärzte kamen sofort frei.

Die Leningrader Affäre

Die Leningrader Affäre war eine „Disziplinierungsmaßnahme“ Stalins gegen eine Parteiführung, die er für zu unabhängig hielt, eine erneute Gewaltaktion für die Mitglieder von Politbüro und ZK, die sich aus Angst, einer Verschwörung beschuldigt zu werden, nicht trauten, sich ohne Stalin zu treffen. Die neun Leningrader Parteiführer wurden 1950 zusammen mit dem Leiter der Staatlichen Planungsbehörde Gosplan in einem geheimen Prozess angeklagt, eine feindliche Gruppierung zum Kampf gegen die Partei gegründet zu haben. Sechs der Angeklagten wurden zum Tode, die anderen zu Lagerhaft verurteilt. Insgesamt ließ Stalin zwischen 1949 und 1952 weitere 214 Personen zum Tode verurteilen und 2000 Leningrader Parteiführer entfernen.

Das Lagersystem in der Kriegs- und Nachkriegszeit

MANUELA PUTZ

Mit dem Krieg hatten sich die Feindkategorien der Bolschewiki und damit auch die Zusammensetzung des Häftlingskontingents verschoben. Die Anzahl der Gefangenen im Lager, die über Kriegs- und Kampferfahrungen verfügten, stieg. Viele der sogenannten Kriegsverbrecher hatten tatsächlich mit den Deutschen in den besetzten Gebieten zusammengearbeitet. Aber nur wenige waren an den deutschen Massenmordaktionen beteiligt gewesen, während die Mehrzahl unter dem Vorwand der Kollaboration denunziert worden war, weil sie ihren Beruf unter den Deutschen weiter ausgeübt hatten.

Seit 1948 wurden mit der Einrichtung von Speziallagern tatsächliche und vermeintliche Staats- und Kriegsverbrecher von Berufskriminellen isoliert. Insbesondere in diesen streng bewachten Speziallagern formierten sich Widerstand und ein Bewusstsein von politischer Haft. Das dem Geist der 1930er-Jahre entsprechende Massenstrafvollzugssystem war trotz zunehmender Reglementierungsversuche der Staatsmacht in der Nachkriegszeit immer schwerer zu beherrschen. Anfang der 1950er-Jahre lebten 2,5 Millionen Menschen in Lagern und begannen, sich mit Aufständen gegen die unhaltbaren Zustände zu wehren. (siehe Karte III)

Stalins Tod

Am 5. März 1953 starb Stalin in Folge eines Schlaganfalls. Seine engste Umgebung lebte so in Angst und Schrecken vor ihm, dass sich niemand traute, nach ihm zu sehen, als er am 1. März nicht zur gewohnten Zeit aufstand. Als seine Haushälterin ihn schließlich regungslos auf dem Boden liegend fand, verständigte die Leibwache die Politbüromitglieder. Erst sie riefen Ärzte, die sich aus Angst vor dem halbseitig Gelähmten kaum trauten, ihn anzufassen.

Das ganze Land war in Trauer um den „geliebten Führer“ – so wurde es dargestellt, und so empfanden es viele Menschen, die über drei Jahrzehnte die Propaganda verinnerlicht hatten, dass die Sowjetunion ohne den „weisen Stalin“, den „Vater aller Völker“, den „genialen Feldherren“, den „geliebten Führer“ nicht leben könnte. Aber diejenigen, deren Angehörige Stalin hatte ermorden lassen, verbargen auf den offiziellen



allstein bild – Nowosti

Der Tod Stalins am 5. März 1953 erschüttert die Sowjetunion. Nach aufwändigen Trauerzeremonien unter großer Anteilnahme der Bevölkerung wird seine Leiche einbalsamiert und im Lenin-Mausoleum an der Seite Lenins aufgebahrt.

Trauerfeiern ihre Freude und feierten heimlich Partys. Auf den Straßen Moskaus kam es unter den Massen von Trauernden, die sich von dem im Säulensaal des Gewerkschaftshauses aufgebahrten Stalin verabschieden wollten, zu einer Massenpanik, bei der Hunderte von Menschen, manche sprechen gar von mehreren Tausend Opfern, zu Tode getrampelt wurden.

Stalin wurde einbalsamiert neben Lenin ins Mausoleum gelegt. Erst 1961 ließ Chruschtschow ihn während des XXII. Parteitag aus dem Mausoleum entfernen und an der Kremelmur verscharren.

Die Sowjetunion 1953

Unter Stalin war die Sowjetunion zur Weltmacht aufgestiegen, die im Krieg halb Europa dem eigenen Einflussbereich einverleibt hatte und an deren Existenzfähigkeit und Zukunft niemand mehr zweifelte. Erreicht worden war dies allerdings nicht durch effiziente Führung, optimale Ressourcennutzung und modernes Wirtschaften, sondern mit einer Mischung aus Zwang und Enthusiasmus, durch extensiven Einsatz von Mitteln und Menschen, erkaufte vielfach durch die Opfer und Leidensbereitschaft der Bevölkerung. Die Kampagne, die Stoßarbeit und der sozialistische Wettbewerb waren die Basis von Schwerindustrialisierung, Städtebau und Infrastrukturprojekten. Die Anziehungskraft, die die Sowjetunion in den 1930er-Jahren noch auf westliche Arbeiteraktivisten und linke Intellektuelle als Staat des Fortschritts, der Moderne und der Befreiung des Menschen gehabt hatte, verlor sie jedoch weitestgehend mit der Sowjetisierung Ostmitteleuropas, als Zwang und Gewalt an die Stelle des Befreiungsgedankens traten.

Mit Ausnahme der Eliten lebten die Menschen in der Sowjetunion zu Beginn der 1950er-Jahre extrem arm und bedrängt: In den Städten wohnte pro Zimmer eine Familie mit drei Generationen; auf dem Land lebten die Menschen nach wie vor in Holzhäusern ohne Strom und Kanalisation. Während die Arbeiterinnen und Arbeiter einen geringen Lohn erhielten und die Städte mit dem Wichtigsten versorgt wurden, bekamen die Kolchosangestellten de facto keinen Lohn für ihre Arbeit und mussten sich von ihrem Stück Hofland ernähren. Die Bauernschaft war, angesichts des eigenen Leids und ihrer konstanten Ausbeutung, gegenüber den Parolen und Glaubenssätzen der Bolschewiki weitestgehend immun geblieben. Aber in den

Reaktionen auf den Tod Stalins

Rede Wjatscheslaw Molotows auf der Trauerkundgebung auf dem Roten Platz am 9. März 1953 anlässlich Stalins Tod Teure Genossen und Freunde!

In diesen Tagen erlitten wir alle einen tiefen Schmerz – das Hinscheiden Josef Wissarionowitsch Stalins, den Verlust des großen Führers und gleichzeitig eines uns nahestehenden, geliebten, unendlich teuren Menschen.

Wir, seine alten und nächsten Freunde, Millionen und aber Millionen Sowjetmenschen sowie die Werktätigen in allen Ländern, in der ganzen Welt, nehmen heute Abschied vom Genossen Stalin, den wir alle so liebten, und der immer in unseren Herzen leben wird. [...]

Wir können mit Recht stolz darauf sein, dass wir die letzten dreißig Jahre unter der Führung des Genossen Stalin gelebt und gearbeitet haben. Wir sind von Lenin und Stalin erzogen worden. Wir sind Schüler Lenins und Stalins, und wir werden stets dessen eingedenk sein, was uns Stalin bis zuletzt lehrte, denn wir wollen treue und würdige Schüler Lenins, treue und würdige Schüler Stalins sein. [...]

Dem Vermächtnis des großen Stalin folgend, gibt uns unsere Partei eine klare Linie für den weiteren Kampf um die große Sache der Errichtung des Kommunismus in unserem Lande. [...] Der unsterbliche Name Stalin wird immer in unseren Herzen, in den Herzen des Sowjetvolkes und der gesamten fortschrittlichen Menschheit leben. [...]

Es lebe die große, alles besiegende Lehre von Marx, Engels, Lenin, Stalin! Es lebe unsere mächtige, sozialistische Heimat, unser heldenhaftes Sowjetvolk! Es lebe die große Kommunistische Partei der Sowjetunion!

G. M. Malenkow, L. P. Berija, W. M. Molotow, Reden auf der Trauerkundgebung am Tage der Beisetzung von J. W. Stalin auf dem Roten Platz in Moskau, 9. März 1953, Dietz Verlag Berlin 1953, S. 18-23

Der Dissident und spätere Nobelpreisträger Alexander Solschenizyn zum Tod Stalins:

Er ist gestorben, der asiatische Diktator! Abgeschrappt, der Bösewicht! [...] Hier aber stehen die Lehrerinnen aus der Schule, russische Mädchen, und schluchzen hemmungslos. „Wie soll's jetzt mit uns weitergehen?“ Ihr Väterchen haben sie verloren [...]. Wie schön wäre es, ihnen über den Platz hinweg zuzurufen: „Na und? Dafür wird man eure Eltern nicht mehr erschießen! Eure Verlobten nicht mehr einsperren! Und euch selber niemals als Familienmitglieder holen!“

Ich habe Lust zu johlen [...]. Doch weh, die Ströme der Geschichte fließen langsam. Und so setze ich meinem bestens trainierten Gesicht die Grimasse gramvollen Lauschens auf. Einstweilen – verstell dich [...] wie gewohnt.

Alexander Solschenizyn, Der Archipel GULAG, Schlussband, übersetzt von Anna Peturnig, © 1976 bei Scherz Verlag Bern/München, S. 423. Der Abdruck erfolgt mit Genehmigung der S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Städten und Ballungszentren hatte sich im Denken und Handeln vieler Menschen das stalinistische Weltbild festgesetzt: Danach war die Sowjetunion der beste Staat auf Erden, bürgte für das gerechteste Gesellschaftssystem, wurde vom weisesten Führer regiert, aber gleichzeitig von unzähligen Feinden von innen und außen bedroht.

Zeittafel

1853-1856 Krimkrieg gegen das Osmanische Reich
1895 Gründung des Kampfverbandes zur Befreiung der Arbeiterklasse
1897 Verbannung Lenins nach Sibirien
1898 Gründung der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDRP) und I. Parteitag in Minsk: Manifest an die Arbeiter des Russischen Imperiums
1903 II. Parteitag der RSDRP in Brüssel und London – Spaltung in Bolschewiki und Menschewiki
1904-05 Russisch-Japanischer Krieg um Korea, Niederlage Russlands
1905 III. Parteitag der RSDRP – Bolschewiki unter Lenin in London, Menschewiki in Genf
1905 Revolution / Oktobermanifest
1905-1917 Zeit des russischen Parlamentarismus
April 1906 Inkrafttreten der Staatsgrundgesetze: Gewährung bestimmter Grundrechte
1907 V. Parteitag der RSDRP in London: Bolschewiki setzen sich durch
14. (1.) September 1911 Ermordung des Ministerpräsidenten Stolypin
1. August (19.7.) 1914 Deutschland erklärt Russland den Krieg
2. November (20.10.) 1914 Russland erklärt dem Osmanischen Reich den Krieg
1916 Scheitern der großen Offensive gegen die Mittelmächte, zunehmende Demoralisierung in der Armee
Dezember 1916 Ermordung Rasputins (ehemaliger „Berater“ der Zarin)
8. März (23.2.) 1917 Beginn der Februarrevolution
12. März (27.2.) 1917 Bildung einer Provisorischen Regierung
16. (3.) März 1917 Abdankung des Zaren Niklaus II.
23. (10.) Oktober 1917 Erstes Politbüro (Lenin, Sinowjew, Kamenew, Stalin, Bubnow, Sokolnikow)
7. November (25.10.) 1917 „Oktober“-Revolution, Machtübernahme durch die Bolschewiki; II. Allrussischer Sowjetkongress in Petrograd: Dekret über den Frieden
8. November (26.10.) 1917 Konstituierung des Rates der Volkskommissare (erste Sowjetregierung)
20. Dezember (7.12.) 1917 Gründung der „Tscheka“
Januar 1918 Zusammentritt und gewaltsame Auflösung der im November 1917 gewählten Verfassungsgebenden Versammlung
Februar 1918 Übernahme des Gregorianischen Kalenders, auf den 31.1. folgt der 14.2.
3. März 1918 Lenin akzeptiert den „Diktatfrieden“ von Brest-Litowsk: Russland tritt Polen, die baltischen Staaten, Finnland und die Ukraine ab
6.-8. März 1918 VII. Parteitag in Petrograd: erster Parteitag nach der Revolution. Umbenennung in Russische Kommunistische Partei der Bolschewiki (RKP(b))
März 1918 Gründung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR)
8. Juni 1918 „Komitee der Mitglieder der Konstituierenden Versammlung“ erklärt die bolschewistische Regierung für abgesetzt
10. Juli 1918 V. Allrussischer Sowjetkongress: Annahme der Verfassung der RSFSR
16./17. Juli 1918 Ermordung der Zarenfamilie
2.-6. März 1919 Gründung der Kommunistischen Internationale (Komintern)
18.-23. März 1919 VIII. Parteitag der RKP(b) in Moskau: Annahme von Lenins Parteiprogramm
Februar/März 1920 Großer Bauernaufstand im Gebiet zwischen Wolga und Ural („Aufstand der Gabeln“)
8.-16. März 1921 X. Parteitag: Resolution über die „Einheit der Partei“ und Einführung der NÖP
1921-1922 Höhepunkt der Hungersnot

11. Februar 1922 „Tscheka“ wird in „GPU“ (Politische Staatsverwaltung) umgewandelt
April 1922 Abschluss des deutsch-sowjetischen Sondervertrags von Rapallo
Dezember 1922 Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), Wahl Stalins zum Generalsekretär des Zentralkomitees der RKP(b)
21. Januar 1924 Tod Lenins
Ende Januar 1924 Übernahme der Amtsgeschäfte durch eine Troika aus Stalin, Sinowjew und Kamenew
18.-31. Dezember 1925 XIV. Parteitag in Moskau: Auseinandersetzungen zwischen Stalin und der linken Opposition um Trotzki und Sinowjew um die Industriepolitik. Erstmals Planvorgaben für die Wirtschaftsentwicklung. In Verbindung mit Gründung der Sowjetunion Umbenennung der Partei in Allunions Kommunistische Partei der Bolschewiki (WKP(b)), seit 1952 KPdSU
November 1927 Ausschluss Trotzki, Sinowjews und Kamenews aus der Partei
2.-19. Dezember 1927 XV. Parteitag in Moskau: Beschlüsse über den sozialistischen Aufbau und die Kollektivierung der Landwirtschaft
1928 Beginn des ersten Fünfjahrplans und des Stalinismus (in der Sowjetunion als „Großer Umbruch“, im Westen als „Kulturrevolution“ bezeichnet)
März-Juli 1928 Erster Schauprozess gegen 50 russische und 3 deutsche Ingenieure (11 Todesurteile)
1929 Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft und Verbannung Trotzki
26. Juni - 13. Juli 1930 XVI. Parteitag in Moskau: Beschluss zur Durchführung des ersten Fünfjahrplans auf Kosten der Lebenshaltung der Bevölkerung, Kampf gegen die „Kulaken“ und Verwirklichung der Kollektivierung
1932 Abschluss von Nichtangriffspakten mit europäischen Staaten
Ab 1933 Große „Parteisäuberung“
1933-1934 Verstärkte Aufrüstung und Intensivierung der Beziehungen zu den Demokratien des Westens als Reaktion auf die nationalsozialistische Machtergreifung und den deutsch-polnischen Nichtangriffs- und Friedenspakt
26. Januar - 10. Februar 1934 XVII. Parteitag in Moskau: Stalin-Kult beginnt
10. Juli 1934 „GPU“ wird in „NKWD“ (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) umbenannt
Herbst 1934 Beitritt der UdSSR zum Völkerbund
1. Dezember 1934 Ermordung des Politbüro-Mitglieds Kirow
1936 Neue Verfassung der UdSSR
1936-1938 Moskauer Schauprozesse; große, blutige „Säuberungen“
August 1936 Schauprozess gegen Sinowjew, Kamenew und 14 weitere Kommunistenführer (alle zum Tode verurteilt)
März 1938 Prozess gegen den „Block der Rechten und Trotzkisten“ (Prozess der 21): Rykow, Bucharin, Krestinski, Jagoda u. a. werden zum Tode verurteilt.
1937-1938 Terror gegen weite Teile der Bevölkerung
November 1938 Berija wird Volkskommissar für innere Angelegenheiten (NKWD)
23. August 1939 Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt (Hitler-Stalin-Pakt): Unterzeichnung durch den deutschen Außenminister von Ribbentrop und seinen sowjetischen Amtskollegen Molotow
September 1939 Einfall in Polen: Deutschland und die UdSSR besetzen polnische Gebiete
28. September 1939 Deutsch-Sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag
April-Mai 1940 Moskauer Politbüro lässt im Wald von Katyn rund 20 000 polnische Offiziere und Intellektuelle erschießen
3. Februar 1941 Bildung des Volkskommissariats für Staatssicherheit (NKGB)
22. Juni 1941 Überfall der Wehrmacht auf die Sow-

jetunion, als Reaktion darauf britisch-sowjetischer Beistandspakt und Zusage der Unterstützung durch die USA
September 1941 Beginn der Belagerung Leningrads
29./30. September 1941 In der Schlucht von Babi Jar nahe Kiew erschießen deutsche Polizeibataillone mehr als 33 000 Juden
Herbst 1942 Einkesselung der 6. Armee bei Stalin-grad
Ende Januar 1943 Rote Armee rückt ab 1943 nahezu ohne Rückschläge gen Westen vor
2. Februar 1943 Kapitulation der in Stalingrad eingeschlossenen 6. deutschen Armee
15. Mai 1943 Auflösung der Komintern
1943 Wehrmacht beginnt mit dem Rückzug aus der Sowjetunion
28. November - 1. Dezember 1943 Konferenz der „großen Drei“ (Stalin, Roosevelt und Churchill) in Teheran
27. Januar 1944 Befreiung Leningrads
Anfang 1945 Sowjetische Truppen stehen an der Demarkationslinie des Hitler-Stalin-Pakts
Anfang Mai 1945 Unter großen Verlusten erkämpfen sowjetische Truppen Berlin und den Reichstag
4.-11. Februar 1945 Konferenz in Jalta (Stalin, Roosevelt, Churchill): Beratungen über die Behandlung des Deutschen Reichs und der von ihm besetzten Gebiete nach Kriegsende
17. Juli - 2. August 1945 Potsdamer Konferenz: Treffen der drei alliierten Siegermächte Sowjetunion, USA und Großbritannien zur Beratung über die Neuordnung Europas und das künftige Schicksal Deutschlands
6. August 1945 Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima, daraufhin (zwei Tage später) sowjetische Kriegserklärung an Japan und Einmarsch der Roten Armee in der Mandschurei und in Korea
1945-1948 Kommunistische Machtergreifung in den ostmitteleuropäischen Staaten
September 1947 Gründung der Kominform (Informationsbüro der kommunistischen Parteien)
24. Juni 1948 Beginn der sowjetischen Berlin-Blockade als Versuch, die Westmächte aus Westberlin herauszudrängen
13. August 1949 Verhaftung der neun Leningrader Parteiführer, 1950 Anklage dieser Parteiführer und des Leiters der Staatlichen Planungsbehörde Gosplan
1950 Beistandspakt zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China
5.-14. Oktober 1952 XIX. Parteitag in Moskau: Politbüro wird in Präsidium des ZK umgewandelt
5. März 1953 Tod Stalins in Folge eines Schlaganfalls

Glossar

Bolschewiki (von russ. „bolsche“ = mehr; etwa = Mehrheitler), d.h. der Teil der 1903 gespaltenen Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDRP), der unter Führung Lenins bei einer Parteitagabstimmung die Mehrheit bekam; der andere Teil wurde → Menschewiki genannt. Fortsetzer der B.: → KPdSU.

Duma (eigtl. = der Gedanke, im weiteren Sinne: beratendes Gremium); nach der Revolution von 1905 das durch indirektes Zensuswahlrecht gewählte, gesetzgebende Repräsentantenhaus. Nach dem Rücktritt des Zaren stellte die Duma im März 1917 eine → Provisorische Regierung auf. Nach der → Oktoberrevolution 1917 wurde sie aufgelöst.

Februarrevolution 27.2. (12.3.) 1917; Sturz des Zarismus in Russland, gefolgt von einer wenige Monate dauernden Doppelherrschaft aus einer von der → Duma getragenen → Provisorischen Regierung und den damit konkurrierenden → Sowjets.

Gosplan Staatliche Plankommission, zeitweilig auch als Staatliches Plankomitee bezeichnet. Gegründet 1921 war Gosplan die zentrale Behörde der Sowjetunion für die Wirtschaftsplanung, darunter die Erarbeitung der Fünfjahrpläne.

GULag Hauptverwaltung der sowjetischen Gefangenen- und Arbeitslager unter Leitung des → NKWD.

Intelligenzija Begriff für die Angehörigen der gebildeten Schicht (Nicht-Geistliche) in Russland, seit der Mitte des 19. Jh. immer mehr im Sinne radikal-demokratischer Oppositioneller verstanden.

Kadetten Abk. für Angehörige der Konstitutionell-demokratischen Partei (auch: Partei der Volksfreiheit), 1905 gegründet war diese Partei zunächst die wichtigste Trägerin des russischen Liberalismus und an der → Provisorischen Regierung 1917 beteiligt.

Kalender In Russland wurde nicht wie im Einzugsbereich der lateinischen Kirche die Gregorianische Kalenderreform 1582 durchgeführt. Der bis Februar 1918 weitergeltende Julianische Kalender („alten Stils“) hinkte also gegenüber dem im übrigen Europa gültigen („neuen Stils“) im 16. und 17. Jh. um 10 Tage, im 18. Jh. um 11, im 19. um 12 und im 20. Jh. um 13 Tage nach. Die → „Oktoberrevolution“ fand somit am 25. Oktober alten Stils statt, das ist am 7. November neuen Stils.

Kolchos (der oder das, auch: die Kolchose): Abk. für *Kollektivnoje chosjajstwo* (Kollektivwirtschaft), ein landwirtschaftlicher Genossenschaftsbetrieb. Im Laufe der gewaltsamen Zwangskollektivierung wurde zwischen 1929 und 1931 fast die Gesamtheit der bäuerlichen Wirtschaften der Sowjetunion in Kolchosen umgewandelt.

Komintern Abk. für Kommunistische Internationale, gegründet 1919 als Zusammenschluss aller kommunistischen Parteien der Welt mit dem Ziel, die Idee des Kommunismus zu fördern und zu verbreiten. 1943 wurde sie aufgelöst.

Komsomol Abk. für Kommunistischer Bund der Jugend, gegründet 1917 mit dem Ziel, die sow. Jugend nach den Idealen des Kommunismus zu erziehen. Die Organisation hatte großen politischen Einfluss. Aus ihr rekrutierte sich die Elite der Parteimitglieder.

Konstruktivismus Stilrichtung der modernen Architektur, die vor allem in der Sowjetunion in den 1920er- und frühen 1930er-Jahren verbreitet war. Sie bevorzugt schlichte geometrische Formen und legt den Schwerpunkt auf die Funktion.

Kosaken (turktatarisch „kosak“ = freier Mensch): Freie Wehrbauern, die seit dem 15. Jh. meist vor dem Druck des russ. Leibeigenschaftssystems in die südruss. Steppe geflohen waren, unter gewählten Atamanen oder Hetmanen Reiterheere bildeten und im Zarenreich des 19. und 20. Jh. als Elitetruppen galten.

KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion): Fortführung der Partei der → Bolschewiki. Ihre Vorläufer sind die Exilgruppe „Befreiung der Arbeit“ 1883 in

Genf gegründet, und die „Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (RSDRP), gegründet 1898 in Minsk; Namensänderungen: 1917 RSDRP(B) (Zusatz „B“ = Bolschewiki); 1918 Russische Kommunistische Partei der Bolschewiki (RKP (b)); 1925 WKPD(b) = Allunions Kommunistische Partei der Bolschewiki; 1952 KPdSU.

Kulaken (eigtl.: kulak = Faust); abwertende Bezeichnung für Mittel- oder Großbauern in Russland. Der „Kampf gegen die Kulaken“ richtete sich im Zuge der Zwangskollektivierung 1929-1931 gegen die im Rahmen der → NÖP zu mäßigem Wohlstand gekommenen Bauern, die ihre Betriebe nicht kollektivieren lassen wollten. Ihr Widerstand wurde durch Repressionen, Enteignung und Massendeportationen gebrochen.

Menschewiki analog zu → Bolschewiki die Gruppe marxistischer Sozialdemokraten, die bei der Parteispaltung 1903 in einer Abstimmung die Minderheit (mensch = weniger) erhielt. Sie widersetzten sich dem straffen Zentralismus, den die Bolschewiki unter Lenin anstrebten und vertraten demokratischere Prinzipien. Nach der Februarrevolution gehörten sie sowohl der → Provisorischen Regierung als auch den → Sowjets an. Nach dem Sieg der Bolschewiki im Oktober 1917 wurden sie ausgeschaltet.

Narodniki (von russ.: „narod“ = Volk, in etwa übersetzbar mit „Volksfreunde“, „Populisten“); seit den 1860er-Jahren Bezeichnung für eine politische Richtung in der russischen → Intelligenzija, die unter Fortentwicklung der bäuerlichen Traditionen in Russland eine neue, nichtkapitalistische Gesellschaft aufbauen wollte und dabei teilweise zu terroristischen Mitteln griff. Fortsetzer der N. sind die → Sozialrevolutionäre.

NÖP (oder auch NEP = Neue ökonomische Politik): 1921 auf dem X. Parteikongress der RKP(b) verkündete Wirtschaftspolitik, die beschränkte privatkapitalistische Elemente enthielt, um der katastrophalen Wirtschaftssituation abzuhelfen. Beendet durch die Ära der Fünfjahrpläne (ab 1928).

NKWD Seit der Stalinzeit Name der sowjetischen Geheimpolizei-Organisation. Sie wurde 1917 unter dem Namen „Außerordentliche Kommission“ (Abk.: Tscheka) gegründet und später öfter umbenannt: 1922 Staatliche politische Verwaltung (GPU); 1923 OGPU; 1934 Nationalkommissariat für innere Angelegenheiten (NKWD); 1941 Nat.-Komm. für Staatssicherheit (NKGB); 1946 Ministerium für Staatssicherheit (MGB); 1954 Komitee für Staatssicherheit (KGB).

Oktoberrevolution Sturz der → Provisorischen Regierung und Machtergreifung durch die → Bolschewiki am 25.10. (7.11.) 1917, die anschließend unter Lenin eine „Provisorische Arbeiter- und Bauernregierung“ (Rat der → Volkskommissare) bilden.

Oktoberisten Mitglieder der Partei „Bund des 17. Oktober“, die 1905 in Russland gegründet und Ende 1917 aufgelöst wurde. Als Anhänger der konstitutionellen Monarchie waren sie nach der → Februarrevolution 1917 an der → Provisorischen Regierung beteiligt.

Politbüro vom → Zentralkomitee gewähltes Führungsorgan der Kommunistischen Partei; im Oktober 1917 gegründet, wurde es seit März 1919 zur festen Institution und umfasste seither den inneren Kern der Parteiführung, 1952 wurde es vorübergehend aufgelöst und 1966 erneut gegründet.

Prawda (russ., „Wahrheit“), russische Tageszeitung, von Lenin aus dem Exil gegründet, ab 1917 zentrales Parteiorgan der → KPdSU.

Proletariat Im antiken Rom Bezeichnung für Menschen, die als einzigen Besitz ihre Kinder hatten (von lat. *proles* = Nachkommen). Im Zuge der Industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts fand der Begriff Anwendung auf die Industriearbeiterschaft, die allein mit ihrer Arbeitskraft ihre Existenz bestreiten musste. Karl Marx sah das Proletariat im Gegensatz zur besitzenden Klasse, der Bourgeoisie.

Provisorische Regierung Nach der Abdankung des Zaren zwischen → Februar- und → Oktoberrevolution

von Liberalen und gemäßigten Sozialisten getragen; zunächst unter Fürst Iwow, dann unter Kerenski, Teil der „Doppelherrschaft“ neben dem Petrograder Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

Revisionismus (von lat. *revidere* = etwas überprüfen, in Frage stellen, neu bewerten). In den Anfängen der Sozialdemokratie wurde darunter die Abkehr vom ursprünglichen theoretischen Marxismus verstanden, in der Sowjetunion wurden damit Abweichungen von der jeweils vorherrschenden kommunistischen Sichtweise bezeichnet.

Sowchos (der oder das; auch: die Sowchose): Abk. für *Sowjetskoje chosjajstwo* (Sowjetwirtschaft), ein Staatsgut ohne bäuerliches Landeigentum, in dem die Landarbeiter wie Industriearbeiter entlohnt werden. Von geringerer Bedeutung als die → Kolchosen.

Sowjets (wörtl. = Räte): Während der Revolution von 1905 zum ersten Mal aufgetretene „Soldatenräte“; nach der → Februarrevolution „Arbeiter- und Soldatenräte“, die → Duma und → Provisorischer Regierung die Macht streitig machten. Das Militär-Revolutionsskomitee der St. Petersburger Sowjets unter Leitung von Trotzki war Träger der Oktoberrevolution. In der Sowjetunion waren auf örtlicher, regionaler und staatlicher Ebene die Sowjets, die gewählt, in der Kandidatenaufstellung aber von der → KPdSU bestimmt werden, Träger der Staatsgewalt.

Sozialistischer Realismus Kunstrichtung mit betonter Wirklichkeitsnähe, ohne Abstraktion und Ästhetisierung, die bevorzugt Themen aus dem Arbeitsleben und der Technik des sozialistischen Alltags behandelt und von Zukunftsoptimismus geprägt ist. Sie wurde 1932 vom → Zentralkomitee der → KPdSU als Richtlinie für Literatur, bildende Kunst und Musik beschlossen.

Sozialrevolutionäre Partei 1902 aus Anhängern der → Narodniki-Bewegung gegründet; zielte diese politische Gruppierung vor allem auf einen Agrarsozialismus ab. Nach der → Oktoberrevolution unterstützte ein Teil der Sozialrevolutionäre zunächst die bolschewistische Herrschaft, die Sozialrevolutionäre wurden aber bald ausgeschaltet.

Stilektizismus Ein neues Kunstwerk oder Bauwerk vereint unterschiedliche Stilelemente aus der Vergangenheit, die der Künstler oder Architekt nach eigenem Ermessen ausgewählt hat.

Totalitarismus politische Herrschaft, die die uneingeschränkte Verfügung über die Beherrschten und ihre völlige Unterwerfung unter ein (diktatorisch vorgegebenes) politisches Ziel verlangt. Totalitäre Herrschaft, erzwungene Gleichschaltung und unerbittliche Härte werden oft mit existenzbedrohenden (inneren oder äußeren) Gefahren begründet, wie sie zunächst vom Faschismus und vom Nationalsozialismus, nicht zuletzt auch im Sowjetkommunismus Stalins von den Herrschenden behauptet wurden.

Trotzkisten Bezeichnung für die Anhänger Lew Trotzki (eigentlich Leo Bronstein, 1878-1940). Der Weggefährte Lenins unterlag in den 1920er-Jahren im inner-sowjetischen Machtkampf Josef Stalin, wurde 1929 ins Exil gezwungen und 1940 in Mexiko von einem Sowjetagenten ermordet. Ausgangspunkt des Machtkampfs war eine Uneinigkeit über die Auslegung der marxistisch-leninistischen Theorie. Während sich Trotzki für die „permanente“, weltweite Revolution einsetzte, vertrat Stalin die Fokussierung auf den „Sozialismus im eigenen Land“.

Volkskommissar In der Sowjetunion von 1917 bis 1946 Bezeichnung für eine Person, die das Amt eines Ministers ausübte – der Begriff sollte sich von der als bürokratisch abgelehnten, geläufigeren Bezeichnung abheben. Der Rat der Volkskommissare bildete die Regierung.

Weißer Truppen im russischen Bürgerkrieg, die gegen die → Bolschewiki, die „Roten“, kämpften.

Zentralkomitee (ZK) nach den Statuten der → KPdSU höchstes Parteiorgan zw. den Parteitagen, von denen es gewählt wird und denen es verantwortlich ist.

Literaturhinweise

Quellen

- Alexijewitsch, Swetlana: Der Krieg hat kein weibliches Gesicht, Berlin 2004, 344 S.
- Allilujewa, Swetlana: 20 Briefe an einen Freund, Wien 1967, 344 S.
- Chruschtschow erinnert sich, hg. von Strobe Talbott, Reinbek 1971, 598 S.
- Garros, V. u. a. (Hg.): Das wahre Leben. Tagebücher aus der Stalinzeit, Berlin 1998, 441 S.
- Hellbeck, Jochen (Hg.): Tagebuch aus Moskau 1931-1939, München 1996, 329 S.
- Leetz, Antje (Hg.): Blockade: Leningrad 1941-1944. Dokumente und Essay von Russen und Deutschen, Reinbek 1992, 255 S.
- Nabokow, Wladimir D.: Petrograd 1917. Der kurze Sommer der Revolution, Berlin 1992, 223 S.
- Piroschkowa, Antonina: „Ich wünsche Ihnen Heiterkeit.“ Erinnerungen an Babel, Berlin 1993, 191 S.
- Reed, John: Zehn Tage, die die Welt erschütterten, Reinbek 1967, 343 S.
- Stalin – Briefe an Molotow, 1925-1936, hg. v. Lars Lih, Berlin 1996, 303 S.

Literatur

- Altrichter, Helmut: Kleine Geschichte der Sowjetunion, 4. Aufl., München 2013, 271 S.
- Ders. u. a. (Hg.): Deutschland – Russland. Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung, Band 3: Das 20. Jahrhundert, München 2014, 352 S.
- Applebaum, Ann: Der Gulag, Berlin 2003, 732 S.
- Baberowski, Jörg: Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, München 2003, 287 S.
- Ders.: Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus, München 2003, 882 S.
- Binner Rolf / Junge, Marc u. a. (Hg.): Massenmord und Lagerhaft. Die andere Geschichte des Großen Terrors, Berlin 2009, 821 S.
- Chlewnjuk, Oleg: Das Politbüro. Mechanismen der politischen Macht in den 1930er-Jahren, Hamburg 1998, 421 S.
- Clark, Katarina: The Soviet Novel. History as Ritual, 2. Aufl., Chicago u. a. 1985, 301 S.
- Falk, Barbara: Sowjetische Städte in der Hungersnot 1932/33: staatliche Ernährungspolitik und städtisches Alltagsleben, Köln 2005, 445 S.
- Fitzpatrick, Sheila: Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s, Oxford 1999, 288 S.
- Ganzenmüller, Jörg: Das belagerte Leningrad 1941-1944: die Stadt in den Strategien von Angreifern und Verteidigern, Paderborn 2005, 412 S.
- Groys, Boris: Die Erfindung Russlands, München 1995, 251 S.
- Grüner Frank: Patrioten und Kosmopoliten. Juden im Sowjetstaat 1941-1953, Köln 2008, 559 S.
- Haumann, Heiko: Geschichte Russlands, München 1996, 736 S.
- Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, 1206 S.
- Jahn, P. (Hg.): Erobern und vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-45, Essays, Berlin 1991, 256 S.
- Karsch, Stefan: Die bolschewistische Machtergreifung im Gouvernement Voronež (1917-1919), Stuttgart 2006, 348 S.

- Kindler, Robert: Stalins Nomaden. Herrschaft und Hunger in Kasachstan, Hamburg 2014, 381 S.
- Kotkin, Stephen: Magnetic Mountain. Stalinism as Civilization, Berkeley 1995, 639 S.
- Kucher, Katherina: Der Gorki-Park. Freizeitkultur im Stalinismus, Köln 2007, 330 S.
- Landau, Julia / Scherbakowa, Irina (Hg.): GULAG – Texte und Dokumente 1929-1956, Göttingen 2014, 216 S.
- Maier, Robert: Die Stachanov-Bewegung 1935-1938. Der Stachanovismus als tragendes und verschärfendes Element der Stalinisierung der Sowjetischen Gesellschaft, Stuttgart 1990, 441 S.
- Merl, Stephan (Hg.): Sowjetmacht und Bauern, Berlin 1993, 511 S.
- Ders.: Bauern unter Stalin. Die Formierung des sowjetischen Kolchosystems 1930-1941, Berlin 1990, 512 S.
- Merridale, Catherine: Iwans Krieg. Die Rote Armee 1939-1945, Frankfurt am Main 2006, 473 S.
- Müller, Daniel: Sowjetische Nationalitätenpolitik in Transkaukasien 1920-1953, Berlin 2008, 258 S.
- Naimark, Norman M.: Stalin und der Genozid, Berlin 2010, 156 S.
- Ders.: Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert, München 2004, 301 S.
- Neutatz, Dietmar: Die Moskauer Metro. Von den ersten Plänen bis zur Großbaustelle des Stalinismus (1897-1935), Köln 2001, 678 S.
- Ders.: Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert, München 2013, 688 S.
- Overy, Richard: Russlands Krieg 1941-1945, Reinbek 2003, 554 S.
- Penter, Tanja: Odessa 1917: Revolution an der Peripherie, Köln 2000, 469 S.
- Dies.: Kohle für Stalin und Hitler. Leben und Arbeiten im Donbass 1929-1953, Essen 2010, 467 S.
- Pipes, Richard: Die Russische Revolution, 3 Bde., Berlin 1992
- Rayfield, Donald: Stalin und seine Henker, München 2004, 617 S.
- Schattenberg, Susanne: Stalins Ingenieure. Lebenswelten zwischen Technik und Terror, München 2002, 457 S.
- Schlögel, Karl: Jenseits des Großen Oktober. Das Laboratorium der Moderne, Petersburg 1909-1921, Berlin 1988, 541 S.
- Sebag Montefiore, Simon: Stalin. Am Hof des Roten Zaren, Frankfurt am Main 2005, 874 S.
- Slezkine, Yuri: Das jüdische Jahrhundert, Göttingen 2006, 420 S.
- Stökl, Günther: Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 6. Aufl., Stuttgart 1997, 961 S.
- Torke, Hans-Joachim: Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991, München 1993, 399 S.
- Wehner, M.: Bauernpolitik im proletarischen Staat. Die Bauernfrage als zentrales Problem der sowjetischen Innenpolitik 1921-1928, Köln 1998, 436 S.

Internetadressen

- www.bpb.de/internationales/europa/russland/47911/geschichte
- www.100odokumente.de
100(o) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte (1917-1991)
- www.gulag.memorial.de
- www.osteuropa.dgo-online.org
- www.russianposter.ru
- www.vifaost.de

Die Autorinnen

Prof. Dr. Susanne Schattenberg ist Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Zu ihren Forschungsgebieten gehören der Stalinismus, die Kulturgeschichte der Außenpolitik und die Sowjetunion nach 1953. Aktuell arbeitet sie an einer Breschnew-Biografie.

Kontakt: schattenberg@uni-bremen.de

Dr. Ulrike Huhn ist Historikerin und Germanistin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Kürzlich erschien ihre Monografie zur Russisch-Orthodoxen Kirche und Volksfrömmigkeit in der Sowjetunion.

Kontakt: ulrike.huhn@uni-bremen.de

Dr. Maïke Lehmann ist Juniorprofessorin für Osteuropäische Geschichte an der Universität Köln. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Nationalitätenpolitik, Fragen der sowjetischen Identität (Bsp. Armenien) und die transnationalen Netzwerke von Dissidenten und westlichen Intellektuellen in der späten Sowjetunion.

Kontakt: m.lehmann@uni-koeln.de

Dr. Alexandra Oberländer ist assoziierte Wissenschaftlerin an der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen und lehrt an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihr aktuelles Forschungsprojekt lautet „Wer nicht arbeitet, soll nicht essen: Eine Kulturgeschichte der Arbeit in der späten Sowjetunion“.

Kontakt: oberlaendera@uni-bremen.de

Manuela Putz ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa und promoviert an der Universität Bremen zu politischer Haft und oppositionellem Selbstverständnis im Poststalinismus. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Dissens, alternative Literatur und Kunst in der Sowjetunion und der Emigration sowie Erinnerungskulturen im heutigen Russland.

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Magdalena Langholz (Volontärin)

Gutachten und redaktionelle Mitarbeit:

Prof. Dr. Dietmar Neutatz, Lehrstuhl für Neuere und Osteuropäische Geschichte, Historisches Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; Prof. Dr. Tanja Pentter, Professur für Osteuropäische Geschichte am Zentrum für Europäische Geschichts- und Kulturwissenschaften (ZEGK) der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Alwin Schuster, Nürnberg; Verena Waeger, Köln

Titelbild:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth; unter Verwendung von fotolia (Dmitry, kushniras, Nadiyka, olgavolodina, Sailorr); ullstein bild (Archiv Gerstenberg, Heritage Images / Stapleton Historical Collection)

Kartenteil:

mr-kartographie, 99867 Gotha

Umschlag-Rückseite:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Schwabacher Straße 261, 90763 Fürth

Druck:

STARK Druck GmbH + Co. KG, 75181 Pforzheim

Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

vierteljährlich

ISSN 0046-9408, Auflage dieser Ausgabe: 500 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

Juli 2014

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



Anforderungen

bitte schriftlich an

Bundeszentrale für politische Bildung c/o IBRo, Kastanienweg 1, 18184 Roggentin
Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: bpb@ibro.de

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

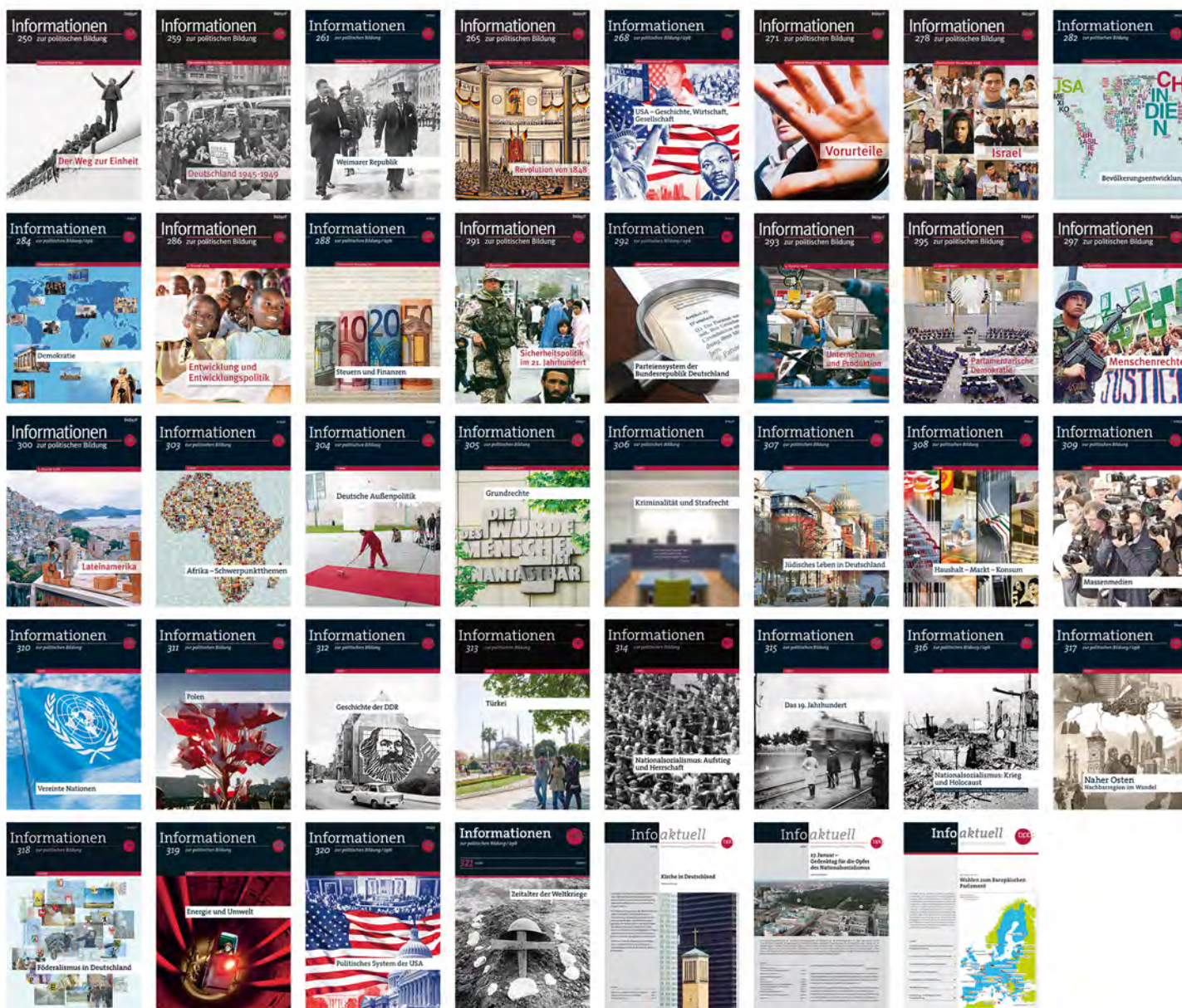
Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 Montag bis Donnerstag zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 8.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Verfügung.



Kompaktes Wissen. In Heftform.



Die Informationen zur politischen Bildung
 Recherchieren und bestellen: www.bpb.de/izpb